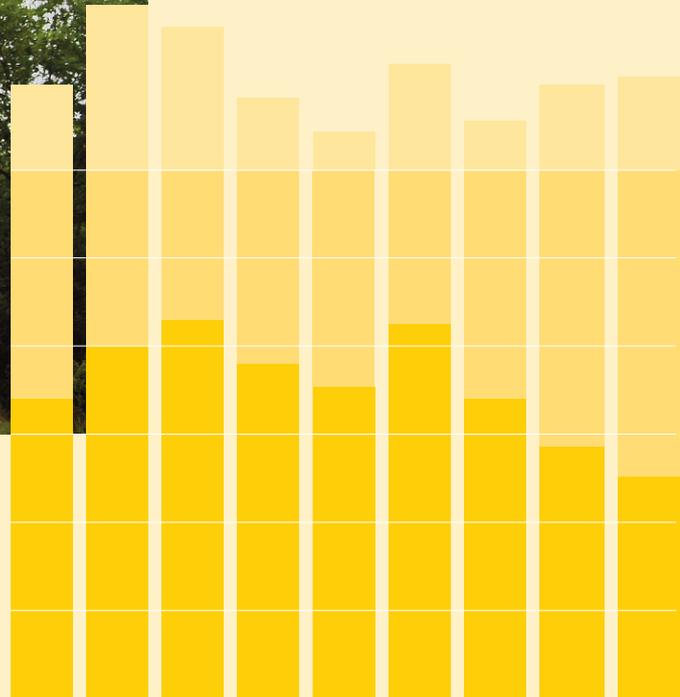


Sozialraumanalyse des Landkreises Lüchow-Dannenberg Handlungsempfehlungen

Im Auftrag des Landkreises
Lüchow-Dannenberg



GOE Bielefeld
Gesellschaft für Organisation
und Entscheidung



Ritterstraße 19
33602 Bielefeld
Tel.: (0521) 875 22 22
Fax: (0521) 875 22 88
E-Mail: goe@goe-bielefeld.de
www.goe-bielefeld.de

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	2
2	HANDLUNGSFELDÜBERGREIFENDE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	5
3	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN IM HANDLUNGSFELD „WOHNEN“	49
4	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN IM HANDLUNGSFELD „BILDUNG“	52
5	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN IM HANDLUNGSFELD „GESUNDHEIT“	72
6	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN IM HANDLUNGSFELD „VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF“	97
7	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN IM HANDLUNGSFELD „MOBILITÄT“	101
8	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN IM HANDLUNGSFELD „EINKOMMEN/WIRTSCHAFTEN“	117
9	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR DAS HANDLUNGSFELD „PARTNERSCHAFT/TRENNUNG“	129
10	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN IM HANDLUNGSFELD „DEMOGRAFIE“	131
11	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR BESTIMMTE ZIELGRUPPEN - ALLEINERZIEHENDE UND HAUSHALTE MIT GERINGEM EINKOMMEN.....	132
12	SONSTIGE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	141
13	ZUSAMMENSTELLUNG ALLER EMPFEHLUNGEN	142



1 Einleitung

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg hat die Gesellschaft für Organisation und Entscheidung (GOE) beauftragt, eine Sozialraumanalyse des Landkreises durchzuführen, um sodann auf dieser Grundlage seine Familienpolitik neu ausrichten zu können.

Eine Neuausrichtung der Familienpolitik des Landkreises Lüchow-Dannenberg bedeutet auch, Ziele zu benennen, die mit der Neuausrichtung erreicht werden sollen. Denn „Wenn man nicht weiß, welchen Hafen man ansteuert, ist kein Wind günstig“ (Seneca, römischer Dichter und Philosoph, 4 v. Chr. – 65 n. Chr.). Ziele der neuen Familienpolitik könnten z.B. sein:

- die Gemeinden/den Landkreis familienfreundlicher zu gestalten
- die Situation von Familien zu verbessern
- Familien zu motivieren, in den Landkreis zu ziehen, bzw. die Abwanderung von Familien zu verhindern (und damit die ländliche Region nicht zur Heimat der Vergessenen, sondern zu einer echten Alternative zu den städtischen Ballungszentren werden zu lassen)

Ziele dieser Art müssen operationalisiert (wie ist z.B. „Familienfreundlichkeit“ definiert) und mit Zielwerten hinterlegt werden, um (später) Aussagen zur Zielerreichung machen zu können (siehe auch Handlungsempfehlung Nr. 9: „Wirkung als konstituierendes Merkmal des Hilfesystems etablieren“). Sodann ist es unserer Meinung nach wichtig, ein Familienmonitoringsystem aufzubauen, um regelmäßig über die Umsetzung der neuen Familienpolitik und den Grad der Zielerreichung berichten zu können.

Die aus den unterschiedlichen Auswertungen abgeleiteten und in diesem Bericht zusammengestellten Handlungsempfehlungen sollten die Grundlage für die fachliche Diskussion hinsichtlich der Neuausrichtung der Familienpolitik im Landkreis Lüchow-Dannenberg bilden. Vor diesem Hintergrund können die Handlungsempfehlungen der Formulierung von Zielen durch die Entscheidungsträger dienen, wobei u.a. die Zielerreichung im Kontext der finanziellen Möglichkeit bzw. der Möglichkeit steht, Finanzen umzuschichten (siehe auch Handlungsempfehlung Nr. 9: Wirkung als konstituierendes Merkmal des Hilfesystems etablieren).

Den Abschluss der Sozialraumanalyse bilden somit die folgenden Handlungsempfehlungen, die wir auf der Grundlage der Auswertung der prozessproduzierten Daten und der Auswertungsergebnisse der Akteurs- und Haushaltsbefragung abgeleitet haben und die als Grundlage für eine Neuausrichtung der Familienpolitik dienen sollen. Dabei verstehen wir Familienpolitik als eine Politik, die auch immer gleichzeitig u.a. Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik ist.

Für die Ableitung der Handlungsempfehlungen haben wir die folgenden Quellen und Berichte benutzt:

Quelle	Bericht
	Sozialraumanalyse des Landkreises Lüchow-Dannenberg
Prozessproduzierte Daten	Teil I - Auswertung kleinräumiger Daten/Datenreader
Analyse der Infrastruktur	Teil II - Beschreibung der sozialen Infrastruktur
Auswertung Akteursbefragung	Teil III - Ergebnisse der Akteursbefragung
Auswertung Haushaltsbefragung – geschlossene Fragen	Teil IV - Ergebnisse der Haushaltsbefragung
Auswertung Haushaltsbefragung - offene Fragen/Antworten zu den Problemen und Problemlösungen der Haushalte	Teil V Sonderbericht I - „Probleme und Problemlösungen“



Quelle	Bericht
	Sozialraumanalyse des Landkreises Lüchow-Dannenberg
Auswertung Haushaltsbefragung - offene Fragen/Antworten zur Familienfreundlichkeit, zur Zufriedenheit mit den sozialen Diensten und dem Gesundheitsbereich, Vor- und Nachteile der Gemeinden sowie Lob und Tadel für die Gemeinden, Schulen, Kindergärten, Kirchen, Sportvereine etc. nach Gemeinden	Teil VI Sonderbericht II - Auswertung der offenen Antworten nach Gemeinden - Familienfreundlichkeit, Zufriedenheit mit den sozialen Diensten und dem Gesundheitsbereich, Vor- und Nachteile der Gemeinden sowie Lob und Tadel für die Gemeinden, Schulen, Kindergärten, Kirchen, Sportvereine etc.
Auswertung der Haushaltsbefragung - sonstige offene Antworten	Teil VII - Auswertung der offenen Antworten der Haushaltsbefragung

Im folgenden Text werden die 70 Handlungsempfehlungen dargestellt. Die Handlungsempfehlungen haben dabei unterschiedliche Tiefen und unterschiedliche Reichweiten. Bei der Darstellung und Beschreibung der Handlungsempfehlungen haben wir folgendes Schema verwendet:

- Nennung der Handlungsempfehlung
- Beschreibung der Ausgangssituation zur Ableitung der Handlungsempfehlung und
- (zum Teil) Empfehlungen zur Umsetzung der Handlungsempfehlung

Die Darstellung der Handlungsempfehlungen gliedert sich in folgende Bereiche:

- Handlungsfeldübergreifende Handlungsempfehlungen
- Handlungsempfehlungen in den Handlungsfeldern
 - Wohnen
 - Bildung
 - Gesundheit
 - Vereinbarkeit von Familie und Beruf
 - Mobilität
 - Einkommen/Wirtschaften
 - Partnerschaft/Trennung
 - Demografie
- Zielgruppenbezogene Handlungsempfehlungen zu der Zielgruppe der Alleinerziehenden und der Haushalte mit geringem Einkommen¹
- Sonstige Handlungsempfehlungen

Umgang mit den Handlungsempfehlungen

Im Rahmen ähnlicher Aufträge für Kommunen, haben diese eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe zur Bewertung der Handlungsempfehlungen gebildet. Dabei wurde für jede Handlungsempfehlung eine Stellungnahme abgegeben. Die Stellungnahmen lassen sich grob in fünf Kategorien einteilen:

- die Handlungsempfehlung ist bereits umgesetzt
- die Handlungsempfehlung ist sinnvoll und soll so oder modifiziert umgesetzt werden
- die Verwaltung arbeitet bereits an der Umsetzung der Handlungsempfehlung
- die Handlungsempfehlung ist nachvollziehbar/sinnvoll, sie kann aber derzeit nicht umgesetzt werden, weil ...
- die Handlungsempfehlung ist sinnvoll und der Landkreis hat sie weiterentwickelt zu ...

¹ Um die riesige Datenmenge zu strukturieren, haben wir die 1.271 Haushalte, die geantwortet haben, in 13 Subgruppen eingeteilt: je drei Subgruppen nach der Familienform (Alleinerziehende, Familien und Großfamilien), der Anzahl der Kinder (ein Kind, zwei Kinder, drei und mehr Kinder), der Zusammensetzung der Familien (mit Vorschulkind/ern, mit Schulkind/ern, mit Vorschul- und Schulkind/ern) und vier Subgruppen nach dem Einkommen (Haushalte in der unteren, der mittleren und oberen Einkommensklasse sowie die Haushalte, die nicht eindeutig der mittleren oder oberen Einkommensklasse zuzuordnen waren). Siehe auch nähere Erläuterungen im Bericht „Auswertung der Haushaltsbefragung“, Teil IV der Sozialraumanalyse.



Das vorhandene kreative und soziale Potenzial, das im Rahmen der Befragungen im Landkreis sichtbar wurde, sollte unserer Meinung nach mitgenutzt und in die Umsetzung der Handlungsempfehlungen mit einbezogen werden.

So könnte z.B. im Zusammenhang mit dem ÖPNV bzw. dem nicht gedeckten Bedarf an Mobilität diskutiert werden, ob u.a. ein System von Bürgerbussen (einschließlich des entsprechenden bürgerschaftlichen Engagements) eine bessere Lösung darstellt als der derzeitige ÖPNV.

Die Beschreibung der Handlungsempfehlungen ist so aufgebaut, dass die einzelnen Handlungsempfehlungen auch jeweils für sich gelesen werden können, da die Beschreibungen auch die entsprechenden Ableitungen und alle relevanten Informationen enthalten. Dies führt dazu, dass insbesondere einige Grafiken und Tabellen in diesem Bericht mehrmals vorkommen.

Danksagung

An dieser Stelle möchten wir uns zunächst bei allen Haushalten mit minderjährigen Kindern im Landkreis Lüchow-Dannenberg bedanken, die den Fragebogen ausgefüllt und uns so einen Einblick in ihr Leben gewährt haben.

Des Weiteren möchten wir uns auch bei allen Akteuren bedanken, die sich an unserer Akteursbefragung beteiligt haben.

Und unser Dank gilt Frau Dagmar Schulz von der Kreisverwaltung Lüchow-Dannenberg und ihren Mitarbeiter_innen für die Unterstützung während des gesamten Prozesses.

Ganz herzlichen Dank an alle!



2 Handlungsfeldübergreifende Handlungsempfehlungen

- | | |
|----------|--|
| 1 | Erhöhung des Bekanntheitsgrades und der Nutzung der vorhandenen Angebote/Einrichtungen |
| 2 | Aktualisierung/Neuaufgabe des Wegweisers zu den Einrichtungen und Hilfen |
| 3 | Intransparenz und/oder Lücken im Hilfesystem beseitigen und niedrigschwellige Zugänge ermöglichen |

Ausgangssituation für die Handlungsempfehlungen Nr. 1 bis Nr. 3

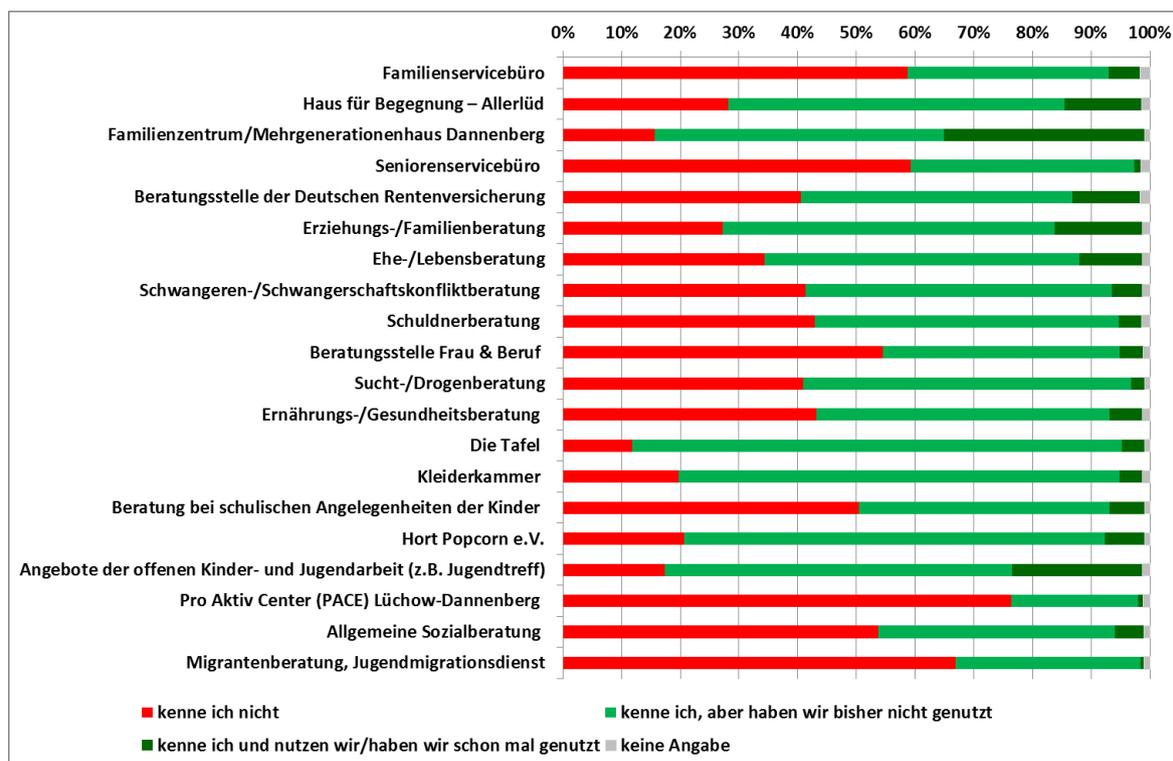
Die Ableitung der Handlungsempfehlungen Nr. 1 bis 3 basieren auf dem gleichen Bündel von Auswertungsergebnissen.

Analyse der einzelnen Unterstützungsbereiche hinsichtlich vorhandener Angebote und Hilfen sowie ihrer Bekanntheit

Im Fragebogen wurden 20 Einrichtungen/Angebote im Landkreis Lüchow-Dannenberg aufgelistet. Die Haushalte wurden gefragt, ob sie diese Einrichtungen/Angebote kennen und nutzen bzw. ob sie diese schon mal genutzt haben. In der folgenden Abbildung und Tabelle sind die Auswertungsergebnisse dargestellt.

Die Abbildung zeigt, wie viel Prozent der Befragten jeweils die 20 aufgeführten Einrichtungen/Angebote nicht kennen. Diese Auswertungsergebnisse sind insofern von hoher Relevanz, da Einrichtungen, die nicht bekannt sind, auch nicht bei Bedarf genutzt werden können.

Abbildung 1: Bekanntheit und Nutzung der 20 Einrichtungen/Angebote





Die Einrichtungen/Angebote, die über die Hälfte der Befragten nicht kennen, sind:

- Pro Aktiv Center (PACE) Lüchow-Dannenberg (76,4%)
- Migrantenberatung, Jugendmigrationsdienst (66,8%)
- Seniorenservicebüro (59,3%)
- Familienservicebüro (58,8%)
- Beratungsstelle Frau & Beruf (Vereinbarkeit Familie und Beruf) (54,5%)
- Allgemeine Sozialberatung (53,7%)
- Beratung bei schulischen Angelegenheiten der Kinder (50,5%)

Mit Abstand die bekannteste und am meisten genutzte Einrichtung ist das Familienzentrum/Mehr- generationen-Haus Dannenberg. 34,1% (144 Nennungen) der befragten Haushalte sagten, dass sie das Familienzentrum/Mehr generationen-Haus Dannenberg kennen und auch schon genutzt haben bzw. derzeit nutzen. Auf dem 2. Rang liegen mit 22,1% (281 Nennungen) die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit (z.B. Jugendtreff/-zentren).

Somit sind die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit die Angebote, die auch absolut von den meisten Familien genutzt wurden oder genutzt werden. Auf den weiteren Plätzen folgen die „Erziehungs-/Familienberatung“ (191 Nennungen), das „Haus für Begegnung-Allerlöd“ (167 Nennun- gen), die Beratungsstelle der Deutschen Rentenversicherung (148 Nennungen), das „Familienzent- rum/Mehr generationen-Haus Dannenberg“ (144 Nennungen) und die „Ehe-/Lebensberatung“ (136 Nennungen).

Es gibt drei Einrichtungen/Angebote, die über 70% der Befragten kennen, bisher jedoch nicht genutzt haben. Es sind dies „Die Tafel“ (83,5%), die „Kleiderkammer“ (75,1%) und der „Hort Popcorn e.V.“ (71,6%).

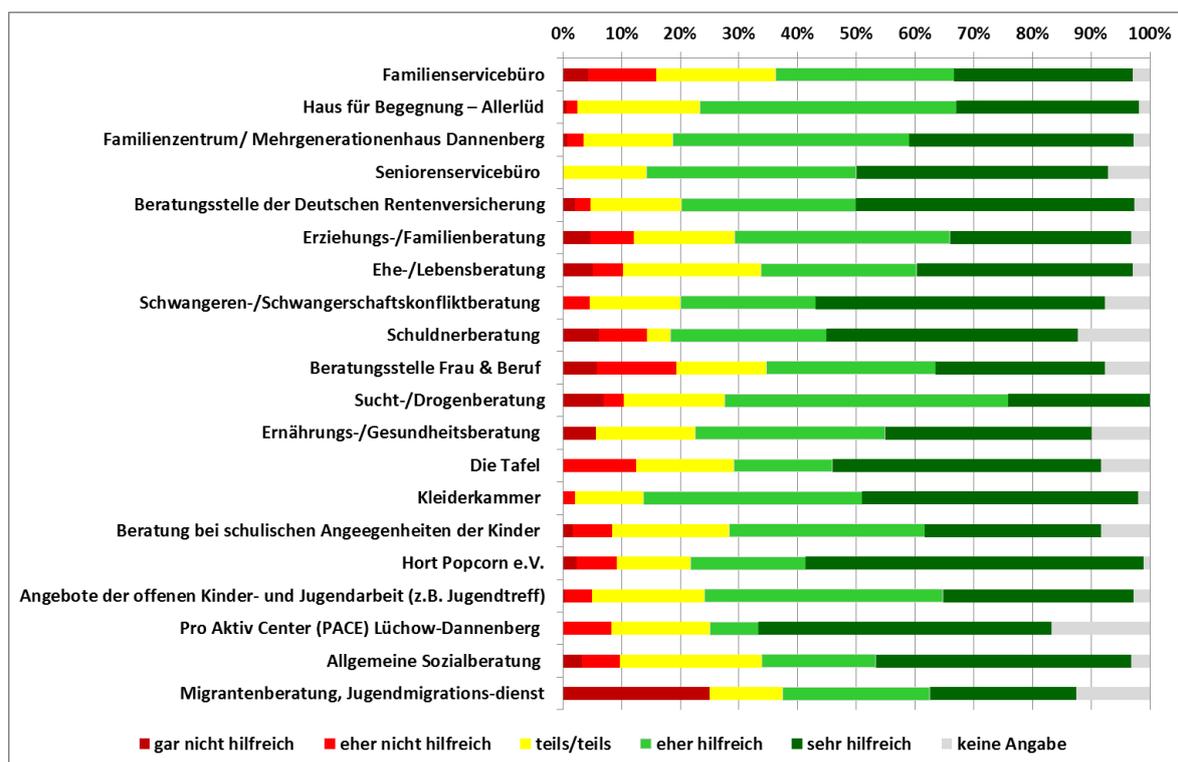
Tabelle 1: Bekanntheit und Nutzung der 20 Einrichtungen/Angebote

	kenne ich nicht		kenne ich, aber haben wir bisher nicht genutzt		kenne ich, und nutzen wir/haben wir schon mal genutzt		keine Angabe		gesamt
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anzahl
Familienservicebüro	58,8%	747	34,2%	435	5,4%	69	1,6%	20	1.271
Haus für Begegnung-Allerlöd	28,2%	358	57,3%	728	13,1%	167	1,4%	18	1.271
Familienzentrum/Mehrge- nerationenhaus Dannenberg	15,6%	66	49,3%	208	34,1%	144	0,9%	4	422
Seniorenservicebüro	59,3%	754	38,1%	484	1,1%	14	1,5%	19	1.271
Beratungsstelle der Deutschen Rentenversicherung	40,5%	515	46,3%	588	11,6%	148	1,6%	20	1.271
Erziehungs-/Familienberatung	27,3%	347	56,5%	718	15,0%	191	1,2%	15	1.271
Ehe-/Lebensberatung	34,4%	437	53,7%	682	10,7%	136	1,3%	16	1.271
Schwangeren-/Schwanger- schaftskonfliktberatung	41,4%	526	52,2%	663	5,1%	65	1,3%	17	1.271
Schuldnerberatung	42,9%	545	51,8%	659	3,9%	49	1,4%	18	1.271
Beratungsstelle Frau & Beruf (Ver- einbarkeit Familie und Beruf)	54,5%	693	40,3%	512	4,1%	52	1,1%	14	1.271
Sucht-/Drogenberatung	40,9%	520	56%	712	2,3%	29	0,8%	10	1.271
Ernährungs-/Gesundheitsberatung	43,2%	549	49,9%	634	5,6%	71	1,3%	17	1.271
Die Tafel	11,8%	150	83,5%	1061	3,8%	48	0,9%	12	1.271
Kleiderkammer	19,7%	251	75,1%	954	4,0%	51	1,2%	15	1.271

	kenne ich nicht		kenne ich, aber haben wir bisher nicht genutzt		kenne ich und nutzen wir/haben wir schon mal genutzt		keine Angabe		gesamt
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anzahl
Beratung bei schulischen Angelegenheiten der Kinder	50,5%	506	42,7%	428	6,0%	60	0,8%	8	1.002
Hort Popcorn e.V.	20,6%	262	71,6%	910	6,8%	87	0,9%	12	1.271
Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit (z.B. Jugendtreff/-zentren)	17,4%	221	59,2%	753	22,1%	281	1,3%	16	1.271
Pro Aktiv Center (PACE) Lüchow-Dannenberg	76,4%	971	21,6%	274	0,9%	12	1,1%	14	1.271
Allgemeine Sozialberatung	53,7%	683	40,4%	513	4,9%	62	1,0%	13	1.271
Migrant*innenberatung, Jugendmigrationsdienst	66,8%	849	31,5%	401	0,6%	8	1,0%	13	1.271

Wenn die befragten Haushalte angaben, die Einrichtungen/Angebote genutzt zu haben oder diese derzeit zu nutzen, haben sie auch angegeben, wie hilfreich diese für sie waren.

Abbildung 2: Nutzung der Einrichtungen/Angebote und Beurteilung der Wirkung



Die Abbildung zeigt, dass fast alle genutzten Einrichtungen/Angebote hilfreich waren. Besonders hilfreich waren dabei folgende Einrichtungen/Angebote mit einem Anteilswert von über 40% hinsichtlich der Beurteilung „sehr hilfreich“:

- Hort Popcorn e.V. (57,5%)
- Schwangeren-/Schwangerschaftskonfliktberatung (49,2%)
- Beratungsstelle der Deutschen Rentenversicherung (47,3%)
- Kleiderkammer (47,1%)
- Die Tafel (45,8%)
- Allgemeine Sozialberatung (43,5%)
- Schuldnerberatung (42,9%)



Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass die Einrichtung Pro Aktiv Center (PACE) Lüchow-Dannenberg mit 50,0% und das Seniorenservicebüro mit 42,9% ebenfalls hohe Anteilswerte in der Antwortkategorie „sehr hilfreich“ aufweisen, die Anzahl der absoluten Nennungen jedoch gering ist, sodass diese Angaben nicht überinterpretiert werden sollten.

Die fünf Einrichtungen und Angebote, die am negativsten hinsichtlich ihrer Wirkung eingeschätzt wurden (Antwortkategorien: „gar nicht“ oder „eher nicht hilfreich“) waren:

- Migrantenberatung, Jugendmigrationsdienst (25,0%)
- Beratungsstelle Frau & Beruf (Vereinbarkeit Familie und Beruf) (19,3%)
- Familienservicebüro (15,9%)
- Die Tafel (12,5%)
- Erziehungs-/Familienberatung (12,0%)

Zu beachten ist, dass hinter diesen Anteilswerten z.T. nur sehr geringe absolute Nennungen liegen, sodass die Beurteilung dieser Einrichtungen/Angebote auch eher defensiv zu sehen ist (z.B. Migrantenberatung, Jugendmigrationsdienst: n = 2).

Tabelle 2: Nutzung der Einrichtungen/Angebote und Beurteilung der Wirkung

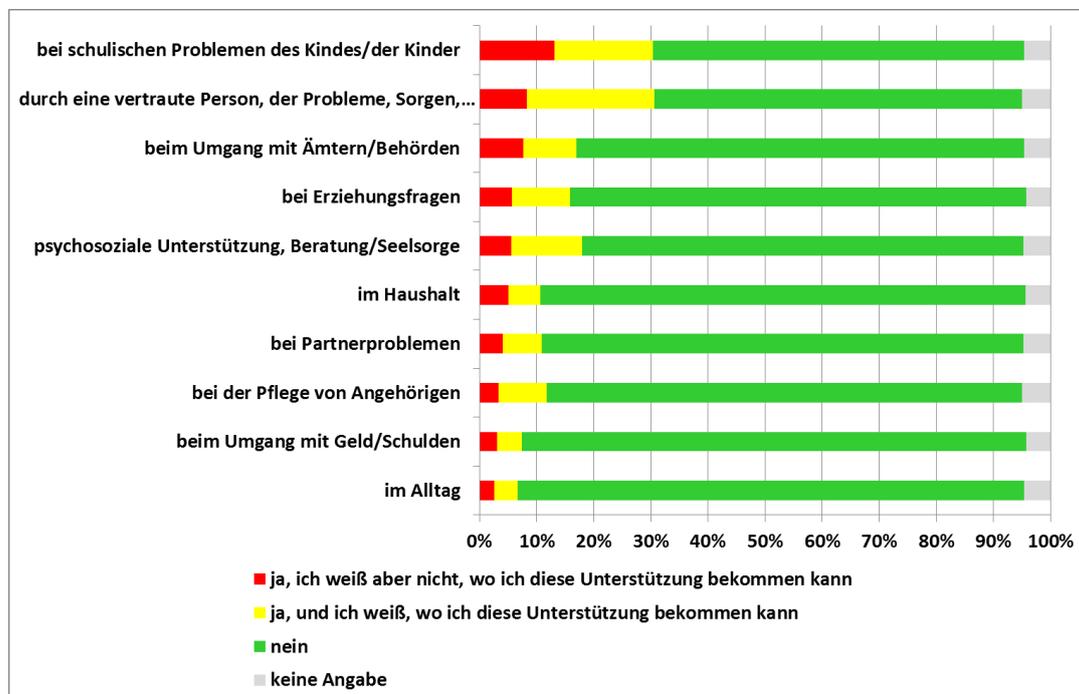
	gar nicht hilfreich		eher nicht hilfreich		teils/teils		eher hilfreich		sehr hilfreich		keine Angabe		insgesamt
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anzahl
Familienservicebüro	4,3%	3	11,6%	8	20,3%	14	30,4%	21	30,4%	21	2,9%	2	69
Haus für Begegnung- Allerlöd	0,6%	1	1,8%	3	21,0%	35	43,7%	73	31,1%	52	1,8%	3	167
Familienzentrum/ Mehrgenerationen- haus Dannenberg	0,7%	1	2,8%	4	15,3%	22	40,3%	58	38,2%	55	2,8%	4	144
Seniorenservicebüro	0,0%	0	0,0%	0	14,3%	2	35,7%	5	42,9%	6	7,1%	1	14
Beratungsstelle der Deutschen Renten- versicherung	2,0%	3	2,7%	4	15,5%	23	29,7%	44	47,3%	70	2,7%	4	148
Erziehungs-/Familien- beratung	4,7%	9	7,3%	14	17,3%	33	36,6%	70	30,9%	59	3,1%	6	191
Ehe-/Lebensberatung	5,1%	7	5,1%	7	23,5%	32	26,5%	36	36,8%	50	2,9%	4	136
Schwangeren- /Schwangerschafts- konfliktberatung	0,0%	0	4,6%	3	15,4%	10	23,1%	15	49,2%	32	7,7%	5	65
Schuldnerberatung	6,1%	3	8,2%	4	4,1%	2	26,5%	13	42,9%	21	12,2%	6	49
Beratungsstelle Frau & Beruf (Vereinbar- keit Familie und Beruf)	5,8%	3	13,5%	7	15,4%	8	28,8%	15	28,8%	15	7,7%	4	52
Sucht-/Drogen- beratung	6,9%	2	3,4%	1	17,2%	5	48,3%	14	24,1%	7	0,0%	0	29
Ernährungs-/Gesund- heitsberatung	5,6%	4	0,0%	0	16,9%	12	32,4%	23	35,2%	25	9,9%	7	71
Die Tafel	0,0%	0	12,5%	6	16,7%	8	16,7%	8	45,8%	22	8,3%	4	48
Kleiderkammer	0,0%	0	2,0%	1	11,8%	6	37,3%	19	47,1%	24	2,0%	1	51
Beratung bei schuli- schen Angelegen- heiten der Kinder	1,7%	1	6,7%	4	20,0%	12	33,3%	20	30,0%	18	8,3%	5	60

	gar nicht hilfreich		eher nicht hilfreich		teils/teils		eher hilfreich		sehr hilfreich		keine Angabe		insgesamt Anzahl
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	
Hort Popcorn e.V.	2,3%	2	6,9%	6	12,6%	11	19,5%	17	57,5%	50	1,1%	1	87
Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit (z.B. Jugendtreff/-zentren)	0,4%	1	4,6%	13	19,2%	54	40,6%	114	32,4%	91	2,8%	8	281
Pro Aktiv Center (PACE) Lüchow-Dannenberg	0,0%	0	8,3%	1	16,7%	2	8,3%	1	50,0%	6	16,7%	2	12
Allgemeine Sozialberatung	3,2%	2	6,5%	4	24,2%	15	19,4%	12	43,5%	27	3,2%	2	62
Migrantenberatung, Jugendmigrationsdienst	25,0%	2	0,0%	0	12,5%	1	25,0%	2	25,0%	2	12,5%	1	8

Die Haushaltsbefragung hat ergeben, dass einige Haushalte mit Kind(ern) in verschiedenen Bereichen Unterstützungswünsche haben und gleichzeitig nicht wissen, ob bzw. wo sie diese Unterstützung und Hilfe bekommen können. Dabei wurden Unterstützungswünsche in zehn Bereichen abgefragt.

Wie im Folgenden anhand der Auswertungen für diese zehn Bereiche zu sehen ist, gibt es keinen Bereich, wo alle befragten Personen, die sich Hilfe wünschen, auch wissen, wo sie diese bekommen können.

Abbildung 3: Gewünschte Unterstützung



**Tabelle 3: Gewünschte Hilfe/Unterstützung in sonstigen Bereichen – alle Haushalte**

	ja, ich weiß aber nicht, wo ich diese Unterstützung bekommen kann		ja, und ich weiß, wo ich diese Unterstützung bekommen kann		nein		keine Angabe		insgesamt	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
bei schulischen Problemen des Kindes/der Kinder durch eine vertraute Person, der Probleme, Sorgen, Ängste etc. erzählt werden können (wo ich mich ausheulen, wo ich mal Dampf ablassen kann)	13,1%	166	17,2%	218	65,1%	828	4,6%	59	100,0%	1.271
beim Umgang mit Ämtern/Behörden bei Erziehungsfragen	8,3%	105	22,3%	283	64,5%	820	5,0%	63	100,0%	1.271
psychosoziale Unterstützung, Beratung/Seelsorge im Haushalt	7,6%	97	9,4%	119	78,4%	996	4,6%	59	100,0%	1.271
bei Partnerproblemen	5,6%	71	10,2%	130	79,9%	1016	4,2%	54	100,0%	1.271
bei der Pflege von Angehörigen	5,5%	70	12,4%	158	77,3%	983	4,7%	60	100,0%	1.271
beim Umgang mit Geld/Schulden im Alltag	4,1%	52	6,8%	86	85,1%	1081	4,4%	56	100,0%	1.271
	3,3%	42	8,4%	107	84,4%	1073	4,7%	60	100,0%	1.271
	3,1%	39	4,3%	55	83,3%	1059	5,0%	63	100,0%	1.271
	2,5%	32	4,1%	52	88,4%	1123	4,2%	54	100,0%	1.271
					88,8%	1129	4,6%	58	100,0%	1.271

Insofern wäre zunächst zu überprüfen, ob entsprechende Angebote, insbesondere in dem am häufigsten genannten Bereich „bei schulischen Problemen des Kindes/der Kinder“, tatsächlich fehlen, oder nur nicht ausreichend bekannt sind.

Aber nicht nur Befragte, die sich Hilfe wünschen, ohne zu wissen, wo man diese bekommen kann, signalisieren Handlungsbedarf. Denn auch wenn Befragte angeben, sich eine bestimmte Hilfe/Unterstützung zu wünschen, und sie auch wissen, wo sie diese bekommen können, stellt sich die Frage, warum sie diese bisher (noch) nicht in Anspruch genommen haben. Zu klären wäre also, was die Gründe dafür sind, dass vorhandene Angebote trotz eines Hilfebedarfs bzw. Unterstützungswunsches nicht in Anspruch genommen werden. Auf dieser Basis lassen sich dann auch Hürden und Hindernisse für die Inanspruchnahme identifizieren, bewerten und abbauen, was eine wesentliche Voraussetzung ist, um wirkungsorientierte Hilfen anzubieten (siehe auch Handlungsempfehlung Nr. 9: „Wirkung als konstituierendes Merkmal des Hilfesystems etablieren“).

Handlungsempfehlung Nr. 1:

Erhöhung des Bekanntheitsgrades und der Nutzung der vorhandenen Angebote/Einrichtungen

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Ausgangssituation empfehlen wir einerseits Maßnahmen zur Erhöhung und Steigerung der Bekanntheit bereits vorhandener Angebote. Dies auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Informationen und Informationswege für Eltern und Fachkräfte mit darüber entscheiden, ob Unterstützungen und Hilfen gelingen oder scheitern.

Zu überlegen wäre in diesem Zusammenhang, als eine einfach umzusetzende Maßnahme, in regelmäßigen Abständen z.B. in der Tageszeitung die entsprechenden Familienangebote etc. abzudrucken.

Zu prüfen ist, ob eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden könnte, um zu überlegen, wie die Bekanntheit der Angebote/Einrichtungen verbessert werden kann. Zu überlegen ist dabei, ob und wie in diese Arbeitsgruppe Eltern mit ihren Erfahrungen eingebunden werden können, um sie so als Experten mit zu nutzen.

Möglicherweise ist es sinnvoll, diese Handlungsempfehlung mit der Handlungsempfehlung Nr. 2 zu verknüpfen.



Der Wegweiser zu den sozialen Einrichtungen und Hilfen

Der Wegweiser zu den sozialen Einrichtungen und Hilfen im Landkreis Lüchow-Dannenberg ist ein zentrales Kommunikationsmedium, um auf soziale Einrichtungen und Hilfen hinzuweisen und diese bekannt zu machen.

Die Auswertung der Haushaltsbefragung ergab, dass gut 72% der Haushalte den Wegweiser zu den sozialen Einrichtungen und Hilfen nicht kennen. Und die Auswertung der Akteursbefragung ergab, dass nur etwas mehr als die Hälfte (54,3%) der befragten Akteure mit ihren Angeboten im Sozialen Wegweiser aufgeführt sind.

Handlungsempfehlung Nr. 2:

Aktualisierung/Neuaufgabe des Wegweisers zu den Einrichtungen und Hilfen

Der vorhandene Wegweiser zu den sozialen Einrichtungen und Hilfen (Auflage 2012) sollte wenn möglich aktualisiert und offensiver beworben werden. Dabei sollte insbesondere das Familienservicebüro in seiner Funktion als zentrale Anlaufstelle für Familie, als koordinierende und beratende Servicestelle hervorgehoben und bekannter gemacht werden.

Alternativ wäre auch die Einrichtung eines Internetportals für Hilfeangebote nach dem Vorbild „Soziallotse“ in Braunschweig (vgl. www.soziallotse-braunschweig.de) denkbar. Von Vorteil wären dabei, die schnellere Möglichkeit der Aktualisierung/Änderungen im Angebot und der nutzerfreundlichere Zugriff auf die Informationen.

Intransparenz und Lücken im Hilfesystem

Die bereits beschriebene Ausgangssituation weist auf eine Intransparenz und/oder Lücken im Hilfesystem hin, die es zu beseitigen gilt, und gleichzeitig niedrigschwellige Zugänge zum Hilfesystem herzustellen.

Zudem sind in diesem Zusammenhang die Auswertungsergebnisse zu den von den Haushalten genannten Problemen und Problemlösungsstrategien zu beachten.

In der folgenden Abbildung und Tabelle sind im Zusammenhang mit den Fragen zu den großen Problemen in den letzten sechs Monaten vor der Befragung und den Problemlösungen die entsprechenden Lösungsantworten bezüglich der 15 Problemkategorien im Überblick dargestellt. Die Rangfolge der Problemkategorien ergibt sich aufgrund der Anzahl der genannten Probleme. Das heißt, die Kategorie mit den meisten Problemen steht auf dem ersten und die Kategorie mit den wenigsten Problemen auf dem letzten Rangplatz.

Aus unserer Sicht ist ernüchternd, dass es nur einen unter den 14 Problembereichen (ohne „Sonstige“) gibt, in dem der Anteil der konstruktiven Lösungen über 50% liegt (bezogen auf die Anzahl der Problemlösungen). Dies ist der Bereich „Soziale Schwierigkeiten“ mit 53,7%. Und dieser Anteilswert hinsichtlich der konstruktiven Lösungen sinkt bis auf 13,9% („Fehlende Finanzen“).



Abbildung 4: Problemkategorien und Problemlösungen

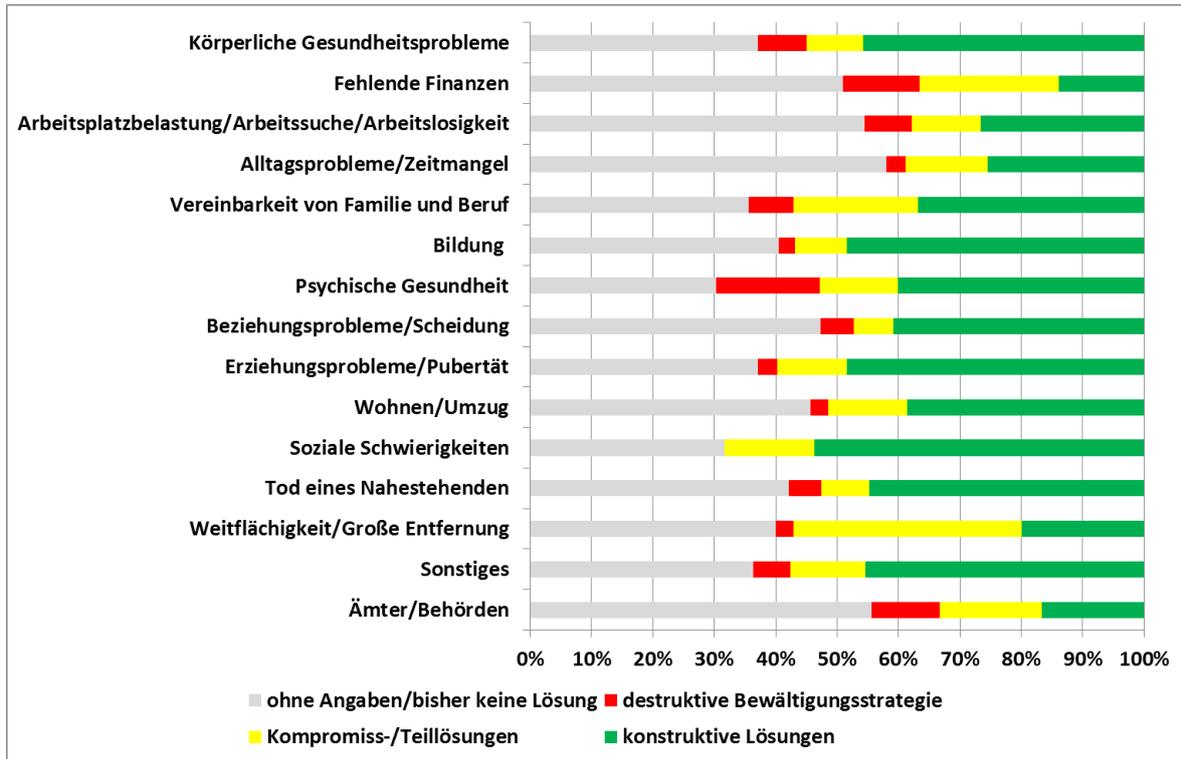


Tabelle 4: Problemkategorien und Problemlösungen

	genannte Probleme	Problemlösungen	ohne Angaben/bisher keine Lösung	destruktive Bewältigungsstrategie	Kompromiss-/Teillösungen	konstruktive Lösung
	Anzahl		Anteil			
Körperliche Gesundheitsprobleme	261	280	37,1%	7,9%	9,3%	45,7%
Fehlende Finanzen	215	216	50,9%	12,5%	22,7%	13,9%
Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit	168	169	54,4%	7,7%	11,2%	26,6%
Alltagsprobleme/Zeitmangel	157	157	58,0%	3,2%	13,4%	25,5%
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	158	163	35,6%	7,4%	20,2%	36,8%
Bildung	153	153	40,5%	2,6%	8,5%	48,4%
Psychische Gesundheitsprobleme	128	142	30,3%	16,9%	12,7%	40,1%
Beziehungsprobleme/ Scheidung	110	110	47,3%	5,5%	6,4%	40,9%
Erziehungsprobleme/Pubertät	93	97	37,1%	3,1%	11,3%	48,5%
Wohnen/Umzug	68	70	45,7%	2,9%	12,9%	38,6%
Soziale Schwierigkeiten	38	41	31,7%	0,0%	14,6%	53,7%
Tod eines Nahestehenden	37	38	42,1%	5,3%	7,9%	44,7%
Weitflächigkeit/Große Entfernung	34	35	40,0%	2,9%	37,1%	20,0%
Sonstiges	31	33	36,4%	6,1%	12,1%	45,5%
Ämter/Behörden	18	18	55,6%	11,1%	16,7%	16,7%
Angaben insgesamt	1.669	1.723				

Um die Ergebnisse anschaulicher darstellen zu können, sind in der folgenden Abbildung die Problemkategorien nach der Höhe der Anteilswerte hinsichtlich der konstruktiven Lösung aufgetragen. Dabei haben wir uns auf die neun größten Problembereiche konzentriert (die Bereiche mit mehr als 90 Problemnennungen).



Abbildung 5: Problemkategorien und Problemlösungen – die neun Problembereiche mit den häufigsten Problemnennungen

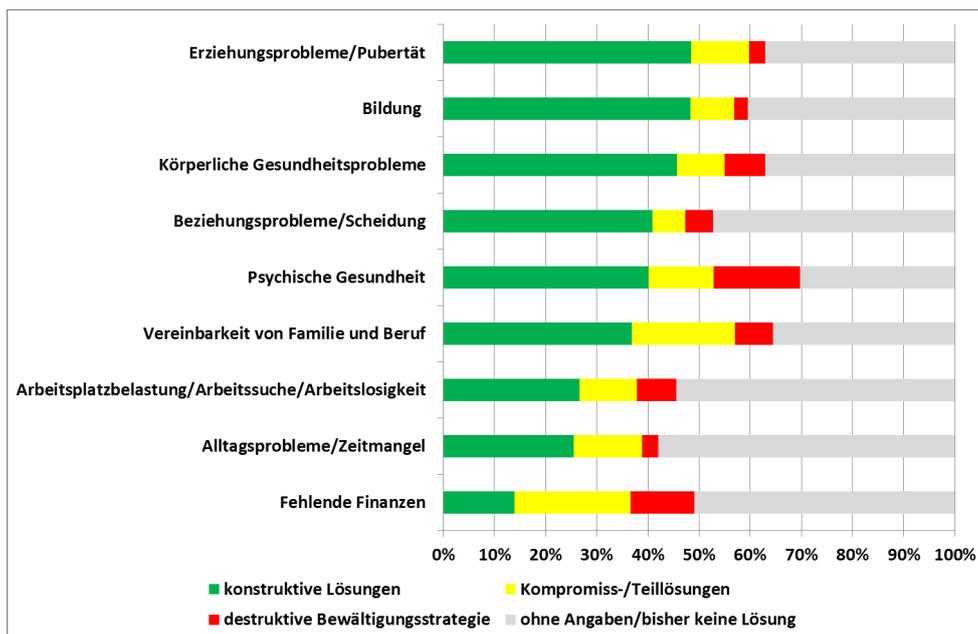


Tabelle 5: Problemkategorien und Problemlösungen – die neun Problembereiche mit den häufigsten Problemnennungen

	genannte Probleme	Problem-lösungen	kon- struktive Lösung	Kompro- miss-/Teil- lösungen	destruktive Bewältigungs- strategie	ohne Anga- ben/bisher keine Lö- sung
			Anzahl	Anteil		
Erziehungsprobleme/Pubertät	92	97	48,5%	11,3%	3,1%	37,1%
Bildung	153	153	48,4%	8,5%	2,6%	40,5%
Körperliche Gesundheitsprobleme	261	280	45,7%	9,3%	7,9%	37,1%
Beziehungsprobleme/Scheidung	110	110	40,9%	6,4%	5,5%	47,3%
Psychische Gesundheitsprobleme	128	142	40,1%	12,7%	16,9%	30,3%
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	158	163	36,8%	20,2%	7,4%	35,6%
Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/ Arbeitslosigkeit	168	169	26,6%	11,2%	7,7%	54,4%
Alltagsprobleme/Zeitmangel	157	157	25,5%	13,4%	3,2%	58,0%
Fehlende Finanzen	215	216	13,9%	22,7%	12,5%	50,9%

Demnach sind es die Kategorie „Erziehungsprobleme/Pubertät“ und „Bildung“, in denen der Anteil der konstruktiven Lösungen mit 48,5% bzw. 48,4% am höchsten ist.

Am geringsten ist der Anteil an konstruktiven Lösungen im Bereich „Fehlende Finanzen“ mit 13,9%. Dementsprechend ist der Anteil an destruktiven Bewältigungsstrategien hier mit 12,5% am zweithöchsten. Und am drittgrößten ist in diesem Problembereich der Anteil „ohne Angaben/bisher keine Lösung“ mit 50,9%.

Angesichts dieser Auswertungsergebnisse stellt sich die Frage, warum z.B. professionelle Hilfe/Unterstützung nicht häufiger in Anspruch genommen wurde.

Die Inanspruchnahme von professioneller Hilfe und Unterstützung setzt (jedoch) voraus, dass es entsprechende Angebote gibt und diese den Hilfesuchenden bekannt sind.



Bis auf Aussagen zur Schuldnerberatung und zu Teilen des Gesundheitsbereiches (Ernährungs-/Gesundheitsberatung, siehe Abbildung 1) gibt es aufgrund der Befragung kaum Erkenntnisse zur Bekanntheit entsprechender Dienste.

Handlungsempfehlung Nr. 3:

Intransparenz und/oder Lücken im Hilfesystem beseitigen und niedrigschwellige Zugänge ermöglichen

Wenn zum einen unsere Annahme geteilt wird, dass das Ausbleiben einer Antwort auf die Frage, wie die Probleme gelöst wurden, als Fehlen einer adäquaten Lösung für die entsprechenden Probleme interpretiert werden kann, und zum anderen unsere Ansicht, dass, wenn Probleme nicht adäquat gelöst werden, diese ungelösten Probleme einen Dominoeffekt auslösen und andere Lebensbereiche negativ beeinflussen können, dann besteht in einigen Bereichen erheblicher Handlungsbedarf.

Diesen Handlungsbedarf sehen wir am stärksten in den Bereichen „Fehlende Finanzen“, „Alltagsprobleme/Zeitmangel“ und „Arbeitsplatzbelastung/Arbeitsuche/Arbeitslosigkeit“. Einerseits weil in diesen drei Bereichen die Anteilswerte für die Kategorie „ohne Angaben/bisher keine Lösung“ mit 51,2%, 58,0% und 55,0% extrem hoch und der Anteil konstruktiver Lösungen mit 13,8% („Fehlende Finanzen“), 25,5% („Alltagsprobleme/Zeitmangel“) und 26,3% („Arbeitsplatzbelastung/Arbeitsuche/Arbeitslosigkeit“) – im Vergleich zu den anderen Problemkategorien - sehr niedrig sind. Ergänzend kommt hinzu, dass in der Kategorie „Fehlende Finanzen“ der Anteil an destruktiven Bewältigungsstrategien mit 12,4% am höchsten ist.

Der Handlungsbedarf besteht zum einen darin, bestehende Einrichtungen und Angebote bekannter zu machen (siehe auch Handlungsempfehlung Nr. 1). Und zum anderen gilt es, Lücken im Hilfesystem zu identifizieren und zu schließen. Diese Aufgabe könnte mit einer zentralen Aufgabe der integrierten Sozialplanung sein (siehe Handlungsempfehlung Nr. 4).

4	Etablierung einer integrierten Sozialplanung im Landkreis Lüchow-Dannenberg inklusive Aufbau, Ausbau und Weiterentwicklung eines kommunalen kleinräumigen Monitoringsystems
5	Veränderung der Wahrnehmung und der Haltung der Akteure des Hilfesystems - letztendlich Veränderung des Hilfesystems
6	Etablierung eines Angebotes „Alltagsbewältigung“

Ausgangssituation für die Handlungsempfehlungen Nr. 4 bis Nr. 6

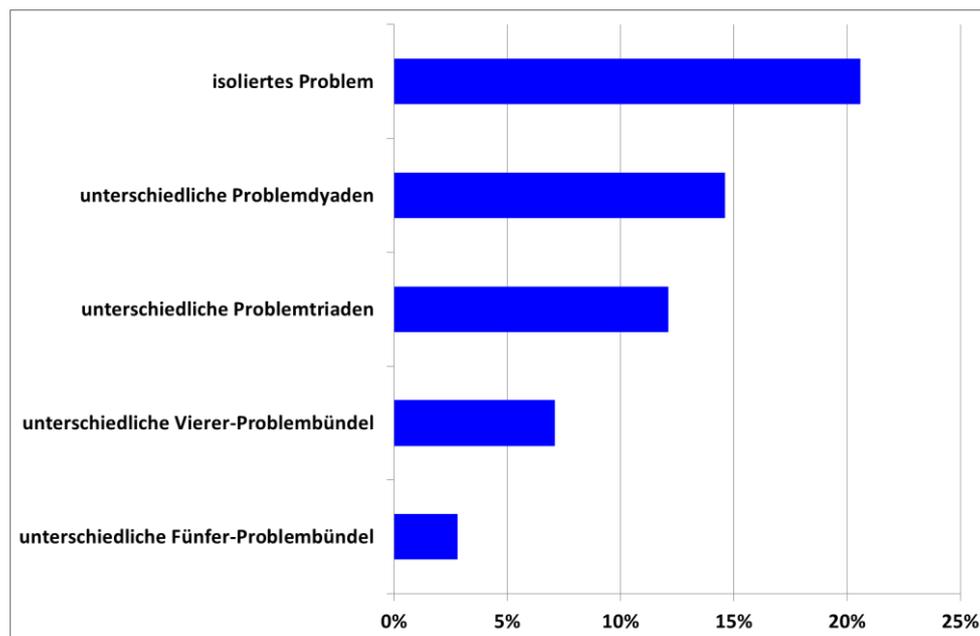
Die Ableitung der Handlungsempfehlungen Nr. 4 bis 6 basiert auf dem gleichen Bündel von Auswertungsergebnissen.

Über die Hälfte (57,1%) der Haushalte mit minderjährigen Kindern haben im Landkreis Lüchow-Dannenberg bei der entsprechenden offenen Frage nach den größten Problemen, die in den letzten sechs Monaten vor der Befragung auftraten, mindestens ein Problem genannt.

In der folgenden Abbildung ist dargestellt, wie viele Haushalte z.B. nur ein isoliertes Problem oder mehrere Probleme genannt haben.



Abbildung 6: Problemkonstellation der Haushalte



Die Abbildung und die Tabelle zeigen, dass 20,6% der 1.271 Haushalte von (nur) einem Problem, 14,6% von zwei gleichzeitig aufgetretenen Problemen berichteten und 22,0% der befragten Haushalte angaben, dass sie in den letzten sechs Monaten gleichzeitig drei und mehr Probleme zu bewältigen hatten. Die Zahlen verdeutlichen auch, dass 464 Haushalte mit mindestens zwei großen Problemen gleichzeitig konfrontiert waren; dies sind mehr als ein Drittel der befragten Haushalte (36,5%).

Tabelle 6: Problemkonstellation der Haushalte

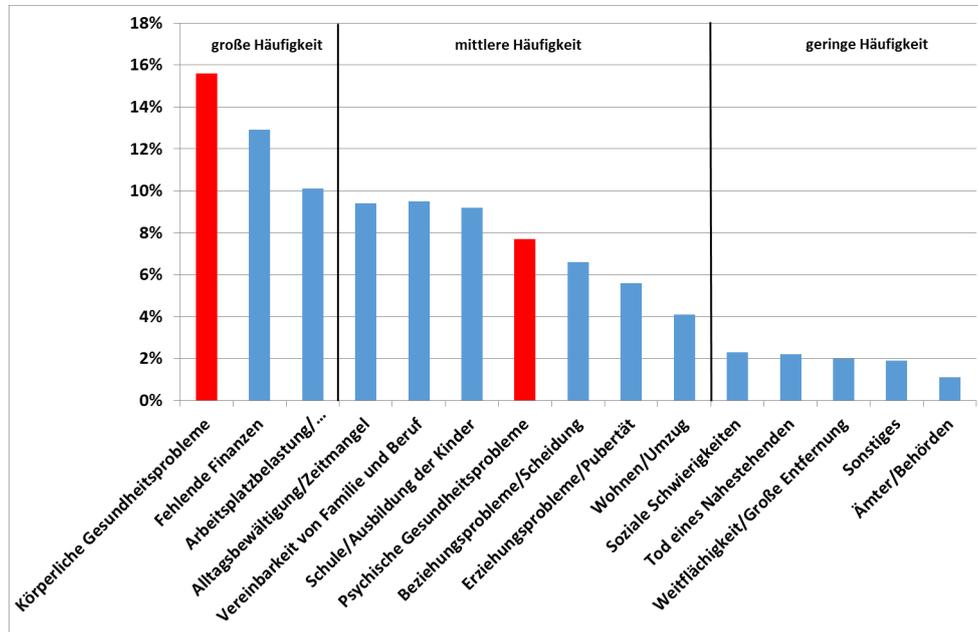
	Anzahl Haushalte	Anteil an allen Haushalten
Haushalte insgesamt	1.271	
Haushalte mit isoliertem Problem	262	20,6%
Haushalte mit unterschiedlichen Problemdyaden	185	14,6%
Haushalte mit unterschiedlichen Problemtriaden	154	12,1%
Haushalte mit unterschiedlichen Vierer-Problembündeln	90	7,1%
Haushalte mit unterschiedlichen Fünfer-Problembündeln	35	2,8%

Die offenen Antworten zu den Problemen haben wir 14 Kategorien zugeordnet und zusätzlich die Kategorie „Sonstiges“ gebildet, der wir Nennungen, die nicht eindeutig oder gar nicht zu kategorisieren waren, zugeordnet haben.

- | | |
|--|---|
| 1. Ämter/Behörden | 8. Bildung |
| 2. Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit | 9. Psychische Gesundheitsprobleme |
| 3. Alltagsprobleme/Zeitmangel | 10. Soziale Schwierigkeiten |
| 4. Beziehungsprobleme/Scheidung | 11. Tod eines Nahestehenden |
| 5. Erziehungsprobleme/Pubertät | 12. Vereinbarkeit von Familie und Beruf |
| 6. Fehlende Finanzen | 13. Weitflächigkeit/Große Entfernung |
| 7. Körperliche Gesundheitsprobleme | 14. Wohnen/Umzug |
| | • Sonstiges |

Wir unterscheiden drei Gruppen an Problemen: Probleme großer, mittlerer und seltener Häufigkeit. Die drei Gruppen mit den entsprechenden dazugehörigen Problemkategorien sind in der folgenden Abbildung dargestellt.

Abbildung 7: Kategorien und Anteil der Problemnennungen



Die Abbildung zeigt, dass drei der 14 Problemkategorien in der Kategorie „große Häufigkeit“ mit Werten jeweils zwischen 10,1% und 15,6% aller Probleme (insgesamt 38,6%) liegen. Dies sind die Problemkategorien „Körperliche Gesundheitsprobleme“, „Fehlende Finanzen“ und „Arbeitsplatzbelastung/Arbeitsuche/Arbeitslosigkeit“.

Sieben Problemkategorien wurden der Kategorie „mittlere Häufigkeit“ zugeordnet und machten zwischen 4,1% und 9,5% aller Probleme (insgesamt 52,1%) aus. Die verbliebenen fünf Problemkategorien mit einem Häufigkeitsvorkommen von 1,1% bis 2,3% haben wir der Kategorie „geringe Häufigkeit“ zugeordnet (insgesamt 9,5%).

Die Abbildung zeigt bereits ein zentrales Ergebnis, wonach der Gesundheitsbereich, insbesondere wenn man die körperlichen und psychischen Probleme zusammenfasst, in der Wahrnehmung der befragten Haushalte ihre Problemlage in den letzten sechs Monaten vor der Befragung dominiert, denn über ein Fünftel der Haushalte (23,3%) gaben gesundheitliche Probleme als ihre größten Probleme an.

Tabelle 7: Kategorien und Anteil der Problemnennungen

	Kategorie	Anzahl Problemnennungen	Anteil
<i>große Häufigkeit</i>	Körperliche Gesundheitsprobleme	261	15,6%
	Fehlende Finanzen	215	12,9%
	Arbeitsplatzbelastung/Arbeitsuche/Arbeitslosigkeit	168	10,1%
<i>mittlere Häufigkeit</i>	Vereinbarkeit von Familie und Beruf	158	9,5%
	Alltagsprobleme/Zeitmangel	157	9,4%
	Bildung	153	9,2%
	Psychische Gesundheitsprobleme	128	7,7%
	Beziehungsprobleme/Scheidung	110	6,6%
	Erziehungsprobleme/Pubertät	93	5,6%
	Wohnen/Umzug	68	4,1%



	Kategorie	Anzahl Problemnennungen	Anteil
<i>geringe Häufigkeit</i>	Soziale Schwierigkeiten	38	2,3%
	Tod eines Nahestehenden	37	2,2%
	Weitflächigkeit/Große Entfernung	34	2,0%
	Sonstiges	31	1,9%
	Ämter/Behörden	18	1,1%
	Nennungen insgesamt	1.669	100,0%

Aus den Antworten der 464 Haushalte, die uns mehr als ein Problem in den sechs Monaten vor der Befragung geschildert haben, haben wir zentrale Problempaare herausgefiltert. Bei der Zuordnung der Problempaare haben wir die bekannten Problemkategorien verwendet.

In der folgenden Abbildung und Tabelle sind die Problempaare aufgelistet, die zehnmal oder häufiger vorkamen.

Abbildung 8: Anteil der Problempaare in den jeweils betroffenen Problemkategorien

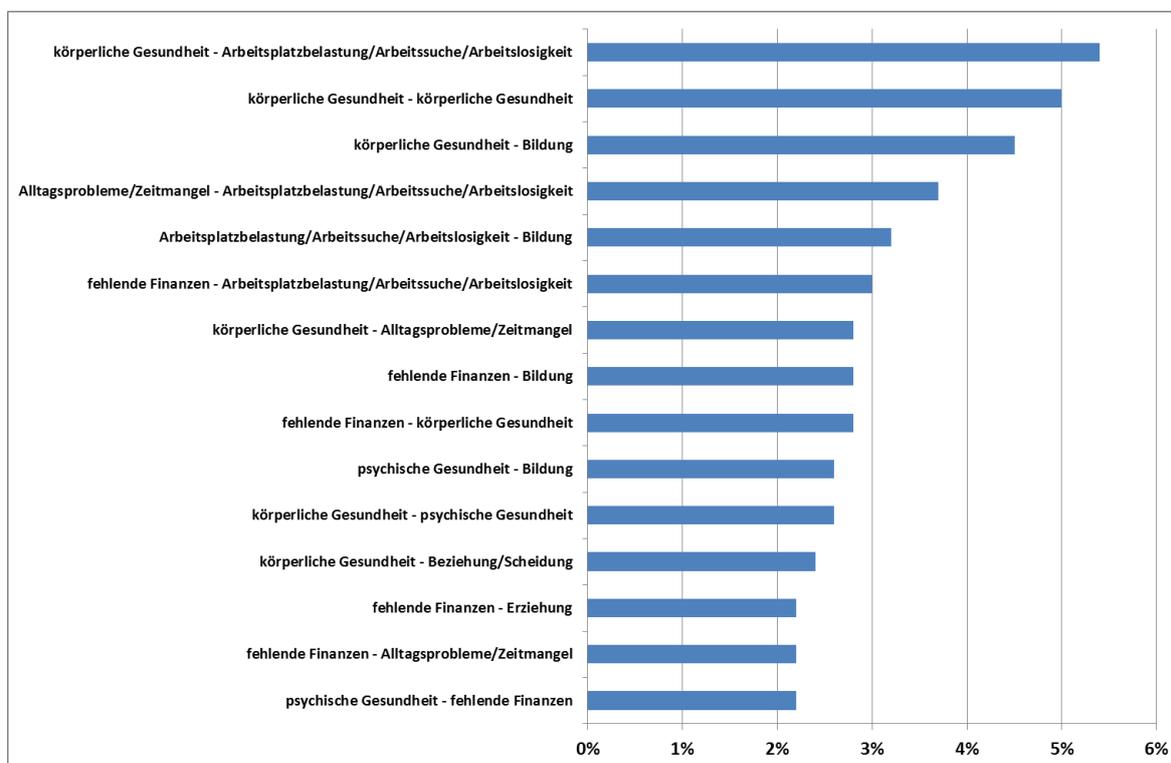


Tabelle 8: Anzahl und Anteil der Problempaare in den jeweils betroffenen Problemkategorien

	Anzahl	Anteil
körperliche Gesundheit - Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit	25	5,4%
körperliche Gesundheit - körperliche Gesundheit ²	23	5,0%
körperliche Gesundheit - Bildung	21	4,5%
Alltagsprobleme/Zeitmangel - Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit	17	3,7%
Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit - Bildung	15	3,2%
fehlende Finanzen - Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit	14	3,0%
fehlende Finanzen - körperliche Gesundheit	13	2,8%
fehlende Finanzen - Bildung	13	2,8%

² Die Kombination „körperliche Gesundheit - körperliche Gesundheit“ bedeutet, dass z.B. von gesundheitlichen körperlichen Problemen der befragten Person und gleichzeitig von gesundheitlichen körperlichen Problemen beim Kind berichtet wurde.



	Anzahl	Anteil
körperliche Gesundheit - Alltagsprobleme/Zeitmangel	13	2,8%
körperliche Gesundheit - psychische Gesundheit	12	2,6%
psychische Gesundheit - Bildung	12	2,6%
körperliche Gesundheit – Beziehung/Scheidung	11	2,4%
psychische Gesundheit - fehlende Finanzen	10	2,2%
fehlende Finanzen - Alltagsprobleme/Zeitmangel	10	2,2%
fehlende Finanzen - Erziehung	10	2,2%
Zentrale Problempaare insgesamt (zehnmals oder häufiger genannt)	219	

Die Abbildung und die Tabelle zeigen, dass mit 5,4% am häufigsten Problempaare in der Kombination der beiden Problembereiche „Körperliche Gesundheit“ und „Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit“ genannt wurden (die Bezugsgröße ist die Zahl der 464 Haushalte mit mindestens zwei Problemen).

Wie zudem die Abbildung und die Tabelle zeigen, gibt es Problembereiche, die in den aufgelisteten Kombinationen mehrmals auftauchen. Dies sind z.B. wiederum der Problembereich „Körperliche Gesundheit“ und der Problembereich „Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit“. Weitere Problembereiche, die häufiger auftauchen, sind „Fehlende Finanzen“ und „Bildung“. In der Abbildung 7 haben wir dieses nochmals dargestellt. Die Bezugsgröße ist dabei die Anzahl der 219 zentralen Problempaare der Tabelle 42.

Die Tabelle zeigt, dass Probleme der Problemkategorie „Körperliche Gesundheit“ in Kombination mit Problemen aus anderen Problembereichen (z.B. „Bildung“, „Beziehung/Scheidung“) mit 53,9% weitest am häufigsten vorkommen. Bezieht man in diese Betrachtung den Bereich „Psychische Gesundheit“ und die mit dieser Kategorie verbundenen Problempaare mit ein, ergibt sich für den gesamten Gesundheitsbereich ein Anteil von zentralen Problempaaren von 69,0%. Dies wiederum belegt die hohe Bedeutung des Gesundheitsbereichs.

Tabelle 9: Problembereiche mit einem zusätzlichen Problem in einem anderen Bereich

	Anzahl	Anteil
Körperliche Gesundheit plus ...	118	53,9%
Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit plus ...	57	26,0%
Bildung (vorschulischer Bereich/Schule (berufliche Ausbildung) plus ...	48	21,9%
Fehlende Finanzen plus ...	47	21,5%
Psychische Gesundheit plus ...	34	15,5%

Fazit

Die unterschiedlichen, aber oftmals zusammenhängenden Einzelprobleme führen dazu, dass die Haushalte mit minderjährigen Kindern mit mehreren Akteuren des Hilfesystems (gleichzeitig) kommunizieren und interagieren müssen, um Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Probleme zu erhalten. Die Ausdifferenzierung des Hilfesystems, einhergehend mit einer entsprechenden Reglementierung, stellt für die Haushalte mit ihrer Vielzahl von Problemen eine große Hürde dar.

Somit gilt es zum einen zu verhindern, dass sich das Hilfesystem zunehmend von den Hilfesuchenden entfernt und verstärkt inhaltlich und organisatorisch „versäult“ - SGB II, III, V, VII, XII etc. – agiert.

Auch wenn die bestehende operative Versäulung nicht von heute auf morgen zu verändern ist, kann und sollte sie aber auf der Ebene der Planung aufgehoben werden.



Handlungsempfehlung Nr. 4:

Etablierung einer integrierten Sozialplanung im Landkreis Lüchow-Dannenberg inklusive Aufbau, Ausbau und Weiterentwicklung eines kommunalen kleinräumigen Monitoringsystems

Ziel ist es, alle Fachplanungen - über das Soziale hinaus - miteinander zu vernetzen, um die Lebenslagen der Bevölkerung integriert betrachten und bearbeiten zu können.

Der Charakter von integrierter Sozialplanung als Querschnittsplanung erlaubt es, ämter- und fachbereichsübergreifende Ansätze für die Steuerung von Sozialpolitik zu realisieren. Die zu verknüpfenden Handlungsfelder sind dabei u.a. Gesundheit, Bildung, Soziales, Wohnen und Arbeit/Erwerbstätigkeit. Mit der Verknüpfung der unterschiedlichen Handlungsfelder wird Handlungswissen erzeugt, welches die Grundlage für eine bedarfsgerechte Infrastrukturplanung darstellt. Der Deutsche Verein sieht integrierte Sozial- und Finanzplanung als eine Möglichkeit, kommunale Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge künftig besser zu bewältigen.

Integrierte Sozialplanung wird so zu einem eigenständigen Bestandteil im strategischen Steuerungskreislauf und Steuerungsprozess auf allen Ebenen der (Sozial-)Verwaltung und zur unverzichtbaren Voraussetzung einer wirksamen Steuerung. Im Sinne einer zielführenden und wirkungsorientierten Steuerung kommunaler Sozialpolitik ist die integrierte Sozialplanung sodann auf Ergebnisse einer Wirkungskontrolle angewiesen (siehe dazu auch die Handlungsempfehlung Nr. 9: „Wirkung als konstituierendes Merkmal des Hilfesystems etablieren“).

Dabei ist die integrierte Sozialplanung mit der sozialräumlichen Ebene, dem Quartier, der Gemeinde als Lebensgrundlage der Bewohner_innen und den Komponenten einer räumlichen Entwicklung verbunden.

Mit zur Aufgabe der integrierten Sozialplanung gehört auch, Lücken im Hilfesystem zu identifizieren und zu prüfen, ob tatsächlich Angebotsdefizite bestehen. Denn dies ist mit einer Voraussetzung, um Lücken im Hilfesystem zu schließen und niedrigschwellige Zugänge zu den Hilfen herzustellen (siehe Handlungsempfehlung Nr. 3: „Intransparenz und/oder Lücken im Hilfesystem beseitigen und niedrigschwellige Zugänge herstellen und ermöglichen“).

Aufbau, Ausbau und Weiterentwicklung eines kleinräumigen Monitoringsystems

Die integrierte Sozialplanung basiert auf dem Ansatz der Sozialraumorientierung. Die vorhandene soziale Infrastruktur, die Lebenslagen der Bewohner_innen und die Sozialstrukturdaten werden möglichst kleinräumig beschrieben und analysiert. Damit werden angemessene Bedarfe festgestellt und Maßnahmen zur Erfüllung derselben entwickelt.

Die von der GOE erstellten bestehenden Zeitreihen der prozessproduzierten Daten (siehe Bericht „Sozialraumanalyse Landkreis Lüchow-Dannenberg, Teil I - Auswertung kleinräumiger Daten, Datenreader“) sollten auf der Ebene des Landkreises und der Gemeinden fortgeschrieben und in ein landkreisweites, raumbezogenes Monitoringsystem überführt werden, in das sukzessiv weitere Daten (Bevölkerungs- und Haushaltsdaten, Wohnungsdaten etc.) einfließen. Zum Teil sind diese Daten schon in das KECK-Projekt (Kommunale Entwicklung – Chancen für Kinder) eingeflossen.

Die Daten der Haushaltsbefragung haben ergeben, dass in knapp 42% der Haushalte mindestens ein Kind mit mindestens einer Erkrankung/Beeinträchtigung lebt und gut 31% der erfassten Kinder mindestens eine Erkrankung/Beeinträchtigung haben.

Für die Analyse prozessproduzierter Daten konnten uns keine gesundheitsbezogenen Daten zur Verfügung gestellt werden. Wir empfehlen insbesondere auch zukünftig die gesundheitliche Situation



der Kinder und Jugendlichen im Blick zu behalten. Dazu sollten vor allem die Daten der Schuleingangsuntersuchungen genutzt und in das kleinräumige Monitoringsystem integriert werden sollten.

Die kleinräumigen Daten bilden sodann auch die Grundlage für die Etablierung und Umsetzung einer Kreispolitik des sozialen Ausgleichs (siehe hierzu auch die Handlungsempfehlung Nr. 10).

Umsetzung der Handlungsempfehlung Nr. 4

Die entsprechende Organisationseinheit in der Kreisverwaltung Lüchow-Dannenberg, in der aus unserer Sicht die Integrierte Sozialplanung angesiedelt bzw. in die sie integriert werden könnte, ist das Familienservicebüro.

Handlungsempfehlung Nr. 5:

Veränderung der Wahrnehmung und der Haltung der Akteure des Hilfesystems – letztendlich Veränderung des Hilfesystems

Die Auswertung der offenen Antworten hat gezeigt, dass mehr als ein Drittel der 1.271 befragten Haushalte (36,6%) von mindestens zwei großen Problemen gleichzeitig betroffen waren. Und die Auswertung hat gezeigt, dass dies keine isolierten Einzelprobleme sind.

Außerdem wurde deutlich, dass die genannten Probleme zusammenhängen, sie sich häufig gegenseitig beeinflussen und dadurch die problembeladene Situation der Haushalte (weiter) verschärfen.

Diese Lebenslage der Haushalte mit der Verzahnung mehrerer Probleme und der sich daraus möglicherweise ergebenden Verschärfung der Benachteiligungen erfordert eine Veränderung der Wahrnehmung und der Haltung der Akteure des Hilfesystems.

Diese veränderte Wahrnehmung und Haltung der Akteure, bei der die einzelnen Problembereiche bei den betroffenen Haushalten mit minderjährigen Kindern als Problembündel zu betrachten sind, muss sich sodann in Hilfen und Unterstützungsangeboten niederschlagen, die nicht isoliert, sondern miteinander verzahnt und interdisziplinär quasi als Paket aus einer Hand zu erbringen sind. Das wiederum erfordert einen Umbruch und eine Neuausrichtung der derzeitigen Organisation der Hilfen und die Etablierung eines lebenslagenbezogenen Hilfesystems.

Eine Vision hierzu ist, die versäulte Organisationsstruktur entlang der bestehenden Gesetze aufzuheben und durch dezentrale Dienstleistungszentren zu ersetzen.

Handlungsempfehlung Nr. 6:

Etablierung eines Angebotes „Alltagsbewältigung“

Neben den beschriebenen Auswertungsergebnissen zu der Verzahnung mehrerer Probleme und entsprechender Problembündeln, sind es auch Auswertungsergebnisse zu der Frage, ob der Alltag psychisch belastend ist, die die Etablierung eines Angebotes „Alltagsbewältigung“ nahelegen.

Der Alltag und empfundene psychische Belastungen

Etwas über ein Viertel (25,3%) der Personen in den befragten Haushalten gibt an, den Alltag als sehr oder eher belastend zu erleben.

Bezogen auf die Subgruppen sind es Alleinerziehende, die ihren Alltag überdurchschnittlich häufig als sehr oder eher belastend beurteilen, denn hier liegt der Anteil bei einem Drittel (33,8%). Aber auch



29,8% der befragten Personen in Großfamilien geben an, ihren Alltag als sehr oder eher belastend zu erleben.

Eine weitere Auswertung ist im Kontext eines Angebotes „Alltagsbewältigung“ von Relevanz und betrifft die Auswirkungen der Krankheiten/Beeinträchtigungen der Kinder auf den Alltag der Eltern.

Auswirkungen der Krankheiten/Beeinträchtigungen der Kinder auf den Alltag der Eltern

Bezogen auf die Frage, wie sich die Krankheiten/Beeinträchtigungen der Kinder auf den Alltag der Eltern auswirken, gaben 21,1% der Befragten in den Haushalten an, dass sich diese sehr oder eher belastend auf ihren eigenen Alltag auswirken.

Unterschiede gibt es bei der Betrachtung der Subgruppen. So geben mit 27,4% Alleinerziehende häufiger an, durch die Krankheiten der Kinder sehr oder eher in ihrem Alltag belastet zu sein. Bei den Großfamilien sind es 27,6%, wobei diese zu einem größeren Anteil als Alleinerziehende auf der anderen Seite auch angeben, eher nicht oder gar nicht in ihrem Alltag durch die Krankheiten der Kinder belastet zu sein.

23,3% der Haushalte, die der unteren Einkommensklasse angehören, geben an, in ihrem Alltag durch Krankheiten der Kinder eher oder sehr belastete zu sein. Hinsichtlich des Einkommens kann tendenziell gesagt werden: Je höher das Einkommen der Eltern, je weniger belastend empfinden die Eltern den Alltag aufgrund der Krankheiten/Beeinträchtigungen der Kinder.

Zudem lässt sich ebenfalls aus den Auswertungsergebnissen der offenen Frage nach den größten Problemen und Problemlösungen die Etablierung eines Angebotes „Alltagsbewältigung“ ableiten.

Probleme und Problemlösungen

Wie beschrieben liegt in den Bereichen „Fehlende Finanzen“, „Alltagsprobleme/Zeitmangel“ und „Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit“ der größte Handlungsbedarf, was den Zugang zu entsprechenden Diensten bzw. die Etablierung (womöglich) fehlender Dienste anbetrifft. Einerseits weil in diesen drei Bereichen die Anteilswerte für die Kategorie „ohne Angaben/bisher keine Lösung“ mit 50,9%, 58,0% und 54,4% extrem hoch und der Anteil konstruktiver Lösungen mit 13,9% („Fehlende Finanzen“), 25,5% („Alltagsprobleme/Zeitmangel“) und 26,6% („Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit“) - im Vergleich zu den anderen Problemkategorien - sehr niedrig sind.

Der Einstieg in interdisziplinäre Unterstützungen und Hilfen als Paket aus einer Hand (siehe Handlungsempfehlung Nr. 5: „Veränderung der Wahrnehmung und der Haltung der Akteure des Hilfesystems - letztendlich Veränderung des Hilfesystems“) aufgrund der Verzahnung mehrerer Probleme, könnte die Etablierung eines Angebotes „Alltagsbewältigung“ sein.

Die Hilfen und Unterstützungen des Angebotes „Alltagsbewältigung“ sollten bereits unterhalb der Ebene von SGB-Pflichtleistungen (insbesondere SGB VIII) liegen. Dies soll verhindern, dass eine nicht angemessene Bewältigung des Alltags später Interventionen nach dem SGB (insbesondere SGB VIII) nach sich ziehen würde.

Die Wirkung des Angebotes „Alltagsbewältigung“ zielt dabei (zunächst) auf eine gelingende Beruhigung und Stabilisierung des Haushaltes, um z.B. Dominoeffekte von Entscheidungen und Bewältigungsstrategien, die möglicherweise eine Pathologisierung und Chronifizierung der prekären Familiensituation nach sich ziehen, zu verhindern.



Insofern sollen die Alltagsbetreuer oder die Alltagsbetreuerinnen beim Abwägen und Treffen von Entscheidungen helfen, die Kompetenzen zur Alltagsbewältigung stärken und dadurch Überforderungen abbauen beziehungsweise verhindern helfen. Dazu zählt auch, auf den in den Haushalten empfundenen Zeitdruck und Zeitmangel zu reagieren und ein entsprechendes Zeitmanagement in und mit den Haushalten einzuüben und einzuführen.

Zum anderen gehört es mit zu den Aufgaben dieses Angebotes, die Haushalte beim Umgang mit Behörden und Ämtern zu unterstützen. Unter Umständen bedeutet das, die betroffenen Personen dorthin zu begleiten.

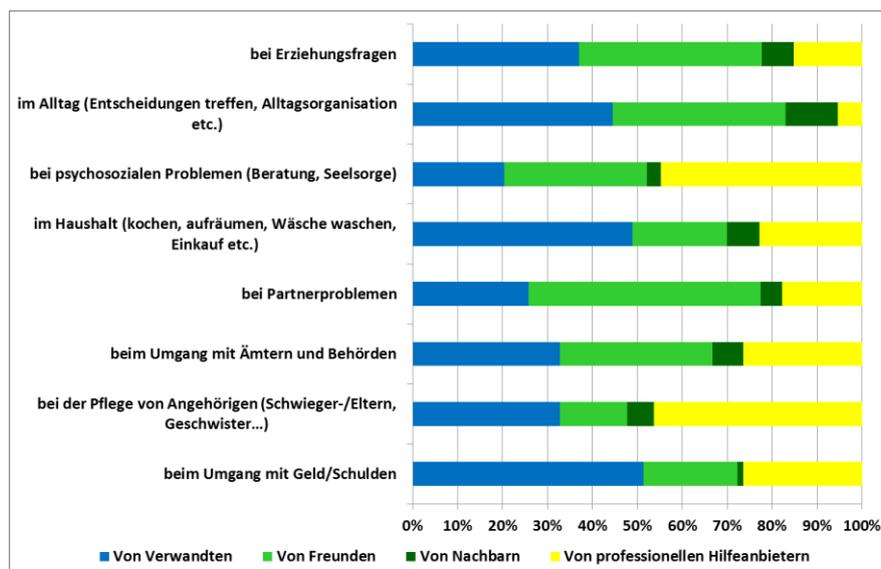
Wenn mehrere professionelle Akteure aufgrund entsprechender Probleme involviert sind, sollten diese im Alltag der Haushalte entsprechend koordiniert werden. Das heißt, dass z.B. Termine bei den Akteuren so vereinbart werden, dass sie auch eingehalten werden können. Ebenso gilt es, die Haushalte bei ihrem Zeitmanagement zu unterstützen, sodass die vereinbarten Termine auch wahrgenommen werden.

Selbstredend ist, bei dieser Hilfe die (belastbaren) Familienmitglieder, Freunde, Bekannte sowie sonstige Netzwerke der Betroffenen miteinzubinden.

In der folgenden Abbildung und Tabelle ist dargestellt, von wem die Befragten, die angaben, Unterstützung in den verschiedenen Bereichen zu bekommen, diese erhalten haben. Da Mehrfachantworten möglich waren, beziehen sich die prozentualen Angaben auf die Anzahl der Nennungen insgesamt.

Zu erkennen ist, dass die Hilfen/Unterstützungen überwiegend von Verwandten, Freunden, Nachbarn und damit aus informellen Hilfenetzwerken erbracht werden. Am deutlichsten ist das der Fall im Bereich „Unterstützung im Alltag“, wo sich 94,5% der Nennungen auf diese drei Gruppen verteilen und nur 5,4% der Nennungen auf die Kategorie „von professionellen Hilfeanbietern“. Im Bereich „Unterstützung bei Erziehungsfragen“ fällt der Anteil der Nennungen zu Hilfen aus dem Verwandten-/Freundeskreis und Nachbarschaft mit 84,8% am zweithöchsten aus. Am dritthöchsten ist er im Bereich „Unterstützung bei Partnerproblemen“ (82,2%).

Abbildung 9: Erhaltene Hilfe/Unterstützung in sonstigen Bereichen – Hilfe von wem?



Die Bereiche „Unterstützung bei der Pflege von Angehörigen“ und „bei psychosozialen Problemen“ sind dagegen die Bereiche, in denen im Vergleich am häufigsten auch auf professionelle Hilfeanbieter



zurückgegriffen wird. Denn hier liegt der Anteil der Nennungen für diese Kategorie bei 46,3% bzw. 44,7%.

Festzustellen ist auch noch, dass nachbarschaftliche Hilfen einen insgesamt eher geringen Anteil ausmachen. Mit 11,6% der Nennungen fällt er am höchsten im Bereich „Unterstützung im Alltag“ aus. Dagegen scheinen Freunde diejenige Gruppe zu sein, auf die am häufigsten zurückgegriffen wird, wenn es um Unterstützung bei Partnerproblemen geht (51,6%), während im Bereich „Umgang mit Geld/Schulden“ Unterstützung am häufigsten von Verwandten kommt (51,4%).

Tabelle 10: Erhaltene Hilfe/Unterstützung in sonstigen Bereichen – Hilfe von wem?

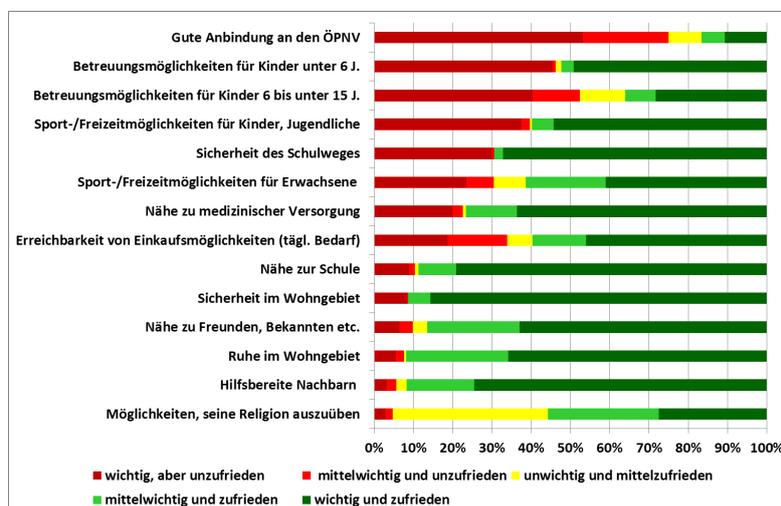
	von Verwandten		von Freunden		von Nachbarn		von professionellen Hilfeanbietern		insgesamt	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
bei Erziehungsfragen im Alltag (Entscheidungen treffen, Alltagsorganisation etc.)	37,0%	246	40,7%	270	7,1%	47	15,2%	101	100,0%	664
bei psychosozialen Problemen (Beratung, Seelsorge)	44,5%	207	38,5%	179	11,6%	54	5,4%	25	100,0%	465
im Haushalt (kochen, aufräumen, Wäsche waschen, Einkauf etc.)	20,4%	64	31,6%	99	3,2%	10	44,7%	140	100,0%	313
bei Partnerproblemen	48,9%	88	21,1%	38	7,2%	13	22,8%	41	100,0%	180
beim Umgang mit Ämtern und Behörden	25,8%	55	51,6%	110	4,7%	10	17,8%	38	100,0%	213
bei der Pflege von Angehörigen (Schwieger-/Eltern, Geschwister...)	32,8%	57	33,9%	59	6,9%	12	26,4%	46	100,0%	174
beim Umgang mit Geld/Schulden	32,8%	44	14,9%	20	6,0%	8	46,3%	62	100,0%	134
	51,4%	37	20,8%	15	1,4%	1	26,4%	19	100,0%	72

In diesem Kontext ist mitzubedenken, dass im Rahmen der Auswertung der offenen Antworten auf die Frage, was die Vor- und Nachteile der Gemeinde sind, in der die Befragten leben, unzählige Male auf den sozialen Zusammenhalt, die vielen Kontakte vor Ort und die gelebte Nachbarschaft verwiesen wurde.

Eine weitere Auswertung zeigt das Potenzial von nachbarschaftlicher Hilfe. Denn auf die Frage „Wie wichtig sind Ihnen folgende Aspekte in Bezug auf Ihr Wohngebiet und wie zufrieden sind Sie damit“ wurde der Aspekt „hilfsbereite Nachbarn“ hoch bewertet.

Wie die Abbildung zeigt, sagten 74,4% der befragten Haushalte, dass ihnen hilfsbereite Nachbarn wichtig sind und sie damit zufrieden sind. Dies ist der dritthöchste Wert (nach 85,7% = Sicherheit im Wohngebiet; 79,1% = Nähe zur Schule).

Abbildung 10: Zufriedenheit und Wichtigkeit zu unterschiedlichen Aspekten



**Tabelle 11: Zufriedenheit und Wichtigkeit zu unterschiedlichen Aspekten**

	wichtig, aber unzufrieden		mittelwichtig und unzufrieden		unwichtig und mittelzufrieden		mittel wichtig und zufrieden		wichtig und zufrieden		insgesamt
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anzahl
Ruhe im Wohngebiet	5,5%	50	2,1%	19	0,6%	5	25,9%	234	65,9%	595	903
Sicherheit im Wohngebiet	8,4%	73	0,2%	2	0,0%	0	5,7%	49	85,7%	742	866
Gute Anbindung an den ÖPNV	53,2%	388	21,9%	160	8,4%	61	5,9%	43	10,7%	78	730
Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten (tägl. Bedarf)	18,6%	157	15,3%	129	6,4%	54	13,7%	116	46,0%	388	844
Nähe zu Freunden, Bekannten etc.	6,4%	47	3,4%	25	3,7%	27	23,6%	173	62,9%	461	733
Hilfsbereite Nachbarn	3,2%	28	2,5%	22	2,5%	22	17,3%	150	74,4%	644	866
Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 6 J.	45,4%	118	0,8%	2	1,5%	4	3,1%	8	49,2%	128	260
Betreuungsmöglichkeiten für Kinder 6 bis unter 15 J.	40,3%	196	12,1%	59	11,5%	56	7,8%	38	28,2%	137	486
Nähe zur Schule	8,9%	62	1,4%	10	1,0%	7	9,5%	66	79,1%	550	695
Sicherheit des Schulweges	29,9%	177	0,7%	4	0,0%	0	2,2%	13	67,2%	398	592
Nähe zu medizinischer Versorgung	19,9%	145	2,7%	20	0,8%	6	13%	95	63,6%	464	730
Sport-/Freizeitmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche	37,6%	245	2,0%	13	0,6%	4	5,5%	36	54,3%	354	652
Sport-/Freizeitmöglichkeiten für Erwachsene	23,5%	134	7,0%	40	8,1%	46	20,4%	116	41,1%	234	570
Möglichkeiten, seine Religion auszuüben	2,9%	14	1,8%	9	39,5%	193	28,3%	138	27,5%	134	488

Das Angebot „Alltagsbewältigung“ könnte sich u.a. am Projekt HOT (HaushaltsOrganisationsTraining) der Caritas orientieren. Finanzierungsgrundlage wäre das SGB V und VIII.

Die Aufgaben einer Alltagsbetreuerin oder eines Alltagsbetreuers ähneln dem Profil und der Funktion der „historischen Gemeindegewerkschaft“. Deshalb könnten diese Erfahrungen als Vorlage für ein entsprechend zeitgemäßes Angebot dienen.

Überlegenswert in diesem Zusammenhang ist, durch das Jobcenter geeignete erwerbslose Mütter und Väter zu Alltagsbetreuerinnen und Alltagsbetreuern ausbilden zu lassen.

Wichtig im Zusammenhang mit diesem Angebot ist, dass dieses und damit auch das Team der Alltagsbetreuerinnen und Alltagsbetreuer an einen professionellen Akteur des Hilfesystems angebunden ist, um dadurch die fachliche Anbindung und Begleitung zu garantieren. Ob dieser Akteur z.B. eine Tageseinrichtung für Kinder oder das Familienservicebüro sein kann, ist vor Ort zu klären und zu entscheiden. Zu prüfen wäre dabei auch, ob ein Angebot „Alltagsbewältigung“ in Kooperation mit dem Landfrauenverein Dannenberg umgesetzt werden könnte.



6.1 Etablierung eines Angebotes „Ich begleite Dich“

Wenn keine Alltagsbewältigung wie im beschriebenen Sinne angeboten werden könnte, sollte (wenigstens) eine Begleitung zu Ämtern und Behörden angeboten werden.

Wir haben die Haushalte gefragt, ob sie in weiteren Bereichen Hilfe und Unterstützung wünschen. Im Zusammenhang mit einem Angebot „Alltagsbewältigung“ ist dabei der Bereich „Hilfe/Unterstützung beim Umgang mit Ämtern und Behörden“ relevant. Insgesamt sagten 7,6% aller befragten Haushalte, dass sie sich Unterstützung beim Umgang mit Ämtern und Behörden wünschen, sie aber gleichzeitig nicht wissen, wo es diese Unterstützung gibt.

Betrachtet man die Auswertungsergebnisse nach Subgruppen, so weichen die Alleinerziehenden und die Haushalte der unteren Einkommensklasse beträchtlich vom Durchschnittswert ab. Denn 11,7% der Alleinerziehenden und 11,0% der Haushalte der unteren Einkommensklasse gaben an, dass sie Hilfe/Unterstützung im Umgang mit Ämtern und Behörden wünschen, sie aber nicht wissen, wo sie diese Hilfen bekommen können.

Die rechtliche Grundlage für einen derartigen Dienst ist § 13 Abs. 4 SGB X: „Ein Beteiligter kann zu Verhandlungen und Besprechungen mit einem Beistand erscheinen.“

Wo und bei wem dieses Angebot angesiedelt werden könnte, muss vor Ort entschieden werden.

7 Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes mobiler Dienste in den Bereichen „Gesundheit“ und „offene Kinder- und Jugendarbeit“ in Kombination mit der Nutzung von multifunktionalen Räumlichkeiten

Ausgangssituation

Die Auswertung der offenen Frage nach den Vor- und Nachteilen der Gemeinden im Landkreis Lüchow-Dannenberg hat als einen zentralen Nachteil die geringe Dichte einer wohnortnahen gesundheitlichen Versorgung und an (Freizeit-)Angeboten für Kinder und Jugendliche erbracht.

Mobiler Dienst im Gesundheitsbereich

Um die (basale) wohnortnahe gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung im Landkreis zu verbessern, könnte ein mobiler gesundheitlicher Dienst (MOGLI) etabliert werden. Dabei könnte das entsprechende medizinische Personal klassisch mit einem Wohnmobil/Bus bestimmte Standorte in den Gemeinden anfahren und dort eine bestimmte Zeit parken. Diese Standorte könnten z.B. Tageseinrichtungen für Kinder, Kirchengemeinden, Grundschulen oder Rathäuser sein.

Das Unternehmen DB Regio Bus hat eine mobile Arztpraxis entwickelt, die sich für einen mobilen Gesundheitsdienst in ländlichen Regionen eignet und die angemietet werden kann (Kontakt Region Nord: Herr Hecker, Tel. 0152/3754 9930).

Es ist aber auch vorstellbar, dass ein mobiler Gesundheitsdienst Räumlichkeiten in Tageseinrichtungen für Kinder, Kirchengemeinden, Grundschulen oder Rathäusern für seine Präsenz nutzt. Auch zu prüfen wäre, ob in Zusammenarbeit mit der Capio-Elbe-Jeetzel-Klinik (oder medizinischen Fakultäten in Niedersachsen) dieser mobile Dienst aufgebaut werden kann.

Genauso denkbar ist es, dass Räumlichkeiten in den Gemeinden, die ansonsten möglicherweise leerstehen, vom mobilen Gesundheitsdienst in Kombination mit anderen Dienstleistern und Funktionen



genutzt werden. Dazu könnten z.B. Post, Lotto, Geldinstitute, Physiotherapeuten, Friseure etc. gehören. Zu prüfen wäre zudem, ob diese multifunktionalen Räumlichkeiten auch als Begegnungsmöglichkeiten/Bürgertreffs mit einem Mittagstischangebot genutzt und mit einem Internetterminal ausgestattet werden könnten.

Mobile offene Kinder- und Jugendarbeit (MoK)

Im Rahmen einer mobilen offenen Kinder- und Jugendarbeit könnten Angebote von stationären Jugendzentren nach einem festgelegten Rhythmus befristet in einzelnen Gemeinden/Gebieten, in denen eine ausreichende Anzahl Kinder und Jugendliche leben, angeboten werden (Spielmobil). Dazu könnte z.B. ein Trecker einen ausgebauten und entsprechend eingerichteten Bau-, Kirmes- oder Zirkuswagen im Landkreis hin- und herfahren. Standorte für diese mobile offene Kinder- und Jugendarbeit könnten ebenfalls Tageseinrichtungen für Kinder, Kirchengemeinden, Grundschulen oder Rathäuser sein. Vorstellbar wären aber auch Spiel- und Sportplätze oder aber auch von anderen Dienstleistern genutzte multifunktionale Räumlichkeiten. Zum Angebot der mobilen Kinder- und Jugendarbeit sollten auch kulturelle Angebote und/oder entsprechende Bücher und Medien gehören, die ausgeliehen werden können.

Im Rahmen eines Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojektes könnte ein ausrangierter Bau-, Kirmes- oder Zirkuswagen ausgebaut und eingerichtet werden.

Potenzieller Träger der mobilen offenen Kinder- und Jugendarbeit könnte der Träger eines der bereits bestehenden fünf Jugendzentren oder der zwei Jugendtreffs sein.

8

Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes „Familienfreundlicher Landkreis Lüchow-Dannenberg“

Ausgangssituation

„Wohnen, wo andere Urlaub machen“ (Zitat aus den offenen Antworten zu den Vor- und Nachteilen der Gemeinde, in der man lebt)

Die Auswertung der offenen Frage nach den Vor- und Nachteilen der Gemeinden im Landkreis Lüchow-Dannenberg hat eine ganze Menge an Vorteilen erbracht. Immer wiederkehrende Stichwörter waren dabei z.B.:

- hohe Lebensqualität, weniger Stress/keine Hektik aufgrund der Ruhe,
- viel Platz zum Spielen, Kinder können draußen spielen, können sich frei bewegen
- intakte Natur, Landleben-Umgang mit Tieren, Tiere in der Natur erleben/die Elbe
- Sicherheit, geringe Kriminalität, behütetes Aufwachsen der Kinder/Geborgenheit
- Man kennt sich, sozialer Zusammenhalt, gute/gelebte Nachbarschaft, Überschaubarkeit, geringe Anonymität/viele Kontakte, Familien/Verwandschaft vor Ort
- Geringe Lebenshaltungskosten

Somit kristallisiert sich als eines der wichtigsten Kapitale des Landkreises - neben der Natur/dem Landleben - das soziale Kapital heraus: die Solidarität und Stärke der örtlichen Gemeinschaften (siehe auch Abbildung Nr. 10: Zufriedenheit und Wichtigkeit zu unterschiedlichen Aspekten, Antwortkategorie: hilfsbereite Nachbarn = 74,4%, 3. Rang).



In diesem Zusammenhang ist eine weitere Auswertung beachtenswert. Wir haben die Haushalte gefragt, in welchen Bereichen sie sich von außerhalb der eigenen Familie noch (mehr) Hilfe/Unterstützung wünschen. Wie in der Abbildung und der Tabelle unten zu sehen, wünschen sich insgesamt die meisten Haushalte noch Unterstützung in Form einer vertrauten Person, der Probleme, Sorgen, Ängste erzählt werden können bzw. wo sie sich mal ausheulen, wo sie mal Dampf ablassen können (30,6%).

Abbildung 11: Gewünschte Hilfe/Unterstützung in sonstigen Bereichen – alle Haushalte

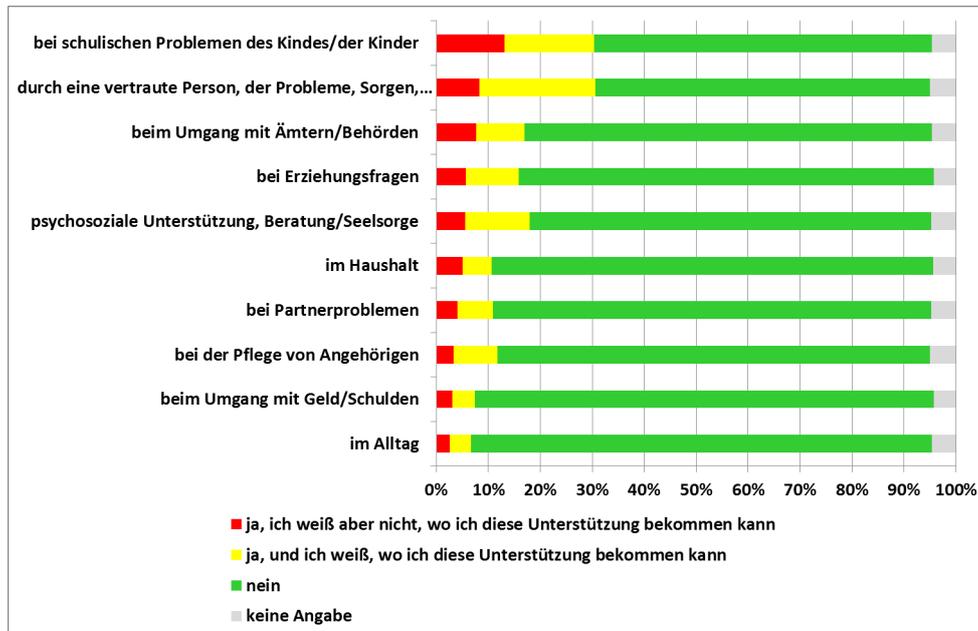


Tabelle 12: Gewünschte Hilfe/Unterstützung in sonstigen Bereichen – alle Haushalte

	ja, ich weiß aber nicht, wo ich diese Unterstützung bekommen kann		ja, und ich weiß, wo ich diese Unterstützung bekommen kann		nein		keine Angabe		insgesamt	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
bei schulischen Problemen des Kindes/der Kinder	13,1%	166	17,2%	218	65,1%	828	4,6%	59	100,0%	1.271
durch eine vertraute Person, der Probleme, Sorgen, Ängste etc. erzählt werden können (wo ich mich ausheulen, wo ich mal Dampf ablassen kann)	8,3%	105	22,3%	283	64,5%	820	5,0%	63	100,0%	1.271
beim Umgang mit Ämtern/Behörden	7,6%	97	9,4%	119	78,4%	996	4,6%	59	100,0%	1.271
bei Erziehungsfragen	5,6%	71	10,2%	130	79,9%	1016	4,2%	54	100,0%	1.271
psychosoziale Unterstützung, Beratung/Seelsorge	5,5%	70	12,4%	158	77,3%	983	4,7%	60	100,0%	1.271
im Haushalt	5,0%	63	5,6%	71	85,1%	1081	4,4%	56	100,0%	1.271
bei Partnerproblemen	4,1%	52	6,8%	86	84,4%	1073	4,7%	60	100,0%	1.271
bei der Pflege von Angehörigen	3,3%	42	8,4%	107	83,3%	1059	5,0%	63	100,0%	1.271
beim Umgang mit Geld/Schulden	3,1%	39	4,3%	55	88,4%	1123	4,2%	54	100,0%	1.271
im Alltag	2,5%	32	4,1%	52	88,8%	1129	4,6%	58	100,0%	1.271



Für den Aspekt des sozialen Kapitals ist in diesem Zusammenhang wichtig und aufschlussreich, dass bezüglich des gewünschten, benötigten Hilfebedarfs „eine vertraute Person, der Probleme, Sorgen, Ängste etc. erzählt werden können (wo ich mich ausheulen, wo ich mal Dampf ablassen kann)“ nur 8,3% nicht wissen wo sie diese Unterstützung bekommen können. Demgegenüber sagten aber 22,3%, dass sie wüssten, wo sie diese Unterstützung bekommen können. Betrachtet man die Ergebnisse auf der Ebene der Subgruppen, so liegen hier mit 30,3% die Alleinerziehenden über dem Durchschnittswert.

Unsere Annahme ist, dass es sich bei diesen bekannten, vertrauten Personen um Mitglieder der örtlichen Gemeinschaften handelt, diese örtlichen Gemeinschaften bzw. ihre Mitglieder somit Ressourcen sind, bei denen Mann und Frau sich „ausheulen und mal Dampf ablassen können“.

Dieses (räumliche) soziale Kapital gilt es somit u.a. - indem z.B. nachbarschaftliche Netzwerke als Resilienz fördernde Maßnahmen betrachtet werden - verstärkt als Pull-Faktor herauszustellen und im Zentrum eines Konzeptes „Familienfreundlicher Landkreis Lüchow-Dannenberg“ zu platzieren.

Zudem sollte die (neue) Familienpolitik als eine Politik, die auch immer gleichzeitig u.a. Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik ist (siehe auch Handlungsempfehlung Nr. 17: „Etablierung einer regionalen Bildungslandschaft „Lüchow-Dannenberg“), Teil eines Konzeptes „Familienfreundlicher Landkreis Lüchow-Dannenberg“ sein.

Auch die starke Bindung an den Landkreis und seine Gemeinden gilt es mit in das Konzept zu übernehmen und als Alleinstellungsmerkmal des Landkreises zu bewerben (siehe Handlungsfeld „Wohnen“).

Teil des Konzeptes könnte u.a. auch eine in offenen Antworten häufig geäußerte und „angemahnte“ Bürgerbeteiligung sein. Diese könnte z.B. über die Durchführung der Gemeinde-Entwicklungskonferenzen (Handlungsempfehlung Nr. 11: „Durchführung von Gemeinde-Entwicklungskonferenzen auf der Grundlage der GOE-Ergebnisse“) umgesetzt werden. Dadurch, dass die Gemeinden nicht allzu groß und die Gemeinschaft untereinander stark ausgeprägt ist, sehen wir gute Voraussetzungen für die Beteiligung der Bürger_innen und damit auch für die (strategische) Aufnahme von Partizipation als einen Bestandteil des Konzeptes „Familienfreundlicher Landkreis Lüchow-Dannenberg“.

Generell gilt es, im Rahmen dieses Konzeptes die Vorteile des Landkreises herauszustellen und als Pull-Faktoren zu nutzen, um Familien verstärkt zu motivieren, im Landkreis zu bleiben und/oder in den Landkreis zu ziehen. Es gilt, aus den Vorteilen, die manche als Nachteile betrachten, Stärken zu machen und Vorteile nicht zu schwächen.

Die **Familienfreundlichkeit** der Gemeinden könnte ein wichtiger Aspekt des Konzeptes „Familienfreundlicher Landkreis Lüchow-Dannenberg“ sein.

Von den 228 Haushalten, die sagten, ihre Gemeinde wäre gar nicht oder eher wenig familienfreundlich, liegen Aussagen zu den Gründen der Familienunfreundlichkeit vor. Daraus kann indirekt geschlossen werden, was die Kriterien für eine familienfreundliche Gemeinde sind (siehe auch „Sozialraumanalyse des Landkreises Lüchow-Dannenberg, Teil VII - Auswertung der offenen Antworten“).

Wir haben die Aussagen der Haushalte nach zwölf Kriterien kategorisiert. Die Nennungen, die nicht eindeutig oder gar nicht zu kategorisieren waren, haben wir unter „Sonstiges“ zusammengefasst.



Fünf der zwölf Kriterien haben einen Zustimmungsanteil von 10% oder mehr. Dies sind die Kategorien:

- 1 Fehlende Freizeit- und Kulturangebote vor Ort
- 2 Fehlende oder unzureichende Kinderbetreuung
- 3 Fehlende oder ungepflegte Spielplätze
- 4 Unzureichendes Verkehrsnetz
- 5 Schule/Schulschließung

Fazit - Familienunfreundlichkeit der Gemeinden

Es gibt drei Gründe für die Bewertung der Gemeinde als familienunfreundlich, die acht und mehr der elf Subgruppen (siehe Fußnote 1, Seite 4) mit einem Anteilswert von 10% und mehr genannt haben.

Dies sind die Aspekte:

- 1 fehlende Freizeit- und Kulturangebote vor Ort - elf Subgruppen (von 19,6% bis 34,2%)
- 2 fehlende oder ungepflegte Spielplätze - zehn Subgruppen (von 10,0% bis 20,2%)
- 3 fehlende oder unzureichende Kinderbetreuung - acht Subgruppen (von 10,6% bis 25,6%)

Die wichtigsten Aspekte der Kategorien mit den fünf häufigsten Nennungen

Im Folgenden werden wir kurz auf die Kategorien eingehen, auf die jeweils mehr als 10% der Nennungen entfielen.

Fehlende Freizeit- und Kulturangebote

Bei den fehlenden Freizeit- und Kulturangeboten vor Ort handelt es sich immer um Aktivitäten/Angebote für Kinder/Jugendliche wie für Erwachsene. Dabei gibt es leichte Unterschiede. So sind z.B. Alleinerziehenden Freizeitaktivitäten für Kinder wie für Erwachsene wichtig. Aus Sicht der Familien sind Freizeitaktivitäten für Erwachsene nicht so wichtig wie für Kinder und Jugendliche. Diese Sicht wird von den Großfamilien geteilt.

Auffällig ist, dass fast immer 25% der Subgruppen unter dieser Kategorie als Grund für die Familienunfreundlichkeit angaben, dass es kein Freibad gibt bzw. dieses geschlossen wurde.

Fehlende oder unzureichende Kinderbetreuung

Hinsichtlich der Nennungen zu dieser Kategorie gibt es vier größere Gruppen mit ähnlichen Nennungen. Diese sind die Gruppen:

- 1 nicht gegebene Kompatibilität der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- 2 unflexible Öffnungszeiten der Einrichtungen
- 3 eingeschränkte Auswahlmöglichkeiten im Hinblick auf die Kinderbetreuungseinrichtungen und
- 4 Angebote an sich, die für die Bedürfnisse der Eltern nicht ausreichend vorhanden sind.

Fehlende oder ungepflegte Spielplätze

Die meisten Nennungen beziehen sich auf die Qualität, den mangelhaften Zustand der vorhandenen Spielplätze und ein geringerer Teil der Nennungen bezieht sich auf die Quantität bzw. das nicht ausreichende Vorhandensein von Spielplätzen.



Unzureichendes Verkehrsnetz

Zu dieser Kategorie zählen der unzureichende ÖPNV, aber auch unsichere Straßen oder fehlende Radwege sowie eine generell nicht gute verkehrliche Anbindung der Gemeinden.

Schule/Schulschließung

Die meisten Nennungen zu dieser Kategorie entfielen auf die Schließung von (Grund-)Schulen. Einige Nennungen beziehen sich aber auch auf konkrete schulische Aspekte wie Mensa, Ganztagschule, desolates Schulgebäude, wenig inhaltliche Entwicklung etc.

Die Handlungsempfehlung der Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes „Familienfreundlicher Landkreis Lüchow-Dannenberg“ nimmt z.T. auch Äußerungen aus den Antworten auf offene Fragen auf.

Exemplarisch mag dafür eine Anmerkungen aus Küsten stehen: „Bei allen Entscheidungen, die getroffen werden, ist es wichtig, dass die Politik nicht an die Vorteile der Wähler - der älteren Bevölkerung - denkt, sondern die Kinder im Fokus behält. Das Wendland muss sich auch als sehr familienfreundliche Marke positionieren. Nur so kann der Überalterung begegnet werden.“

9 Wirkung als konstituierendes Merkmal des Hilfesystems etablieren

Einleitung

Erbrachte Unterstützungen und Hilfen im Rahmen der Angebote und Maßnahmen der Akteure müssen positive Wirkungen beim Hilfesuchenden, beim Angebotsteilnehmer etc. zeigen. Dies ist ein legitimes Interesse aller Beteiligten (Hilfesuchende/Angebotsteilnehmende, Leistungserbringer, Geldgeber). Deshalb ist es gerechtfertigt, sich mit der Frage zu beschäftigen, welche Effekte es hat und welche Konsequenzen sich ergeben, wenn Hilfen und Unterstützungen keine Wirkungen haben.

Ein Angebot oder eine Maßnahme, die keine oder unerwünschte Wirkungen zeigt, ist u.a.:

- aus Sicht der Hilfesuchenden/der Angebotsteilnehmenden etc. eine Belastung und Vergeudung wertvoller Zeit, die gerade in Notlagen dringend sinnvoll genutzt werden muss³,
- aus Sicht der Leistungserbringer/der Angebotsträger ein unbefriedigender und frustrierender Aufwand und
- aus Sicht der Geldgeber eine Verschwendung von Ressourcen.

Entscheidend ist bei diesem Prozess, zunächst Ziele zu beschreiben. Denn ohne festgelegte Ziele hat das (menschliche) Handeln keine Richtung und kann somit weder erfolgreich noch wirksam sein. „Wenn man nicht weiß, welchen Hafen man ansteuert, ist kein Wind günstig“ (Seneca, römischer Dichter und Philosoph, 4 v. Chr. – 65 n. Chr.)

Ziele sind deshalb eine elementare Grundlage für jedes System, jede Organisation etc., um Maßnahmen, Projekte usw. zur Zielerreichung entwickeln und umsetzen zu können. Ohne Ziele festgelegt zu haben, sind auch keine Aussagen zur Wirkung von Angeboten und Maßnahmen oder der eigenen

³ Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auch auf das Gesundheitswesen in den USA. Dort gilt als ethischer Imperativ, dem Patienten bestmögliche medizinische Versorgung zukommen zu lassen, denn in der bewussten oder nachlässigen Vorenthaltung der bestmöglichen Hilfe könnte ein Straftatbestand bestehen.



Arbeit möglich und ohne Ziele kann nicht zielgerichtet gearbeitet werden. Die Ziele müssen sodann mit Zielwerten hinterlegt werden, um über den Grad der Zielerreichung Aussagen treffen zu können.

Ausgangssituation

Akteursbefragung

Vor diesem Hintergrund haben wir zum einen im Rahmen der Befragung der Akteure (siehe Bericht „Sozialraumanalyse des Landkreises Lüchow-Dannenberg, Teil III - Ergebnisse der Akteursbefragung“) gefragt, ob z.B. Ziele festgelegt wurden, die durch die Leistungen/Angebote der Akteure erreicht werden sollen, und ob die Ziele mit Zielwerten hinterlegt worden sind.

Nur etwas über ein Drittel der befragten Akteure (34,3%), die hierzu Angaben machten, gibt an, dass für ihre Leistungen/Angebote Ziele festgelegt worden sind, die erreicht werden sollen. 17,1% gaben an, dass solche Ziele zum Teil vorliegen, und 48,8% verneinen dies.

Tabelle 13: Festlegung von Zielen, die durch die Leistungen/Angebote der Akteure erreicht werden sollen

	Anzahl	Anteil
teils/teils	6	17,1%
ja	12	34,3%
nein	17	48,6%
insgesamt	35	100,0%

Tabelle 14: Hinterlegung der Ziele mit bestimmten Zielwerten?

	Anzahl	Anteil
teils/teils	4	22,2%
ja	9	50,0%
nein	5	27,8%
insgesamt	18	100,0%

Von den 18 Akteuren, die angeben, dass bei ihnen zumindest zum Teil Ziele für die Angebote/Leistungen festgelegt wurden, geben die Hälfte (50%) an, dass diese Ziele mit bestimmten Zielwerten hinterlegt sind. 27,8% verneinen dies und 22,2% sagen aus, dass dies zum Teil der Fall ist.

Die Zielerreichung wird bei 55,6% der Akteure, die Ziele für ihre Leistungen/Angebote festgelegt haben, dokumentiert. Bei 38,9% ist dies nur zum Teil der Fall und ein Akteur (5,6%) verneint dies. Als Grund wurde angegeben, dass dies nicht verlangt werde.

Tabelle 15: Dokumentation der Zielerreichung

	Anzahl	Anteil
teils/teils	7	38,9%
ja	10	55,6%
nein	1	5,6%
insgesamt	18	100,0%

Als Fazit bleibt an Hand dieser Daten festzuhalten, dass nur gut ein Drittel der Akteure in der Lage ist, aufgrund von festgelegten Zielen (theoretisch) Aussagen zur Zielerreichung und damit zur Wirkung machen zu können.

Wir haben die Akteure zudem gefragt, woran sie die Wirkung ihrer Arbeit erkennen. Die Antworten kann man folgenden Kriterien zuordnen:

- positive Rückmeldungen/Zufriedenheit der Eltern, glückliche Kinder
- Inanspruchnahme, Nachfrage, Auslastung
- Verbesserung von Fähigkeiten/Leistungen
- Veränderung der Ausgangs-/Lebenslage, verbesserte Bewältigung der Lebenssituation
- Vertrauen, Bindung an Einrichtung



Es wurden Kriterien genannt, die keinen validen Rückschluss auf die Wirkung der Arbeit erlauben. So werden z.B. die wiederholte Nachfrage nach der Hilfe, die positiven Äußerungen der Hilfeempfänger_innen oder die zunehmende Inanspruchnahme der angebotenen Hilfen als Wirkung der Arbeit genannt. Es sind allerdings auch Konstellationen denkbar, in denen eine positive Hilfe sich dadurch auszeichnet, dass sie nur einmal oder nur selten in Anspruch genommen werden muss. Es kann durchaus sein, dass die bessere von zwei möglichen Hilfen nicht von den Hilfeempfängern_innen vorgezogen wird. Und es ist möglich, dass eine Nachfragezunahme nicht mit der Qualität der Hilfe, sondern mit einer zunehmenden Hilfebedürftigkeit und mangelnden Alternativen zusammenhängt.

Probleme und Problemlösungen

Auch die Auswertung der offenen Antworten auf die Frage nach den größten Problemen der Haushalte und entsprechenden Lösungen enthält Hinweise auf eine eher geringe Wirksamkeit der Hilfen und Hilfesysteme und somit darauf, dass Wirkung als ein konstituierendes Merkmal der Hilfesysteme zu etablieren ist (siehe Bericht „Sozialraumanalyse des Landkreises Lüchow-Dannenberg, Sonderbericht I - Probleme und Problemlösungen - Auswertung der offenen Fragen“).

In der folgenden Abbildung sind die Problemkategorien nach der Höhe der Anteilswerte hinsichtlich der konstruktiven Lösung aufgetragen. Dabei haben wir uns auf die neun größten Problembereiche konzentriert (die Bereiche mit mehr als 90 Problemnennungen).

Abbildung 12: Problemkategorien und Problemlösungen – die neun Problembereiche mit den häufigsten Problemnennungen

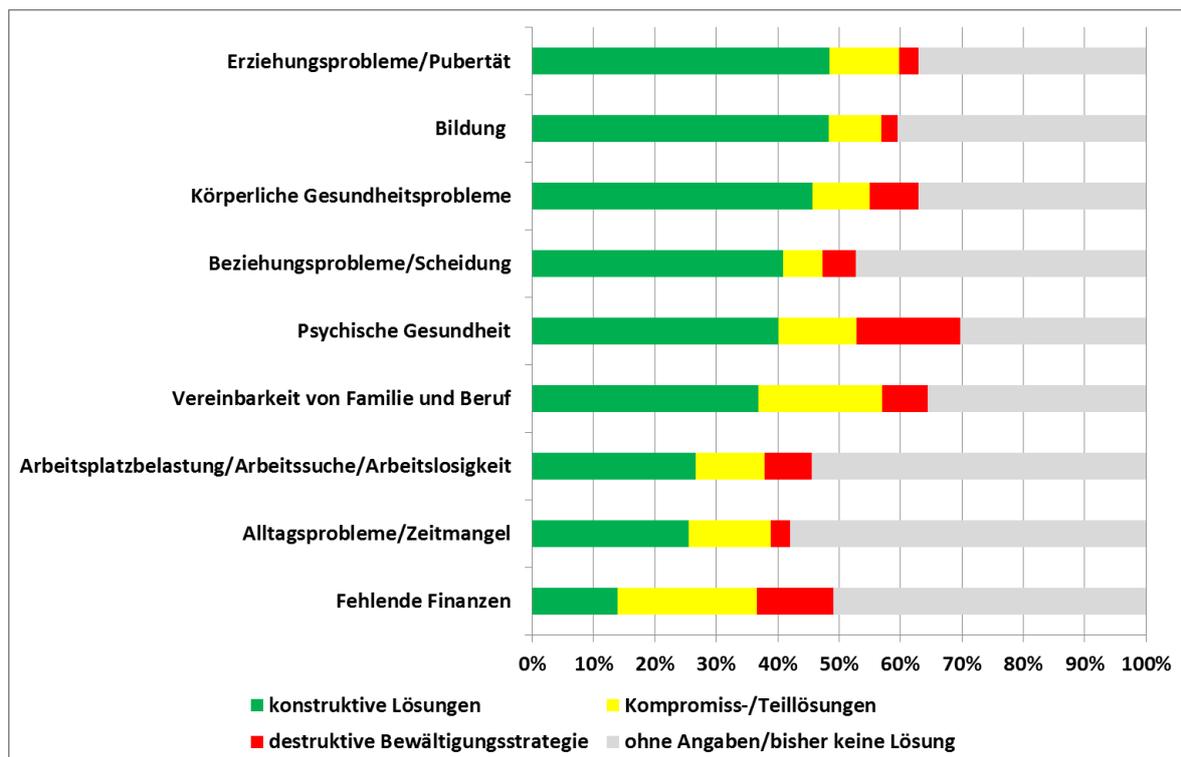




Tabelle 16: Problemkategorien und Problemlösungen – die neun Problembereiche mit den häufigsten Problemnennungen

	genannte Probleme	Problemlösungen	konstruktive Lösung	Kompromiss-/Teillösungen	destruktive Bewältigungsstrategie	ohne Angaben/bisher keine Lösung
	Anzahl		Anteil			
Erziehungsprobleme/Pubertät	92	97	48,5%	11,3%	3,1%	37,1%
Bildung	153	153	48,4%	8,5%	2,6%	40,5%
Körperliche Gesundheitsprobleme	261	280	45,7%	9,3%	7,9%	37,1%
Beziehungsprobleme/Scheidung	110	110	40,9%	6,4%	5,5%	47,3%
Psychische Gesundheitsprobleme	128	142	40,1%	12,7%	16,9%	30,3%
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	158	163	36,8%	20,2%	7,4%	35,6%
Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit	168	169	26,6%	11,2%	7,7%	54,4%
Alltagsprobleme/Zeitmangel	157	157	25,5%	13,4%	3,2%	58,0%
Fehlende Finanzen	215	216	13,9%	22,7%	12,5%	50,9%

Die Abbildung und die Tabelle zeigen, dass in den Kategorien „Erziehungsprobleme/Pubertät“ und „Bildung“ der Anteil der konstruktiven Lösungen mit 48,5% bzw. 48,4% am höchsten und somit - so unsere Annahme - die in Anspruch genommenen Hilfen am wirksamsten sind.

Am geringsten ist der Anteil an konstruktiven Lösungen im Bereich „Fehlende Finanzen“ mit 13,9%. Dementsprechend ist der Anteil an destruktiven Bewältigungsstrategien in diesem Bereich mit 12,5% am zweithöchsten. Und am drittgrößten ist die Kategorie „ohne Angaben/bisher keine Lösung“ mit 50,9%.

Wird zum einen unsere Annahme geteilt, dass das Ausbleiben einer Antwort auf die Frage, wie die Probleme gelöst wurden, als Fehlen einer adäquaten Lösung für die entsprechenden Probleme interpretiert werden kann, und zum anderen unsere Ansicht, dass, wenn Probleme nicht adäquat gelöst werden, diese ungelösten Probleme einen **Domineffekt** auslösen und andere Lebensbereiche negativen beeinflussen können, dann besteht in allen neun Bereichen erheblicher Handlungsbedarf an wirkungsvollen Problemlösungen.

Diesen Handlungsbedarf sehen wir am stärksten in den Bereichen „Fehlende Finanzen“, „Alltagsbewältigung/Zeitmangel“ und „Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit“. Einerseits weil in diesen drei Bereichen die Anteilswerte für die Kategorie „ohne Angaben/bisher keine Lösung“ mit 50,9%, 58,0% und 54,4% extrem hoch und der Anteil konstruktiver Lösungen mit 13,9% („Fehlende Finanzen“), 25,5% („Alltagsbewältigung/Zeitmangel“) und 26,6% („Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit“) - im Vergleich zu den anderen Problem-Kategorien - sehr niedrig sind. Ergänzend kommt hinzu, dass in der Kategorie „Fehlende Finanzen“ der Anteil an destruktiven Bewältigungsstrategien mit 12,5% am zweithöchsten ist und weit über den Werten hinsichtlich der anderen Problembereiche liegt.

In den anderen Problemkategorien ist sicherlich - insbesondere auch was die professionellen Hilfesysteme anbetrifft - noch „Luft nach oben“. Gleichzeitig stellt sich die Frage, warum die professionellen Hilfesysteme in den unterschiedlichen Handlungsfeldern nicht wirkmächtiger sind.



Mögliche Faktoren für die Unwirksamkeit der Hilfesysteme und der Angebote auf der Seite der Anbieter bzw. der Angebotsträger können sein:

- Die Hilfesysteme/Angebote sind nicht wirksam, weil:
 - Angebote fehlen/nicht ausreichend vorhanden sind
 - Personal bei den bestehenden Angeboten nicht ausreichend vorhanden ist
 - das Personal nicht ausreichend oder angemessen qualifiziert ist
 - z.B. Öffnungszeiten nicht ausreichend sind
 - es unzutreffende Annahmen über die Wirkungszusammenhänge gibt (die Anbieter sind der Meinung, das Richtige zu tun, sie liegen aber sozusagen „haarscharf daneben“)
 - sonstige Ressourcen wie Räume, Material etc. fehlen

Mögliche Faktoren, die mit zur Erklärung der geringen Wirksamkeit der Hilfesysteme und Angebote beitragen, können auf der Seite der Bürger_innen folgende sein:

- Die Angebote werden nicht genutzt, weil:
 - sie nicht bekannt sind
 - die Bewohner_innen nicht wissen, wie der Zugang zu diesen Angeboten ist
 - Scham, eine fatalistische Einstellung, schlechte Erfahrungen etc. die Nutzung verhindern, obwohl die Angebote bekannt sind

Beurteilung der Einrichtungen/Angebote

Mit in den Kontext der Ausgangssituation zur Ableitung der Handlungsempfehlung gehören auch die Auswertungsergebnisse zur Beurteilung der Wirksamkeit der Einrichtungen/Angebote durch die befragten Haushalte (vergleiche Abbildung Nr. 2 und Tabelle Nr. 2). Zu beachten ist, dass hinter diesen Anteilswerten z.T. nur sehr geringe absolute Nennungen liegen, sodass dies bei der Beurteilung dieser Einrichtungen/Angebote mitzuberücksichtigen ist.

Die fünf Einrichtungen und Angebote, die am negativsten hinsichtlich ihrer Wirkung eingeschätzt wurden (Antwortkategorie: „gar nicht hilfreich“ oder „eher nicht hilfreich“) waren:

- Migrantenberatung, Jugendmigrationsdienst (25,0%; n = 2)
- Beratungsstelle Frau & Beruf (Vereinbarkeit Familie und Beruf) (19,3%; n = 10)
- Familienservicebüro (15,9%; n = 11)
- Die Tafel (12,5%; n = 6)
- Erziehungs-/Familienberatung (12,0%; n = 23)

Handlungsempfehlung Nr. 9:

Wirkung als konstituierendes Merkmal des Hilfesystems etablieren

Aus all diesen Ergebnissen folgt, Wirkung als konstituierendes Merkmal des Hilfesystems zu implementieren und zu etablieren.

Bei diesem Prozess - Wirkung als konstituierendes Merkmal des Hilfesystems zu etablieren - gilt, dass eine hohe Wirkung eine hohe Qualität bei der Leistungserbringung voraussetzt und somit die Diskussion hinsichtlich der Wirkungen und nicht hinsichtlich der Qualität der Leistungen zu führen ist.

Adressat dieser Empfehlung ist zunächst die Kreisverwaltung. Dabei geht es sowohl um die eigenen Angebote und Maßnahmen als auch um Angebote und Maßnahmen, die die Kreisverwaltung über entsprechende Verträge mit Freien Trägern der Wohlfahrtspflege, gemeinnützigen Vereinen etc. finanziert.



Adressaten der Empfehlung sind aber auch Träger der Wohlfahrtspflege, gemeinnützige Vereine etc., wenn sie Angebote oder Maßnahmen durchführen, die nicht durch die Kreisverwaltung (mit-)gefördert werden.

Wie beschrieben müssen erbrachte Unterstützungen und Hilfen im Rahmen der Angebote und Maßnahmen der Akteure positive Wirkungen beim Hilfesuchenden, beim Angebotsteilnehmer etc. zeigen. Dies ist ein legitimes Interesse aller Beteiligten (Hilfesuchende/Angebotsteilnehmende, Leistungserbringer, Geldgeber).

Es geht somit um eine wirkungsorientierte Ausrichtung der Arbeit, um durch wirkmächtige Angebote und Maßnahmen die Kompetenzen, die Lebenslage etc. der Haushalte mit minderjährigen Kindern positiv zu verändern.

Was wird unter Wirkung verstanden? Bei dem Begriff „Wirkung“ orientieren wir uns an dem, was unter Impact und Outcome verstanden wird. Dabei wird in einer bestimmten Situation oder einer Problemlage mit einem bestimmten Angebot oder einer Maßnahme interveniert. Durch die Intervention verändert sich die Ausgangssituation - und diese Veränderung wird als Impact oder Outcome, als Wirkung bezeichnet.

Zudem wird davon ausgegangen - wie dies auch Schrödter/Ziegler beschreiben -, dass Wirkungen gemessen werden können: „Dies hat jedoch nichts mit der immer wieder formulierten Behauptung zu tun, dass die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe bzw. die Problemlagen, in die sie eingreift, in einem so hohen Maße multidimensional und komplex seien, dass genaue Wirkungsmessungen nicht möglich oder man nur mit ‚subjektiven‘ bzw. unbestimmten Ergebnisindikatoren oder -kennzahlen arbeiten könne, die letztlich nie so präzise sein können wie die der eher naturwissenschaftlich orientierten Disziplinen der Medizin oder Psychologie oder die ‚klaren‘ ökonomischen Rechnungen von BetriebswirtschaftlerInnen. Diese Behauptung ist schlicht falsch.“⁴

Die wesentlichen Komponenten einer wirkungsorientierten Ausrichtung der Arbeit sind:

- Annahmen im Sinne wahrscheinlichkeitstheoretischer Überlegungen über Wirkungszusammenhänge
- Festlegung und Definition von erreichbaren Zielen
- Operationalisierung der Ziele durch die Festlegung und Definition von Kennzahlen⁵ und Indikatoren⁶
- Dokumentation der Ist-Werte (einschließlich der Datenquellen) als Ausgangsbasis zur Bestimmung zukünftiger Zielwerte für die einzelnen Kennzahlen und Indikatoren
- ,abhängig von den Kennzahlen und Indikatoren eine Festlegung von Zielwerten, die Aussagen über den Grad der Zielerreichung erlauben
- Festlegung der Zielwerte auf der Grundlage der Ist-Werte
- ein differenziertes, aber handhabbares Datendokumentationsinstrument und entsprechende Auswertungskompetenzen

Entscheidend ist bei diesem Prozess, zunächst **Ziele** zu beschreiben (siehe vorne). Denn ohne festgelegte Ziele hat das (menschliche) Handeln keine Richtung und kann somit weder erfolgreich noch wirksam sein.

Bezieht sich die wirkungsorientierte Ausrichtung der Arbeit auf Angebote und Maßnahmen, die die Kreisverwaltung über entsprechende Verträge mit Freien Trägern der Wohlfahrtspflege, gemeinnüt-

⁴ Was wirkt in der Kinder- und Jugendhilfe? Wirkungsorientierte Jugendhilfe. Schriftenreihe des ISA zur Qualifizierung der Hilfen zur Erziehung, Band 02. Münster. Schrödter, M./Ziegler, H. (2007), S. 6

⁵ Kennzahl = Zusammenhang, der direkt gemessen werden kann

⁶ Indikator = Messgröße für einen Zusammenhang, der nicht direkt gemessen werden kann



zigen Vereinen etc. finanziert, so ist dies nur in einem dialogischen Verfahren zwischen den beteiligten Akteuren umzusetzen. Dies bezieht sich z.B. auf die Festlegung von Zielen, Kennzahlen/Indikatoren, Zielwerten und der sorgfältigen Bewertung der Zielerreichungsgrade im Sinne der angestrebten und erreichten Wirkungen.

Im Rahmen des dialogischen Verfahrens - oder als Vorleistung und Entwurf der Verwaltung/der integrierten Sozialplanung - sind die Angebote und Maßnahmen unter der Zugrundelegung der obigen Faktoren zu überprüfen. Erste Analyseschritte sind dabei zu klären, ob es entsprechende Ziele gibt und wie die Qualität der Ziele ist - sodann, ob die Ziele mit Zielwerten hinterlegt sind. Ein weiterer Analyseschritt bezieht sich auf (vorhandene) Wirkungsannahmen, die die Angebotsträger für ihre Angebote erstellt haben, und wie die Annahmen lauten.

Nach der Analyse und Beurteilung der Wirksamkeit der Angebote sind sodann zentrale Fragen, wie Einzelangebote/Projekte/Maßnahmen etc. autonom in ihrer Wirksamkeit gesteigert werden können und wie Einzelangebote etc. im Landkreis/der Gemeinde besser und wirksamer vernetzt werden können. Dies schließt das Aufspüren und Bewerten von Doppelstrukturen, parallelen Angeboten, zielgruppenspezifischen Angebotslücken sowie unkoordiniertem Handeln unterschiedlicher Akteure etc. mit ein.

Zudem sind die einzelnen Handlungsfelder (Bildung, Erziehungsprobleme/Pubertät, Gesundheit, Einkommen/fehlende Finanzen etc.) hinsichtlich vorhandener Angebote und Hilfen zu analysieren und, sollten Angebote und Hilfen vorhanden sein, Maßnahmen zur Erhöhung und Steigerung der Bekanntheit dieser Angebote und Hilfen umzusetzen.

Sollten keine - oder nur unzureichende - Angebote und Hilfen vorhanden sein, ist abhängig von der Analyse zu entscheiden, wo welche Angebote und Hilfen zu etablieren sind. Wie diese Maßnahmen im Einzelnen aussehen und gestaltet werden können, ist sicherlich mit abhängig von den Inhalten der einzelnen Unterstützungsbereiche und Handlungsfelder.

Mit zu der Empfehlung der wirkungsorientierten Ausrichtung der Arbeit gehört die Durchführung von Wirkungskonferenzen/Infrastrukturkonferenzen. Im Rahmen dieser Konferenzen sollen von den Akteuren die Angebote und Maßnahmen identifiziert werden, die

1. zum Ausgleich von Benachteiligung beitragen,
2. nicht zum Ausgleich von Benachteiligung beitragen und
3. teilweise zum Ausgleich von Benachteiligung beitragen.

Gleichzeitig sind die Kriterien zu benennen, um zu entscheiden, warum welche Angebote welcher Kategorie zugeordnet worden sind.

Dabei ist auch der jeweilige Kontext, z.B. der Wohnungs- und Arbeitsmarkt, aber auch die Strukturqualität der Maßnahmeträger bei der Beurteilung der Wirkung mitzuberücksichtigen.

Die Ergebnisse dieser Wirkungs-/Infrastrukturkonferenzen (und/oder der Arbeit der Verwaltung, der integrierten Sozialplanung) können die Grundlage bilden, um die Potenziale für eine Um- oder Neuverteilung der Ressourcen zu identifizieren und diese dann im Sinne einer wirkungsorientierten Steuerung wirkmächtiger einsetzen zu können.

Um es an dieser Stelle deutlich zu sagen: Es wird nicht dafür plädiert, die Ressourcen für komplett oder teilweise wirkungslose Angebote einzusparen, sondern diese als Umsteuerungspotenzial zu nutzen, um

- wirksame Angebote und Maßnahmen auszuweiten,
- in neue Angebote und Maßnahmen im präventiven Bereich zu investieren, um später eintretende Probleme etc. zu verhindern, und um
- unwirksame Maßnahmen in wirksame Maßnahmen zu überführen.



Dabei sollte die derzeitige finanzielle Situation offensiv genutzt werden, um auf der Grundlage einer wirkungsorientierten Ausrichtung der Arbeit vor Ort präventiv in neue Angebote und Maßnahmen zu investieren und so später davon profitieren zu können.

Bei den Diskussionen in den Wirkungskonferenzen sollte es nicht nur darum gehen, mehr wirkungsvollere Angebote zu implementieren, sondern dass auch in die „richtigen“ Bereiche investiert wird, in denen z.B. eine Verbesserung der individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen oder eine Steigerung der gesellschaftlichen Teilhabe und Anerkennung gelingt. Oder indem durch bestimmte Maßnahmen in einem Bereich auch Effekte in einem anderen Bereich erzielt werden können, indem z.B. durch sportliche Aktivitäten nicht nur im Freizeitbereich Wirkungen erzielt werden, sondern auch im Gesundheitsbereich.

Kommunen und Kreise, für die ein Haushaltssicherungskonzept oder ein Nothaushalt besteht, können in der Regel nur Pflichtaufgaben durchführen. Präventionsangebote und Präventionsleistungen sind häufig freiwillige Leistungen, die nach den Gemeindeordnungen bei Kommunen mit einem Haushaltssicherungskonzept oder einem Nothaushalt nicht erlaubt sind. Damit Personen, aber auch Kommunen mit einem Nothaushalt von den Wirkungen der Angebote und Maßnahmen im präventiven Bereich profitieren können, ist eine Veränderung der Gemeindeordnung anzustreben.

Aber auch ohne diese Veränderung ist es möglich, mit den entsprechenden übergeordneten Behörden Vereinbarungen zu treffen, die Ausgaben im präventiven Bereich erlauben. Voraussetzung ist dabei jedoch ein offensives Agieren der Kreisverwaltung.

Die im Rahmen dieser Handlungsempfehlung beschriebenen Aspekte, wie z.B. die Festlegung von Zielen und Zielwerten, gelten nicht nur für einzelne Projekte und Maßnahmen, sondern auch für die Hilfesysteme oder für komplette Handlungsfelder, aber auch für die neue Familienpolitik des Landkreises.

10	Entwicklung und Umsetzung eines Programms „Kreispolitik des sozialen Ausgleichs“ inklusive der Entwicklung von integrierten Handlungskonzepten
-----------	---

11	Durchführung von Gemeinde-Entwicklungskonferenzen auf Grundlage der GOE-Ergebnisse
-----------	---

Ausgangssituation für die Handlungsempfehlungen Nr. 10 und Nr. 11

Die räumliche Konzentration von sozialen Problemen und Armut hat in den Städten im Laufe der letzten Jahre zugenommen. „Dadurch sind einige Stadtteile und Quartiere belastet, andere entlastet.“⁷ Eine ungleiche Verteilung der Wohnstandorte verschiedener sozialer Gruppen im städtischen Raum (Segregation) hat es in größeren Städten in der Vergangenheit gegeben und wird es auch in Zukunft geben. Entscheidend ist, wie aus gesamtstädtischer Sicht damit umgegangen wird. Entscheidend ist zudem, ob die Kommunalpolitik anerkennt, dass es Segregation gibt, und ein Zeichen setzt, indem Ungleiches ungleich behandelt wird und entsprechende Ressourcen wirkmächtig eingesetzt werden.

Wie auch im Landkreis Lüchow-Dannenberg Lebenslagen unterschiedlich verteilt sind, zeigen folgende Beispiele aus der Auswertung der prozessproduzierten Daten („Sozialraumanalyse des Landkreises Lüchow-Dannenberg, Teil I - Auswertung kleinräumiger Daten/Datenreader“):

⁷ Eckpunkte des Deutschen Vereins zur sozialräumlichen Ausgestaltung kommunalen Handelns, 2008, S. 5



Indikator	Gemeinde mit dem geringsten Anteilswert	Gemeinde mit dem höchsten Anteilswert
Steuerpflichtige/Einkünftegruppe 1 € bis unter 5.000 €	Gusborn = 7,5%	Göhrde = 16,7%
Beschäftigtenquote insgesamt	Luckau = 38,6%	Gusborn = 50,8%
SGB II-Betroffenheitsquote BG mit Kind(ern)	Damnatz = 0,0%	Wustrow = 6,5%

Da eine gesamtstädtische gleichrangige räumliche Verteilung der individuellen Lebenslagen nicht erreichbar ist, weil sich u.a. die Konzentration der Wohnungen zur Versorgung von einkommensschwächeren Haushalten nicht auflösen lässt, sind die sozialen Benachteiligungen der Personen von den benachteiligenden Quartiersbedingungen, den Wohn- und Lebensbedingungen zu entkoppeln. Es gilt, individuelle, benachteiligende Lebenssituationen nicht durch eine strukturelle Benachteiligung auf der räumlichen Ebene zu zementieren, indem „arme Nachbarschaften ihre Bewohner ärmer machen“ (Friedrichs 1998).

Alle Anstrengungen sind deshalb darauf zu richten, dass bereits durch eine entsprechende Bewohnerstruktur benachteiligte Quartiere oder Gemeinden nicht durch unzureichende oder mangelhafte Qualitäten des Raumes für die Bewohner_innen zusätzlich benachteiligend wirken (doppelte Benachteiligung).

Handlungsempfehlung Nr. 10:

Entwicklung und Umsetzung eines Programms „Kreispolitik des sozialen Ausgleichs“ inklusive der Entwicklung von integrierten Handlungskonzepten

Die Ausgangssituation legitimiert die Sichtweise und die Festlegung des „Primats des Raumes“ und als Reaktion des Landkreises; eine „Kreispolitik des sozialen Ausgleichs“ zu betreiben, indem ungleiche Räume ungleich behandelt werden und damit das Ziel, die beschriebene doppelte Benachteiligung zu verhindern oder zu vermindern, erreicht wird.

Der soziale Ausgleich soll auf drei Ebenen hergestellt werden. Diese drei Ebenen beziehen sich auf den Zusammenhang zwischen

- 1 einzelnen Bewohnergruppen im Quartier/der Gemeinde,
- 2 den Quartieren und der Gesamtstadt bzw. den Gemeinden und dem Kreis sowie
- 3 dem Raum und den Bewohner_innen mit ihren individuell benachteiligenden Lebenslagen.

1 Der soziale Ausgleich zwischen einzelnen Bewohnergruppen im Quartier/der Gemeinde

Dies bezieht sich z.B. auf die Beziehungen zwischen Alt und Jung, zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund oder auf Haushalte mit und ohne Kinder.

2 Der soziale Ausgleich zwischen den Quartieren und der Gesamtstadt bzw. den Gemeinden und dem Kreis

Zu einer Kreispolitik des sozialen Ausgleichs gehört auch die Auffassung, den Kreis als Mosaik kleiner Welten zu betrachten. Die Quartiere/Gemeinden, in denen z.B. überdurchschnittlich viele Personen mit Migrationshintergrund leben, erbringen eine hohe Integrationsleistung für die Gesamtstadt/den gesamten Kreis. Somit erfüllen diese Quartiere/Gemeinden eine wichtige Funktion für das Zusammenleben in der Gesamtstadt.

3 Der soziale Ausgleich zwischen dem Raum und den Bewohner_innen mit ihren individuellen benachteiligenden Lebenslagen

Wie beschrieben geht es aus Sicht des gesamten Landkreises um die Entkoppelung von sozialen, individuellen Benachteiligungen und benachteiligenden Quartiers-, Gemeindebedingungen. Somit gilt es, dafür zu sorgen, dass durch entsprechende Qualitäten der Infrastruktureinrichtungen - z.B. Tageseinrichtungen für Kinder, Grundschulen, Beratungs- und Betreuungsangebote, Qualifizierungseinrichtungen, Gesundheitswesen, Grün- und Freiräume, Spielplätze - der Raum,



das Quartier/die Gemeinde benachteiligungsmildernd und/oder benachteiligungskompensierend wirken kann und sich so die Alltagsbedingungen der Bewohner_innen und ihrer Kinder wie auch die Lebensbedingungen im Quartier/der Gemeinde spürbar verbessern (möglicherweise entwickeln diese gehaltvolleren Strukturen und entsprechenden Angebote eine Pull-Wirkung und ziehen andere Personen, z.B. Bildungsnähere, in diese Quartiere/Gemeinden).

Die wesentliche Grundlage, um zu entscheiden, welche Quartiere/Gemeinden in das Programm „Kreispolitik des sozialen Ausgleiches“ aufgenommen werden, bildet das kleinräumige Monitoring-system der Kreisverwaltung (siehe Handlungsempfehlung Nr. 4). So entstehen „Daten für Taten“. Ergänzt werden diese Daten um qualitative Informationen aus den Quartieren/Gemeinden, die im Rahmen von Gesprächen mit Akteuren, die vor Ort agieren und Angebote bereitstellen, generiert werden.

Sind entsprechende Gemeinden/Quartiere definiert, so sind aufgrund der Daten und Informationen entsprechende Ziele für diese Gebiete zu definieren. Die Ziele beziehen sich u.a. auf die individuelle Situation der Bewohner_innen, auf bestimmte Zielgruppen und/oder auf die Infrastruktur. Angestrebt wird, die Ziele zusammen mit den Bewohner_innen sowie den Akteuren vor Ort (Freie Träger der Wohlfahrtspflege, Wohnungsunternehmen etc.) zu erarbeiten, zu definieren und abzustimmen.

Festgelegte Ziele werden in einem zweiten Schritt mit Indikatoren und - ausgehend vom jeweiligen Ist-Wert - mit entsprechenden Zielwerten hinterlegt, um dadurch Aussagen zur Zielerreichung machen zu können. An einigen Beispielen sei dieses Vorgehen kurz erläutert.

Ziel	Indikator	Zielwert
Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit/Abhängigkeit von SGB II-Leistungen	Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit zwei und mehr Kindern, die zum Stichtag SGB II-Leistungen beziehen, an allen Haushalten mit zwei und mehr Kindern im statistischen Bezirk	Reduzierung des Anteils im stat. Bezirk gegenüber dem Ausgangsjahr um 25% = Zielwert
Ziel	Indikator	Zielwert
Verbesserung des Gesundheitszustandes der Kinder	Kinder mit einer Arztüberweisung wegen Übergewicht im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung	Reduzierung der Anzahl der Kinder mit Übergewicht gegenüber dem Ausgangsjahr um 25% = Zielwert
Reduzierung von abweichendem Verhalten	Jugendgerichtshilfefälle	Reduzierung der Jugendgerichtshilfefverfahren gegenüber dem Ausgangsjahr um 1/3 = Zielwert

Entsprechend den Zielen sind Maßnahmen und Projekte zu entwickeln und umzusetzen, um die Zielwerte zu erreichen. Dies bezieht sich auf Maßnahmen und Projekte der Kreisverwaltung wie auch auf Maßnahmen und Projekte anderer Kooperationspartner. Diese Maßnahmen und Projekte (mit den Zielen und Zielwerten) sind in einem zu entwickelnden „Integrierten Handlungskonzept“ zu beschreiben. Dieses „Integrierte Handlungskonzept“ bildet die Steuerungsgrundlage für die Kreisverwaltung.

Umsetzung der Handlungsempfehlung

Aus unserer Sicht gilt es, die integrierte Sozialplanung aufgrund ihrer Zuständigkeiten bei der Entwicklung des oder der integrierten Handlungskonzepte zu beteiligen.

**Handlungsempfehlung Nr. 11:****Durchführung von Gemeinde-Entwicklungskonferenzen auf Grundlage der GOE-Ergebnisse**

Fast jede Frage wurde auch bezogen auf alle 27 Gemeinden ausgewertet. Dies gilt auch für die Auswertungen der offenen Antworten u.a. auf die Fragen nach der Familienunfreundlichkeit der Gemeinden, den Vor- und Nachteilen sowie nach Lob und Tadel für die Gemeinden. Alle diese Auswertungsergebnisse können zum einen genutzt werden, um integrierte Handlungskonzepte für die einzelnen Gemeinden (und/oder Samtgemeinden) zu schreiben.

Aber auch unabhängig von der Entwicklung von integrierten Handlungskonzepten können diese Auswertungsergebnisse für Gemeinde-Entwicklungskonferenzen genutzt werden, indem die Daten die Grundlage für eine Analyse und Bewertung der Situation vor Ort durch die Fachkräfte und Bewohner_innen bilden.

Mitberücksichtigt werden sollten in diesem Zusammenhang die Ergebnisse der Akteursbefragung zur Ausrichtung der kommunalen Sozialpolitik auf die Lebensbedingungen von Haushalten mit Kind(ern) und zur Beurteilung der Familienfreundlichkeit der Gemeinden.

Es sei aber darauf hingewiesen, dass sich diese Fragen als schwierige Fragen für die Akteure erwiesen, da es hier zu sehr hohen Anteilen von „weiß nicht/kann ich nicht beurteilen“-Antworten kam.

Tabelle 17: Bewertung der Ausrichtung der kommunalen Sozialpolitik auf die Lebensbedingungen von Haushalten mit Kind(ern) durch die befragten Akteure

	sehr stark = 5	eher stark = 4	mittel = 3	eher wenig = 2	gar nicht = 1	Mittelwert	weiß nicht/ kann ich nicht beurteilen	Anteil	Anzahl
Dannenberg	2	5	8	0	0	3,6	21	58,3%	36
Lüchow	0	9	8	0	0	3,5	19	52,8%	36
Hitzacker	1	2	7	0	0	3,4	26	72,2%	36
Neu Darchau	1	3	2	2	0	3,4	27	77,1%	35
Zernien	0	4	1	2	0	3,3	28	80,0%	35
Clenze	0	2	1	1	0	3,3	32	88,9%	36
Lemgow	0	1	3	0	0	3,3	32	88,9%	36
Schnega	0	2	2	1	0	3,2	30	85,7%	35
Woltersdorf	0	1	4	0	0	3,2	30	85,7%	35
Gusborn	0	3	0	1	1	3,0	30	85,7%	35
Küsten	0	3	2	1	1	3,0	29	80,6%	36
Wustrow	0	2	3	0	1	3,0	29	82,9%	35
Gartow	0	2	4	3	0	2,9	27	75,0%	36
Jameln	0	2	2	1	1	2,8	30	83,3%	36
Damnatz	0	2	1	1	1	2,8	31	86,1%	36
Karwitz	0	2	1	1	1	2,8	31	86,1%	36
Langendorf	0	2	1	1	1	2,8	31	86,1%	36
Göhrde	1	1	0	0	2	2,8	31	88,6%	35
Waddeweitz	0	1	0	1	1	2,3	32	91,4%	35
Höhbeck	0	1	0	2	1	2,3	32	88,9%	36
Trebel	0	1	0	2	1	2,3	31	88,6%	35
Bergen	0	0	0	3	0	2,0	33	91,7%	36
Gorleben	0	0	1	2	1	2,0	31	88,6%	35
Lübbow	0	0	1	1	1	2,0	33	91,7%	36
Prezelle	0	0	2	0	3	1,8	30	85,7%	35
Luckau	0	0	0	1	1	1,5	33	94,3%	35
Schnackenburg	0	0	1	0	3	1,5	31	88,6%	35

Wie die Tabelle zeigt, lag der höchste Anteil von „weiß nicht/kann ich nicht beurteilen“-Antworten bei 94,3%, der niedrigste bei 52,8%. Insofern ist die Aussagekraft der Beurteilungen zur Ausrichtung der kommunalen Sozialpolitik stark eingeschränkt.



Bezogen auf die Beurteilung der Familienfreundlichkeit schneidet Damnatz mit einem Mittelwert von 4,0 am besten ab. Es folgen die Städte Dannenberg und Hitzacker mit Mittelwerten von jeweils 3,9. Das heißt, hier sind die Akteure, die konkrete Angaben machten, mehrheitlich der Ansicht, dass die Städte/Gemeinden eher familienfreundlich sind. Am schlechtesten schneidet Prezelle mit einem Mittelwert von 2,8 ab.

Tabelle 18: Beurteilung der Familienfreundlichkeit der Gemeinden durch die Akteure

	sehr familien- freundlich = 5	eher familien- freundlich = 4	teils/teils = 3	eher wenig familien- freundlich = 2	gar nicht familien- freundlich = 1	Mittelwert	weiß nicht/ kann ich nicht beurteilen	Anteil	Anzahl
Damnatz	1	4	1	0	0	4,0	29	82,9%	35
Dannenberg	1	11	2	0	0	3,9	21	60,0%	35
Hitzacker	0	7	1	0	0	3,9	27	77,1%	35
Lüchow	2	10	5	0	0	3,8	18	51,4%	35
Küsten	0	4	1	0	0	3,8	30	85,7%	35
Neu Darchau	1	2	2	0	0	3,8	30	85,7%	35
Gartow	0	7	1	1	0	3,7	26	74,3%	35
Lemgow	0	4	2	0	0	3,7	29	82,9%	35
Zernien	0	5	3	0	0	3,6	27	77,1%	35
Langendorf	0	3	2	0	0	3,6	30	85,7%	35
Clenze	0	2	2	0	0	3,5	31	88,6%	35
Schnega	0	2	2	0	0	3,5	31	88,6%	35
Wustrow	0	4	4	0	0	3,5	27	77,1%	35
Horleben	0	2	3	0	0	3,4	30	85,7%	35
Bergen	0	1	2	0	0	3,3	32	91,4%	35
Woltersdorf	0	2	4	0	0	3,3	29	82,9%	35
Jameln	1	1	5	1	0	3,3	27	77,1%	35
Waddeweitz	0	2	1	1	0	3,3	31	88,6%	35
Höhbeck	0	2	2	1	0	3,2	30	85,7%	35
Lübbow	0	2	2	1	0	3,2	30	85,7%	35
Trebel	0	2	2	1	0	3,2	30	85,7%	35
Gusborn	0	2	3	1	0	3,2	29	82,9%	35
Göhrde	0	1	2	1	0	3,0	31	88,6%	35
Karwitz	0	1	4	1	0	3,0	29	82,9%	35
Luckau	0	2	1	0	1	3,0	31	88,6%	35
Schnackenburg	0	1	2	1	0	3,0	31	88,6%	35
Prezelle	0	1	1	2	0	2,8	31	88,6%	35

Auch bezogen auf die Frage nach der Familienfreundlichkeit der Städte/Gemeinden variiert der Anteil der „weiß nicht/kann ich nicht beurteilen“-Antworten zwischen 91,4% und 51,4%. Insofern ist auch die Aussagekraft der Beurteilungen zur Familienfreundlichkeit der Städte/Gemeinden stark eingeschränkt.

Vergleicht man die Mittelwerte bezogen auf die Beurteilungen der Akteure zur Ausrichtung der kommunalen Sozialpolitik mit denjenigen zur Beurteilung der Familienfreundlichkeit der Gemeinden, ist zumindest zu erkennen, dass die Familienfreundlichkeit der Gemeinden stets positiver beurteilt wurde. So wird zum Beispiel von den meisten Akteuren, die entsprechende Angaben machten, angegeben, dass die kommunale Sozialpolitik in Luckau und Schnackenburg so gut wie gar nicht auf die Lebensbedingungen von Familien mit Kind(ern) ausgerichtet ist (Mittelwert 1,5). Bei der Beurteilung der Familienfreundlichkeit ergeben sich für beide Gemeinden dagegen Mittelwerte von 3,0, sodass die Akteure hier mehrheitlich der Meinung sind, die Familienfreundlichkeit sei zumindest „teils/teils“. Angesichts der geringen Aussagekraft der Beurteilungen zur Ausrichtung der kommunalen Sozialpolitik und zur Familienfreundlichkeit der Städte/Gemeinden sollte im Rahmen der Gemeinde-Entwicklungskonferenzen auch die Frage diskutiert werden, woran es liegen könnte, dass nur so wenige Akteure in der Lage waren, die Fragen zu beantworten.



Tabelle 19: Vergleich der Mittelwerte – Beurteilung der Ausrichtung der kommunalen Sozialpolitik versus Beurteilung der Familienfreundlichkeit der Städte/Gemeinden (alphabetisch sortiert) durch die Akteure

	Mittelwerte Beurteilung Ausrichtung der kommunalen Sozialpolitik	Mittelwerte Beurteilung Familien- freundlichkeit der Städte/Gemeinden		Mittelwerte Beurteilung Ausrichtung der kommunalen Sozialpolitik	Mittelwerte Beurteilung Familien- freundlichkeit der Städte/Gemeinden
Bergen	2,0	3,3	Lemgow	3,3	3,7
Clenze	3,3	3,5	Lübbow	2,0	3,2
Damnatz	2,8	4,0	Lüchow	3,5	3,8
Dannenberg	3,6	3,9	Luckau	1,5	3,0
Gartow	2,9	3,7	Neu Darchau	3,4	3,8
Göhrde	2,8	3,0	Prezelle	1,8	2,8
Gorleben	2,0	3,4	Schnackenburg	1,5	3,0
Gusborn	3,0	3,2	Schnega	3,2	3,5
Hitzacker	3,4	3,9	Trebel	2,3	3,2
Höhbeck	2,3	3,2	Waddeweitz	2,3	3,3
Jameln	2,8	3,3	Woltersdorf	3,2	3,3
Karwitz	2,8	3,0	Wustrow	3,0	3,5
Küsten	3,0	3,8	Zernien	3,3	3,6
Langendorf	2,8	3,6			

Umsetzung der Handlungsempfehlung

Im Rahmen entsprechender Beteiligungsverfahren könnten diese Entwicklungskonferenzen für die Samtgemeinden und/oder einzelne Gemeinden bzw. die drei großen Gemeinden durchgeführt werden. Organisiert werden könnten diese Konferenzen in Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern durch die Kreisverwaltung bzw. mit dem Familienservicebüro, der integrierten Sozialplanung.

12

Einrichten und Durchführen von Handlungskonferenzen für die Handlungsfelder „Bildung“, „Mobilität“, „Vereinbarkeit von Familien und Beruf“

So wie es Konferenzen auf der Ebene der einzelnen Gemeinden geben kann (siehe Handlungsempfehlung Nr. 11), ist dies auch möglich bezüglich einzelner Handlungsfelder wie z.B. Bildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Mobilität. Dabei würden sich diese Handlungskonferenzen (zunächst) nicht auf einzelne Gemeinden beschränken, sondern landkreisweit durchgeführt.

In diesen Handlungsfeldern könnten zunächst mit den Fachkräften die Ergebnisse der Sozialraumanalysen und die entsprechenden Handlungsempfehlungen analysiert und diskutiert werden.

Zu überlegen ist zudem, Bürger_innen einzuladen, um im Rahmen entsprechender Beteiligungsmöglichkeiten ihnen die Ergebnisse der Handlungskonferenzen vorzustellen und diese mit ihnen zu diskutieren.

Je nach Einschätzung und gemeindebezogener Relevanz könnten die Ergebnisse der Handlungskonferenzen auch in die Gemeinde-Entwicklungskonferenzen sozusagen „eingespeist“ werden.

Bei der Umsetzung dieser Handlungsempfehlung könnte sich der Landkreis an der etablierten Gesundheitskonferenz orientieren.



Die beiden folgenden Handlungsempfehlungen beziehen sich auf die beiden Handlungsfelder „Bildung“ und „Vereinbarkeit von Familien und Beruf“. Somit werden diese beiden Handlungsempfehlungen als handlungsfeldübergreifende Handlungsempfehlungen vorgestellt.

13	Ausbau der Betreuungsangebote/Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 6 Jahre und Verbesserung/Flexibilisierung der Betreuungsangebote
-----------	--

14	Ausbau der Betreuungsangebote/Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von 6 bis unter 15 Jahre und Verbesserung/Flexibilisierung der Betreuungsangebote
-----------	---

Ausgangssituation für die Handlungsempfehlungen Nr. 13 und Nr. 14

Die Analyse der prozessproduzierten Daten zeigte, dass der Landkreis Lüchow-Dannenberg, was die Betreuungsquoten in Kindertageseinrichtungen (Stand: 1.3.2013) anging, im Vergleich zu den Ergebnissen für ganz Niedersachsen relativ gut abschnitt, Das heißt, kaum negativ abwich, und im Bereich der Betreuungsquote von Kindern im Alter von 11 bis unter 14 Jahre mit 2,2% und unter 3-Jährigen mit 23% jeweils sogar etwas über dem Niedersachsendurchschnitt (19,2%) lag (vgl. Bericht „Sozialraumanalyse des Landkreises Lüchow-Dannenberg, Teil I - Auswertung kleinräumiger Daten/Datenreader“).

Im Rahmen von Fragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben wir in einer offenen Frage gefragt, was den Haushalten sonst noch helfen würde, Beruf/Arbeit und Familie besser miteinander zu vereinbaren. Insgesamt gut 43% der Nennungen bezogen sich auf den Bereich der Kinderbetreuung (flexiblere/längere Betreuung durch Tageseinrichtung für Kinder und Tagesmütter, Ganztagschule/Betreuung seitens der Schule und bessere, flexiblere Betreuung und Freizeitangebote allgemein).

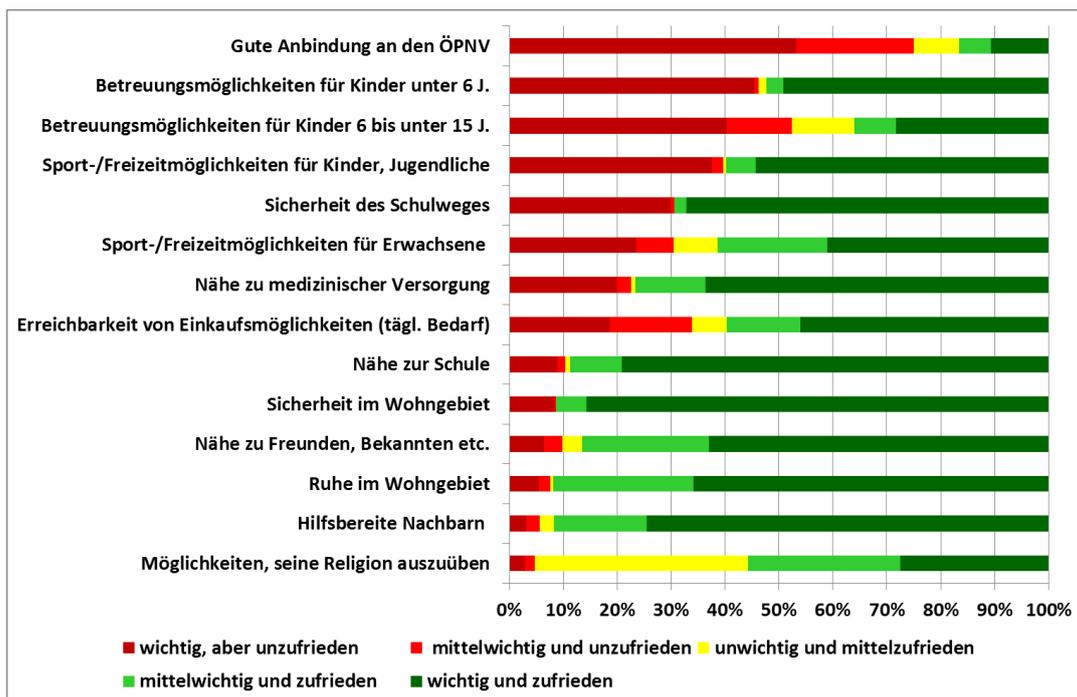
Insofern besteht im Bereich der Kinderbetreuung durchaus noch Handlungs- bzw. Verbesserungsbedarf, wenngleich die prozessproduzierten Daten quantitativ keine eklatante Versorgungslücke aufzeigen.

Um den Landkreis und die einzelnen Gemeinden familienfreundlich weiterzuentwickeln, ist es wichtig, Informationen über die Beurteilung einiger Aspekte, die die Familienfreundlichkeit mitbestimmen, zu erhalten. Wir haben somit die Haushalte nach ihrer Zufriedenheit mit den im Fragebogen aufgeführten Aspekten in Bezug zum Wohngebiet gefragt.

Wenn aber nicht deutlich wird, welche Wichtigkeit der jeweilige abgefragte Aspekt hat, ist der Erkenntnisgewinn bei ausschließlich nach der Zufriedenheit gestellten Fragen eher suboptimal. Denn benötigt werden Erkenntnisse zu Aspekten, mit denen die Befragten unzufrieden sind und die gleichzeitig für die Befragten aber eine hohe Wichtigkeit/Bedeutung haben. Das heißt, der Erkenntnisgewinn steigt, wenn Befragungen neben Fragen nach der Zufriedenheit gleichzeitig Fragen nach der Wichtigkeit enthalten und diese dann in der Auswertung mit den Fragen zur Zufriedenheit entsprechend verknüpft werden.

In folgenden Auswertungsergebnisse gehen alle befragten Haushalte ein, die bezogen auf die einzelnen Aspekte die Fragen nach der Zufriedenheit (zufrieden, teils/teils, unzufrieden) auch gleichzeitig die Fragen nach der Wichtigkeit (wichtig, teils/teils, unwichtig) beantwortet haben.

Bei den Aspekten zur Kinderbetreuung und zur Schule sind nur die Antworten der relevanten Haushalte (z.B. die Familien mit Schulkindern) berücksichtigt worden.

Abbildung 13: Zufriedenheit und Wichtigkeit mit unterschiedlichen Aspekten


Die Abbildung zeigt, dass über die Hälfte der Befragten (53,2%) die gute Anbindung an den ÖPNV für wichtig hält - sie jedoch damit gleichzeitig unzufrieden ist. Addiert man zu diesem Anteilswert diejenigen hinzu, die die gute Anbindung an den ÖPNV „mittelwichtig und unzufrieden“ beurteilen (21,9%), so fällt die Anbindung an den ÖPNV bei den abgefragten 14 Aspekten am stärksten negativ (75,1%) auf.

Danach folgen die Aspekte „Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 6 Jahre“ (45,4% = wichtig, aber unzufrieden), „Betreuungsmöglichkeiten für Kinder 6 bis unter 15 Jahre“ (40,3%) und „Sport-/Freizeitmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche“ (37,6%).

Somit ergibt sich aufgrund der Rangfolge der Aspekte, die den Befragten wichtig und mit denen sie gleichzeitig unzufrieden sind, eine Rangfolge der Handlungsbedarfe seitens des Landkreises/der Gemeinden:

1. Verbesserung der Anbindung an den ÖPNV
2. Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 6 Jahre
3. Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder 6 bis unter 15 Jahre
4. Verbesserung der Sport-/Freizeitmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche


Tabelle 20: Zufriedenheit und Wichtigkeit mit unterschiedlichen Aspekten

	wichtig, aber unzufrieden		mittelwichtig und unzufrieden		unwichtig und mittelzufrieden		mittelwichtig und zufrieden		wichtig und zufrieden		insgesamt
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anzahl
Ruhe im Wohngebiet	5,5%	50	2,1%	19	0,6%	5	25,9%	234	65,9%	595	903
Sicherheit im Wohngebiet	8,4%	73	0,2%	2	0,0%	0	5,7%	49	85,7%	742	866
Gute Anbindung an den ÖPNV	53,2%	388	21,9%	160	8,4%	61	5,9%	43	10,7%	78	730
Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten (tägl. Bedarf)	18,6%	157	15,3%	129	6,4%	54	13,7%	116	46,0%	388	844
Nähe zu Freunden, Bekannten etc.	6,4%	47	3,4%	25	3,7%	27	23,6%	173	62,9%	461	733
Hilfsbereite Nachbarn	3,2%	28	2,5%	22	2,5%	22	17,3%	150	74,4%	644	866
Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 6 J.	45,4%	118	0,8%	2	1,5%	4	3,1%	8	49,2%	128	260
Betreuungsmöglichkeiten für Kinder 6 bis unter 15 J.	40,3%	196	12,1%	59	11,5%	56	7,8%	38	28,2%	137	486
Nähe zur Schule	8,9%	62	1,4%	10	1,0%	7	9,5%	66	79,1%	550	695
Sicherheit des Schulweges	29,9%	177	0,7%	4	0,0%	0	2,2%	13	67,2%	398	592
Nähe zu medizinischer Versorgung	19,9%	145	2,7%	20	0,8%	6	13%	95	63,6%	464	730
Sport-/Freizeitmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche	37,6%	245	2,0%	13	0,6%	4	5,5%	36	54,3%	354	652
Sport-/Freizeitmöglichkeiten für Erwachsene	23,5%	134	7,0%	40	8,1%	46	20,4%	116	41,1%	234	570
Möglichkeiten, seine Religion auszuüben	2,9%	14	1,8%	9	39,5%	193	28,3%	138	27,5%	134	488

Gründe für die Einschätzung der Gemeinde als familienunfreundlich

Wir haben die Aussagen der Haushalte, warum ihre Gemeinde gar nicht oder eher wenig familienfreundlich ist, nach zwölf Kriterien kategorisiert. Die Nennungen, die nicht eindeutig oder gar nicht zu kategorisieren waren, haben wir unter „Sonstiges“ zusammengefasst.

Es gibt drei Gründe für die Bewertung der Gemeinde als familienunfreundlich, die acht und mehr der elf Subgruppen mit einem Anteilswert von 10% und mehr genannt haben. Dieses sind die Aspekte:

1. fehlende Freizeit- und Kulturangebote vor Ort - elf Subgruppen (von 19,6% bis 34,2%)
2. fehlende oder ungepflegte Spielplätze - zehn Subgruppen (von 10,0% bis 20,2%)
3. fehlende oder unzureichende Kinderbetreuung - acht Subgruppen (von 10,6% bis 25,6%)

Fehlende oder unzureichende Kinderbetreuung

Hinsichtlich der Nennungen zu dieser Kategorie gibt es vier Gruppen mit ähnlichen Nennungen. Dieses sind die Gruppen:

1. nicht gegebene Kompatibilität der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
2. unflexible Öffnungszeiten der Einrichtungen
3. eingeschränkte Auswahlmöglichkeiten im Hinblick auf die Kinderbetreuungseinrichtungen
4. Angebote an sich, die für die Bedürfnisse der Eltern nicht ausreichend vorhanden sind



Unzufriedenheit mit der Betreuungseinrichtung

Die befragten Personen, deren Vorschulkinder eine Betreuungseinrichtung besuchen, haben ebenfalls angegeben, was ihnen an der Betreuungseinrichtung nicht gefällt. Es haben 213 Haushalte auf diese Frage geantwortet.

Etwa ein Drittel der Kategorien weisen Anteilswerte von über 10% und die anderen Kategorien von unter 10% der Nennungen auf. Die fünf am häufigsten genannten Aspekte, welche den Eltern nicht gefallen sind:

1. unflexible Öffnungszeiten
2. hohe Beitragskosten
3. teures und schlechtes Essen
4. schlechter Betreuungsschlüssel
5. geringe Angebotsvielfalt/Förderung

Hauptsächlich gefallen den Haushalten die unflexiblen Öffnungszeiten nicht. Dieser Aspekt wurde von allen Subgruppen am häufigsten genannt. Die entsprechenden Anteilswerte liegen zwischen 19,0% (Großfamilien) und 26,3% (Alleinerziehende).

Auch die Auswertung der offenen Antworten zu der Frage nach den Vor- und Nachteilen der Gemeinde, in der die befragte Haushalte wohnen, ergab, dass den Eltern die Betreuung der Kinder unter sechs Jahre wichtig ist, sie hier aber Defizite sehen (siehe „Sozialraumanalyse des Landkreises Lüchow-Dannenberg, Teil VI Sonderbericht II: Auswertung der offenen Antworten nach Gemeinden - Familienfreundlichkeit, Zufriedenheit mit den sozialen Diensten und dem Gesundheitsbereich, Vor- und Nachteile der Gemeinden sowie Lob und Tadel für die Gemeinden, Schulen, Kindergärten, Kirchen, Sportvereine etc.“).

Akteursbefragung

Im Rahmen der Akteursbefragung haben wir die Akteure im Landkreis Lüchow-Dannenberg gefragt, wo sie bei den Haushalten mit minderjährigen Kindern Unterstützungsbedarf sehen. Die meisten Akteure (gut 61%) sahen großen bis sehr großen Unterstützungsbedarf im Bereich der Kinderbetreuung (3-6 Jahre), gut 52% großen bis sehr großen Unterstützungsbedarf im Bereich der Betreuung für Schulkinder nach Schulende und gut 40% der Akteure sahen zudem großen bis sehr großen Unterstützungsbedarf im Bereich der Betreuung von 0- bis unter 3-jährigen Kindern.

Handlungsempfehlung Nr. 13:

Ausbau der Betreuungsangebote/Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 6 Jahre und Verbesserung/Flexibilisierung der Betreuungsangebote

Es sei an dieser Stelle zunächst der Vollständigkeit halber erwähnt, dass die Auswertung der Frage nach der Zufriedenheit der Eltern mit der Betreuungseinrichtung für die Vorschulkinder ergab, dass über 60% der Haushalte mit der Betreuungseinrichtung sehr oder eher zufrieden sind. Zu berücksichtigen ist, dass nicht alle Kinder im Vorschulalter in einer Betreuungseinrichtung sind oder von einer Tagespflegeperson betreut werden und nicht alle in Frage kommenden Haushalte die Frage nach der Zufriedenheit beantwortet haben. Und möglicherweise haben die Eltern entsprechende Netzwerke, die schwierige Situationen auffangen können, sodass ihre (generelle) Zufriedenheit mit der Einrichtung dadurch nicht getrübt wird.



Insofern sehen wir keinen Widerspruch zur Handlungsempfehlung und empfehlen einerseits vor dem Hintergrund der Ausgangssituation, die Möglichkeiten auszuloten, das Angebot an Betreuungsangeboten und -plätzen zu erhöhen.

Zum anderen bezieht sich die Handlungsempfehlung aber auch auf eine Ausweitung und Verbesserung sowie Flexibilisierung der bestehenden Betreuungszeiten (Stichwörter: früher Arbeitsbeginn der Eltern, Schichtdienst), Das heißt, die Betreuungszeiten auszudehnen bzw. diese noch flexibler zu gestalten, vor allem in den Randzeiten (frühmorgens, abends) und eventuell auch an den Wochenenden.

Soweit bekannt, besteht zumindest an einigen Kindertageseinrichtungen bereits die Möglichkeit ab einer gewissen Anzahl von Kindern Sonderöffnungszeiten vor und nach der Kernbetreuung einzurichten. Von zusätzlichem Nutzen wäre aber vor allem auch eine Kinderbetreuung, die punktuell und situationsbezogen zu erhalten ist. Das heißt, eine individuelle und flexible (z.T. nur stundenweise) Kinderbetreuung, um z.B. gerade auch Alleinerziehenden zu ermöglichen, bestimmte Termine/Angebote, wie z.B. Arzttermine, Therapien oder den Besuch von bestimmten Kursen (sofern diese keine Kinderbetreuung anbieten), wahrzunehmen.

Stichwörter, die zu diesem Thema immer wieder in den offenen Antworten auftauchen, sind:

- Platzvergabe in den Tageseinrichtungen für Kinder
- Kindergartenbeiträge
und eingeschränkt
- Ernährung sowie
- Kindergartenbus/Erreichbarkeit der Kinderbetreuungsangebote, Transport der Kinder von und zu Betreuungsorten

Aus unserer Sicht sollten bei der Diskussion um die Verbesserung der Situation bezüglich der Betreuung der Kinder unter sechs Jahre diese Stichwörter mitbeachtet und diskutiert werden.

Im Zusammenhang mit der Verbesserung der Kinderbetreuung ist auch die Einrichtung von (weiteren) Betriebskindergartenplätzen zu prüfen und/oder der Kooperationsausbau zwischen Betrieben und Tageseinrichtungen für Kinder.

Um zu einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu kommen, darf außerdem der Bereich der Erreichbarkeit der Kinderbetreuungsangebote nicht vergessen werden, womit eine Verschränkung zum Handlungsfeld „Mobilität“ gegeben ist.

Denn häufig ist es auch der zeitlich und organisatorisch abzustimmende Transport der Kinder von und zu Betreuungsorten, der weitere Belastungen mit sich bringt. Insofern ist der bereits vorhandene Kindergartenbus in der Gemeinde Gorleben ein Vorbild für andere Mitgliedsgemeinden des Landkreises. Des Weiteren wäre zu sondieren, wie Autofahrten zu Betreuungseinrichtungen/Tagespflegemüttern/-vätern für mehrere Kinder organisiert und/oder auch finanziell unterstützt werden könnten.

Es soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, dass es Hinweise in den offenen Antworten gab, wonach dem Kreis entsprechende Verbesserungsvorschläge vorliegen, ohne dass diese jedoch genannt wurden.



Handlungsempfehlung Nr. 14: Verbesserung/Ausbau der Betreuungsangebote/Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von 6 bis unter 15 Jahre

Aus unserer Sicht sollten die Möglichkeiten zur Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern von sechs bis unter 15 Jahre diskutiert und kombiniert werden mit der Verbesserung der Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche (siehe Abbildung 13 und Tabelle 15).

Zunächst sollte im Bereich der Betreuungsangebote für Kinder ab 6 Jahren (Hortbetreuung) überprüft werden, inwieweit es Möglichkeiten gibt, die Betreuungsangebote noch auszubauen. Da die Hortplätze zentral nur in Lüchow und Dannenberg (vgl. Hort Popcorn) vorhanden sind, wäre zu klären, inwieweit in anderen Gemeinden Hortbetreuungsplätze benötigt würden und/oder ob der Betreuungsbedarf durch Ganztagschulen bzw. OGS gar nicht mehr besteht.

Bezüglich der Verbesserung der Freizeitmöglichkeiten sei an dieser Stelle auf die Handlungsempfehlung Nr. 7 verwiesen (Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes „Mobile Dienste“ in den Bereichen „Gesundheit“ und „offene Kinder- und Jugendarbeit“).

Mit in diesen Kontext gehört die Analyse der Situation im Bereich der Offenen Ganztagschule und die Kombination dieses Bereichs mit der Betreuung der Kinder von sechs bis unter 15 Jahre (siehe Handlungsempfehlung Nr. 17.10: „Ausbau und entsprechende Ausstattung der Ganztagschule“). Sollte dieser Bereich ausgebaut werden, erübrigen sich möglicherweise Überlegungen zum Ausbau der Hortbetreuung.



3 Handlungsempfehlungen im Handlungsfeld „Wohnen“

In der Beschreibung des Auftrages zur Durchführung einer Sozialraumanalyse des Landkreises Lüchow-Dannenberg findet sich auch der Aspekt „Wohnen“. Somit gab es im Fragebogen auch ein Kapitel zum Thema „Wohnen“.

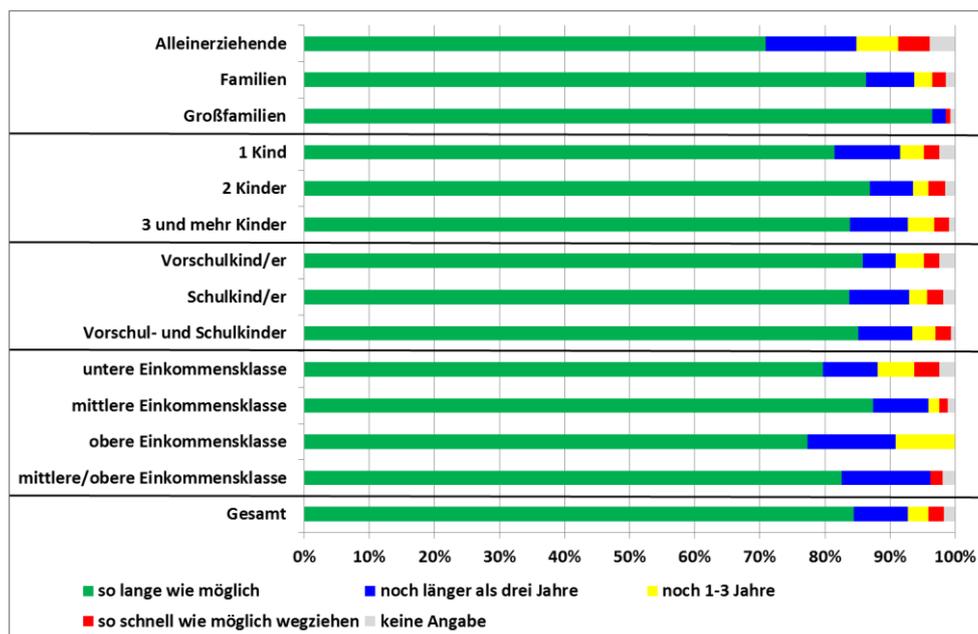
Aufgrund der Auswertungsergebnisse hat sich gezeigt, dass es eine hohe Bindung der Haushalte an die Gemeinde/den Landkreis gibt und somit dezidierte Handlungsempfehlungen zum Thema „Wohnen“ nicht notwendig sind (kein Handlungsbedarf). Diese Aussage wird gestützt durch die Auswertung der offenen Antworten zur Frage nach den großen Problemen, wonach das Thema „Wohnen“ kein großes Problem darstellt.

Im Folgenden werden die zentralen Auswertungsergebnisse der geschlossenen Fragen kurz dargestellt, aus denen wir schlussfolgern, dass keine dezidierten Handlungsempfehlungen zum Thema „Wohnen“ notwendig sind.

Um herauszufinden, wie stark die Bindung der befragten Haushalte an die Gemeinde ist, in der sie zum Zeitpunkt der Befragung wohnten, wurden sie gefragt, wie lange sie noch in ihrer derzeitigen Gemeinde wohnen bleiben möchten.

Die Abbildung zeigt, dass die Bindung an die derzeitige Gemeinde sehr stark ist, denn über 80% der Befragten möchten so lange wie möglich in ihrer Gemeinde bleiben.

Abbildung 14: Verbleib in der Gemeinde nach Subgruppen



Die Alleinerziehenden haben eine geringere Bindung an die Gemeinde, denn dieses ist die Subgruppe mit den höchsten Anteilswerten hinsichtlich der Antwortkategorien „noch länger als drei Jahre“, „noch 1-3 Jahre“ und „so schnell wie möglich wegziehen“.



Tabelle 21: Verbleib in der Gemeinde nach Subgruppen

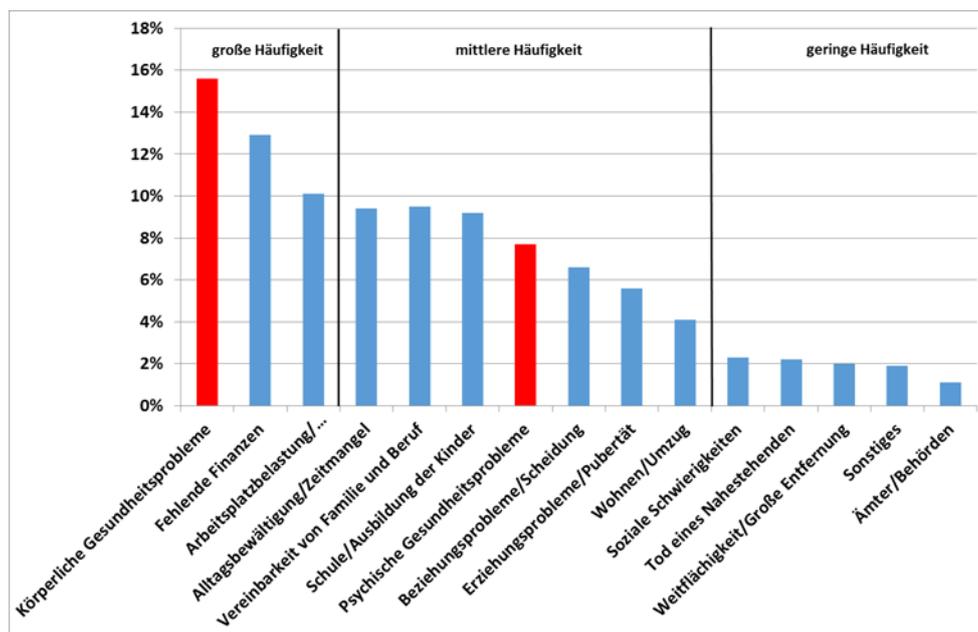
	so lange wie möglich		noch länger als drei Jahre		noch 1-3 Jahre		so schnell wie möglich wegziehen		keine Angabe		
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	
Gesamt	1.271	84,3%	1072	8,3%	106	3,1%	40	2,4%	31	1,7%	22
Alleinerziehende Familien	231	71,0%	164	13,9%	32	6,5%	15	4,8%	11	3,9%	9
Großfamilien	887	86,2%	765	7,4%	66	2,8%	25	2,1%	19	1,4%	12
1 Kind	144	96,5%	139	2,1%	3	0,0%	0	0,7%	1	0,7%	1
2 Kinder	505	81,6%	412	10,1%	51	3,6%	18	2,4%	12	2,4%	12
3 und mehr Kinder	549	87,1%	478	6,6%	36	2,4%	13	2,6%	14	1,5%	8
Vorschulkind/er	217	83,9%	182	8,8%	19	4,1%	9	2,3%	5	0,9%	2
Schulkind/er	254	85,8%	218	5,1%	13	4,3%	11	2,4%	6	2,4%	6
Vorschul- und Schulkinder	834	83,8%	699	9,1%	76	2,8%	23	2,5%	21	1,8%	15
untere Einkommensklasse	168	85,1%	143	8,3%	14	3,6%	6	2,4%	4	0,6%	1
mittlere Einkommensklasse	465	79,8%	371	8,4%	39	5,6%	26	3,9%	18	2,4%	11
obere Einkommensklasse	471	87,5%	412	8,5%	40	1,7%	8	1,3%	6	1,1%	5
mittlere/obere Einkommensklasse	22	77,3%	17	13,6%	3	9,1%	2	0,0%	0	0,0%	0
mittlere/obere Einkommensklasse	103	82,5%	85	13,6%	14	0,0%	0	1,9%	2	1,9%	2

Alle Auswertungsergebnisse belegen eine hohe Bindung an die Gemeinden, in denen die Haushalte zum Zeitpunkt der Befragung wohnten. Dies ist aus unserer Sicht positiv zu bewerten, da keine großen Abwanderungsabsichten zu erkennen sind. Somit ergeben sich aus diesen Daten auch kein Handlungsbedarf und damit auch keine entsprechenden Handlungsempfehlungen.

Dies bedeutet aber auch, nicht nachzulassen in den Bemühungen, um die Situation für Familien im Landkreis und in den Gemeinden zu verbessern und dadurch möglicherweise den Zeitpunkt nicht zu bemerken, wenn die Situation und die Bindung kippen sollte.

Wie beschrieben haben wir in einer offenen Frage die Haushalte gefragt, was in den letzten sechs Monaten vor der Befragung die größten Probleme für sie waren. Dabei bestand die Möglichkeit, bis zu fünf Probleme zu nennen.

Abbildung 15: Kategorien und Anteil der Problemnennungen (Tabelle siehe S. 16/17)





Relevant in diesem Kontext ist, dass die Problemkategorie „Wohnen/Umzug“ nur einen Anteilswert von 4,1% aufweist. Auch dieses Ergebnis unterstreicht, dass im Handlungsfeld „Wohnen“ derzeit kein Handlungsbedarf besteht.

Im Zusammenhang mit dem Thema „Wohnen“ haben wir uns das Kreisentwicklungs- und Wachstumskonzept für den Landkreis Lüchow-Dannenberg aus dem Jahr 2009 angeschaut. Aus der Analyse dieses Konzeptes lässt sich die folgende Handlungsempfehlung ableiten.

15 Überprüfung der Handlungsschwerpunkte aus dem Kreisentwicklungs- und Wachstumskonzept für den Landkreis Lüchow-Dannenberg (2009) auf Relevanz und Aktualität

Bei der Überprüfung des Konzeptes sollten unserer Meinung nach folgende Aspekte im Vordergrund stehen (sofern diese nicht schon umgesetzt sind):

- „Standortplanung und Konzeptentwicklung für altersgerechte Wohnformen, insbesondere für junge Familien und ältere Menschen sind zu verbessern“ - Entwicklungsprozesse und strategische Zielsetzung (S. 38)
- „Interkommunale Abstimmung der Bauleitplanung, Förderung der innerörtlichen Entwicklung, bedarfsgerechte Wohngebietsausweisung und gemeinsame Baulandvermarktung“ - Handlungsschwerpunkte (S. 48)
- „Ermöglichung von alternativen Wohn- und Lebensformen und Schaffung von innovativen Wohnideen“

Möglicherweise ist auch zu überprüfen, ob die Zulagen und Anreize des Landkreises für bauwillige Familien noch zutreffen bzw. zum Bau motivieren.

Was den Schwerpunkt „Wohnen im Alter“ bzw. „Wohnen Alt und Jung“ anbetrifft, kann der Landkreis möglicherweise von den Erfahrungen durch die im Landkreis bereits vorhandenen Großfamilien, Wohn-, Hausgemeinschaften etc. profitieren, indem diese nach ihren Erfahrungen gefragt werden (was ist wichtig, worauf ist zu achten, welche Fehler können vermieden werden etc.?).

Aus den Auswertungen der offenen Antworten zur Familienfreundlichkeit und zu den Vor- und Nachteilen der Gemeinden leitet sich eine weitere (kleine) Handlungsempfehlung ab. Denn die Auswertung ergab u.a., dass immer wieder der Zustand der vorhandenen Spielplätze und das Fehlen attraktiver Spielflächen bemängelt wurden.

16 Analyse der Spielplatzsituation in den Gemeinden und abhängig vom Ergebnis Entwicklung und Umsetzung entsprechender Konzepte/Maßnahmen

Die Ergebnisse der Analyse könnten mit in die Gemeinde-Entwicklungskonferenzen einfließen (siehe Handlungsempfehlung Nr. 11).



4 Handlungsempfehlungen im Handlungsfeld „Bildung“

Einleitung

Wie beschrieben besteht für uns eine Neuausrichtung der Familienpolitik im Landkreis Lüchow-Dannenberg auch darin, sie aus Sicht des Kindes zu denken, und somit ist Familienpolitik gleichzeitig u.a. auch Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik.

Bildung ist ein Schlüsselthema der kommunalen/regionalen Entwicklung. Häufig fehlt jedoch eine Gesamtstrategie. Sei es Sprachförderung, Elternberatung oder klassische Nachhilfe - die (einzelnen) Bildungsangebote stehen für sich. Die Folge u.a.: Kinder, die eine breite Unterstützung benötigen, fallen durch das Raster.

Gleichzeitig ist es aus unserer Sicht notwendig und sinnvoll, die im Bereich „Bildung“ bestehenden Einzelsysteme zu überwinden und aufzuheben, um so u.a. eine verbesserte Wirkung zu erzielen. Unter Systemen verstehen wir in diesem Kontext die

- vorschulische Bildung,
- schulische Bildung,
- berufliche Ausbildung und
- non-formale Bildung.

Non-formale Bildung

Es ist davon auszugehen, dass Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen von den lebensweltlichen Voraussetzungen und den institutionellen Bedingungen geprägt werden sowie abhängig sind von den sozialen Verhältnissen, in denen sie aufwachsen, und dem öffentlichen Angebot an Bildung und deren Qualität.

Vor diesem Hintergrund ist vor allem danach zu fragen, wie das Zusammenspiel von öffentlichen Bildungsorten so gestaltet werden kann, dass alle Kinder und Jugendliche – unabhängig von ihrer Herkunft, ihren sozialen Verhältnissen und den regional unterschiedlichen Bedingungen des öffentlichen Angebots – bestmöglich gefördert werden, und wie dabei non-formale und informelle Bildungsgelegenheiten berücksichtigt und einbezogen werden können. Ein besonderes Augenmerk gilt deshalb den öffentlichen, institutionellen Bedingungen und Voraussetzungen von Bildung. Und dabei wiederum kommt der Schule und der Kinder- und Jugendhilfe eine besondere Bedeutung zu (vgl. Wolfgang Mack, 2007: Lernen in Lebenslauf - formale, non-formale und informelle Bildung. Studie im Auftrag der Enquetekommission „Chancen für Kinder“ des Landestages von Nordrhein-Westfalen).

Es gilt daher, die so genannten non-formalen und informellen Lernwelten und Bildungsgelegenheiten zu berücksichtigen und auf ihr Zusammenwirken mit den formalen Bildungsinstitutionen hin zu überprüfen.⁸ So stellt informelles Lernen in der Familie oder unter Gleichaltrigen und den Medien sowohl die Voraussetzung als auch die Fortsetzung formaler und non-formaler Lernprozesse dar. Und somit ist auch zu berücksichtigen, ob und inwieweit der Zugang zu non-formalen Bildungsgelegenheiten für verschiedene Gruppen gegeben ist, inwieweit informelle Lernwelten und formale Bildungsorte und deren Anforderungen harmonisieren.

Fazit

Die oben aufgeführten Systeme gilt es somit zu überwinden und zu verbinden, indem die Bildungsregion Lüchow-Dannenberg etabliert wird. Der Fachdienst Jugend - Familie - Bildung der Kreisverwal-

⁸ Dabei ist unter non-formaler Bildung „jede Form organisierter Bildung und Erziehung (...), die generell freiwilliger Natur ist und Angebotscharakter hat, zu verstehen, wobei der Grad der Formalisierung des Lernens weitaus geringer ist. Informelle Bildung findet „als ungeplanter und nicht-intendierter Bildungsprozess statt, wie er sich im Alltag von Familie, Nachbarschaft, Arbeit und/oder Freizeit ergibt“ (vgl. Bundesjugendkuratorium 2001, S. 25).



tung könnte Vorbild sein, da in der Regel in den Verwaltungen zwei Fachbereiche, ein Fachbereich für Jugend und ein Fachbereich für Bildung, existieren. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg hat somit die Grenzen bereits aufgehoben.

Unsere zentrale Handlungsempfehlung lautet somit in diesem Bereich:

17 | Entwicklung und Etablierung einer regionalen Bildungslandschaft „Lüchow-Dannenberg“

Das vorschulische und schulische Bildungsangebot im Landkreis Lüchow-Dannenberg besteht aus 35 Tageseinrichtungen für Kinder, 18 Grundschulen, neun weiterführenden Schulen (drei Oberschulen, zwei Gymnasien, einer Haupt-Real-/Oberschule, einer Freien Waldorfschule, einer Gesamtschule und einer BBS) und vier Förderschulen (Stand: 2015).

Dieses vorschulische und schulische Bildungsangebot zusammen mit dem beruflichen Ausbildungsangebot und den außerschulischen und non-formalen Angeboten (u.a. Musikschule, Kreisvolkshochschule, Jugendtreffs) bildet den Kern der regionalen Bildungslandschaft.

Lokale/regionale Bildungslandschaften „sind langfristige, professionell gestaltete, auf gemeinsames, planvolles Handeln abzielende, kommunalpolitisch gewollte Netzwerke zum Thema Bildung, die – ausgehend von der Perspektive des lernenden Subjekts – formale Bildungsorte und informelle Lernwelten umfassen und sich auf einen definierten lokalen Raum beziehen“ (Definition der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, Blechmann/Durdel 2009: Lokale Bildungslandschaften, Perspektiven für Ganztagschulen und Kommunen).

Laut dem Rahmenkonzept für Bildungsregionen in Niedersachsen sollen die beteiligten Kreise/Kommunen bei der Weiterentwicklung ihrer Bildungsangebote vor Ort die spezifischen Potenziale der Region fördern und eigene Schwerpunkte setzen. Somit geht es bei der Etablierung der regionalen Bildungsregion Lüchow-Dannenberg auch darum, die Vorteile des Landkreises mit der Bildung/Ausbildung der Kinder und Jugendlichen zu verknüpfen, sodass daraus ein Mehrwert entsteht, der z.B. dazu führt, dass Eltern zukünftig verstärkt in den Landkreis ziehen bzw. diesen nicht verlassen (Alleinstellungsmerkmal).

Zu den Vorteilen des Landkreises gehören - so die Auswertung der offenen Antworten zu den Vor- und Nachteilen des Landkreises - zum einen die Natur, die Landschaft, das Erleben der vier Jahreszeiten, draußen spielen zu können wie auch ein behütetes Aufwachsen der Kinder (Sicherheit/keine Großstadtkriminalität).

Natur als Ort informeller Bildung entdecken

Mit seinen zahlreichen Naturschutzgebieten sowie der artenreichen Flora und Fauna verfügt der Landkreis Lüchow-Dannenberg nicht nur über touristische Attraktionen, sondern auch über ein stärker zu nutzendes Bildungspotenzial.

Gerade vor dem Hintergrund der pädagogischen und gesundheitsbezogenen Diskussionen um die Folgen einer verhäuslichten/verinselten Kindheit in den Städten werden Erfahrungen von und in Natur auch im Bildungsdiskurs relevant. Bereits 1975 schrieb Hartmut von Hentig in Bezug auf die „Stadtkindheit“: „Ihr fehlen elementare Erfahrungen: ein offenes Feuer machen, ein Loch in die Erde graben, auf einem Ast schaukeln, Wasser stauen, ein großes Tier beobachten, hüten, beherrschen ... Das Entstehen und Vergehen der Natur, die Gewinnung und Verarbeitung von Material zu brauchbaren, notwendigen Dingen“ (Hentig 1975, S. 34/35).

Zeit in der Natur zu verbringen, eröffnet Räume für informelle Bildungsprozesse, ermöglicht z.B., sich Räume anzueignen/zu gestalten, Teilhabe und Verantwortung, indem z.B. gemeinsame Naturschutz-



und Umweltschutzprojekte durchgeführt werden. Anstatt abstrakter, formeller Auseinandersetzungen mit der Natur/Umwelt im Rahmen schulischer Curricula sind direkte Sinneserfahrungen möglich.

Kindern und Jugendlichen die Gelegenheit zu geben, mit der Natur in Berührung zu kommen, sollte nicht nur im Rahmen der frühkindlichen Bildung ein Anliegen sein, nicht nur in Form von Waldkindergärten stattfinden, sondern im Landkreis zu einem weiteren besonderen Merkmal der regionalen Bildungslandschaft gemacht werden.

Insbesondere in Zeiten, wo das Internet erlebnisreicher erscheint als der Alltag, könnte der Landkreis mit seiner Natur und seiner Landschaft eine Möglichkeit bieten, den Alltag für die Kinder und Jugendlichen attraktiv zu gestalten.

Wir schlagen daher vor, zunächst im Rahmen z.B. eines Fachtags „Bildungsort Natur im Wendland“ mit allen relevanten Bildungsakteuren die eventuell bereits vorhandenen Ansätze und auszubauen- den Potenziale in diesem Bereich zu identifizieren.

Neben der Natur ist es die Vielfalt der Kunst- und Kulturangebote, die den Landkreis auszeichnet. Auch dieses regionale Potenzial gilt es nutzen.

Das Potenzial der kulturellen Angebote und Akteure im Landkreis nutzen

Insofern empfehlen wir beispielsweise, eine verstärkte Zusammenarbeit der vorhandenen Kindertageseinrichtungen und Schulen mit den vor Ort befindlichen Museen, Kunst- und Kulturvereinen sowie der Musikschule.

Anregung/Anreiz könnten dabei z.B. das Projekt „Kulturstrolche“ in NRW sein, bei dem Begegnungen zwischen Kindern und Kultur aktiv gefördert werden, indem Grundschüler_innen die Möglichkeit bekommen, Kulturinstitutionen/Künstler_innen aufzusuchen, hinter die Kulissen zu blicken und dabei Kultur auszuprobieren und selbst zu entdecken. Nach dem Vorbild des Landesprogramms NRW „Kulturrucksack“ wären auch weitere Projekte, bei denen es vor allem auch Ziel ist, spannende altersgemäße kulturelle Angebote zu entwickeln, die für die Kinder und Jugendlichen nicht nur erreichbar, sondern auch bezahlbar sind.

Zum kulturellen Potenzial des Landkreises gehört auch die Kulturelle Landpartie im Wendland, die es somit in die regionale Bildungslandschaft zu integrieren gilt.

Niedersächsisches Rahmenkonzept Bildungsregionen

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg wird ab dem Schuljahr 2016 entsprechend dem niedersächsischen Rahmenkonzept Bildungsregionen gefördert. Somit wird es dann eine Bildungskordinatorin im Landkreis geben. Dies ist eine wichtige Ressource für die Entwicklung der regionalen Bildungslandschaft Lüchow-Dannenberg (und Umsetzung der Handlungsempfehlung).

Es gibt sicherlich Überschneidungen bei unseren (aufgrund der Auswertungsergebnisse angestellten) Überlegungen zur Entwicklung einer regionalen Bildungslandschaft Lüchow-Dannenberg mit den Inhalten und Ausführungen im niedersächsischen Rahmenkonzept Bildungsregionen. Somit können unsere Handlungsempfehlungen und Ausführungen auch als Bestätigung der Entscheidung, eine Bildungsregion zu etablieren, verstanden werden.

Entsprechend unseren Ausführungen zur Handlungsempfehlung Nr. 9: „Wirkung als konstituierendes Merkmal des Hilfesystems etablieren“ gehören die Festlegung von Zielen und Projekten/Maßnahmen



zur Zielerreichung sowie die Festlegung von Kennzahlen und Indikatoren, um Aussagen zur Zielerreichung bzw. zum Grad der Zielerreichung machen zu können, mit zu der Handlungsempfehlung.

Die festzulegenden Ziele beziehen sich sodann u.a. auf die individuelle Ebene (z.B. die Anzahl der Schulabbrecher_innen zu reduzieren) und auf die Systemebene (z.B. die einzelnen Systeme zusammenzufassen).

Wir verstehen die folgenden Handlungsempfehlungen - abgeleitet aus den unterschiedlichen Auswertungsergebnissen der Sozialraumanalyse - somit als einen Beitrag, um Ziele für die regionale Bildungslandschaft festlegen und die regionale Bildungslandschaft mit Inhalt füllen zu können.

Ein Leitziel im Sinne des Alleinstellungsmerkmals könnte sein, dass der Landkreis Lüchow-Dannenberg den Eltern durch die regionale Bildungslandschaft eine Ausbildung der Kinder ermöglicht, wie es sie sonst nirgendwo gibt.

Abschließend seien drei Beispiele genannt, denen zufolge es sich lohnt, in Bildung zu investieren.

OECD-Studie

Nach einer entsprechenden OECD-Studie führen Investitionen in gute Bildung sowohl bei Uni-Absolventen als auch bei der öffentlichen Hand zu höheren Einnahmen. Demnach liegt „das Durchschnittseinkommen von Universitätsabsolventen, die anschließend in ihrem Studienfeld eine Stelle finden, um knapp siebzig Prozent über dem Einkommen von Handwerkern oder Fachkräften, die einen berufsbildenden Abschluss haben.“

Laut der Studie investiert der Staat etwa 40.000 € in das Studium eines Universitätsabsolventen. Später erhält der Staat durch höhere Steuereinnahmen, höhere Sozialabgaben und ein geringeres Arbeitslosigkeitsrisiko knapp 190.000 €. „Damit profitieren die Haushalte von jedem erfolgreichen Hochschulabsolventen mit bis zu 150.000 €“ („Süddeutsche Zeitung“ vom 8. September 2010)

Ypsilanti/Michigan

Die Evaluation des Perry-Preschool-Projektes (Start 1962 in Ypsilanti, Michigan) in den USA zeigt ebenfalls, dass sich Investitionen rechnen. Investiert wurde in besonders qualifiziertes Personal, Hausbesuche, Schulungen in Erziehungsfragen. Die Wirkungen zeigten sich auf der individuellen Ebene u.a. in einer geringeren Arbeitslosigkeit, einem höheren Verdienst, selteneren Gefängnisstrafen. Die jüngste Perry-Studie kommt zu dem Ergebnis, „dass die Investitionen eine enorme Rendite erbracht haben, wenn man den privaten und den öffentlichen Gewinn zusammenzählt: Das Kosten-Nutzen-Verhältnis betrage nahezu 1:17“ (Unsere armen Kinder. Wie Deutschland seine Zukunft verspielt. Ulrike Meyer-Timpe, 2008, S. 192).

Aber auch die eigenen Landkreisdaten dieser Studie zeigen, dass Bildungsinvestitionen gerechtfertigt sind.

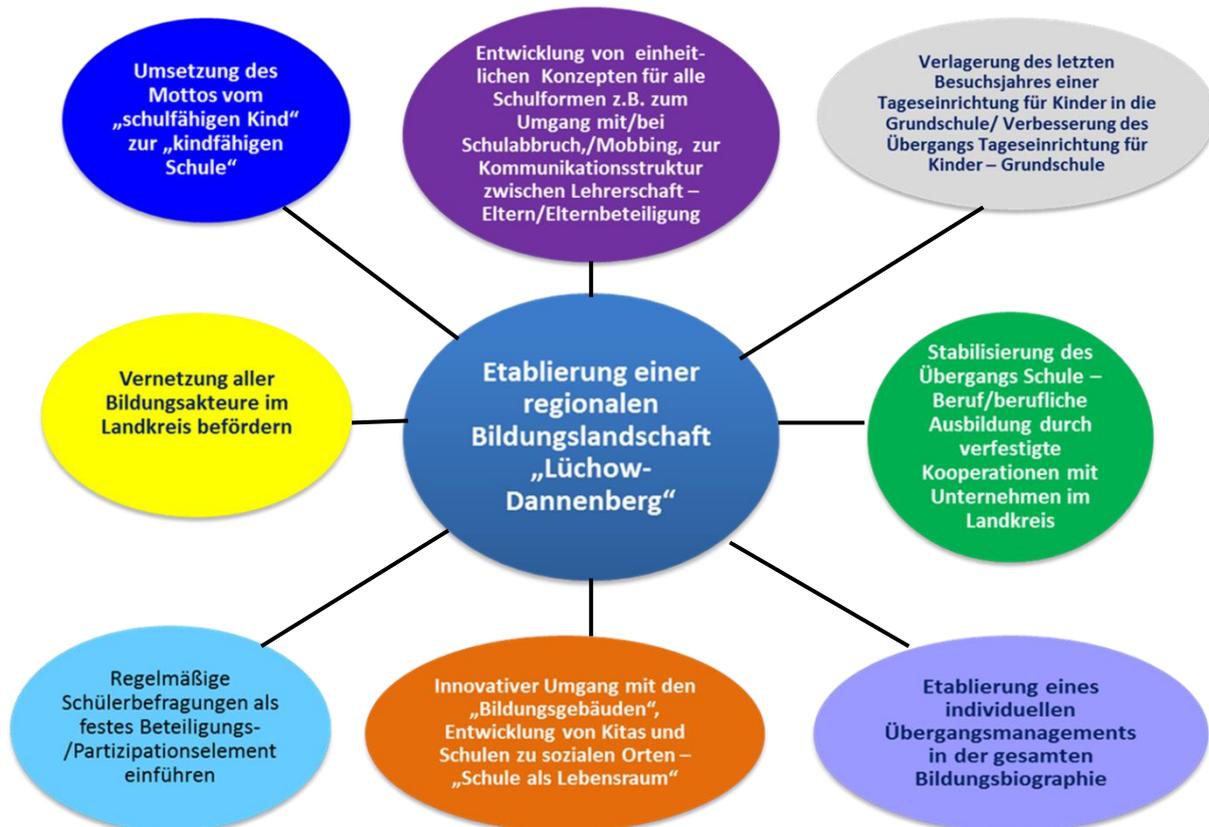
Bei der Auswertung der Haushaltsdaten zum höchsten beruflichen Abschluss zeigt sich, dass der Unterschied zwischen den beiden Subgruppen „untere Einkommensklasse“ und „obere Einkommensklasse“ wie zu erwarten am größten ist. Denn der Anteilswert „Hochschulabschluss“ ist in der Subgruppe „obere Einkommensklasse“ mehr als achtmal höher als in der Subgruppe „untere Einkommensklasse“ (50,0% zu 6,0%).

Und wenn man die Antworten zum „höchsten beruflichen Abschluss“ mit der Einkommensart kreuzt, zeigt sich, dass nur 2,5% der Personen mit Hochschulabschluss Arbeitslosengeld II (Hartz IV) bezie-

hen. Auch diese Auswertung zeigt, dass sich Bildung lohnt und ein hoher beruflicher Abschluss die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden und einkommensarm zu sein, reduziert.

In der folgenden Abbildung sind einige der 17 Handlungsempfehlungen bezüglich der Etablierung der regionalen Bildungsregion Lüchow-Dannenberg dargestellt. Alle 17 Handlungsempfehlungen werden im Folgenden näher beschrieben.

Abbildung 16: Handlungsempfehlungen im Rahmen der Etablierung der regionalen Bildungsregion Lüchow-Dannenberg



17.1 Vernetzung aller Bildungsakteure im Landkreis befördern

Um eine regionale Bildungslandschaft „Lüchow-Dannenberg“ etablieren zu können, ist die Vernetzung aller relevanten Akteure eine zentrale Voraussetzung. Dies schließt zum einen die bestehenden Tageseinrichtungen für Kinder und (Regel-)Schulen, aber auch Kunst- und Musikschulen etc. mit ein. Zum anderen gehören auch die Akteure der non-formalen Bildung wie die offene Kinder- und Jugendarbeit (Jugendzentren) sowie entsprechende Beratungseinrichtungen (Erziehungsberatung etc.) dazu.

Für ein abgestimmtes Bildungsangebot im Landkreis gilt es daher, sich auch über die zu integrierenden non-formalen Bildungsorte und informellen Lernwelten zu verständigen und damit den Kreis der zu vernetzenden Bildungsakteure zu erweitern. Das heißt, neben den klassischen Bildungsakteuren sind Einrichtungen und Angebote der Jugendhilfe, Kultureinrichtungen, Institutionen im Bereich der Gesundheitsförderung, des Sports oder auch der Ausbildungs- und Arbeitsförderung zu beteiligen.



Aus der Auswertung der Akteursbefragung wissen wir, dass es z.B. bezüglich der Kooperationen zwischen Akteuren aus dem vorschulischen und dem schulischen Bereich „noch Luft nach oben“ gibt, da 20% der befragten Akteure sagen, dass es noch keine Kooperation gebe.

17.2 Einbeziehung der Eltern in die Überlegungen zur Etablierung einer regionalen Bildungslandschaft „Lüchow-Dannenberg“

Analog dem Beratungs- und Begleitgremium zur Zukunft des Schulstandorts Dannenberg (Oberschule und Gymnasium) könnte auch hinsichtlich der Etablierung einer regionalen Bildungslandschaft „Lüchow-Dannenberg“ überlegt werden, ein entsprechendes Elterngremium einzusetzen.

17.3 Umsetzung des Mottos: Vom „schulfähigen Kind“ zur „kindfähigen Schule“

Im Bereich der Bildung ist immer wieder die Rede von einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Eltern und der Lehrerschaft, von einer Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zum Wohl des Kindes. Aus unserer Sicht greift dies zu kurz, da bestehende Strukturen und damit Rollen und Machtverhältnisse verkannt werden. Und häufig wird die Perspektive der Kinder in der Debatte um die Zusammenarbeit von Eltern und der Lehrerschaft zum Wohle des Kindes ausgeblendet.

Bei der Etablierung einer regionalen Bildungslandschaft „Lüchow-Dannenberg“ sollte somit nicht das „schulfähige Kind“, sondern die „kindfähige Schule“ im Mittelpunkt stehen. Denn „Schließlich ist auffällig, dass im Diskurs nahezu durchgängig mit dem Wohl des Kindes und seinem späteren Erfolg argumentiert wird und die Debatte durch eine starke Zukunftsorientierung geprägt ist. Die Gegenwart der Kinder in den Institutionen und in den Familien wird ausgeblendet und es bleibt fast ausnahmslos unberücksichtigt, dass es kein absolutes Kriterium für das Wohl des Kindes geben kann. Jedoch spielen die Kinder selbst weder konzeptionell noch empirisch eine Rolle“ („Das Ideal der Bildungs- und Erziehungspartnerschaft“. Tanja Betz, Goethe-Universität Frankfurt am Main, im Auftrag der Bertelsmann Stiftung/Wirksame Bildungsinvestitionen. 2015, Seite 57).

Und „Auch angesichts der suggerierten „Win-win-Situation“ durch mehr Zusammenarbeit und eine Bildungs- und Erziehungspartnerschaft wird ausgeblendet, wie stark in der Debatte und den darin proklamierten Qualitätsgrundsätzen die Institutionsperspektive dominiert. Das heißt, in erster Linie ist die Zusammenarbeit an reibungsfreien Abläufen im Unterricht bzw. im Alltag der Kindertageseinrichtung ausgerichtet“ (Seite 53).

17.4 Verlagerung des letzten Besuchsjahres einer Tageseinrichtung für Kinder in die Grundschule/ Verbesserung des Übergangs Tageseinrichtung für Kinder – Grundschule

Ausgangssituation

Die Befragung hat ergeben, dass den Eltern eine „gute Vorbereitung des Übergangs zur Grundschule“ sehr bzw. eher wichtig ist. Wie der folgenden Abbildung zu entnehmen ist, rangiert dieser Aspekt an vierter Stelle (sehr wichtig und wichtig), wobei er bezüglich der Beurteilung „sehr wichtig“ mit 52,9% auf dem dritten Rangplatz liegt.

Dieser Aspekt wurde auch bei den offenen Antworten mehrmals genannt. Viele Eltern fänden es gut, wenn die Kindertageseinrichtungen und die Schulen Nachbarn wären, da den Kindern somit der Übergang nicht schwerfiele.



Abbildung 17: Wichtigkeit der Aspekte

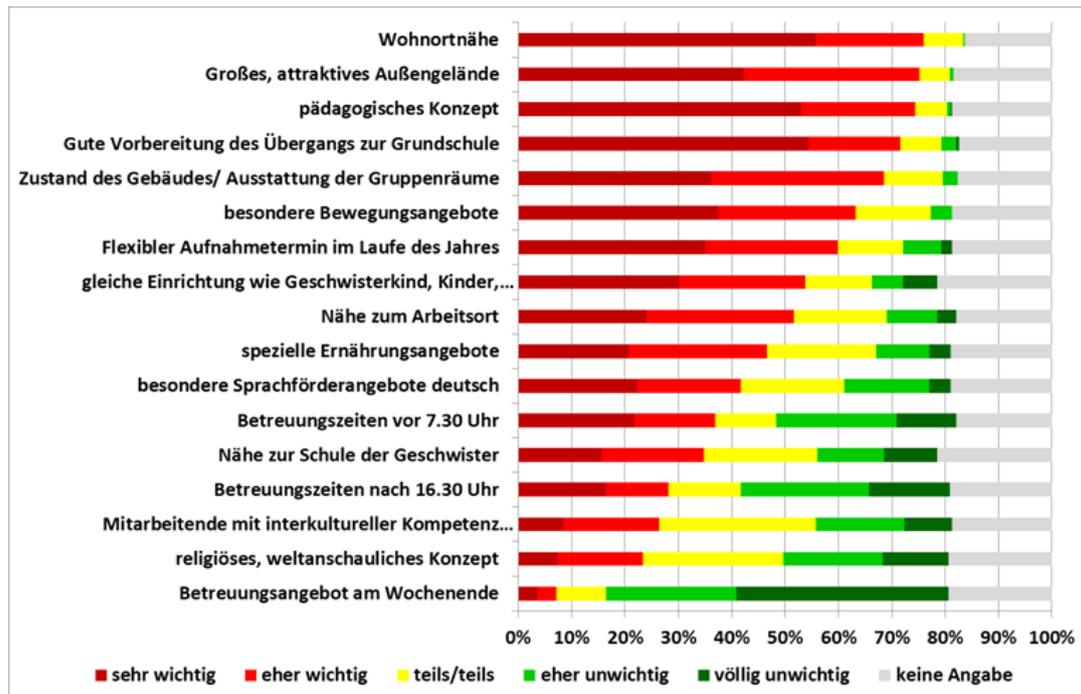


Tabelle 22: Wichtigkeit der Aspekte hinsichtlich der Betreuungseinrichtung für die Kinder

	völlig unwichtig		eher unwichtig		teils/teils		eher wichtig		sehr wichtig		keine Angabe		gesamt Anzahl
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	
Wohnortnähe	0,0%	0	0,3%	1	7,4%	29	20,2%	79	55,8%	218	16,4%	64	391
Großes, attraktives Außengelände	0,0%	0	0,8%	3	5,6%	22	33,0%	129	42,2%	165	18,4%	72	391
pädagogisches Konzept	0,3%	1	0,8%	3	5,9%	23	21,5%	84	52,9%	207	18,7%	73	391
Gute Vorbereitung des Übergangs zur Grundschule	0,5%	2	2,8%	11	7,7%	30	17,1%	67	54,5%	213	17,4%	68	391
Zustand des Gebäudes/ Ausstattung der Gruppenräume	0,0%	0	2,8%	11	11,0%	43	32,5%	127	36,1%	141	17,6%	69	391
besondere Bewegungsangebote	0,0%	0	4,1%	16	14,1%	55	25,6%	100	37,6%	147	18,7%	73	391
Flexibler Aufnahmetermine im Laufe des Jahres	2,0%	8	7,2%	28	12,3%	48	24,8%	97	35,0%	137	18,7%	73	391
gleiche Einrichtung wie Geschwisterkind, Kinder, befreundeter Familien	6,4%	25	5,9%	23	12,5%	49	23,5%	92	30,2%	118	21,5%	84	391
Nähe zum Arbeitsort	3,6%	14	9,5%	37	17,4%	68	27,6%	108	24,0%	94	17,9%	70	391
spezielle Ernährungsangebote	4,1%	16	10,0%	39	20,5%	80	25,8%	101	20,7%	81	18,9%	74	391
besondere Sprachförderangebote deutsch	4,1%	16	15,9%	62	19,4%	76	19,4%	76	22,3%	87	18,9%	74	391
Betreuungszeiten nach 7.30 Uhr	11,3%	44	22,5%	88	11,5%	45	15,1%	59	21,7%	85	17,9%	70	391
Nähe zur Schule der Geschwister	10,0%	39	12,5%	49	21,2%	83	19,2%	75	15,6%	61	21,5%	84	391
Betreuungszeiten nach 16.30 Uhr	15,1%	59	24,0%	94	13,6%	53	11,8%	46	16,4%	64	19,2%	75	391



	völlig unwichtig		eher unwichtig		teils/teils		eher wichtig		sehr wichtig		keine Angabe		gesamt
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anzahl
Mitarbeitende mit interkultureller Kompetenz (Sprachkenntnisse, Verständnis unterschiedlicher kultureller Orientierungen)	9,0%	35	16,6%	65	29,4%	115	17,9%	70	8,4%	33	18,7%	73	391
religiöses, weltanschauliches Konzept	12,3%	48	18,7%	73	26,3%	103	15,9%	62	7,4%	29	19,4%	76	391
Betreuungsangebot am Wochenende	39,6%	155	24,6%	96	9,2%	36	3,6%	14	3,6%	14	19,4%	76	391

Um den Kindern den Übergang von Kindertageseinrichtungen in die Grundschule zu erleichtern, gilt es, den Elementar- und Primarbereich inhaltlich und strukturell besser zu verzahnen. Der verbesserte Übergang zwischen den Systemen kann darüber gefördert werden, dass das letzte Kita-Jahr in die Grundschule verlagert wird.

Wenn Kita-Gruppen räumlich in Grundschulen verlagert werden, werden zum einen in den Kindertagesstätten Plätze für die U3-Betreuung frei. Zum anderen kann so Platz geschaffen werden für Ausweitung der Betreuungsplätze (siehe Handlungsempfehlung Nr. 13: „Ausbau der Betreuungsangebote/Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 6 Jahre und Verbesserung/Flexibilisierung der Betreuungsangebote“).

Zudem kann somit möglicherweise durch diese Maßnahme der Schließung kleinerer Grundschulen begegnet werden.

Die Verlagerung kann einerseits auf der Ebene einer ausschließlich räumlichen Kooperation betrachtet werden. Sie kann aber auch unter pädagogischen Aspekten als bessere Vorbereitung für den Übergang auf die Grundschule unter dem Motto vom „lernenden Spielen zum spielerischen Lernen“ gesehen werden. In diesem Fall würde z.B. die pädagogische Arbeit in einem Tandem aus Erzieher_in und Lehrer_in geleistet.

Neuere Forschungsergebnisse zeigen, dass besonders frühkindliche Bildungsangebote und Kooperationen der Institutionen zur Überwindung sozialer Ungleichheit beitragen und damit der professionellen strukturellen Gestaltung der Übergangssituation eine große Bedeutung zukommt (vgl. Stamm, M./Viehhäuser, M., 2009: Frühkindliche Bildung und soziale Ungleichheit. Analysen und Perspektiven zum chancenausgleichenden Charakter frühkindlicher Bildungsprogramme. In Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, Nr. 29, S. 403-418).

Nach unserem Kenntnisstand gibt es im Landkreis Lüchow-Dannenberg zumindest an einem Grundschulstandort, und zwar in Schnega, bereits eine intensive Zusammenarbeit mit der dortigen Kindertageseinrichtung – (vgl. Brückenjahr, wechselseitige Hospitation, gemeinsame Fortbildungen für Lehrkräfte, Erzieher_innen und auch Eltern etc.), wobei Kindergarten und Grundschule auch gleich eine räumliche Einheit bilden. Hier findet sich somit ein idealer Anknüpfungspunkt wie auch ein Nachahungsmodell für die anderen Mitgliedsgemeinden des Landkreises.

Umso bedauerlicher ist es, dass der Grundschulstandort Schnega demnächst aufgegeben werden soll.



Im Rahmen der Etablierung einer regionalen Bildungslandschaft empfehlen wir auch, die vorschulische Betreuung weiterzuqualifizieren, indem Tageseinrichtungen für Kinder zum „Early Excellence Center/Judy Center“ weiterentwickelt werden.

17.5 Weiterentwicklung und Qualifizierung der vorschulischen Betreuung – von der Tageseinrichtung für Kinder zum „Early Excellence Center/Judy Center“

Einrichtungen, die nach den beiden oben genannten Programmen arbeiten, sind Einrichtungen, die 0- bis 5/6-jährigen Kindern Unterstützung bei der Entwicklung der physischen, sozialen, sprachlichen und kognitiven Fähigkeiten bieten, damit die Schulreife aller Kinder gewährleistet ist. Die Leitidee der Judy Center ist dabei, dass Kinder, die in der Schule Erfolg haben, im ganzen Leben erfolgreich sind („Children who succeed in school do well in life“). Gleichzeitig werden die Eltern beraten und unterstützt - wobei in einigen Einrichtungen die Anwesenheit der Eltern verpflichtend ist -, damit sie ihre Kinder angemessen auf diesem Weg begleiten können. Diese Einrichtungen sind Anlaufstellen und Lernzentren für alle Haushalte mit Kindern im Stadtteil; sie sind jeden Tag zwischen sieben und zwölf Stunden geöffnet. Beiden Programmen gemeinsam ist, dass sie einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, der neben dem bildungspolitischen Ansatz arbeitsmarkt-, gesundheits- und familienpolitische Maßnahmen integriert.

Folgende Leistungen sollten im „Early Excellence Center“/„Judy Center“ (zusätzlich) angeboten werden:

- Erziehungsberatung
- Elternt raining (z.B. Starke Eltern - starke Kinder, Opstapje)
- Präventivsprechstunden für Eltern mit Kleinkindern zu Themen wie Spielzeug, Schuhwerk, Beförderungsmöglichkeiten, gesundheitlichen Aspekten etc.
- Spielkurse, Spielkreise
- Krabbelgruppen für Mütter und Kleinkinder
- Elterncafé
- Aufsuchende Elternarbeit
- Eltern-/Kind-Wochenenden, Freizeiten
- Kinderarztsprechstunde
- Hebammensprechstunde
- Frühförderung
- Bewegungsangebote für Eltern und Kinder
- Sozialberatung

Angesichts des Zusammenhangs zwischen Bildungsniveau und Gesundheit(svorsorge) fehlt z.B. bildungsfernen Personen häufig das Wissen und der Zugang zu gesundheitsfördernden Angeboten und Programmen. Somit sind verstärkt gesundheitsfördernde Maßnahmen in die Arbeit der Tageseinrichtungen für Kinder einzubeziehen, indem u.a. Kinderärztinnen bzw. Kinderärzte, ausgebildete Gesundheitshelferinnen bzw. -helfer und Hebammen Sprechstunden in den Einrichtungen anbieten könnten, die sich auch an die Eltern der Tageseinrichtungskinder richten. Möglicherweise kann diese Empfehlung auch mit der Handlungsempfehlung hinsichtlich der Etablierung von mobilen Diensten, wie z.B. einem gesundheitlichen mobilen Dienst (siehe Handlungsempfehlung Nr. 7) verbunden werden.

Ergänzt wird dieses Angebot sodann durch entsprechende Bewegungs- und Ernährungsangebote in der Einrichtung. Der Bereich Ernährung schließt die Zubereitung des Essens und die Ernährungsberatung mit ein.



Zudem könnten die Familienzentren als Stützpunkte für Tagesmütter, Tagesväter oder den Zusammenschluss von Tagespflegepersonen (§ 23 SGB VIII) dienen.

Des Weiteren sollten zur Weiterentwicklung der Tageseinrichtungen für Kinder ebenso verbindliche Kooperationen mit Vereinen (Sportvereinen, Freiwilliger Feuerwehr, Chören etc.) gehören. Durch diese Kooperationen erhöhen sich die Angebote und damit auch die Attraktivität dieser Einrichtungen. So lernen Kinder womöglich Bereiche kennen, zu denen sie sonst keinen Zugang hätten. Dies kann zu einer erhöhten gesellschaftlichen Teilhabe führen. Die Vereine können wiederum über diese Kooperationen neue Vereinsmitglieder gewinnen.

17.6 Regelmäßige Schülerbefragungen als festes Beteiligungs-/Partizipationselement einführen

Im Rahmen der Etablierung einer regionalen Bildungslandschaft könnten als festes Beteiligungs-/Partizipationselement regelmäßig Schülerbefragungen in der 8. Klasse in allen Schulen und Schultypen eingeführt werden. Themen der Befragung könnten sein:

- Situation in der Familie
- Zufriedenheit/Wichtigkeit von schulischen Aspekten
- Unterstützungsbedarfe/Unterstützungswünsche
- Freizeit
- Zukunftsperspektiven/berufliche Pläne
- Vor- und Nachteile hinsichtlich des Wohnortes/des Landkreises

Die Schülerbefragungen können regelmäßig alle zwei bis drei Jahre wiederholt werden. Diese Maßnahme könnte zu einem weiteren Alleinstellungsmerkmal im Rahmen einer lokalen Bildungslandschaft entwickelt werden.

17.7 Erhalt der Schulstandorte

Ausgangssituation

Wir haben die Antworten auf die offene Frage „Was gefällt Ihnen an der Schule Ihres Kindes/Ihrer Kinder“ in 22 Kategorien eingeteilt. Bezüglich der Grundschule steht mit 15,4% der Nennungen an erster Stelle, dass den Eltern die „Vertrautheit in kleinen Schulen“ gefällt.

Tabelle 23: Was gefällt Ihnen an der Schule Ihres Kindes/Ihrer Kinder?

Kategorie	Grundschule	
	Anteil	Anzahl
Vertrautheit in kleiner Schule	15,4%	58
Angebote	13,5%	51
Lehrerkompetenzen	10,6%	40
Erreichbarkeit	6,1%	23
Schulform	0,0%	0
Nennungen insgesamt	100%	377

Auch die Auswertung der Antworten auf die offene Frage nach den Vor- und Nachteilen der Gemeinden sowie der sonstigen Anmerkungen ergab, dass die Grundschulschließungen kritisch gesehen werden und für den Erhalt der (kleinen) Grundschulen plädiert wird.



Diese Auswertungen sprechen für den Erhalt von (Grund-)Schulen und damit auch für die Vielfalt des schulischen Angebotes, das es zu sichern gilt.

17.8 Qualifiziertes Personal gewinnen, um Unterrichtsausfall zu minimieren

Ausgangssituation

Die Eltern der Schulkinder wurden in einer offenen Frage gefragt, was ihnen an der Schule ihrer Kinder nicht gefällt. Dabei wird dem Aspekt „Unterrichtsausfall“ ein hoher Stellenwert beigemessen. So sind z.B. die meisten Eltern von Kindern an Gymnasien damit unzufrieden.

Hier sind auch kreative Überlegungen anzustellen, wie junge und gut ausgebildete Lehrer_innen nach Lüchow-Dannenberg geholt werden können. Möglicherweise kann man sich dabei an der Kampagne orientieren, die gestartet wurde, um Ärzte und Ärztinnen zu motivieren, in den Landkreis zu ziehen.

17.9 Übernahme der Kosten der Schülerbeförderung auch ab Klasse 11

Ausgangssituation

Ab Klasse 11 werden die Kosten für die Schülerbeförderung nicht mehr vom Landkreis übernommen. Dies bedeutet für manche Eltern, dass sie aufgrund ihrer Einkommenssituation ihre Kinder nicht auf eine höhere Schule schicken können und ihnen somit das Abitur (und damit der Zugang zu weiterer Bildung) verwehrt wird. Dazu ein Zitat aus den offenen Anmerkungen der befragten Haushalte von Eltern aus Zernien: „Ab Klasse 11 keine Übernahme der Kosten für die Schülerbeförderung, deswegen Kind nicht auf höhere Schule gehen.“ Somit ist allein dieser finanzielle Aspekt ein Grund, die gymnasiale Oberstufe nicht besuchen zu können.

Für uns beinhaltet die Etablierung einer regionalen Bildungslandschaft auch, dass verhindert wird, dass Einkommensarmut, die sich z.B. darin äußert, dass von den Eltern keine Fahrtkosten gezahlt werden können, um das Abitur zu machen, zu (Chancen-)Ungleichheit führt.

Um Chancengleichheit zu garantieren, ist zu überlegen (und zu entscheiden), ob einkommensschwachen Eltern (z.B. Eltern im SGB II-Bezug oder mit Wohngeldberechtigung) für ihre Kinder ab dem 11. Schuljahr die Fahrtkosten in Gänze (oder in Teilen) durch den Kreis erstattet werden.

Sollte ein Kinderfonds (siehe Handlungsempfehlung Nr. 28) eingerichtet werden, wäre diese ein Option, um für berechnigte Eltern die Fahrtkosten zu übernehmen.

17.10 Ausbau und entsprechende Ausstattung der Ganztagschule

Einleitung

Die „Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen“ (StEG) im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zeigt, dass Ganztagsangebote das Sozialverhalten verbessern, die Schulmotivation erhöhen und das Risiko des Sitzenbleibens verringern (01.11.2010).

Bezogen auf den Grundschulbereich berichten die Autoren der Studie, dass die „Ganztagschule ihre arbeits- und familienpolitische Rolle erfüllt - nicht zuletzt, da ein beträchtlicher Teil der Eltern dem Angebot auch eine darüber hinausgehende Unterstützungsfunktion zuschreibt.



So berichtet etwa die Hälfte der Befragten von Entlastungen bei der elterlichen Hausaufgabenunterstützung. Auch in Bezug auf erzieherische Probleme fühlten sich im Durchschnitt der drei Wellen mehr als 20 Prozent der Familien entlastet“ (Ganztagsschule: Entwicklung und Wirkung - Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen, Ergebnisse der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen 2005 - 2010, S. 20).

Ausgangssituation

Wie die Auswertungsergebnisse zeigen, besuchen nur insgesamt ein Drittel der Schulkinder eine Ganztagschule (33,1%) und etwas mehr als die Hälfte der Schulkinder eine Halbtagschule (54,9%). In der folgenden Abbildung ist der Besuch einer Halb-/Ganztagschule nach Schulformen dargestellt.

Abbildung 18: Besuch einer Halb- oder Ganztagschule

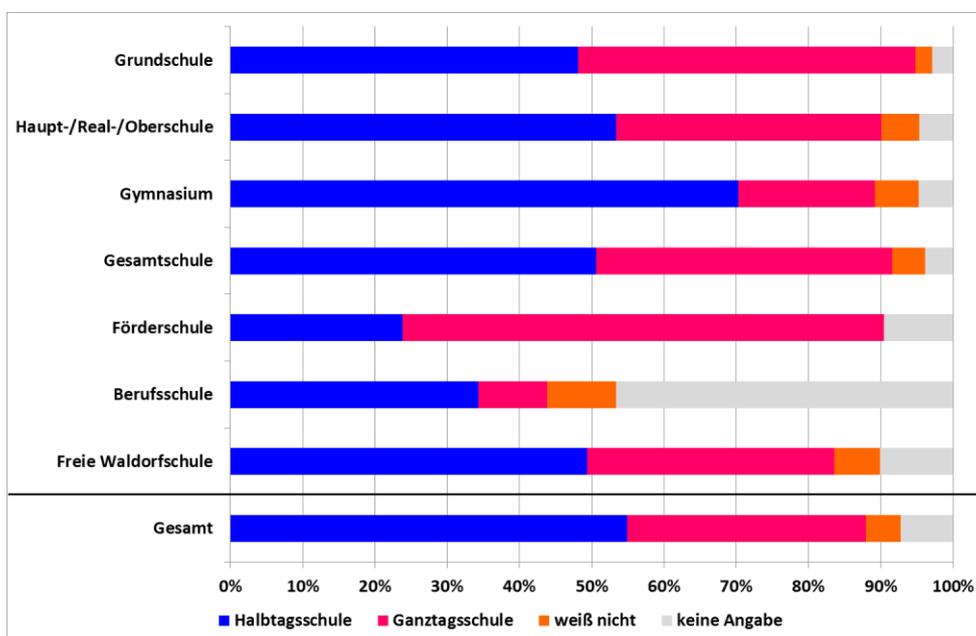


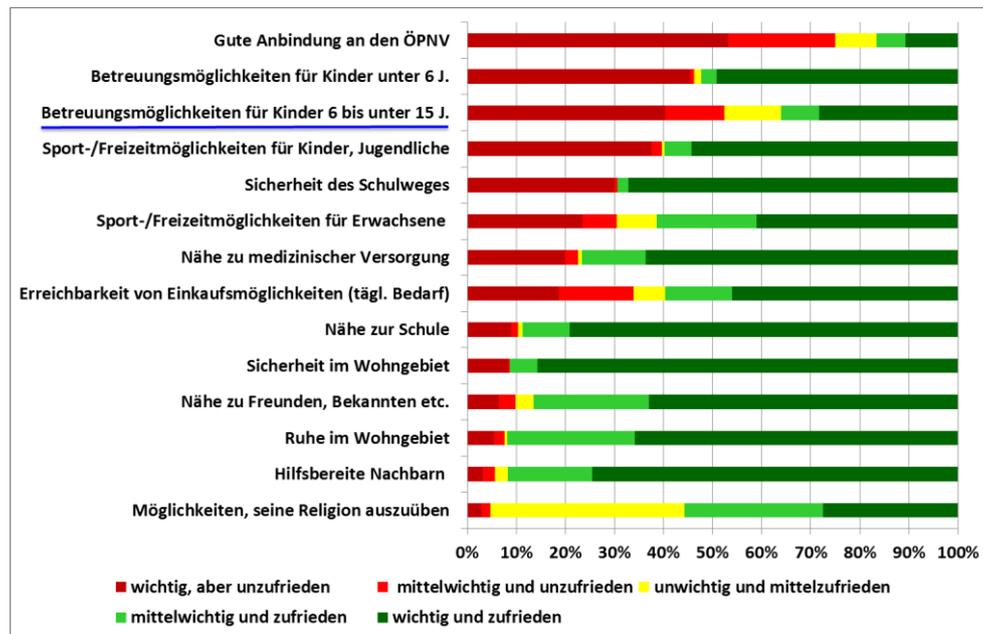
Tabelle 24: Besuch einer Halb- oder Ganztagschule

	Halbtagschule		Ganztagschule		weiß nicht		keine Angabe		insgesamt	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
Gesamt	54,9%	883	33,1%	532	4,8%	78	7,2%	116	100,0%	1.609
Grundschule	48,1%	214	46,7%	208	2,2%	10	2,9%	13	100,0%	445
Haupt-/Real-/Oberschule	53,4%	173	36,7%	119	5,2%	17	4,6%	15	100,0%	324
Gymnasium	70,3%	338	18,9%	91	6,0%	29	4,8%	23	100,0%	481
Gesamtschule	50,6%	78	40,9%	63	4,5%	7	3,9%	6	100,0%	154
Förderschule	23,8%	5	66,7%	14	0,0%	0	9,5%	2	100,0%	21
Berufsschule	34,3%	36	9,5%	10	9,5%	10	46,7%	49	100,0%	105
Freie Waldorfschule	49,4%	39	34,2%	27	6,3%	5	10,1%	8	100,0%	79



Zur Ausgangssituation gehört auch, dass den Eltern eine Betreuungsmöglichkeit für Kinder von 6 bis unter 15 Jahre wichtig ist, diese aber damit gleichzeitig unzufrieden sind (40,3%).

Abbildung 19: Zufriedenheit und Wichtigkeit mit unterschiedlichen Aspekten (Tabelle siehe S. 25)



Der sich daraus ergebende Handlungsbedarf kann mit der Handlungsempfehlung nach der Einführung von weiteren Ganztagschulen und dem Ausbau und einer entsprechenden Ausstattung der bisherigen Ganztagschulen kombiniert werden.

Des Weiteren kann der Ausbau des Ganztagsangebotes mit Sport-/Freizeitmöglichkeiten kombiniert werden, da die Abbildung ebenfalls zeigt, dass fast 40% der befragten Eltern diese Möglichkeiten wichtig finden, aber damit gleichzeitig unzufrieden sind.

Indem der Ausbau der Ganztagschule vorangetrieben wird, können die beiden obigen Bedürfnisse/Wünsche der Eltern befriedigt werden - und die Wahrscheinlichkeit steigt, dass sich durch dieses Angebot das Sozialverhalten der Schüler_innen verbessert, die Schulmotivation sich erhöht und das Risiko des Sitzenbleibens verringert wird).

Mit zum Ausbau des Ganztagsangebotes gehört aus unserer Sicht auch, eine entsprechende Schulsozialarbeit auf- und auszubauen.

17.11	Etablierung eines individuellen Übergangsmanagements von der Grundschule für den Besuch der weiterführenden Schule, sodass kein Kind entsprechend der Grundschulempfehlung „verloren geht“ und kein Kind von einkommensschwachen Eltern aufgrund von finanziellen Problemen eine niedrigere Schulform wählen muss
--------------	--

Ausgangssituation

Die Ergebnisse der Haushaltsbefragung zeigen, dass insgesamt 78,4% der befragten Eltern angaben, dass sie den Grundschulempfehlungen gefolgt sind. Etwa 12% sind von diesen Empfehlungen abgewichen, wobei 7,6% der Eltern eine höhere als die empfohlene und 4,0% der Eltern eine niedrigere als die empfohlene Schulform wählten.

Abbildung 20: Entspricht die gewählte Schulform der Empfehlung nach Schulart

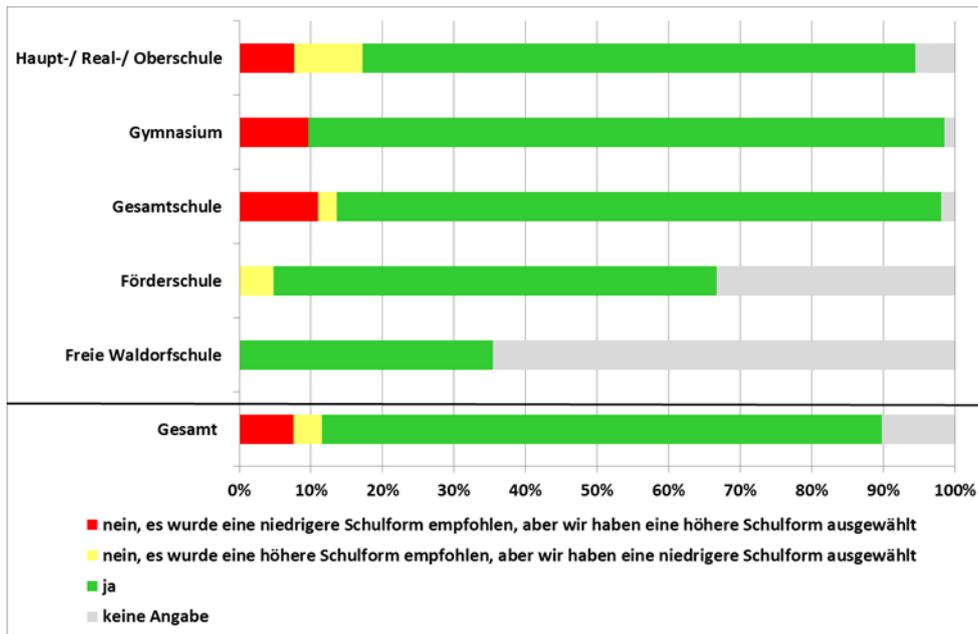


Tabelle 25: Entspricht die gewählte Schulform der Empfehlung nach Schulart

	nein, es wurde eine niedrigere Schulform empfohlen, aber wir haben eine höhere Schulform ausgewählt		nein, es wurde eine höhere Schulform empfohlen, aber wir haben eine niedrigere Schulform ausgewählt		ja		keine Angabe		insgesamt	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
Gesamt	7,6%	88	4,0%	46	78,4%	912	10,2%	119	100,0%	1.164
Haupt-/Real-/Oberschule	7,7%	25	9,6%	31	77,5%	251	5,6%	18	100,0%	324
Gymnasium	9,6%	46	0,0%	0	88,1%	424	1,5%	7	100,0%	481
Gesamtschule	11,0%	17	2,6%	4	84,4%	130	1,9%	3	100,0%	154
Förderschule	0,0%	0	4,8%	1	61,9%	13	33,3%	7	100,0%	21
Freie Waldorfschule	0,0%	0	0,0%	0	35,4%	28	64,6%	51	100,0%	79

Dass Eltern eine höhere Schulform im Gegensatz zur Empfehlung der Grundschule wählen, ist bekannt, weniger bekannt ist, dass Eltern auch von der Empfehlung der Grundschule „nach unten“ abweichen.

Wir empfehlen die Etablierung eines individuellen Übergangsmagements von der Grundschule für den Besuch der weiterführenden Schule, sodass kein Kind entsprechend der Grundschulempfehlung „verloren geht“ (eine niedrigere Schulform wählt, obwohl eine höhere Schulform empfohlen wurde).

Zu diesem individuellen Übergangsmangement gehören Gespräche mit den Eltern, um zu erkunden, ob die Eltern bei einer hohen Schulart-Empfehlung eine niedrigere Schulart wählen werden und was die entsprechenden Gründe für diese Elternentscheidung sind. Mögliche Gründe können sein, dass die Eltern der Meinung sind, dass die Kinder nicht besser sind als sie, dass sie den Kindern bei den Hausaufgaben möglicherweise nicht helfen können, dass sie kein Geld für Nachhilfe, Ausflüge, Klassenfahrten, Hobbys, Geburtstagsgeschenke etc. haben, die Hilflosigkeit der neuen Situation gegenüber, Status der anderen, Scham. Die Inhalte der Gespräche wären unter anderem, die Eltern zu



motivieren und über Aufzeigen von Wegen und Alternativen bei Geldsorgen obige Gründe auszuräumen.

Zudem gehören zu diesem Übergangsmangement Gespräche mit der aufnehmenden Schule im Rahmen der empfohlenen strukturierten Kooperationen zwischen den abgebenden Grundschulen und den aufnehmenden weiterführenden Schulen.

Dazu können Lotsen/Vertrauenspersonen in der Lehrerschaft der aufnehmenden weiterführenden Schule gehören, die den Einkommenshintergrund der Eltern kennen, diese Eltern entsprechend unterstützen und fördern können, z.B. durch die Inanspruchnahme des Kinderfonds (siehe Handlungsempfehlung Nr. 28).

17.12 Entwicklung von einheitlichen Konzepten für alle Schulformen, z.B. zum Umgang mit/bei Schulabbruch/Schulschwierigkeiten/Mobbing, zur Kommunikationsstruktur/-kultur zwischen Lehrerschaft und Eltern, zur Elternbeteiligung

Die Befragung der Haushalte hat u.a. ergeben, dass die meisten Eltern sich im Umgang mit Mobbing Unterstützung wünschen, aber nicht wissen, wo es diese Unterstützung gibt.

Abbildung 21: Hilfe/Unterstützung bei schulischen Problemen

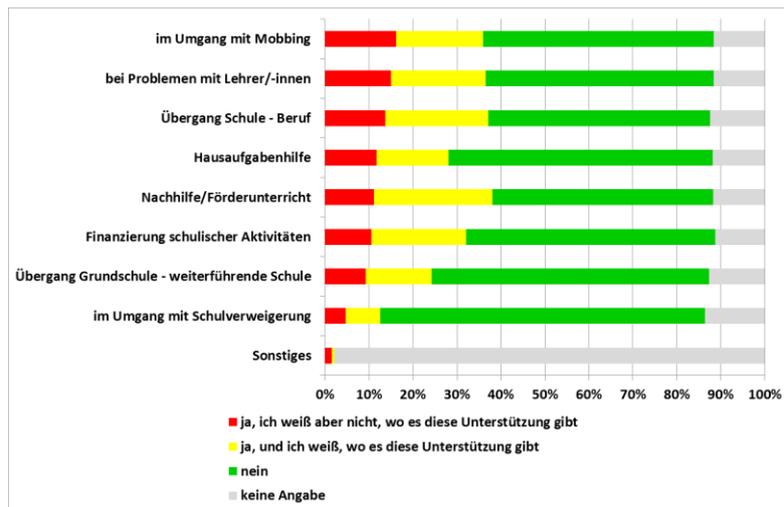


Tabelle 26 Hilfe/Unterstützung bei schulischen Problemen

	ja, ich weiß aber nicht, wo es diese Unterstützung gibt		ja, und ich weiß, wo es diese Unterstützung gibt		nein		keine Angabe		insgesamt	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
im Umgang mit Mobbing	16,2%	162	19,8%	198	52,5%	526	11,6%	116	100,0%	1.002
bei Problemen mit Lehrer/-innen	15,0%	150	21,6%	216	51,9%	520	11,6%	116	100,0%	1.002
Übergang Schule- Beruf	13,8%	138	23,4%	234	50,4%	505	12,5%	125	100,0%	1.002
Hausaufgabenhilfe	11,8%	118	16,4%	164	60,0%	601	11,9%	119	100,0%	1.002
Nachhilfe/Förderunterricht	11,2%	112	26,8%	269	50,2%	503	11,8%	118	100,0%	1.002
Finanzierung schulischer Aktivitäten	10,6%	106	21,6%	216	56,6%	567	11,3%	113	100,0%	1.002
Übergang Grundschule - weiterführende Schule	9,3%	93	15,0%	150	63,1%	632	12,7%	127	100,0%	1.002
im Umgang mit Schulverweigerung	4,7%	47	7,9%	79	73,9%	740	13,6%	136	100,0%	1.002
Sonstiges	1,5%	15	0,6%	6	0,0%	0	97,9%	981	100,0%	1.002



Da Mobbing an allen Schulformen auftaucht, möchten wir das Beispiel „Hilfe/Unterstützung im Umgang mit Mobbing“ nutzen, um anzuregen, dass im Rahmen der Etablierung einer regionalen Bildungslandschaft jeweils einheitliche Konzepte für alle Schulformen (mit den nötigen Differenzierungen) entwickelt werden und nicht jede Schule bei null anfängt. Dies kann sich auf den Umgang mit Mobbing beziehen, aber auch auf den Umgang mit/bei Schulabbruch/Schulschwierigkeiten oder die Kommunikationsstruktur/-kultur zwischen der Lehrerschaft und den Eltern.

Des Weiteren kann dieses Prinzip ausgedehnt werden auf eher nicht pädagogische, sondern organisatorische Aspekte/Themen wie Mittagsverpflegung/Catering, Gebäudereinigung etc.

17.13 Durchführung eines jährlichen Projektes „Lern Sommer“ (analog zu den US-amerikanischen „summer schools“)

Die Projektidee basiert auf den US-amerikanischen „summer schools“ und den Jacobs-Sommercamps in Bremen. Beide Modelle nutzen die unterrichtsfreie Zeit in den Sommerferien, um sowohl die Kompetenzen und Fähigkeiten von Schüler_innen (weiter) zu entwickeln als auch ihre Potenziale zu stärken. Ziel des „Lern Sommers“ ist es somit, die schulischen und sozialen Kompetenzen von Schüler_innen zu stärken und weiterzuentwickeln.

Diese (Weiter-)Entwicklung und Stärkung bezieht sich zum einen auf den Freizeitbereich (Theater spielen, musizieren, Sport treiben etc.) und zum anderen auf klassische Unterrichtsfächer wie Deutsch, Mathematik etc. Durch die Kombination dieser beiden Bereiche sollen die schulischen Kompetenzen und Leistungen gesteigert werden. Fester Bestandteil des Freizeitbereiches ist es, dass z.B. professionelle Schauspieler_innen mit den Kindern arbeiten oder die Kinder Sportarten wie z. B. Golf kennenlernen, was normalerweise für sie nicht möglich ist. Den Abschluss der Aktivitäten bilden in der Regel öffentliche Auftritte und Veranstaltungen am Ende des Programms, in denen z.B. das geprobte Theaterstück aufgeführt wird.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung des Jacobs-Sommercamps durch das Max-Planck-Institut aus Berlin konnte nachgewiesen werden, dass z.B. bei den Kindern mit Migrationshintergrund, die gleichzeitig Theater spielten und im Fach Deutsch unterrichtet wurden, häufiger kurzfristige Effekte in der richtigen Anwendung der Grammatik und längerfristige positive Effekte im Lesen erzielt wurden als bei Kindern, die nur Theater spielten.

Die Forscher kommen zu dem Schluss, dass Projekte wie das Jacobs-Sommercamp dazu beitragen können, benachteiligten Kindern den Anschluss an die Bildungsgesellschaft zu ermöglichen.

17.14 Stabilisierung und Verbesserung des Übergangs Schule-berufliche Ausbildung durch verteilte Kooperationen mit Unternehmen im Landkreis und außerhalb des Landkreises

Einleitung

Ein Problem ländlicher Regionen ist, dass die Anzahl junger Menschen sowohl aufgrund der demografischen Entwicklung als auch durch Abwanderung in Großstädte und Ballungsgebiete abnimmt. Dies trifft vor allem kleinere und mittelständische Unternehmen und dort insbesondere das Handwerk. Aus Sicht einer regionalen Bildungslandschaft Lüchow-Dannenberg, die versucht; Systeme innerhalb des Bildungssystems zu überwinden, ist es daher besonders wichtig, (frühzeitig) für die Berufe dieser Branchen zu werben und junge Menschen für eine Berufsausbildung zu motivieren.

Das Land Niedersachsen hat im Jahr 2011 den berufsbildenden Schulen den Auftrag erteilt, sich zu regionalen Kompetenzzentren für berufliche Bildung weiterzuentwickeln. Anders als in manch ande-



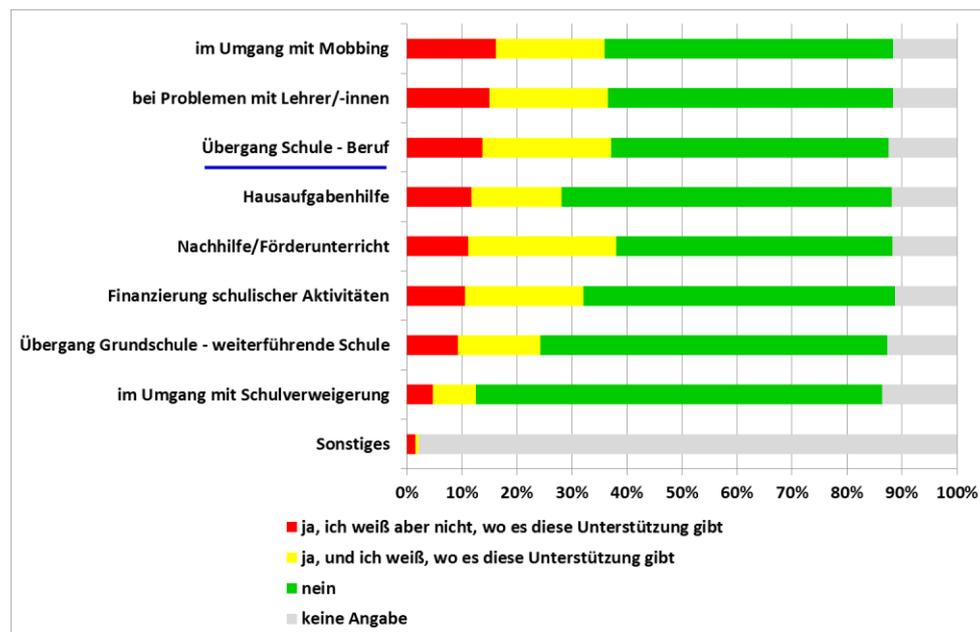
ren Bundesländern, wo aus wirtschaftlichen Gründen Berufsschulangebote zentralisiert werden, sollen in Niedersachsen die Berufsschulstandorte durch eine größere Eigenverantwortlichkeit bei der Gestaltung ihrer Bildungsangebote, der Budgetierung und bei Personalentscheidungen gestärkt werden.

Dahinter steht die Überlegung, dass berufsbildende Schulen vor Ort flexibler auf Veränderungen des regionalen Qualifizierungsbedarfs reagieren, effizienter mit Ausbildungsbetrieben kooperieren und sich leichter mit Partnern innerhalb der Region vernetzen können. Voraussetzung hierfür ist ein innerschulisches Qualitätsmanagement, das die Ergebnisse der Schule anhand von Kennzahlen überprüft und die Bedürfnisse ihrer Anspruchsgruppen systematisch erfasst, um Verbesserungspotenziale zu erkennen und daraus Ziele und Maßnahmen abzuleiten (vgl. Homepage Berufsbildende Schulen Lüchow).

Ausgangssituation

Wie die folgende Abbildung zeigt, wünschen sich mehr als ein Drittel der befragten Eltern (37,1%) Hilfe und Unterstützung beim Übergang ihrer Kinder von der Schule in den Beruf und die berufliche Ausbildung

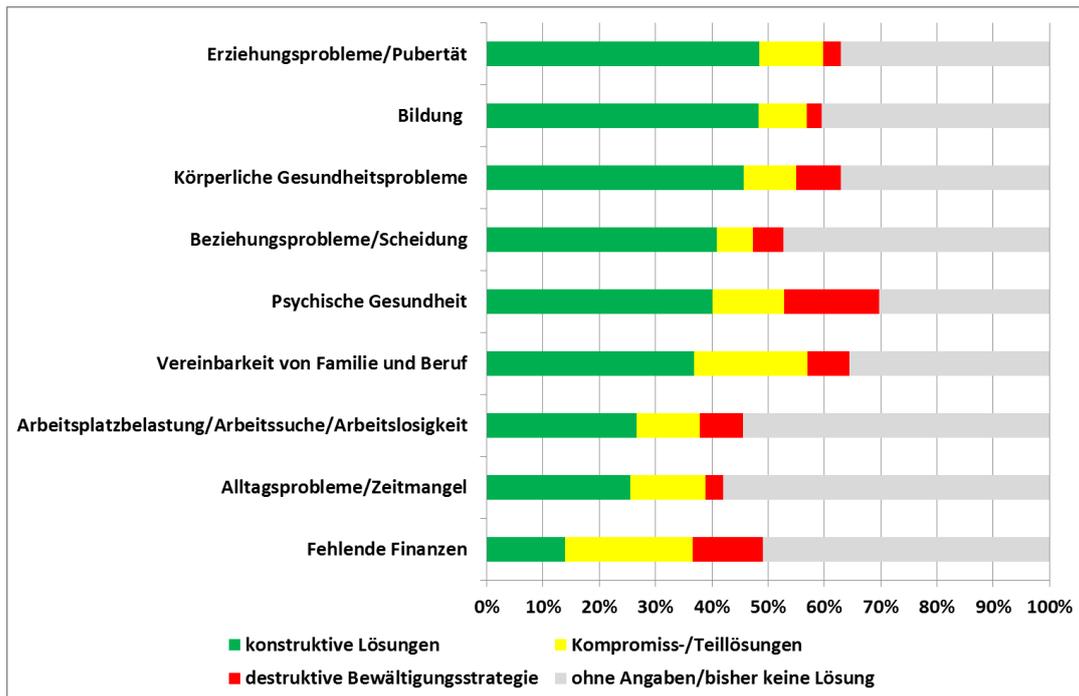
Abbildung 22: Hilfe/Unterstützung beim Übergang Schule-Beruf (Tabelle siehe S. 66)



Bei der offenen Frage nach den größten Problemen in den letzten sechs Monaten vor dem Ausfüllen des Fragebogens betrafen 9,2% der Problemnennungen (sechster Rang von 15 Kategorien) den Bereich „Bildung“, zu dem auch Ängste und Sorgen der Eltern um die berufliche Zukunft ihrer Kinder gehörten. Und wie die folgende Abbildung zeigt, gibt es im Bereich „Bildung“ einen hohen Anteil an „bisher keine Lösung“-Antworten oder keine Angaben (40,5%).



Abbildung 23: Problemkategorien und Problemlösungen



Wir empfehlen die Stabilisierung und Verbesserung des Übergangs Schule-berufliche Ausbildung durch verfestigte Kooperationen mit Unternehmen. Zum anderen empfehlen wir, dass dazu auch eine verbesserte Beratung der Eltern gehört.

Dabei sollte unserer Meinung nach nicht nur mit Betrieben im Landkreis kooperiert werden, sondern auch mit Betrieben außerhalb der Region und in größeren Städten wie Hannover, Braunschweig, Wolfsburg oder entsprechenden örtlichen Organisationen wie den örtlichen Industrie- und Handelskammern oder Handwerkskammern.

Hinsichtlich des Aufbaus einer regionalen Bildungslandschaft könnte dies die Region bezüglich der beruflichen Ausbildung attraktiver machen und womöglich Familien bewegen, in den Landkreis zu ziehen oder hier zu bleiben.

17.15 Lebenslanges Lernen, Erwachsenenbildung (VHS, Fort-/Weiterbildungen)

Wie eingangs schon erwähnt, ist Bildung kein Prozess, der nach der Schul- und Ausbildungszeit abgeschlossen ist. In der sich ständig wandelnden Welt, gerade der Arbeitswelt, ergeben sich immer wieder neue Entwicklungen, neue Erfahrungen und neue Anforderungen, die Fort- und Weiterbildungen nötig und damit lebenslanges Lernen Realität werden lassen.

Daher sind aus unserer Sicht die Angebote und Strukturen der Erwachsenenbildung und der vor Ort befindlichen Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten als ein weiteres und nicht zu vernachlässigendes Element einer regionalen Bildungslandschaft zu berücksichtigen.

Dabei sollten lebenslanges Lernen bzw. lebenslange Bildungsprozesse nicht nur im Kontext der z.T. auch kritisch gesehenen Anforderungen an Arbeitnehmer_innen, ihre „Beschäftigungsfähigkeit“ ständig anzupassen, gedacht werden. Vielmehr sollte es auch darum gehen, die non-formalen und informellen Bildungswelten des Landkreises, welche über Schule und Ausbildung hinausreichen, zu integrieren und so ein „lebensbegleitendes Lernen“ zu ermöglichen.

**17.16 Innovativer Umgang mit den „Bildungsgebäuden“, Entwicklung von Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen zu sozialen Orten – z.B. „Schule als Lebensraum“**

Im Rahmen der Entwicklung einer regionalen Bildungslandschaft kommt den „Bildungsgebäuden“ wie den Tageseinrichtungen für Kinder und den Schulen eine besondere Bedeutung zu. Das heißt, diese Gebäude gilt es zu öffnen, indem z.B. zum einen verstärkt Ganztagsangebote durchgeführt werden (siehe Handlungsempfehlung Nr. 17.10: „Ausbau und entsprechende Ausstattung der Ganztagschule“) oder diese für andere dem Gemeinwohl dienende Funktionen geöffnet werden (Stichwort: mobile Dienste und Standorte).

Geöffnet werden könnten die Gebäude auch für non-formale Bildungsangebote, für Kooperationen mit Angeboten der Erwachsenenbildung, der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Musik- und Kunstschule, aber auch als Begegnungsmöglichkeiten, z.B. Elterncafés. Durch Nutzungen dieser Art könnten sich „Bildungsgebäude“ zu Lebensräumen (weiter-)entwickeln. Und so könnten möglicherweise weitere Schulschließungen verhindert werden.

Wie jedoch die „Bildungsgebäude“ weiterentwickelt werden könnten, ist abhängig von der Situation und dem Bedarf vor Ort. Hierzu gehören auch Betrachtungen zu den Gebäuden und zu notwendigen Sanierungen. Erste Gedanken zur Weiterentwicklung der Tageseinrichtungen für Kinder und der Schulen könnten im Rahmen der Gemeinde-Entwicklungskonferenzen gesammelt und diskutiert werden (siehe auch Handlungsempfehlung Nr. 11).

17.17 Die stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen des Kreises in die regionale Bildungslandschaft integrieren

Es gibt im Landkreis Lüchow-Dannenberg in 20 der 27 kreisangehörigen Gemeinden 343 Plätze in stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen (November 2014).

Aus der Analyse der prozessproduzierten Daten wissen wir, dass sich 35 Kinder/Jugendliche zum Stichtag 06.11.2014 in stationärer Erziehungshilfe (§ 34) befanden (Tabelle 54 im Datenreader). Zudem wurde für acht Kinder/Jugendliche nach § 35a und für vier Personen aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg stationäre Hilfe nach § 41 SGB VIII gewährt. Somit waren insgesamt 47 Personen stationär untergebracht.

Da Kinder und Jugendliche auch außerhalb ihres Wohnortes bzw. des Wohnortes ihrer Eltern in stationärer Erziehungshilfe leben können, bedeutet dies, dass maximal 47 Kinder/Jugendliche/junge Heranwachsende 47 der 312 Plätze (ohne Erziehung in einer Tagesgruppe) in stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen im Landkreis Lüchow-Dannenberg belegen.

Dies würde bedeuten, dass 265 Plätze (85%) somit Jugendämtern außerhalb des Landkreises zur Belegung zur Verfügung standen. Dass diese Zahl so hoch ist, mag unterschiedliche Gründe haben. So z.B., dass bewusst Alternativen zu einer Unterbringung in (groß-)städtischer Umgebung gesucht werden und diese im Landkreis aufgebaut und vorhanden sind. Und/oder entsprechende Immobilien (Bauernhöfe etc.) waren im Landkreis (eher als in den großen Städten) nicht nur vorhanden, sondern auch günstig zu erwerben.

Geht man von durchschnittlich 50.000 € im Jahr pro Platz aus und nimmt man an, dass durchschnittlich jährlich 230 der 265 Plätze belegt sind, so fließen jährlich (mindestens) 11,5 Mio. € für stationäre Erziehungshilfe in den Landkreis Lüchow-Dannenberg. Und es ist davon auszugehen, dass eine respektable Summe davon im Landkreis Lüchow-Dannenberg verbleibt (Entlohnung der Mitarbeitenden inklusive Lohn- und Einkommensteuer, sofern sie ihren Wohnsitz im Landkreis haben, Mieten und



Pachten sowie Ausgaben für Reparaturen, Instandhaltungen, Ausgaben für Lebensmittel etc. zur Versorgung der Kinder/Jugendlichen).

Es wäre somit eine Überlegung wert, dieses große Angebot an stationärer Kinder- und Jugendhilfe in die zukünftige Entwicklung miteinzubeziehen.

Wir haben keine Angaben (bisher) darüber gefunden, wie viele der Kinder/Jugendlichen/jungen Heranwachsenden nach Beendigung der stationären Hilfe im Landkreis verbleiben - und damit womöglich zu finanziellen Lasten des Landkreises - und nicht in ihren Herkunftsort zurückkehren.

Eine entsprechende Befragung der Träger dieser Hilfen könnte durchgeführt werden, um auf die obige Frage nach dem Verbleib der Kinder/Jugendlichen/jungen Heranwachsenden eine Antwort zu finden.

Zugleich wäre es aus unserer Sicht sinnvoll, eine Studie zur Wirksamkeit der Hilfe nach SGB VIII in stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen im Landkreis Lüchow-Dannenberg im Vergleich zu dieser Art der Hilfen in stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen größerer Städte wie z.B. Hannover, Hamburg, durchzuführen. Also der Frage nachzugehen, ob die Wahrscheinlichkeit größer ist, dass die Hilfen in stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen im Landkreis wirksamer sind als in Großstädten.



5 Handlungsempfehlungen im Handlungsfeld „Gesundheit“

18 Entwicklung eines integrierten Gesundheitsförderungskonzeptes für den Landkreis Lüchow-Dannenberg

Einleitung

Gemäß dem Auftrag der Kreisverwaltung Lüchow-Dannenberg soll dem Handlungsfeld „Gesundheit“ besondere Aufmerksamkeit im Rahmen der Förderung der Familienfreundlichkeit bzw. Neuausrichtung der Familienpolitik gewidmet werden.

Dies ist nur folgerichtig, da Gesundheit nicht nur die Abwesenheit von Krankheit bedeutet, sondern ein physisches, psychisches und soziales Wohlbefinden umfassen sollte (vgl. WHO-Definition). Somit stellt Gesundheit sowohl eine Voraussetzung als auch eine Folge gelingender sozialer Teilhabe dar. Sozialepidemiologische Studien weisen zudem immer wieder den engen Zusammenhang zwischen Bildung und Gesundheit sowie zwischen Armut/materieller Deprivation und Gesundheit nach (vgl. für Kinder und Jugendliche insbesondere auch den Kinder- und Jugendgesundheitsurvey).

Insofern gilt es, die Aufmerksamkeit und die Ressourcen im Handlungsfeld „Gesundheit“ zu stärken und gegebenenfalls auszubauen. Denn die Förderung gesundheitsförderlicher Strukturen und Rahmenbedingungen für Familien ist eine wichtige Voraussetzung für familiäres Wohlbefinden und sollte daher auch ein Element eines familienfreundlichen Konzepts im Landkreis Lüchow-Dannenberg darstellen.

In den Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände und der gesetzlichen Krankenversicherung zur Zusammenarbeit im Bereich Primärprävention und Gesundheitsförderung in der Kommune vom Mai 2013 wurde schon betont: „Städte, Gemeinden und Landkreise gestalten die Lebensbedingungen der Bürger maßgeblich mit und besitzen dadurch einen großen Einfluss auf deren Gesundheitschancen. Aufgrund ihres verfassungsmäßigen Selbstverwaltungsrechts (Art. 28 Abs. 2 Satz 1 und 2 GG) kommt ihnen für die kommunale Gesundheitsförderung eine wichtige Funktion zu.“

Vor diesem Hintergrund und der im Folgenden aufgezeigten Ergebnisse zu den gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Unterstützungsbedarfen der befragten Haushalte empfehlen wir daher, das Handlungsfeld „Gesundheit/Gesundheitsförderung“ zu einem strategischen Ziel zu erheben und dafür ein integriertes regionales Gesundheitsförderungskonzept für den Landkreis Lüchow-Dannenberg zu entwickeln.

Dafür ist es notwendig, alle Anbieter von Gesundheitsleistungen/-aktivitäten zu vernetzen und mit der Gemeindepolitik zu verknüpfen. Da sich der Landkreis Lüchow-Dannenberg seit 2014 am Projekt „Gesundheitsregionen Niedersachsen“ beteiligt und eine vom Ministerium anerkannte Gesundheitsregion ist, liegen bereits Strukturen vor, an die sich anknüpfen lässt bzw. die hierfür zu nutzen sind.

Wir empfehlen, im Rahmen des integrierten Gesundheitsförderungskonzepts den in dem Projekt „Gesundheitsregion“ zunächst im Vordergrund stehenden Versorgungsaspekt um Projekte/Ansätze einer nachhaltig verstandenen Verhältnisprävention zu ergänzen. Das heißt, es sollte auch Aufmerksamkeit auf die Gewährleistung/Gestaltung gesunder Lebens- und Wohnumgebungen, z.B. sicherer Verkehrswege sowie gesunder Bildungs- und Arbeitsstätten gelenkt werden, um allen Bürger_innen eine gesundheitsfördernde Lebenswelt auch im sozialen und psychischen Sinne zu eröffnen. Hilfreich wäre dabei die Entwicklung von Zielen für eine „gesunde Gemeinde“ bzw. einen „gesunden Landkreis Lüchow-Dannenberg“ (analog den Zielen für eine regionale Bildungslandschaft).

Was ein gesundes Familienleben in den Gemeinden des Landkreises ausmacht, was dafür zu fördern und was zu beschränken ist, sollte dabei unter Beteiligung der Bürger_innen, von Eltern mit ihren



Kindern diskutiert werden. Zumal Partizipation, die aktive Einbindung in Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse, schon eine gesundheitsfördernde Struktur darstellt.

Hinweise was eine „gesunde Gemeinde“ aus Sicht von Familien ausmachen könnte, liefern schon einige Ergebnisse der Haushaltsbefragung. Dazu gehören z.B. die Natur und die Landschaft im Landkreis, aber auch ein eher unbeschwertes Aufwachsen der Kinder.⁹

Ein ganzheitliches Gesundheitsförderungskonzept sollte schließlich drei Ebenen berücksichtigen:

- die infrastrukturelle Ebene, d.h. das Angebot und den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung
- die Ebene der Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten/Settings
- die Ebene der Stärkung von bzw. Motivation zu individuellem Gesundheitsverhalten und personaler Gesundheitsressourcen im Sinne von Resilienz

„Gesunde Gemeinden unterstützen das Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung und bemühen sich um die Schaffung gesundheitsfördernder Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Gemeinde. Die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger bilden die Grundlage für die Ziele und Maßnahmen. Dabei geht es nicht um Verbote, sondern um die Verbesserung der Lebensqualität in vielen Bereichen des Zusammenlebens. Denn Gesundheit ist dort, wo Menschen spielen, lernen, arbeiten und lieben“ (WHO, Ottawa 1986).

Ansatzpunkte bei der Entwicklung des Gesundheitsförderungskonzepts sollten keinesfalls nur wahrgenommene gesundheitliche Belastungen/Risiken im Sinne eines Problemdrucks, sondern auch gesundheitsförderliche Potenziale der Region sein. So verfügt der Landkreis Lüchow-Dannenberg z.B. schon durch seine naturräumliche Vielfalt und vergleichsweise geringe Siedlungsdichte über einige gesundheitsförderliche Aspekte.

Wie Untersuchungen u.a. des Zentralinstituts für seelische Gesundheit zeigen, wirkt sich das Großstadtleben in Zusammenhang mit dem höheren Lärmerleben, weniger Platz bzw. beengten Wohnverhältnissen und wahrgenommener Anonymität negativ auf die psychische Gesundheit aus bzw. erhöht die Vulnerabilität gegenüber Stress.

Im Rahmen der von uns durchgeführten Haushaltsbefragung wurden von vielen Familien dann auch „Ruhe“, „Naturerleben“, „viel Platz“, „Möglichkeit für Kinder, viel draußen zu spielen, sich frei bewegen zu können“ u. Ä. zu den Vorteilen des Familienlebens in Lüchow-Dannenberg gezählt. Insofern sollten in einem zu entwickelnden Gesundheitsförderungskonzept solche Rahmenbedingungen dann auch als vorhandene gesundheitsförderliche Stärken, als weiche Standortfaktoren herausgestellt werden. Gesundheit zählt inzwischen zu den wichtigsten Wirtschafts- und Standortfaktoren. Je besser Gemeinden, Städte oder Landkreise mit Ärzten, Krankenhäusern und Dienstleistern im Bereich „Gesundheit“ ausgestattet sind, desto attraktiver sind sie für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Für die Entwicklung eines integrierten Gesundheitsförderungskonzepts gilt es somit, einerseits alle vorhandenen gesundheitsförderlichen Strukturen und Potenziale, sei es der natürlichen, gebauten oder sozialen Umwelt, herauszuarbeiten und zu stärken. Dazu gehört auch, sich einen systematischen Überblick über bestehende Angebote bzw. laufende Gesundheitsförderungsprojekte/-angebote in verschiedenen Bereichen (z.B. Aufklärung, Ernährung, Bewegung, Förderung personaler Gesundheitsressourcen) und/oder verschiedenen Settings (Kita, Schule, Betriebe etc.) und bezogen auf Zielgruppen zu verschaffen. Überprüft werden sollte dabei insbesondere auch, inwieweit und in wel-

⁹ Vgl. auch Anregungen aus anderen Gemeinden/Kreisen im Bundesgebiet. Beispielsweise wurde im Landkreis Reutlingen eine Arbeitsgruppe „Gesunde Gemeinde – Zertifizierung“ entwickelt, die im Lauf des Jahres 2013 Kriterien einer gesunden Gemeinde/Stadt und ein Zertifikat erarbeitete. 2014 startete das Projekt in drei Modellgemeinden. Basis des Projektes sind die 1986 von der WHO in Ottawa festgelegten Handlungsstrategien für die Gesundheitsförderung.



cher Art isolierte Einzelprojekte in integrierte, dauerhafte Strukturen überführt werden können oder bereits konnten.¹⁰

Möglicherweise sind die von uns beschriebenen Tätigkeiten bereits in die Bewerbung des Landkreises, um als Gesundheitsregion anerkannt zu werden, eingeflossen.

Andererseits muss in einem regionalen Gesundheitskonzept auch auf die vorhandenen bzw. wahrgenommenen Belastungsfaktoren/Gesundheitsrisiken für Familien im Landkreis sowie die Möglichkeiten ihrer Kompensation bzw. Eindämmung eingegangen werden. Auch hier können Ergebnisse der Haushaltsbefragung Hinweise und Diskussionsgrundlagen liefern (z.B. zur unzureichenden Sicherheit der Schulwege - siehe auch Handlungsempfehlung Nr. 78).

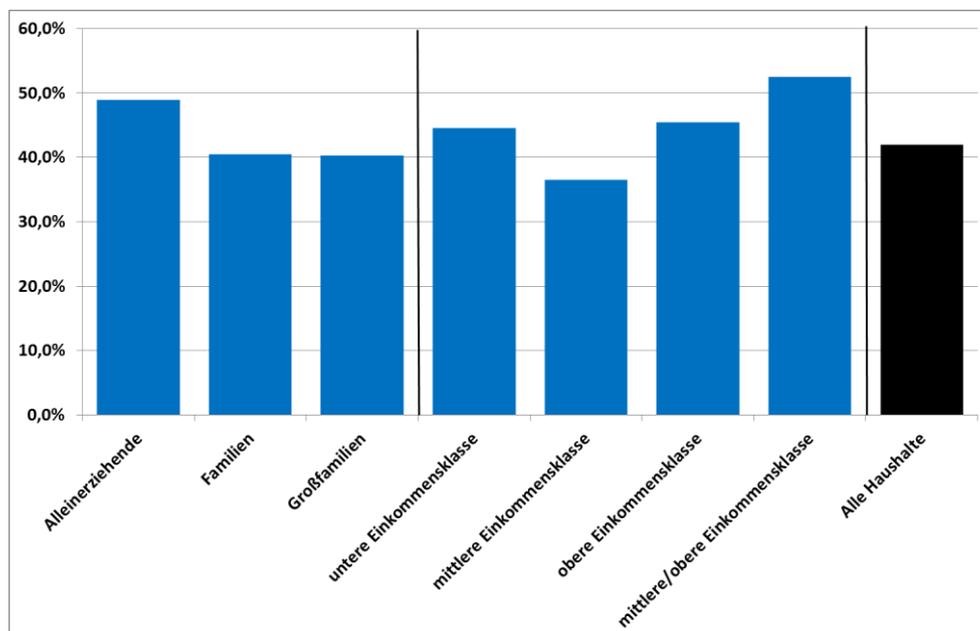
Ausgangssituation

Betrachtet man zunächst nur die Auswertungen zum Gesundheitszustand der befragten Erwachsenen/Eltern, ist zu erkennen, dass der Anteil der Personen mit subjektiv als schlecht beurteiltem Gesundheitszustand zwischen 5% und 11% (vgl. Einschätzung des eigenen Gesundheitszustands sowie Zustimmungsergebnisse zum Statement „Ich fühle mich gesund“) variiert.

In ärztlicher Behandlung sind 30,4% der befragten Personen selbst sowie 21,8% der Ehe-/Lebenspartner_innen.

Zusätzlich zu berücksichtigen ist aber noch, dass in gut 42% der Haushalte mindestens ein Kind mit mindestens einer Erkrankung/einer Beeinträchtigung lebt.

Abbildung 24: Anteil erkrankter Kinder auf Haushaltsebene - gesamt und nach Familienform und Einkommensklasse



¹⁰ So lassen sich beispielsweise über das Ernährungsportal IN FORM Niedersachsen zahlreiche Angebote/Projekte aus den Bereichen Ernährung - Lebensmittel - Bewegung finden, die im Landkreis Lüchow-Dannenberg bereits durchgeführt werden/wurden und die Basis einer solchen „Bestandsanalyse“ bilden können (vgl. http://www.inform.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=6529&article_id=91198&psmand=12).

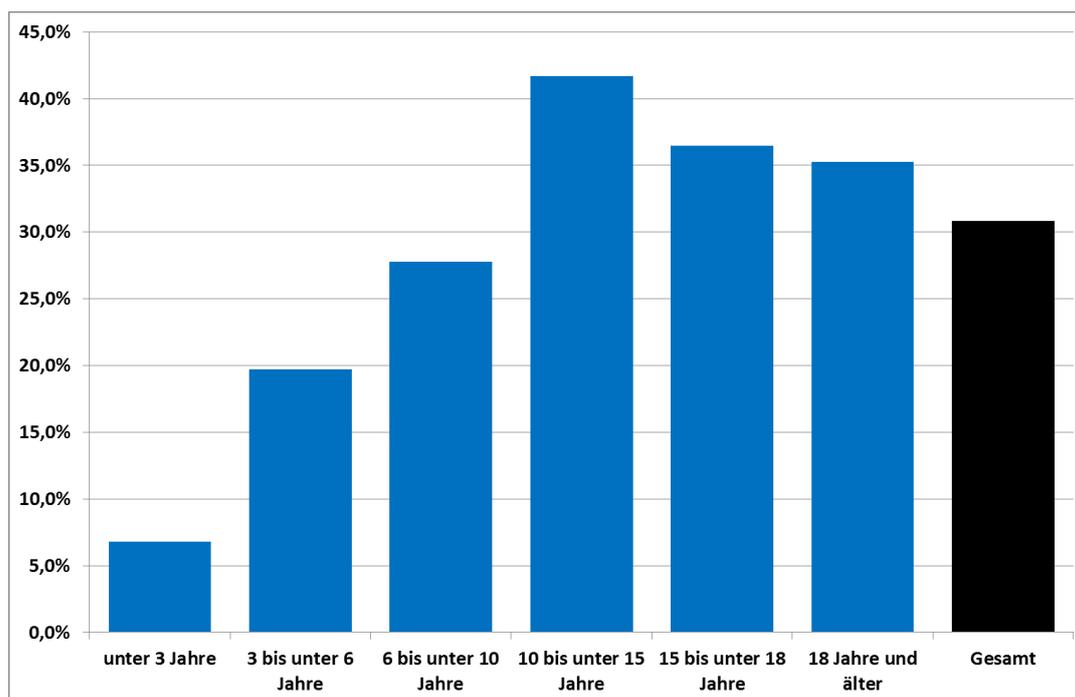


Tabelle 27: Anteil erkrankter Kinder auf Haushaltsebene - gesamt und nach Familienform und Einkommensklasse

	insgesamt	Haushalte ohne Angaben zu Erkrankungen von Kind/ern	Haushalte mit Angaben zu Erkrankungen von Kind/ern	Anteil Haushalte mit mindestens einem Kind mit einer Krankheit/Beeinträchtigung
Alle Haushalte	1.271	738	533	41,9%
Familienform				
Alleinerziehende	231	118	113	48,9%
Familien	887	528	359	40,5%
Großfamilien	144	86	58	40,3%
Einkommensklassen				
untere Einkommensklasse	465	258	207	44,5%
mittlere Einkommensklasse	471	299	172	36,5%
obere Einkommensklasse	22	12	10	45,5%
mittlere/obere Einkommensklasse	103	49	54	52,4%

In der folgenden Abbildung werden die Ergebnisse auf der Ebene der einzelnen Altersgruppen der Kinder dargestellt, d.h. wie hoch der Anteil der erkrankten/beeinträchtigten Kinder ausfällt. Differenziert wird dabei nach sechs Altersgruppen.

Abbildung 25: Anteil erkrankter Kinder nach Altersgruppen



Wie der Abbildung und der Tabelle zu entnehmen ist, liegt der Anteil erkrankter Kinder bezüglich aller Kinder im Untersuchungssample bei 30,8%. Das heißt, bei 715 der erfassten 2.318 Kinder bzw. jungen Erwachsenen liegt mindestens eine Krankheit/Beeinträchtigung vor. Dabei differiert die Erkrankungsrate deutlich nach Altersgruppen.

**Tabelle 28: Anteil erkrankter Kinder nach Altersgruppen**

	unter 3 Jahre	3 bis unter 6 Jahre	6 bis unter 10 Jahre	10 bis unter 15 Jahre	15 bis unter 18 Jahre	18 Jahre und älter	gesamt
Anzahl Kinder	264	289	439	705	414	207	2.318
Kinder, zu denen Angaben zu Erkrankungen vorliegen	18	57	122	294	151	73	715
Anteil erkrankter Kinder	6,8%	19,7%	27,8%	41,7%	36,5%	35,3%	30,8%

In der Gruppe der unter Dreijährigen fällt der Anteil erkrankter/beeinträchtigter Kinder mit 6,8% am geringsten aus. Der Anteil erkrankter Kinder steigt in den folgenden beiden Altersgruppen deutlich an. So sind in der Gruppe der 3- bis 6-jährigen Kinder knapp ein Fünftel (19,7%) von mindestens einer Krankheit/Beeinträchtigung betroffen; bei den 6- bis 10-Jährigen sind es über ein Viertel (27,8%). Mit 41,7% sind Kinder der Altersgruppe „10 bis unter 15 Jahre“ am stärksten betroffen. In den beiden folgenden Altersgruppen nimmt der Anteil erkrankter Kinder wieder ab (vgl. „15 bis unter 18 Jahre: 36,5%; „18 Jahre und älter“: 35,3%).

Kinder mit	Anzahl	Anteil
einer Krankheit	457	63,9%
zwei Krankheiten	163	22,8%
drei Krankheiten	68	9,5%
vier und mehr Krankheiten	27	3,8%
erkrankte Kinder insgesamt	715	100,0%

Von den erkrankten 715 Kindern liegt bei 63,9% nur eine Krankheit/Beeinträchtigung vor. Für knapp 23% wurden zwei Krankheiten/Beeinträchtigungen angegeben und über ein Zehntel der Kinder (13,3%) sind von drei und mehr Krankheiten/Beeinträchtigungen betroffen (Maximum: sieben Krankheiten).

Betrachtet man die Angaben zu den Krankheiten/Beeinträchtigungen der Kinder, zeigt sich, dass mit 42,0% die meisten der insgesamt 715 erkrankten Kinder an Allergien leiden. 27,1% der erkrankten Kinder sind von Neurodermitis oder anderen Hautkrankheiten betroffen und 18,9% haben Erkrankungen der Atemwege. „ADS, Hyperaktivität“ liegt mit 16,4% auf dem vierten Rang. Am geringsten ist die Betroffenheit von Essstörungen (1,5%) unter den erkrankten Kindern.

Tabelle 29: Krankheiten/Beeinträchtigungen der Kinder

	gesamt		unter 3 Jahre		3 bis unter 6 Jahre		6 bis unter 10 Jahre		10 bis unter 15 Jahre		15 bis unter 18 Jahre		18 Jahre und älter	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Allergien (Heuschnupfen, Milben etc.)	300	42,0%	1	5,6%	15	26,3%	39	32,0%	129	43,9%	72	47,7%	44	60,3%
Neurodermitis oder andere Hautkrankheit	194	27,1%	11	61,1%	28	49,1%	39	32,0%	62	21,1%	35	23,2%	19	26,0%
Erkrankung der Atemwege (Asthma, Bronchitis)	135	18,9%	2	11,1%	11	19,3%	26	21,3%	51	17,3%	32	21,2%	13	17,8%
Herz-, Magen- oder Darmkrankheiten	27	3,8%	0	0,0%	2	3,5%	3	2,5%	15	5,1%	4	2,6%	3	4,1%
Hyperaktivität, Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom (ADS)	117	16,4%	1	5,6%	0	0,0%	20	16,4%	66	22,4%	24	15,9%	6	8,2%
Übergewicht (Adipositas)	88	12,3%	0	0,0%	2	3,5%	15	12,3%	36	12,2%	26	17,2%	9	12,3%
Essstörung (Magersucht, Bulimie)	11	1,5%	0	0,0%	1	1,8%	0	0,0%	6	2,0%	3	2,0%	1	1,4%
Depressionen oder Angstzustände	58	8,1%	0	0,0%	2	3,5%	5	4,1%	27	9,2%	19	12,6%	5	6,8%



	gesamt		unter 3 Jahre		3 bis unter 6 Jahre		6 bis unter 10 Jahre		10 bis unter 15 Jahre		15 bis unter 18 Jahre		18 Jahre und älter	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Geistige, seelische Beeinträchtigung	67	9,4%	0	0,0%	3	5,3%	17	13,9%	26	8,8%	16	10,6%	5	6,8%
Körperliche Behinderungen/ Beeinträchtigung	41	5,7%	1	5,6%	5	8,8%	8	6,6%	15	5,1%	11	7,3%	1	1,4%
Sonstige	79	11,0%	3	16,7%	6	10,5%	12	9,8%	40	13,6%	15	9,9%	3	4,1%

Wie die Tabelle und die folgenden Abbildungen zeigen, sind die meisten erkrankten Kinder unter den unter Dreijährigen (61,1%) und unter den 3- bis unter 6-Jährigen (49,1%) von Neurodermitis oder anderen Hautkrankheiten betroffen.

Bei den erkrankten Kindern im Alter von 6 bis unter 10 Jahren sind Allergien und Neurodermitis oder andere Hautkrankheiten mit jeweils einem Anteil von 32,0% am häufigsten vertreten.

Die meisten der 10- bis unter 15-jährigen erkrankten Kinder haben Allergien (43,9%). Gleiches gilt auch für die beiden folgenden Altersgruppen, wobei der Anteil der von Allergien Betroffenen bei der Gruppe „18 Jahre und älter“ dann mit 60,3% am höchsten ausfällt.

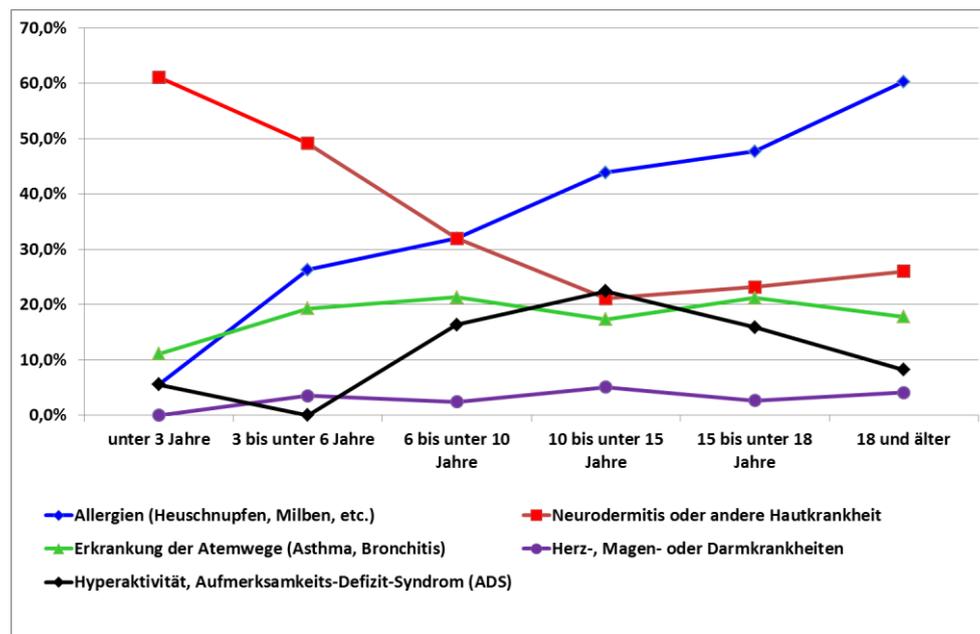
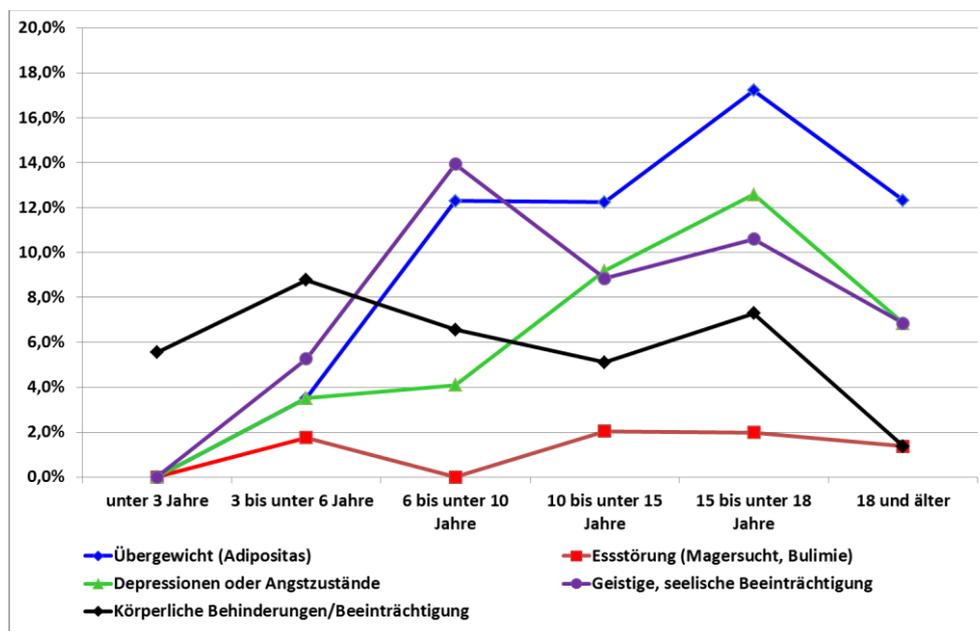
Unter Erkrankungen der Atemwege leiden anteilig am häufigsten die Kinder in der Altersgruppe „6 bis unter 10 Jahre“ (21,3%) und in der Altersgruppe „15 bis unter 18 Jahre“ (21,2%). Unter den unter Dreijährigen fällt der Anteil daran erkrankter Kinder mit 11,1% nur etwa halb so hoch aus.

Von Hyperaktivität/ADS sind mit 22,4% am häufigsten Kinder der Altersgruppe „10 bis unter 15 Jahre“ betroffen. In dieser Altersgruppe gibt es im Vergleich der sechs Altersgruppen anteilig auch die meisten erkrankten Kinder mit Herz-/Magen-/Darmkrankheiten (5,1%).

Übergewicht liegt anteilig am häufigsten bei den Kindern im Alter von 15 bis unter 18 Jahren vor (17,2%), Gleiches gilt mit einem Anteil von 12,6% für die Betroffenheit von „Depressionen und Angstzuständen“.

Von Essstörungen, die insgesamt sehr selten vorliegen, sind mit einem Anteil von jeweils 2,0% am häufigsten die Kinder in den Altersgruppen „10 bis unter 15 Jahre“ und „15 bis unter 18 Jahre“ betroffen.

Von geistig-seelischen Beeinträchtigungen sind am häufigsten Kinder in der Altersgruppe „6 bis unter 10 Jahre“ betroffen. Kinder mit körperlichen Behinderungen findet man mit einem Anteil von 8,8% am häufigsten in der Altersgruppe „3 bis unter 6 Jahre“.

**Abbildung 26: Krankheiten/Beeinträchtigungen der Kinder - Krankheitsgruppe 1 nach Altersgruppen****Abbildung 27: Krankheiten/Beeinträchtigungen der Kinder - Krankheitsgruppe 2 nach Altersgruppen**

Um die Belastungen durch die Krankheiten einschätzen zu können, wurden die Eltern gebeten, auf einer Skala von „gar nicht belastend“ bis „sehr belastend“ anzugeben, wie sich die Krankheiten einmal auf den Alltag der Kinder selbst und einmal auf den Alltag der befragten Personen auswirken.

Bezogen auf die Frage, wie sich die Krankheiten/Beeinträchtigungen der Kinder auf den Alltag der Eltern auswirken, gaben 21,2% der Befragten in den Haushalten an, dass sich diese sehr oder eher belastend auf ihren eigenen Alltag auswirken.



Abbildung 28: Auswirkungen der Krankheiten/Beeinträchtigungen der Kinder auf den Alltag der Eltern nach Subgruppen

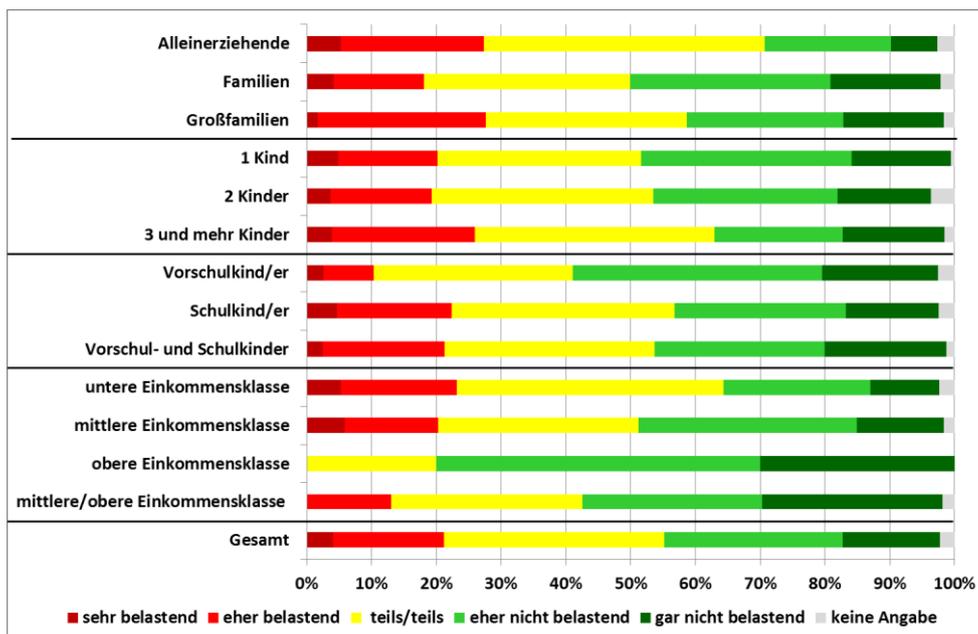


Tabelle 30: Auswirkungen der Krankheiten/Beeinträchtigungen der Kinder auf den Alltag der Eltern nach Subgruppen

	sehr belastend		eher belastend		teils/teils		eher nicht belastend		gar nicht belastend		keine Angabe		insgesamt	
	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl
Gesamt	4,1%	22	17,1%	91	34,0%	181	27,6%	147	15,0%	80	2,3%	12	100,0%	533
Alleinerziehende	5,3%	6	22,1%	25	43,4%	49	19,5%	22	7,1%	8	2,7%	3	100,0%	113
Familien	4,2%	15	13,9%	50	31,8%	114	30,9%	111	17,0%	61	2,2%	8	100,0%	359
Großfamilien	1,7%	1	25,9%	15	31,0%	18	24,1%	14	15,5%	9	1,7%	1	100,0%	58
1 Kind	4,9%	8	15,3%	25	31,3%	51	32,5%	53	15,3%	25	0,6%	1	100,0%	163
2 Kinder	3,7%	9	15,6%	38	34,2%	83	28,4%	69	14,4%	35	3,7%	9	100,0%	243
3 und mehr Kinder	3,9%	5	22%	28	37,0%	47	19,7%	25	15,7%	20	1,6%	2	100,0%	127
Vorschulkind/er	2,6%	1	7,7%	3	30,8%	12	38,5%	15	17,9%	7	2,6%	1	100,0%	39
Schulkind/er	4,7%	19	17,7%	72	34,4%	140	26,5%	108	14,3%	58	2,5%	10	100,0%	407
Vorschul- und Schulkinder	2,5%	2	18,8%	15	32,5%	26	26,3%	21	18,8%	15	1,3%	1	100,0%	80
untere Einkommensklasse	5,3%	11	17,9%	37	41,1%	85	22,7%	47	10,6%	22	2,4%	5	100,0%	207
mittlere Einkommensklasse	5,8%	10	14,5%	25	30,8%	53	33,7%	58	13,4%	23	1,7%	3	100,0%	172
obere Einkommensklasse	0,0%	0	0,0%	0	20,0%	2	50,0%	5	30,0%	3	0,0%	0	100,0%	10
mittlere/obere Einkommensklasse	0,0%	0	13,0%	7	29,6%	16	27,8%	15	27,8%	15	1,9%	1	100,0%	54

Insgesamt haben außerdem etwas mehr als ein Viertel (25,3%) der Befragten angegeben, ihren Alltag unabhängig von der Frage nach vorhandenen Krankheiten bei den Kindern als eher oder sehr belastend zu beurteilen. Dies weist auf ein erhöhtes Stresserleben hin.



Abbildung 29: Beurteilung der psychischen Belastung im Alltag nach Subgruppen

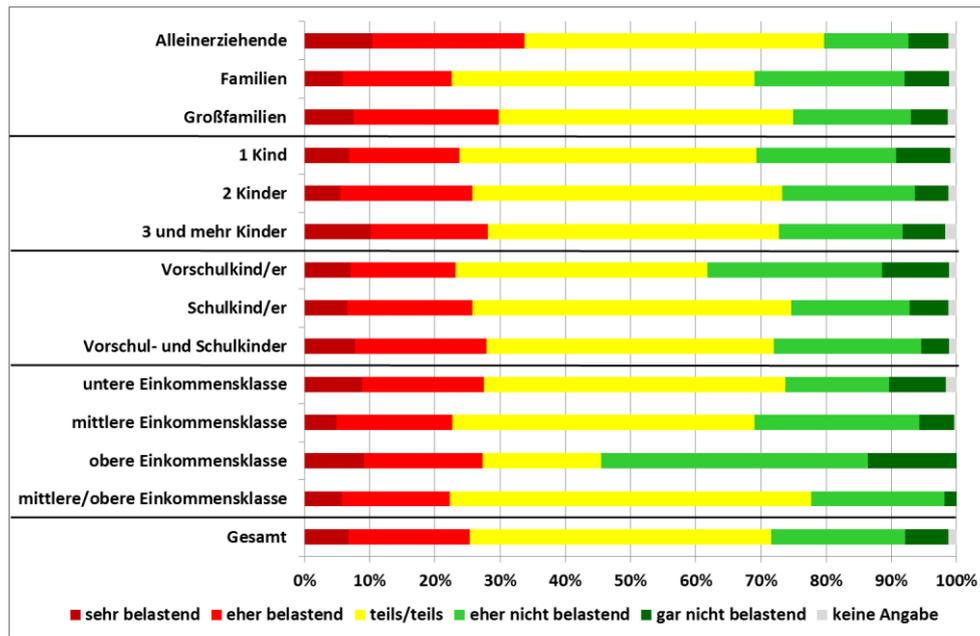


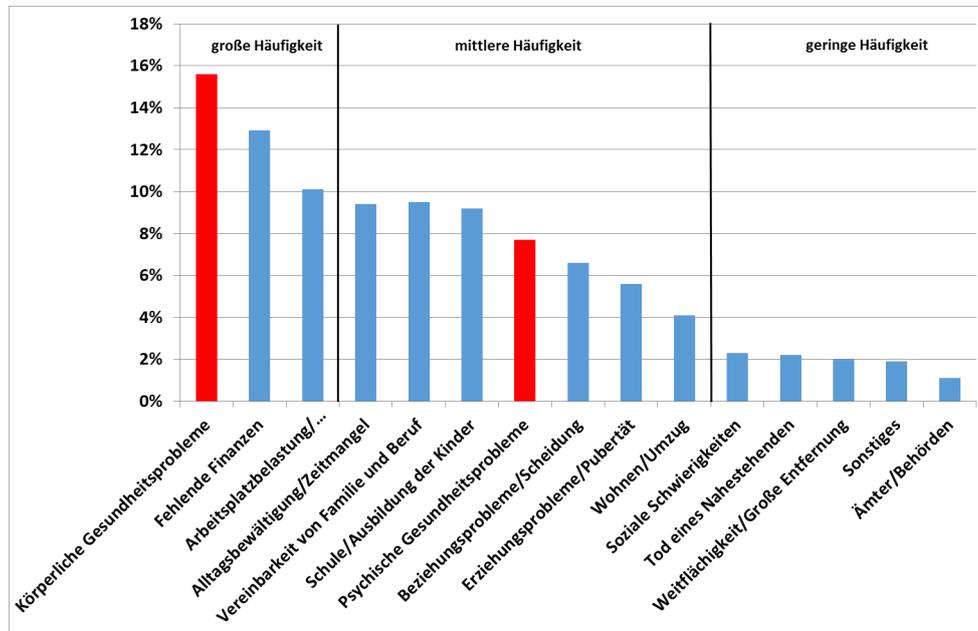
Tabelle 31: Beurteilung der psychischen Belastung im Alltag nach Subgruppen

	sehr belastend		eher belastend		teils/teils		eher nicht belastend		gar nicht belastend		keine Angabe		insgesamt	
	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl
Gesamt	6,8%	87	18,5%	235	46,3%	588	20,5%	261	6,6%	84	1,3%	16	100,0%	1.271
Alleinerziehende	10,4%	24	23,4%	54	45,9%	106	13,0%	30	6,1%	14	1,3%	3	100,0%	231
Familien	5,9%	52	16,7%	148	46,4%	412	23,0%	204	6,8%	60	1,2%	11	100,0%	887
Großfamilien	7,6%	11	22,2%	32	45,1%	65	18,1%	26	5,6%	8	1,4%	2	100,0%	144
1 Kind	6,9%	35	16,8%	85	45,5%	230	21,4%	108	8,3%	42	1,0%	5	100,0%	505
2 Kinder	5,5%	30	20,2%	111	47,5%	261	20,4%	112	5,1%	28	1,3%	7	100,0%	549
3 und mehr Kinder	10,1%	22	18,0%	39	44,7%	97	18,9%	41	6,5%	14	1,8%	4	100,0%	217
Vorschulkind/er	7,1%	18	16,1%	41	38,6%	98	26,8%	68	10,2%	26	1,2%	3	100,0%	254
Schulkind/er	6,6%	55	19,1%	159	48,9%	408	18,2%	152	5,9%	49	1,3%	11	100,0%	834
Vorschul- und Schulkinder	7,7%	13	20,2%	34	44,0%	74	22,6%	38	4,2%	7	1,2%	2	100,0%	168
untere Einkommensklasse	8,8%	41	18,7%	87	46,2%	215	15,9%	74	8,6%	40	1,7%	8	100,0%	465
mittlere Einkommensklasse	4,9%	23	17,8%	84	46,3%	218	25,3%	119	5,3%	25	0,4%	2	100,0%	471
obere Einkommensklasse	9,1%	2	18,2%	4	18,2%	4	40,9%	9	13,6%	3	0,0%	0	100,0%	22
mittlere/obere Einkommensklasse	5,8%	6	16,5%	17	55,3%	57	20,4%	21	1,9%	2	0,0%	0	100,0%	103



Dass im Bereich „Gesundheit/Krankheit“ Handlungsbedarf besteht, zeigen vor allem auch die Ergebnisse zu den Fragen nach den größten Problemen in den letzten sechs Monaten vor der Befragung. Die Antworten auf die offene Frage nach den größten Problemen haben wir 14 Kategorien zu geordnet und zusätzlich die Kategorie „Sonstiges“ gebildet, der wir Nennungen, die nicht eindeutig oder gar nicht zu kategorisieren waren, zugeordnet haben.

Abbildung 30: Kategorien und Anteil der Problemnennungen (Tabelle siehe S. 16/17)



Die Abbildung zeigt, dass drei der 14 Problembereiche in der Kategorie „große Häufigkeit“ mit Werten jeweils zwischen 10,1% und 15,6% aller Probleme (insgesamt 38,6%) liegen. Die sind die Problemkategorien „Körperliche Gesundheitsprobleme“, „Fehlende Finanzen“ und „Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit“.

Die Abbildung zeigt zudem ein zentrales Ergebnis, dem zufolge der Gesundheitsbereich mit den entsprechenden körperlichen und psychischen Problemen in der Wahrnehmung der befragten Haushalte ihre Problemlage in den letzten sechs Wochen vor der Befragung dominiert, denn über ein Fünftel der Haushalte (23,3%) gaben gesundheitliche Probleme als ihre größten Probleme an.

Neben der Frage nach den größten Problemen haben wir auch gefragt, wie die Problemlösungen aussahen.

Angesichts dieser Auswertungsergebnisse stellt sich die Frage, warum insgesamt professionelle Hilfe und Unterstützung nicht häufiger in Anspruch genommen wurde.

Relevant für den Gesundheitsbereich ist zudem, dass in der Kategorie „Psychische Gesundheit“ der Anteil an destruktiven Bewältigungsstrategien mit 16,9% am höchsten ist.

Abbildung 31: Problemkategorien und Problemlösungen - die neun Problembereiche mit den häufigsten Problemnennungen

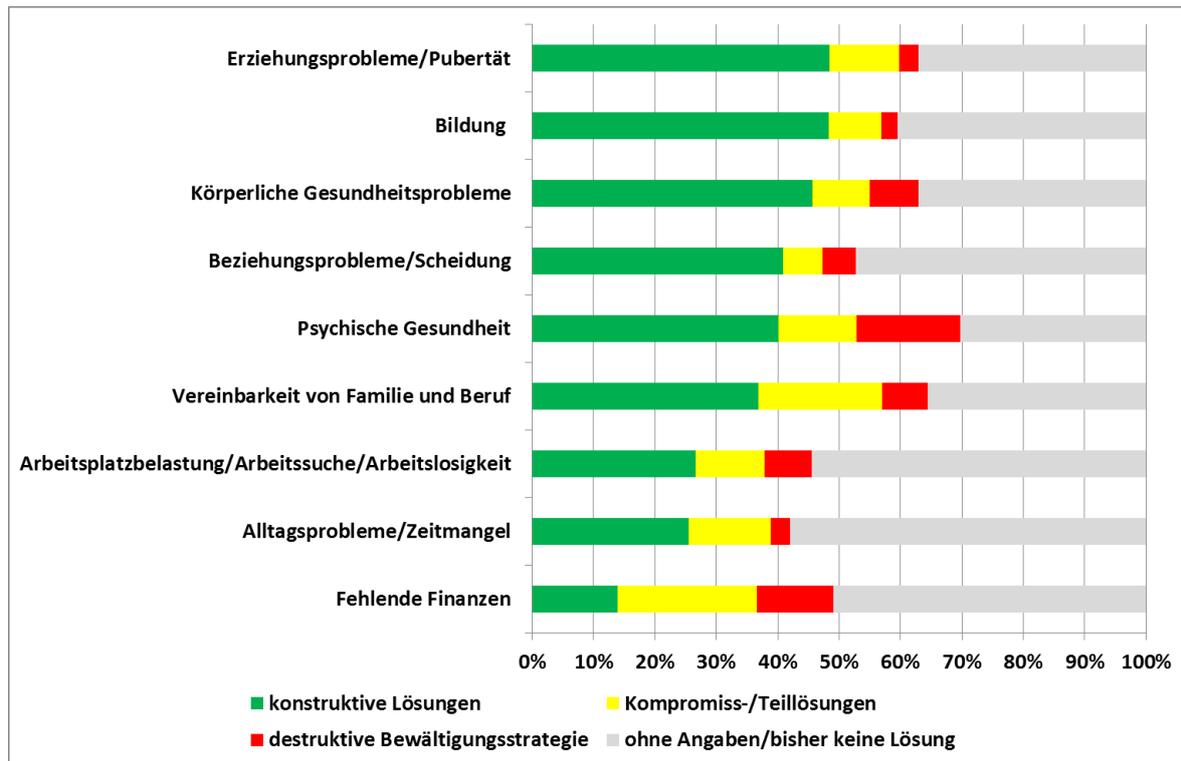


Tabelle 32: Problemkategorien und Problemlösungen – die neun Problembereiche mit den häufigsten Problemnennungen

genannte Probleme	Problem-lösungen	kon- struktive Lösung	Kompro- miss-/Teil- lösungen	destruktive Bewältigungs- strategie	ohne Anga- ben/bisher keine Lö- sung	
Anzahl		Anteil				
Erziehungsprobleme/Pubertät	92	97	48,5%	11,3%	3,1%	37,1%
Bildung	153	153	48,4%	8,5%	2,6%	40,5%
Körperliche Gesundheitsprobleme	261	280	45,7%	9,3%	7,9%	37,1%
Beziehungsprobleme/Scheidung	110	110	40,9%	6,4%	5,5%	47,3%
Psychische Gesundheitsprobleme	128	142	40,1%	12,7%	16,9%	30,3%
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	158	163	36,8%	20,2%	7,4%	35,6%
Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/ Arbeitslosigkeit	168	169	26,6%	11,2%	7,7%	54,4%
Alltagsprobleme/Zeitmangel	157	157	25,5%	13,4%	3,2%	58,0%
Fehlende Finanzen	215	216	13,9%	22,7%	12,5%	50,9%

Die folgende Abbildung und die Tabelle zeigen, dass mit 5,4% am häufigsten Problempaare in der Kombination der beiden Problembereiche „körperliche Gesundheit“ und „Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit“ genannt wurden (die Bezugsgröße ist die Zahl der 464 Haushalte mit mindestens zwei Problemen).

Wie die Abbildung und die Tabelle zudem zeigen, gibt es Problembereiche, die in den aufgelisteten Kombinationen mehrmals auftauchen. Dies sind z.B. wiederum der Problembereich „Körperliche Gesundheit“ und der Problembereich „Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit“. Weitere Problembereiche, die häufiger auftauchen, sind „Fehlende Finanzen“ und „Bildung“.



Abbildung 32: Anteil der Problempaare in den jeweils betroffenen Problemkategorien

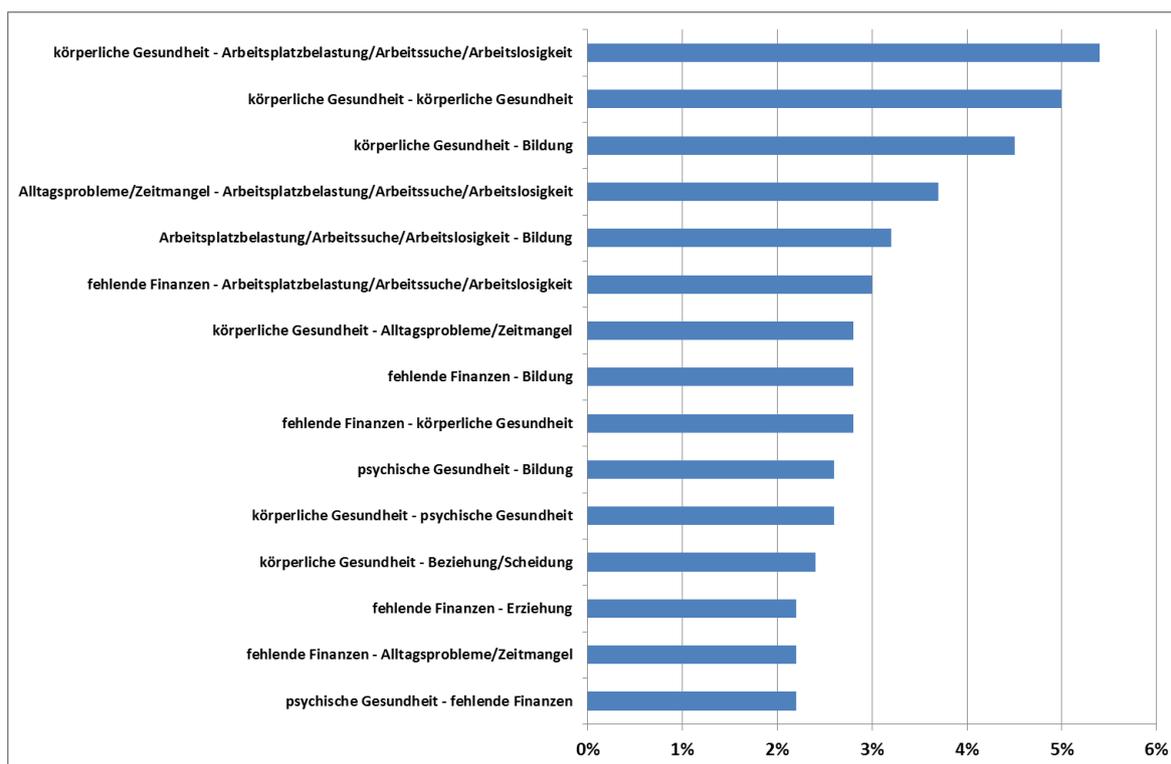


Tabelle 33: Anzahl und Anteil der Problempaare in den jeweils betroffenen Problemkategorien

	Anzahl	Anteil
körperliche Gesundheit - Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit	25	5,4%
körperliche Gesundheit - körperliche Gesundheit ¹¹	23	5,0%
körperliche Gesundheit - Bildung	21	4,5%
Alltagsprobleme/Zeitmangel - Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit	17	3,7%
Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit - Bildung	15	3,2%
fehlende Finanzen - Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit	14	3,0%
fehlende Finanzen - körperliche Gesundheit	13	2,8%
fehlende Finanzen - Bildung	13	2,8%
körperliche Gesundheit - Alltagsprobleme/Zeitmangel	13	2,8%
körperliche Gesundheit - psychische Gesundheit	12	2,6%
psychische Gesundheit - Bildung	12	2,6%
körperliche Gesundheit - Beziehung/Scheidung	11	2,4%
psychische Gesundheit - fehlende Finanzen	10	2,2%
fehlende Finanzen - Alltagsprobleme/Zeitmangel	10	2,2%
fehlende Finanzen - Erziehung	10	2,2%
Zentrale Problempaare insgesamt (zehnmal oder häufiger genannt)	219	

In der folgenden Abbildung sind die Bedeutung und die Verknüpfung des Gesundheitsbereichs nochmals dargestellt.

Denn die Abbildung zeigt, dass Probleme der Problemkategorie „körperliche Gesundheit“ in Kombination mit Problemen aus anderen Problembereichen (z.B. Bildung, Beziehung/Scheidung) mit 53,9% weitaus am häufigsten vorkommen. Bezieht man in diese Betrachtung den Bereich „psychische Gesundheit“ und die mit dieser Kategorie verbundenen Problempaare mit ein, ergibt sich für den gesamten Gesundheitsbereich ein Anteil von zentralen Problempaaren von 69,0%.

¹¹ Die Kombination „körperliche Gesundheit - körperliche Gesundheit“ bedeutet, dass z.B. von gesundheitlichen körperlichen Problemen der befragten Person und gleichzeitig von gesundheitlichen körperlichen Problemen beim Kind berichtet wurde.



Abbildung 33: Problembereiche mit einem zusätzlichen Problem in einem anderen Bereich

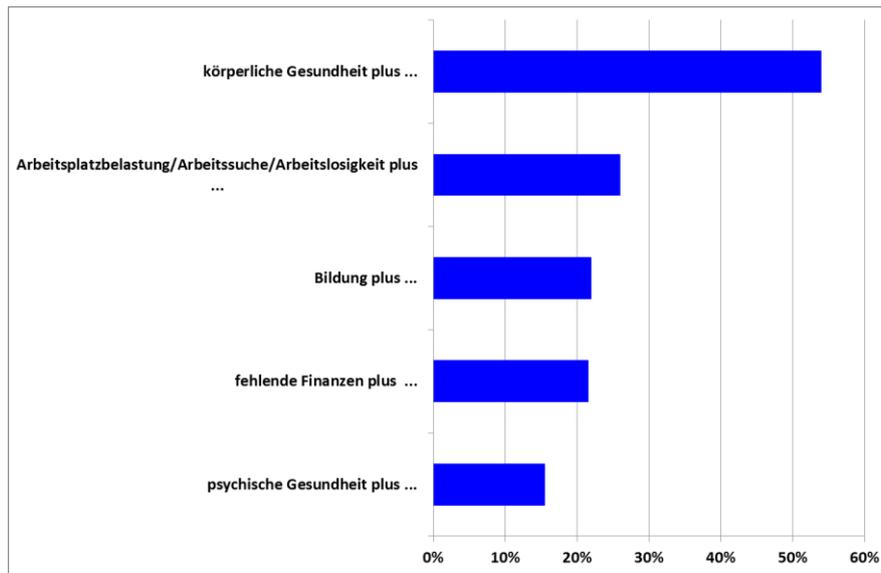


Tabelle 34: Problembereiche mit einem zusätzlichen Problem in einem anderen Bereich

	Anzahl	Anteil
körperliche Gesundheit plus ...	118	53,9%
Arbeitsplatzbelastung/Arbeitsuche/Arbeitslosigkeit plus ...	57	26,0%
Kinderbetreuung/Schule plus ...	48	21,9%
fehlende Finanzen plus ...	47	21,5%
psychische Gesundheit plus ...	34	15,5%

Mit zur Beschreibung der Ausgangssituation gehört, dass von den befragten Akteuren im Landkreis immerhin gut 37% angaben, bei Haushalten mit Kind(ern) im Bereich Gesundheit der Kinder einen großen bis sehr großen Unterstützungsbedarf zu sehen.

Abbildung 34: Unterstützungsbedarf von Haushalten mit Kind(ern) generell aus Akteurssicht

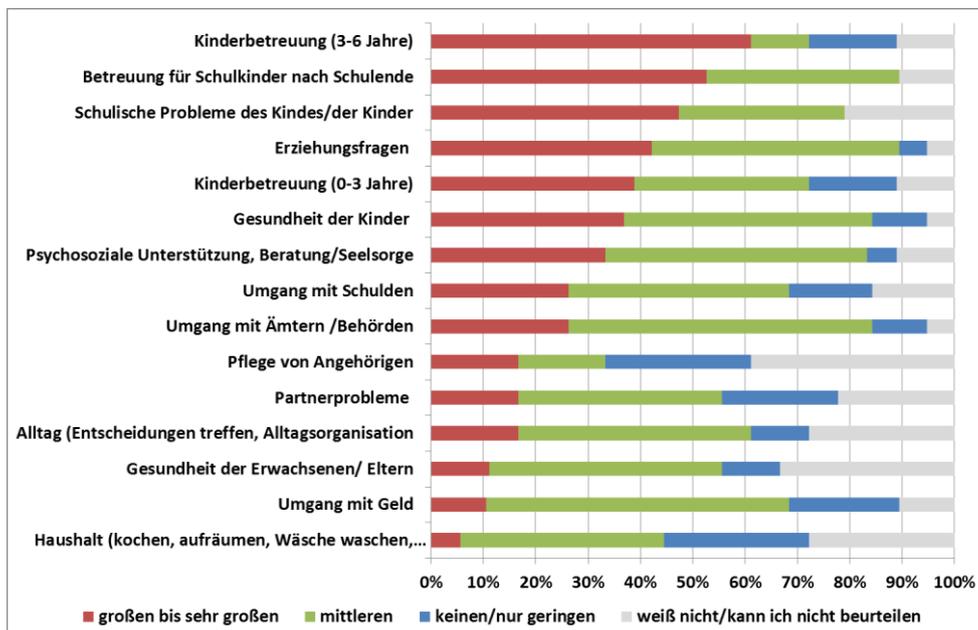




Tabelle 35: Unterstützungsbedarf - Haushalte mit Kind(ern) generell (nach Mittelwerten aufsteigend sortiert)

Bereiche	keinen/ nur geringen = 3	Anteil	mittleren = 2	Anteil	großen bis sehr großen = 1	Anteil	weiß nicht/ kann ich nicht beur- teilen = 0	Anteil	An- zahl	Mittel- wert
Schulische Probleme des Kindes/der Kinder	0	0,0%	6	31,6%	9	47,4%	4	21,1%	19	1,4
Betreuung für Schulkinder nach Schulende	0	0,0%	7	36,8%	10	52,6%	2	10,5%	19	1,4
Kinderbetreuung (3-6 Jahre)	3	16,7%	2	11,1%	11	61,1%	2	11,1%	18	1,5
Erziehungsfragen	1	5,3%	9	47,4%	8	42,1%	1	5,3%	19	1,6
Psychosoziale Unterstützung, Beratung/Seelsorge	1	5,6%	9	50,0%	6	33,3%	2	11,1%	18	1,7
Gesundheit der Kinder	2	10,5%	9	47,4%	7	36,8%	1	5,3%	19	1,7
Kinderbetreuung (0-3 Jahre)	3	16,7%	6	33,3%	7	38,9%	2	11,1%	18	1,8
Umgang mit Ämtern/Behörden	2	10,5%	11	57,9%	5	26,3%	1	5,3%	19	1,8
Umgang mit Schulden	3	15,8%	8	42,1%	5	26,3%	3	15,8%	19	1,9
Alltag (Entscheidungen treffen, Alltagsorganisation)	2	11,1%	8	44,4%	3	16,7%	5	27,8%	18	1,9
Gesundheit der Erwachsenen/Eltern	2	11,1%	8	44,4%	2	11,1%	6	33,3%	18	2,0
Partnerprobleme	4	22,2%	7	38,9%	3	16,7%	4	22,2%	18	2,1
Umgang mit Geld	4	21,1%	11	57,9%	2	10,5%	2	10,5%	19	2,1
Pflege von Angehörigen	5	27,8%	3	16,7%	3	16,7%	7	38,9%	18	2,2
Haushalt (kochen, aufräumen, Wäsche waschen, einkaufen etc.)	5	27,8%	7	38,9%	1	5,6%	5	27,8%	18	2,3

Der Handlungsbedarf im Bereich „Gesundheit“ lässt sich somit aus verschiedenen Auswertungsergebnissen der Sozialraumanalyse ableiten.

Insofern hat der Landkreis mit der Etablierung der Gesundheitskonferenzen bereits ein richtungweisendes und wichtiges Signal gesetzt, was wertzuschätzen ist.

Aus unserer Sicht gilt es, dieses Projekt um ein integriertes Gesundheitsförderungskonzept für den Landkreis Lüchow-Dannenberg zu ergänzen.

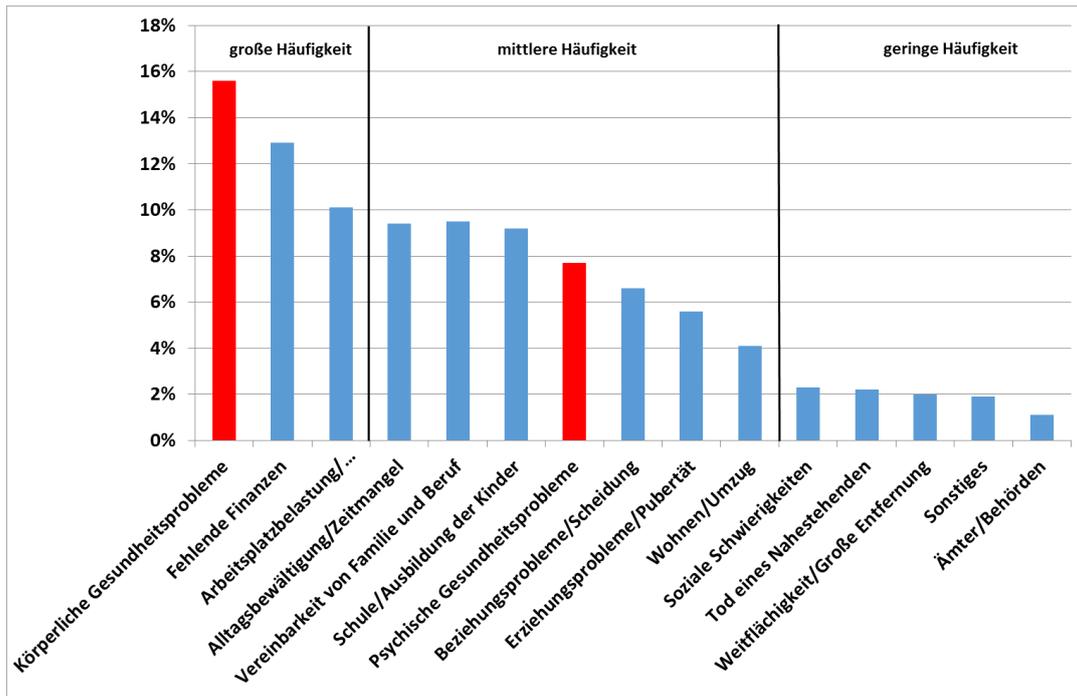
Die folgenden Handlungsempfehlungen sollen somit inhaltlich das integrierte Gesundheitsförderkonzept Lüchow-Dannenberg „füllen“.



18.1 Abbau/Reduzierung der (geringen) Wahrnehmung des Gesundheitsbereichs aufseiten der Akteure/des professionellen Hilfesystems – stärkere Sensibilisierung der Akteure für die gesundheitlichen Probleme der Haushalte und den Zusammenhang zwischen Gesundheit und anderen Bereichen (Dominoeffekte)

Die folgende Abbildung zeigt, dass in der Selbstwahrnehmung der befragten Haushalte der Gesundheitsbereich als Problembereich eine zentrale Stelle einnimmt.

Abbildung 35: Kategorien und Anteil der Problemnennungen (Tabelle siehe S. 17)



Im Vergleich der Ergebnisse der Haushaltsbefragung und der Ergebnisse der Akteursbefragung zeigt sich, dass die befragten sozialen Akteure das Thema der gesundheitlichen Probleme in Familien mit minderjährigen Kindern offenbar unterschätzen.

Die Akteure wurden gefragt, was ihrer Ansicht nach die größten Probleme von Haushalten mit Kindern generell seien.

Wie die folgende Tabelle zeigt, rangieren Gesundheitsprobleme in der Wahrnehmung der Akteure erst an siebter Stelle von acht bzw. neun Problembereichen.

Tabelle 36: Problembereiche aus Akteursicht - Haushalte mit Kind(ern) generell

Kategorien der Problembereiche	Anzahl Nennungen	Anteil an allen Nennungen
Probleme im schulischen Bereich	11	21,6%
Erziehung-/Entwicklungsprobleme, Verhaltensauffälligkeiten	10	19,6%
Vereinbarkeit Familie und Beruf, Kinderbetreuung	7	13,7%
Finanzielle Probleme, Arbeitslosigkeit	5	9,8%
Betreuung/Versorgung behinderter Kinder	4	7,8%
Zugang zu Unterstützung	3	5,9%
Gesundheitsprobleme	3	5,9%
Mobilität	2	3,9%
Sonstiges/nicht eindeutig zuzuordnen	6	11,8%
insgesamt	51	100,0%



Damit besteht eine große Diskrepanz zu dem Ergebnis der Haushaltsbefragung, wo gesundheitliche Probleme (körperliche und psychische) an erster Stelle rangieren.

Zu bedenken ist dabei zwar, dass die mit der Befragung erreichten Akteure größtenteils nicht direkt im Gesundheitsbereich tätig sind, sodass das Thema „Gesundheit“ im Kontakt mit den Nutzer_innen der Angebote auch nicht immer im Vordergrund steht. Dennoch ist festzuhalten, dass, obwohl z.B. gerade in den Schulen und Tageseinrichtungen für Kinder für das Thema „Gesundheit“ in den letzten Jahren eine verstärkte Sensibilisierung festzustellen ist, es nach wie vor eine große Diskrepanz zwischen Fremd- und Selbstwahrnehmung gibt. Diese Diskrepanz betrifft aber nicht nur den Landkreis Lüchow-Dannenberg, dem auch in anderen Studien haben wir immer wieder diese Diskrepanz festgestellt.

Insofern empfehlen wir - insbesondere vor dem Hintergrund von Dominoeffekten - , bei den (sozialen) Akteuren und Hilfeanbietern, eventuell im Rahmen der stattfindenden Gesundheitskonferenzen, das Bewusstsein für die Gesundheit/Gesundheitsförderung und die vielschichtigen Zusammenhängen zwischen diesen und den anderen Bereichen/Lebenslagen zu fördern.

Der Paradigmenwechsel von der Pathogenese zur Salutogenese, also der Wechsel von der Frage, wie Krankheit entsteht, zu der Frage, wie Gesundheit entsteht bzw. was gesund hält, bedeutet auch, dass sich nicht mehr nur die direkten Gesundheitsprofessionen verantwortlich fühlen sollten.

Vor dem Hintergrund der Auswertungsergebnisse und eines ganzheitlichen Gesundheitsverständnisses, welches physisches, psychisches und soziales Wohlbefinden umfasst, sollten alle Akteure/Einrichtungen den Bereich „Gesundheit“ zukünftig mitdenken.

18.2 Zugang zu bzw. Erreichbarkeit von Gesundheitsangeboten und ärztlicher Versorgung sicherstellen/verbessern

Wie aus den offenen Angaben der Haushaltsbefragung zu den größten Problemen und den Ergebnissen bezüglich der Frage nach der Zufriedenheit mit den vor Ort vorhandenen Hilfen/dem Unterstützungsangebot im Bereich „Gesundheit und Krankheit“ deutlich wird, ist der Zugang zu ärztlicher Versorgung für einige Haushalte mit minderjährigen Kindern aufgrund weiter Anfahrtswege, des damit verbundenen Organisationsaufwandes und der Terminfindungsproblemen häufig erschwert.

Die soziale Infrastrukturanalyse zeigt, dass nicht in jeder Gemeinde ein Hausarzt vorhanden ist und besonders die kinderärztliche Versorgung hinter dem Bedarf zurückbleibt. Insofern besteht in einigen Gemeinden ein wohnortnahes Infrastrukturdefizit im Bereich „Gesundheit/medizinische Versorgung“.

Dies hat zur Folge, dass der Zugang zu ärztlicher Versorgung für etliche Haushalte mit minderjährigen Kindern häufig sehr erschwert ist.

Neben der und ergänzend zu der im Rahmen der Gesundheitsregion gestarteten Initiative, Ärzt_innen zur Ansiedlung im Landkreis zu motivieren, empfehlen wir, auch die Etablierung eines mobilen Gesundheitsdienstes zu prüfen (siehe auch Handlungsempfehlung Nr. 7: „Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes mobiler Dienste in den Bereichen „Gesundheit“ und „offene Kinder- und Jugendarbeit“ in Kombination mit der Nutzung von multifunktionalen Räumlichkeiten“).

So könnte ein mobiler gesundheitlicher Dienst (MOGLI) etabliert werden, bei dem das medizinische Personal in einem Wohnmobil/Bus unterwegs ist. Und/oder dieser mobile Dienst könnte zu bestimmten Zeiten an Kindertageseinrichtungen, Grundschulen, Rathäusern oder auch an Kirchengemeinden etc. angebunden werden, Das heißt, dort Räume für Sprechstunden nutzen.



18.3 Information über bzw. Bekanntheit der Unterstützungsangebote im Bereich „Gesundheit und Krankheit“ verbessern

Im Zusammenhang mit der schon erläuterten grundsätzlichen Empfehlung, die sozialen Hilfen und Einrichtungen im Landkreis bekannter zu machen, um deren Inanspruchnahme zu erhöhen, steht auch die Empfehlung, insbesondere die Informationen über Einrichtungen/Hilfen und konkrete Ansprechpartner im Bereich „Gesundheit und Krankheit“ zu verbessern.

Wie die Ergebnisse der Haushaltsbefragung zeigen, gab es bei der Frage nach Unterstützungswünschen im Bereich „Gesundheit und Krankheit“ in allen abgefragten Bereichen immer auch Befragte, die die Antwort „Ja, aber ich weiß nicht, wo ich diese Unterstützung bekommen kann“ auswählten.

Abbildung 36: Wunsch nach Hilfe/Unterstützung bzw. noch mehr Hilfe und Unterstützung im Bereich „Gesundheit und Krankheit“ (Erwachsene)

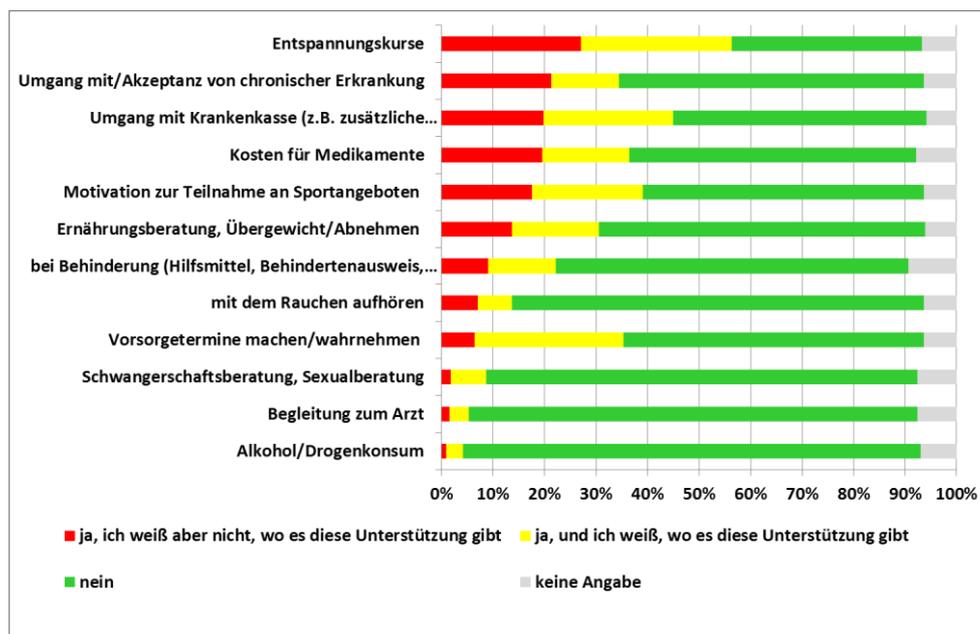


Tabelle 37: Wunsch nach Hilfe/Unterstützung bzw. noch mehr Hilfe und Unterstützung im Bereich „Gesundheit und Krankheit“ (Erwachsene)

	ja, ich weiß aber nicht, wo es diese Unterstützung gibt		ja, und ich weiß, wo es diese Unterstützung gibt		nein		keine Angabe		insgesamt	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
Entspannungskurse	27,1%	93	29,2%	100	37,0%	127	6,7%	23	100,0%	343
Umgang mit/Akzeptanz von chronischer Erkrankung	21,3%	73	13,1%	45	59,2%	203	6,4%	22	100,0%	343
Umgang mit Krankenkasse (z.B. zusätzliche Behandlungskosten/Eigenanteil, Kurantrag)	19,8%	68	25,1%	86	49,3%	169	5,8%	20	100,0%	343
Kosten für Medikamente	19,5%	67	16,9%	58	55,7%	191	7,9%	27	100,0%	343
Motivation zur Teilnahme an Sportangeboten	17,5%	60	21,6%	74	54,5%	187	6,4%	22	100,0%	343
Ernährungsberatung, Übergewicht/Abnehmen	13,7%	47	16,9%	58	63,3%	217	6,1%	21	100,0%	343
bei Behinderung (Hilfsmittel, Behindertenausweis, persönliche Hilfen)	9,0%	31	13,1%	45	68,5%	235	9,3%	32	100,0%	343
mit dem Rauchen aufhören	7,0%	24	6,7%	23	79,9%	274	6,4%	22	100,0%	343
Vorsorgetermine machen/wahrnehmen (z.B. Krebsvorsorge, Zahnarzt, Check up)	6,4%	22	28,9%	99	58,3%	200	6,4%	22	100,0%	343
Schwangerschaftsberatung, Sexualberatung	1,7%	6	7,0%	24	83,7%	287	7,6%	26	100,0%	343
Begleitung zum Arzt	1,5%	5	3,8%	13	87,2%	299	7,6%	26	100,0%	343
Alkohol/Drogenkonsum	0,9%	3	3,2%	11	88,9%	305	7,0%	24	100,0%	343

Abbildung 37: Gewünschte Hilfe/Unterstützung im Bereich „Gesundheit und Krankheit“ für das Kind/die Kinder – alle Haushalte, die bereits Unterstützung bekommen oder noch benötigen

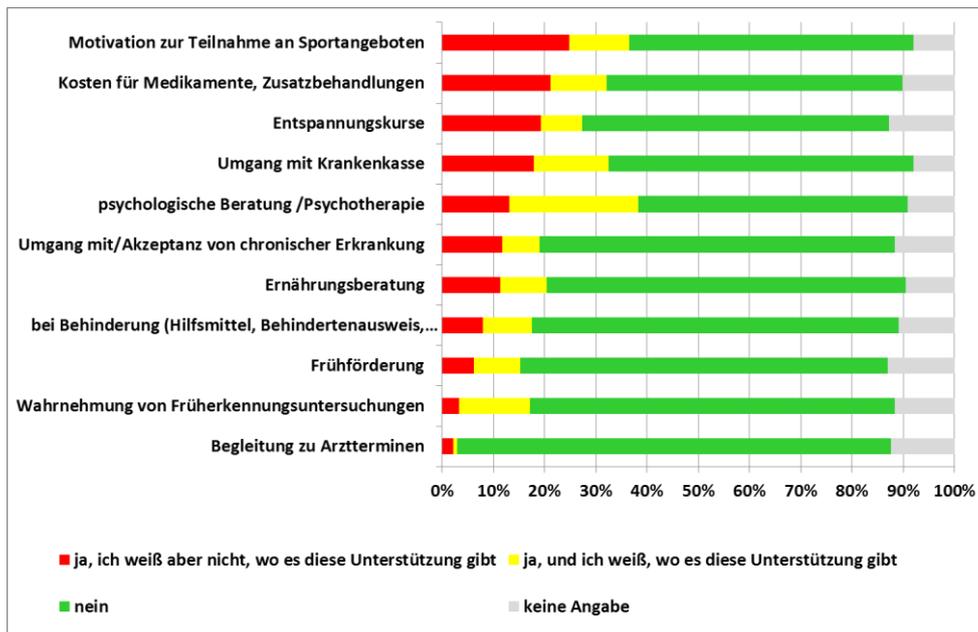


Tabelle 38: Gewünschte Hilfe/Unterstützung im Bereich „Gesundheit und Krankheit“ für das Kind/die Kinder – alle Haushalte, die bereits Unterstützung bekommen oder noch benötigen

	ja, ich weiß aber nicht, wo es diese Unterstützung gibt		ja, und ich weiß, wo es diese Unterstützung gibt		nein		keine Angabe		insgesamt	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
Motivation zur Teilnahme an Sportangeboten	24,8%	68	11,7%	32	55,5%	152	8,0%	22	100,0%	274
Kosten für Medikamente, Zusatzbehandlungen	21,2%	58	10,9%	30	57,7%	158	10,2%	28	100,0%	274
Entspannungskurse	19,3%	53	8,0%	22	59,9%	164	12,8%	35	100,0%	274
Umgang mit Krankenkasse	17,9%	49	14,6%	40	59,5%	163	8,0%	22	100,0%	274
psychologische Beratung / Psychotherapie	13,1%	36	25,2%	69	52,6%	144	9,1%	25	100,0%	274
Umgang mit/Akzeptanz von chronischer Erkrankung	11,7%	32	7,3%	20	69,3%	190	11,7%	32	100,0%	274
Ernährungsberatung	11,3%	31	9,1%	25	70,1%	192	9,5%	26	100,0%	274
bei Behinderung (Hilfsmittel, Behindertenausweis, persönliche Hilfen)	8,0%	22	9,5%	26	71,5%	196	10,9%	30	100,0%	274
Frühförderung	6,2%	17	9,1%	25	71,5%	196	13,1%	36	100,0%	274
Wahrnehmung von Früherkennungsuntersuchungen	3,3%	9	13,9%	38	71,2%	195	11,7%	32	100,0%	274
Begleitung zu Arztterminen	2,2%	6	0,7%	2	84,7%	232	12,4%	34	100,0%	274

Insofern empfehlen wir einerseits, die vorhandenen Gesundheitsangebote offensiver zu bewerben bzw. den Bekanntheitsgrad zu steigern. Der Soziale Wegweiser „Leben und sich wohl fühlen im Landkreis Lüchow-Dannenberg“ enthält zwar schon einige Hinweise auf Gesundheitsangebote. Wirksamer wäre es aber, eine Art „Gesundheitswegweiser“, inklusive Ärzterverzeichnis nach gleichem Vorbild zu erstellen.

Um insbesondere auch auf die Bedarfe von einkommensschwachen Familienhaushalten mit Unterstützungsbedarfen bzw. Interesse an gesundheitsförderlichen Angeboten einzugehen, empfehlen wir zudem, eine Übersicht aller kostenlosen Angebote im Gesundheitsbereich zu erstellen. Dies wäre nicht nur für die Familien sinnvoll, sondern könnte auch für professionelle Akteure in der alltäglichen Beratung von großem Nutzen sein (vgl. Hinweise auf wahrgenommenen hohen Unterstützungsbedarf im Bereich „Gesundheit“ von den Akteuren).



18.4 Einrichten einer Patient_innenstelle (unabhängige Patientenberatung)

Vor dem Hintergrund einiger Ergebnisse aus der Haushaltsbefragung, z.B. zur Unzufriedenheit mit dem vorhandenen Angebot im Bereich „Krankheit und Gesundheit“ aufgrund nicht vorhandener Informationen/Transparenz über Unterstützungsangebote, fehlender Unterstützung von der Krankenkasse wie auch zum Teil Unzufriedenheit mit der erhaltenen ärztlichen Versorgung, wäre die Einrichtung einer Patient_innenstelle für den Landkreis als Teil eines integrierten Gesundheitsförderungskonzeptes zu prüfen.

Patient_innenstellen können eine kostenlose und unabhängige Beratung in rechtlichen und gesundheitlichen Fragen rund um die gesundheitliche Versorgung leisten, allgemeine Orientierungshilfe geben sowie Beratung und Hilfe bei Beschwerden über Mängel in der Gesundheitsversorgung anbieten. Nach § 65b SGB V ist die Förderung einer solchen Patient_innenstelle möglich.

Eventuell ließe sich eine solche Patient_innenstelle in einem der beiden Familienzentren/Mehrgenerationenhäuser (Allerlud, Haus für Begegnung, Familienzentrum Dannenberg) einrichten. Denn diese bieten einen niedrigschwelligen Zugang und könnten sich darüber hinaus perspektivisch auch zu kleinen „Gesundheitszentren“ weiterentwickeln, wo Ratsuchende, Interessierte wie auch kundige Bürger_innen sich über gesundheitliche Themen austauschen, Rat holen, Informationsveranstaltungen oder auch Koch-/Entspannungskurse besuchen bzw. selbst anbieten können.

Von Vorteil wäre bei der Ansiedlung einer Patient_innenstelle und weiterer Informations-/Unterstützungsangebote im Bereich „Gesundheit“ an einer oder beiden Familienbegegnungsstätten vor allem auch die Niedrigschwelligkeit.

18.5 Einrichten eines Gesundheitsfonds

Die immer wieder aufgezeigten Zusammenhänge zwischen finanziellen und gesundheitlichen Problemen finden sich auch in den Ergebnissen der Haushaltsbefragung wieder (vgl. schlechterer subjektiv beurteilter Gesundheitszustand und höhere Anteile von Befragten in Haushalten mit geringem Einkommen, die sich Unterstützung bei den Kosten für Medikamente wünschen; schlechterer Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, da anteilig überdurchschnittlich häufig keine Unterstützung im Bereich „Gesundheit“ vorhanden, obwohl welche benötigt wird).

Dies spricht für die Einrichtung eines Gesundheitsfonds. In diesen Fonds könnten Krankenkassen, Kommunen, Stiftungen, private Sponsoren etc. Gelder einzahlen. Aus dem Fonds sollten nur Einzelfallhilfen erfolgen, Das heißt, keine Projekte oder Maßnahmen gefördert werden. Eine derartige Förderung sollte anderen Organisationen, Stiftungen etc. vorbehalten bleiben.

Aus diesem Fonds könnten dann beispielsweise bei Bedarf Gelder für Fahrtkosten zu Spezialisten/Fachärzten oder für einmalige Beihilfen bereitgestellt werden, wenn z.B. Krankenkassen oder andere Sozialleistungsträger die Übernahme der Kosten ablehnen.

Möglicherweise gibt es bereits Geldtöpfe im Landkreis, die im Sinne eines Gesundheitsfonds Mittel bereitstellen. Zu überlegen wäre sodann, ob es sinnvoll ist, diese Ressourcen in einem zentralen Gesundheitsfonds - der dann auch so heißen sollte, um die inhaltliche Ausrichtung über den Namen zu „transportieren“ - zu bündeln, um so die Wirksamkeit zu erhöhen, das Bewerben dieses Fonds zu erleichtern etc.



18.6	Gesundheitsberichterstattung/Gesundheitsmonitoring im Bereich „Kindergesundheit“ starten (Schuleingangsuntersuchungen)
-------------	---

Die Daten der Haushaltsbefragung haben ergeben, dass in knapp 42% der Haushalte mindestens ein Kind mit mindestens einer Erkrankung/Beeinträchtigung lebt und gut 31% der über die Befragung erfassten Kinder mindestens eine Erkrankung/Beeinträchtigung haben.

Für die Analyse prozessproduzierter Daten konnten uns keine gesundheitsbezogenen Daten zur Verfügung gestellt werden. Dabei sollte die gesundheitliche Situation der Kinder und Jugendlichen im Blick behalten werden, wozu insbesondere die Daten der Schuleingangsuntersuchungen genutzt und im Sinne des Aufbaus eines Gesundheitsmonitorings regelmäßig ausgewertet werden sollten.

Insofern empfehlen wir, als Voraussetzung und im Rahmen einer integrierten Sozialplanung insbesondere auch Daten zur Kindergesundheit, wie sie insbesondere die Schuleingangsuntersuchungen liefern, für eine systematische Gesundheitsberichterstattung mit Aufbau von Zeitreihen zu nutzen, um Entwicklungen nachverfolgen zu können (siehe auch Handlungsempfehlung Nr. 4).

18.7	Resilienz/Selbstwirksamkeit von Eltern/Alleinerziehenden durch Resilienzförderprogramme in allen Bildungsphasen (Tageseinrichtungen für Kinder, Grundschulen, weiterführenden Schulen) unterstützen und fördern
-------------	--

Wie die Haushaltsdaten zeigen, erleben etwa ein Viertel der befragten Mütter bzw. Väter ihren Alltag als psychisch belastend; bei den Alleinerziehenden sind es sogar gut ein Drittel. Als Gründe dafür werden am häufigsten Arbeitsdruck/-belastung bzw. die jeweilige Arbeitssituation, die Herausforderungen bei der Vereinbarkeit der familiären und beruflichen Pflichten/Einbindungen sowie ein eingeschränkter eigener Gesundheitszustand und/oder Krankheiten bzw. die Notwendigkeit der Pflege Familienangehöriger angegeben.

Knapp 24% der befragten Personen in den Haushalten geben an, sich nicht gut entspannen zu können; knapp 23% sagen aus, sich häufig überlastet zu fühlen. Entsprechend findet sich auch bei über der Hälfte der Befragten mit Unterstützungswünschen im Bereich „Gesundheit“ für sie selbst der Wunsch nach Entspannungskursen.

Alle diese Ergebnisse weisen auf erhöhte Überforderungsgefühle und Stresserleben bei einigen Familien hin. Um diese Familien/Alleinerziehenden zu unterstützen bzw. zu stärken, lassen sich Befunde aus der Resilienzforschung heranziehen.¹² Die Resilienz bzw. psychische Widerstandsfähigkeit gegenüber Stressoren unterschiedlicher Art wird beeinflusst von personalen Faktoren und Umwelteinflüssen. Von besonderer Bedeutung sind bei den personalen Faktoren die Selbstwirksamkeitserwartungen und die mehr oder weniger aktive Einstellung zu Problemen (z.B. Orientierung auf Problemfixierung oder Problemlösung). Resilienzförderliche Umweltfaktoren sind vor allem Unterstützung durch die Familie, Eingebundenheit in eine Gemeinschaft und gemeinsam geteilte Kultur.

Aus der Akteursbefragung geht hervor, dass die Akteure nur in vergleichsweise geringem Ausmaß davon ausgehen, dass Haushalte mit Kindern generell sowie einkommensschwache Haushalte mit Kindern Selbstwirksamkeitserwartungen als Ressource zur Bewältigung ihrer Lebenssituation einsetzen. Dies kann bedeuten, dass die sozialen Akteure tatsächlich nur wenig Selbstwirksamkeitserwar-

¹² „Unter Resilienz wird die Fähigkeit von Menschen verstanden, Krisen im Lebenszyklus unter Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen zu meistern und als Anlass für Entwicklung zu nutzen“ (Welter-Enderlin, R. und Hildenbrand, B. 2008. Resilienz - Gedeihen trotz widriger Umstände. 2. Aufl., Heidelberg 2008, S. 13).



tungen bei den Familien sehen oder aber dass ihnen Selbstwirksamkeitserwartungen als Ressource selbst nur wenig bewusst sind.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, Maßnahmen zur Förderung der Resilienz/Selbstwirksamkeit von Eltern breitflächig anzubieten und dabei gleichzeitig auch das Bewusstsein für die Bedeutung dieser personalen Ressource bei den sozialen Akteuren auszubauen.

Durchführung von erlebnisorientierten (Trainings-)Maßnahmen zur Stärkung der Selbstwirksamkeit

Denkbar wäre hierfür zum Beispiel das Angebot von erlebnisorientierten (Trainings-)Maßnahmen. Die wesentlichen Elemente dieser Trainingsmaßnahmen sollten Autonomie- und Kompetenzerleben sowie die soziale Einbindung in eine Gruppe sein (drei Basic Needs: Autonomieerleben, soziale Einbindung, Kompetenzerleben nach Ryan, R. M., & Deci, E. L. Selfdetermination theory and the facilitation of intrinsic motivation, social development, and well-being. *American Psychologist*, 55, 2000, S. 68-78).

Hierfür würden sich z.B. Aktionen im Kletterwald/Hochseilgarten oder auch GPS-geführte Schatzsuchen (Geocaching) o.Ä. anbieten. Eingebunden werden könnten dabei die Schulen und die ortsansässigen Vereine. Wenn Familien unter fachlicher Anleitung diverse Kletterpartien durchführen, sich dabei gegenseitig unterstützen bzw. motivieren, wird das Selbstvertrauen gestärkt (Autonomieerleben), der Teamgeist der Gruppe, der Familien verbessert (soziale Einbindung) und es werden Chancen zur Überwindung von Grenzen geboten und erlebt (Kompetenzerleben).

18.8 Spaß an Bewegung und Begegnung beim Sport fördern

Aus der Haushaltsbefragung geht hervor, dass sich gut 39% der befragten Eltern mit Bedarfen im Bereich „Gesundheit und Krankheit“ für sich selbst Unterstützung bzw. Motivation zur Teilnahme an Sportangeboten wünschen. In Bezug auf die Kinder sind es gut 36% der Befragten.

Dem Aspekt der Bewegungsförderung kommt (vermutlich) im Zuge der verstärkten Aufmerksamkeit und der Fördermöglichkeiten für gesunde Ernährung und Bewegung an Schulen und Tageseinrichtungen für Kinder (vgl. WHO-Setting „Gesunde Schule, Gesunde Kita“) schon vermehrt Aufmerksamkeit zu. Dennoch empfehlen wir, das Thema „Bewegung/Bewegungsförderung“ auf Kreis- bzw. Gemeindeebene z.B. im Rahmen besonderer Aktionen wie eines „Familiensporttages“ oder bei Fahrradtouren/Wanderungen in Zusammenarbeit mit Vereinen und Grundschulen zu befördern. Hierüber soll/kann nicht nur die sportliche Betätigung an sich gefördert werden, sondern auch das Zusammen treffen von und zwischen Familien.

18.9 „Frei-Zeiten“ für Eltern und Familien ermöglichen

Im Vorwort des 8. Familienberichts der Bundesregierung (2012) heißt es: „Familie erbringt unverzichtbare Leistungen für unser Gemeinwesen. Sie erzieht junge Menschen, investiert in private und öffentliche Fürsorge und stiftet sozialen Zusammenhalt. Diese Leistungen werden aber nicht selbstverständlich erbracht. Um zu gewährleisten, dass Familien die ihnen zugeschriebenen Aufgaben auch zukünftig erfüllen können, brauchen sie Schutz und Unterstützung durch Staat und Gesellschaft. Eines der wesentlichen Unterstützungsmerkmale, auf die Familien dabei angewiesen sind, ist ein hinreichendes und verlässlich verfügbares Maß an Zeit für Familie“.



Denn Familie braucht Zeit, um überhaupt als Familie zu existieren, sich als solche zu erfahren, und um emotionale Bindungen, Vertrauen und wechselseitige Fürsorge entstehen zu lassen und aufrechtzuerhalten.

Die Ergebnisse der Haushaltsbefragung in Bezug auf die wahrgenommenen psychischen Belastungen des Alltags und die größten Probleme zeigen eindeutig, dass die Alltagsorganisation, die Herausforderung, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, einen großen zeitlichen und organisatorischen Aufwand bzw. Stress für viele Familien bedeutet. Eltern finden dabei oft nur wenig Zeit für sich und ihren Partner/in. Die Spielräume für gemeinsame Erlebnisse, gemeinsam verbrachte Familienzeit werden durch unterschiedliche zeitliche Rhythmen und Verpflichtungen der einzelnen Familienmitglieder enger.

In der Akteursbefragung sprach ein sozialer Akteur auf die Frage nach den größten Problemen von Haushalten mit Kindern auch vom „Dehnungsstress“, der sich aus der „Vielortigkeit eines jeden Familienmitgliedes“ ergibt.

Da emotionale Bindung, Vertrauen und das Gefühl der Einbindung in familiäre Zusammenhänge eine wichtige personale Ressource darstellen, die wiederum im Sinne der Resilienz zu verstehen ist, und viele Eltern/Alleinerziehende sich im Rahmen des beschleunigten sozialen Alltags Entspannungsräume wünschen sowie auch Kinder Ruheinseln benötigen, schlagen wir vor, Eltern bzw. ganzen Familien „Frei-Zeiten“ vom üblichen Alltag zu ermöglichen.

Dies könnte z.B. im Rahmen besonderer Angebote einmal im Monat in Schwimmbädern, kulturellen Einrichtungen, Cafés etc. (vgl. besondere Aktionen und Preisnachlässe) geschehen. Zu einem Elterntag oder Familientag könnten auch die ortsansässigen Vereine, animieren indem sie Familiensporttage, oder auch die Kinder- und Jugendtreffs Ausflüge/Freizeiten für Eltern und Kinder anbieten.

Anstoßgeber könnten auch Tageseinrichtungen für Kinder und/oder Grundschulen sein, die zu Familientagen einladen oder auch im Rahmen von Sonderbetreuungszeiten der Kinder Eltern Zeit für gemeinsame Unternehmungen ermöglichen.

Denkbar wäre auch, eine Aktion unter dem Motto „Zeit zu verschenken“ ins Leben zu rufen, wo sich Bürger_innen untereinander „Frei-Zeiten“ ermöglichen, indem sie ehrenamtlich etwas von ihrer Zeit investieren, um Familien/Alleinerziehenden kleinere Aufgaben abzunehmen und ihnen damit Freiräume zu schaffen.

Die Ergebnisse der Haushaltsbefragung zeigen, dass in den Familien bereits ein großes Unterstützungspotenzial zu finden ist, da über die Hälfte aller Befragten aussagten, in den letzten sechs Monaten vor der Befragung anderen Personen außerhalb des eigenen Haushalts Hilfe/Unterstützung geleistet zu haben. Hinzu kommen die nicht erfassten Hilfeleistungen von kinderlosen Haushalten, die Unterstützungsleistungen erbringen.

Mit einer Aktion „Zeit zu verschenken“ könnten solche informellen Unterstützungsleistungen gleichzeitig öffentlich gemacht werden und damit auch mehr Anerkennung erfahren. So könnten auch besonders engagierte freiwillige Helfer oder im Gemeindevergleich diejenige Gemeinde mit der größten Familienzeitspende ausgezeichnet werden.

**18.10 Durchführung eines Fachtags „Arbeit und Gesundheit im Landkreis Lüchow-Dannenberg“**

In etlichen Studien wurde bereits auf den Einfluss der Arbeitsbedingungen auf die Gesundheit wie auch auf die Zusammenhänge zwischen schlechtem Gesundheitszustand und Arbeitslosigkeit (vgl. erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko durch einen schlechten Gesundheitszustand bzw. Erkrankungen, Gesundheitsrisiko Arbeitslosigkeit, Spirale von Arbeitslosigkeit und schlechter Gesundheit) eingegangen.

Eindeutige Hinweise auf Zusammenhänge dieser Art lassen sich auch in der Haushaltsbefragung finden. Auf die offene Frage „was belastet Sie psychisch im Alltag am meisten“, wurden von den Befragten mit 22,2% aller Nennungen am häufigsten Antworten gegeben, die der Kategorie „Arbeitsdruck/Arbeitsbelastung, Arbeitssituation“ zuzuordnen waren. Außerdem zeigt die Analyse der von den Haushalten genannten größten Probleme bzw. der dann zentralen Problempaare (siehe Abbildung Nr. 28 und 29), dass Probleme im Bereich „körperliche Gesundheit“ und „Arbeitsplatzbelastung, Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit“ die am häufigsten zusammen auftretende Problempaarung darstellen.¹³

Auch vor dem Hintergrund, dass in den letzten Jahren die Aufmerksamkeit bzgl. Gesundheitsförderung eher auf die Settings Tageseinrichtung für Kinder und Schule gerichtet wurde, empfehlen wir, das Thema „Gesundheitsförderung“ in Unternehmen/Betrieben im Rahmen eines integrierten Gesundheitsförderungskonzepts aufzugreifen.

Dabei dürfte es zunächst nötig sein, sich einen Überblick über die bei relevanten Arbeitgebern in der Region bestehenden Angebote/Projekte betrieblicher Gesundheitsförderung zu verschaffen.

Eventuell ließen sich auch in einigen Betrieben Befragungen zum Vorhandensein von und zur Zufriedenheit mit Angeboten betrieblicher Gesundheitsfürsorge durchführen bzw. dies in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen, denn in § 20c heißt es: Die Krankenkassen fördern mit Leistungen zur Gesundheitsförderung in Betrieben (betriebliche Gesundheitsförderung) insbesondere den Aufbau und die Stärkung gesundheitsförderlicher Strukturen. Hierzu erheben sie unter Beteiligung der Versicherten und der Verantwortlichen für den Betrieb sowie der Betriebsärzte und der Fachkräfte für Arbeitssicherheit die gesundheitliche Situation einschließlich ihrer Risiken und Potenziale und entwickeln Vorschläge zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation sowie zur Stärkung der gesundheitlichen Ressourcen und Fähigkeiten und unterstützen deren Umsetzung.

Im Rahmen eines zu organisierenden Fachtages ließe sich ein Austausch über den Stand der Gesundheitsförderung in kleinen und mittleren Betrieben im Landkreis Lüchow-Dannenberg initiieren wie auch über Möglichkeiten der betrieblichen Gesundheitsförderung diskutieren, wobei auch über Good-Practice Ansätze informiert werden sollte.

Wenn Unternehmen/Betriebe zu einer gelingenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen, so wirkt sich dies zudem auf die Erhaltung der Gesundheit ihrer Mitarbeiter_innen aus.

¹³ Interessant ist, dass laut Gesundheitsreport der Techniker Krankenkasse 2015 der Landkreis Lüchow-Dannenberg mit durchschnittlich 18,6 Arbeitsunfähigkeitstagen je Versicherten den vierthöchsten Wert von allen Städten bzw. Landkreisen/Regionen in Niedersachsen aufwies (vgl. <https://www.tk.de/tk/regional/niedersachsen/pressemitteilungen/773046>)



18.11 Gesundheitsförderungsmaßnahmen für Arbeitslose erschließen

Zusätzlich sollten in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter erweiterte Möglichkeiten der Gesundheitsförderung von Arbeitslosen ausgelotet werden. Insbesondere bei Langzeitarbeitslosen ist Gesundheitsförderung ein wichtiger Baustein, um die Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen. Das SGB II und das SGB III bieten nur einen geringen Spielraum für Gesundheitsförderung im Rahmen von Aktivierungs-/Qualifizierungsmaßnahmen. Leistungen zur Gesundheitsförderung und Prävention sind daher auch für die Zielgruppe der Arbeitslosen im Rahmen des neuen Präventionsgesetzes zu finden.

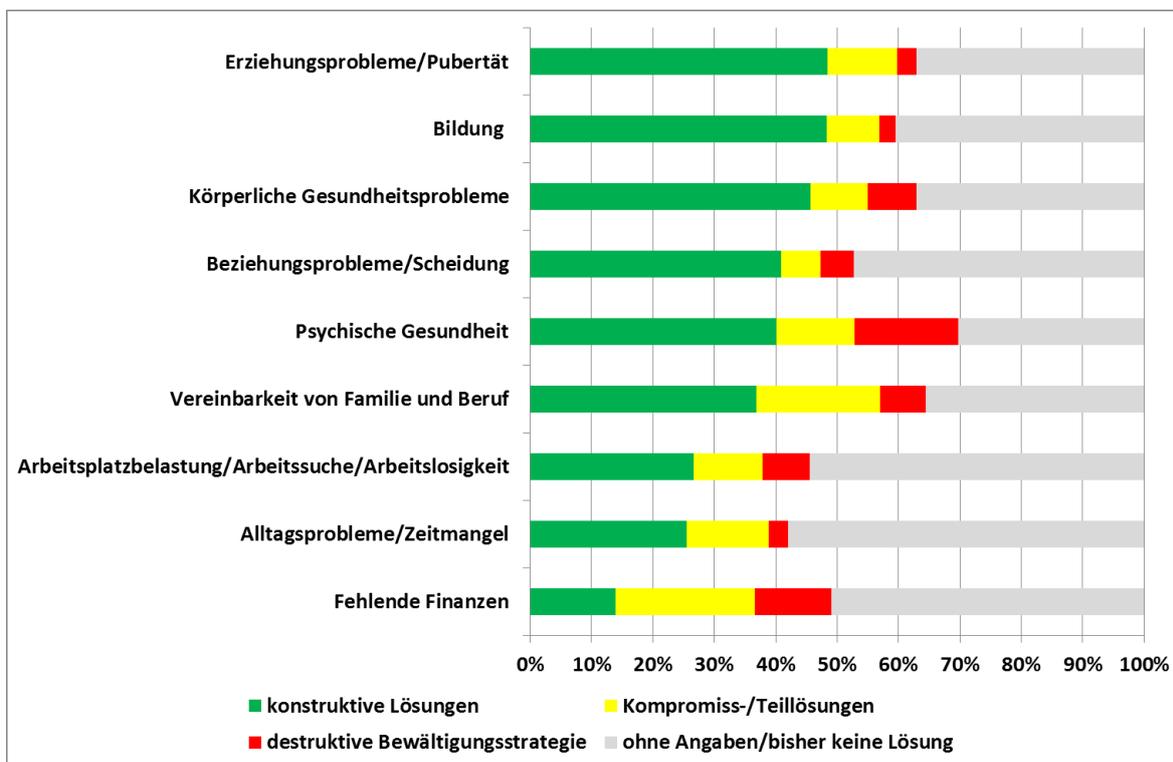
Nach § 20a, Abs. 1 SGB V gilt: Bei der Erbringung von Leistungen für Personen, deren berufliche Eingliederung aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen besonders erschwert ist, arbeiten die Krankenkassen mit der Bundesagentur für Arbeit und mit den kommunalen Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende eng zusammen. § 20c SGB V regelt die Leistungen zum Aufbau und zur Stärkung gesundheitsförderlicher Strukturen in Betrieben.

18.12 Steigerung der Wirksamkeit der Gesundheitsangebote

Die Auswertung der offenen Antworten auf die Frage nach den größten Problemen der Haushalte und entsprechenden Lösungen enthält Hinweise auf eine eher geringe Wirksamkeit der Hilfen und Hilfesysteme (siehe Bericht „Sozialraumanalyse des Landkreises Lüchow-Dannenberg, Sonderbericht I - „Probleme und Problemlösungen“ - Auswertung der offenen Fragen“).

In der folgenden Abbildung sind die Problemkategorien nach der Höhe der Anteilswerte hinsichtlich der konstruktiven Lösung aufgetragen. Dabei haben wir uns auf die neun größten Problembereiche konzentriert (die Bereiche mit mehr als 90 Problemnennungen).

Abbildung 38: Problemkategorien und Problemlösungen – die neun Problembereiche mit den häufigsten Problemnennungen



**Tabelle 39: Problemkategorien und Problemlösungen – die neun Problembereiche mit den häufigsten Problemnennungen**

	genannte Probleme	Problemlösungen	konstruktive Lösung	Kompromiss-/Teillösungen	destruktive Bewältigungsstrategie	ohne Angaben/bisher keine Lösung
	Anzahl		Anteil			
Erziehungsprobleme/Pubertät	92	97	48,5%	11,3%	3,1%	37,1%
Bildung	153	153	48,4%	8,5%	2,6%	40,5%
Körperliche Gesundheitsprobleme	261	280	45,7%	9,3%	7,9%	37,1%
Beziehungsprobleme/Scheidung	110	110	40,9%	6,4%	5,5%	47,3%
Psychische Gesundheitsprobleme	128	142	40,1%	12,7%	16,9%	30,3%
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	158	163	36,8%	20,2%	7,4%	35,6%
Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/ Arbeitslosigkeit	168	169	26,6%	11,2%	7,7%	54,4%
Alltagsprobleme/Zeitmangel	157	157	25,5%	13,4%	3,2%	58,0%
Fehlende Finanzen	215	216	13,9%	22,7%	12,5%	50,9%

Wird zum einen unsere Annahme geteilt, dass das Ausbleiben einer Antwort auf die Frage, wie die Probleme gelöst wurden, als Fehlen einer adäquaten Lösung für die entsprechenden Probleme interpretiert werden kann, und zum anderen unsere Ansicht, dass, wenn Probleme nicht adäquat gelöst werden, diese ungelösten Probleme einen **Dominoeffekt** auslösen und andere Lebensbereiche negativ beeinflussen können, dann besteht in allen neun Bereichen – und damit auch im Gesundheitsbereich - erheblicher Handlungsbedarf nach wirkungsvollen bzw. wirkungsvolleren Problemlösungen (siehe auch Handlungsempfehlung Nr. 9: „Wirkung als ein konstituierendes Merkmal der Hilfesysteme etablieren“).

In diesem Zusammenhang sollte geprüft werden, inwieweit sich durch das neue Präventionsgesetz (Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (PrävG in Kraft seit dem 01.01.2016) Möglichkeiten der finanziellen Förderung ergeben. Denn erklärtes Ziel des Gesetzes ist es, bessere Grundlagen für eine stärkere Zusammenarbeit der Sozialversicherungsträger, Länder und Kommunen in den Bereichen Prävention und Gesundheitsförderung zu geben und mehr Mittel in Gesundheitsförderung und Prävention in den Settings Tageseinrichtung für Kinder, Schule, Kommune und Betrieb zu investieren (vgl. Präventionsprogramme z.B. im Rahmen der Bewegungsförderung in der Natur). Außerdem werden mehr Mittel zur Unterstützung der gesundheitlichen Selbsthilfe (Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen) bereitgestellt.



6 Handlungsempfehlungen im Handlungsfeld „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“

19	Sensibilisierung aller Beteiligten (Arbeitgeber, Gewerkschaften, Betriebsräte, Akteure, die mit den Eltern zu tun haben – Lehrer_innen, Erzieher_innen etc.) für die Zusammenhänge zwischen beruflichen und familiären Problemen, insbesondere wenn es keine adäquaten Problemlösungen gibt
20	Familienbewusstheit bei Arbeitgebern und familiengerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen fördern/erhöhen

Einleitung

„Bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote wie auch die familiengerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen sind für Familien vielfach die Voraussetzung für den Zuzug oder den Verbleib in einer Region. Zudem entscheidet sich an den Perspektiven zur Vereinbarkeit, inwiefern mehr Frauen und Männer ohne Sorge um ihre berufliche Kontinuität und um ihre wirtschaftliche Sicherheit eine Familie gründen oder erweitern können“ (BMFSFJ 2012: Familienatlas 2012, S. 12).

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Kriterium bei der Bewertung/Beurteilung der Familienfreundlichkeit einer Region und der regionsangehörigen Gemeinden. Aber auch im Rahmen einer zeitgemäßen Familienpolitik gilt es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen.

Ein entscheidender, wenn auch nicht der einzige Einflussfaktor ist dabei die Quantität und Qualität von Betreuungsangeboten von Kindern unter sechs Jahren und von Kindern von sechs bis unter 15 Jahre.

Siehe dazu unsere Ausführungen zu den Handlungsempfehlungen Nr. 13 und 14: Ausbau der Betreuungsangebote/Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 6 Jahre und Verbesserung/Flexibilisierung der Betreuungsangebote und Ausbau der Betreuungsangebote/Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von 6 bis unter 15 Jahre sowie Verbesserung/Flexibilisierung der Betreuungsangebote.

Ausgangssituation

Aus der Haushaltsbefragung 2015 wissen wir, dass es über ein Viertel (26,6%) der befragten Eltern im Landkreis eher oder sehr schwierig finden, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren.

Auch aus den Angaben auf die offene Frage, was die Befragten am meisten psychisch belastet oder was die größten Probleme waren, wird deutlich, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für viele Familien mit minderjährigen Kindern nach wie vor eine große Herausforderung darstellt.

Aus den Ergebnissen der Haushaltsbefragung ist weiterhin bekannt, was die Befragten, denen es schwerfällt Beruf und Familie zu vereinbaren, hilfreich fänden. Es wurden vier konkrete Aspekte abgefragt:

- mehr Verständnis für familiäre Verpflichtungen
- flexiblere Arbeitszeiten
- Möglichkeit, von zu Hause zu arbeiten und
- Kinderbetreuungsmöglichkeiten im Betrieb/der Firma

Abbildung 39: Bessere Vereinbarkeit von Beruf/Arbeit und Familie

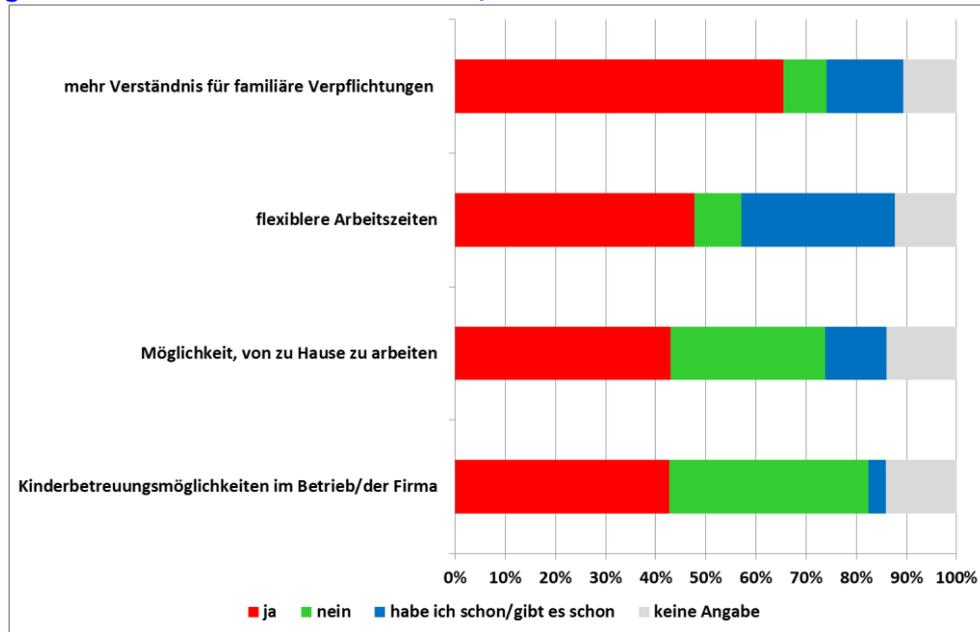


Tabelle 40: Bessere Vereinbarkeit von Beruf/Arbeit und Familie

	ja		nein		habe ich schon/gibt es schon		keine Angabe		insgesamt	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
Mehr Verständnis für familiäre Verpflichtungen	65,4%	519	8,7%	69	15,2%	121	10,7%	85	100,0%	794
flexiblere Arbeitszeiten	47,7%	379	9,3%	74	30,6%	243	12,3%	98	100,0%	794
Möglichkeit, von zu Hause zu arbeiten	42,9%	341	30,9%	245	12,2%	97	14,0%	111	100,0%	794
Kinderbetreuungsmöglichkeiten im Betrieb/der Firma	42,7%	339	39,7%	315	3,5%	28	14,1%	112	100,0%	794

Grundsätzlich wird von den meisten mehr Verständnis für familiäre Verpflichtungen im Umfeld und/oder beim Arbeitgeber gewünscht. So sagten 48% der befragten Haushalte, für die sich die Vereinbarkeit eher schwierig oder sehr schwierig gestaltet, dass ihnen flexiblere Arbeitszeiten helfen würden - wobei bereits gut 30% der Befragten, die Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit haben, aus-sagen, auch schon über flexiblere Arbeitszeiten zu verfügen.

Nur 3,5% sagten, dass es eine Kinderbetreuungsmöglichkeit im Betrieb/in der Firma gebe. Somit fänden knapp 43% dies hilfreich, um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können, aber fast genauso viele, nämlich fast 40%, auch nicht.

Probleme und Problemlösungen

Ein Aspekt, der bisher möglicherweise im Rahmen der Diskussionen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf keine oder kaum Berücksichtigung fand und auf den wir bei der Auswertung der offenen Antworten auf die Frage nach den Problemen und Problemlösungen stießen, ist der Aspekt des Zusammenhangs zwischen Familie und Beruf/Arbeit und dem Dominoeffekt bezüglich bisher nicht gelöster Probleme.

An dieser Stelle sei noch einmal das entsprechende zentrale Auswertungsergebnis bezüglich der genannten großen Probleme in den Haushalten und zu den Problemlösungen dargestellt.



Abbildung 40: Problemkategorien und Problemlösungen - die neun Problembereiche mit den häufigsten Problemnennungen

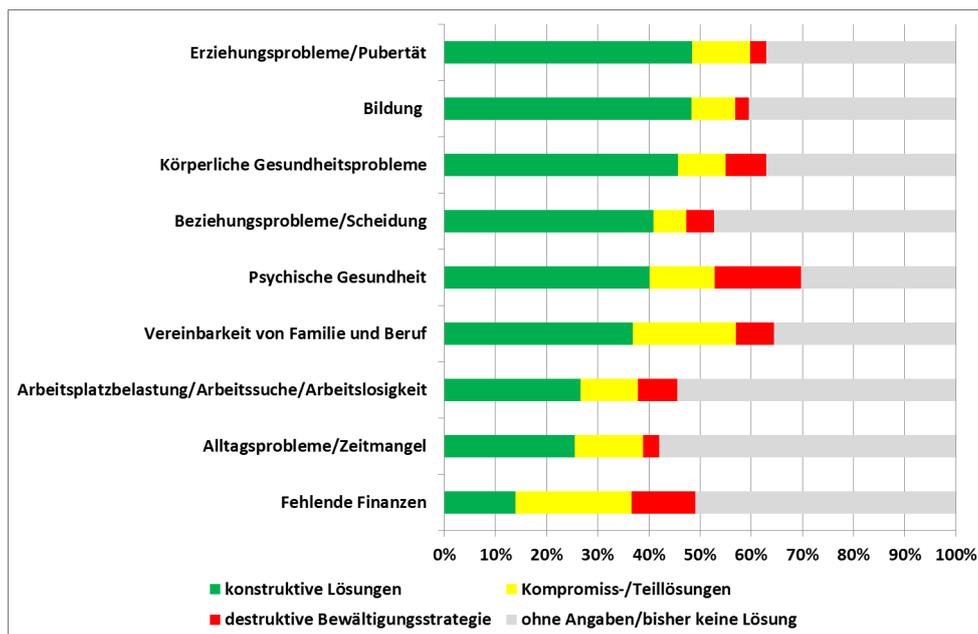


Tabelle 41: Problemkategorien und Problemlösungen – die neun Problembereiche mit den häufigsten Problemnennungen

genannte Probleme	Problem-lösungen	kon- struktive Lösung	Kompro- miss-/Teil- lösungen	destruktive Bewältigungs- strategie	ohne Anga- ben/bisher keine Lö- sung	
Anzahl		Anteil				
Erziehungsprobleme/Pubertät	92	97	48,5%	11,3%	3,1%	37,1%
Bildung	153	153	48,4%	8,5%	2,6%	40,5%
Körperliche Gesundheitsprobleme	261	280	45,7%	9,3%	7,9%	37,1%
Beziehungsprobleme/Scheidung	110	110	40,9%	6,4%	5,5%	47,3%
Psychische Gesundheitsprobleme	128	142	40,1%	12,7%	16,9%	30,3%
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	158	163	36,8%	20,2%	7,4%	35,6%
Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/ Arbeitslosigkeit	168	169	26,6%	11,2%	7,7%	54,4%
Alltagsprobleme/Zeitmangel	157	157	25,5%	13,4%	3,2%	58,0%
Fehlende Finanzen	215	216	13,9%	22,7%	12,5%	50,9%

Die Tabelle zeigt zum einen, dass der Bereich „Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/ Arbeitslosigkeit“ bezüglich der Anzahl der genannten Probleme mit 168 Problemen der Bereich mit dem drittmeisten Problem ist. Gleichzeitig ist dies der Bereich, in dem es mit 54,4% am zweithäufigsten die Antwort „bisher keine Lösung“ oder keine Angabe gab.

Die Probleme, die in diesem Bereich genannt wurden, konzentrieren sich auf die Situation im Beruf und am Arbeitsplatz, die durch Überlastung, Unsicherheit etc. gekennzeichnet ist.

Im Bereich Beziehungsprobleme/Scheidung wurden zwar weniger Probleme genannt, aber mit 47,7% ist dies der Bereich mit der vierthäufigsten Antwort „bisher keine Lösung“ oder es keine Angabe gab. Das heißt, in beiden Bereichen gibt es eine hohe Anzahl von Problemen, für die es bisher (noch) keine Lösung gibt (einmal etwas mehr als 50% und einmal etwas weniger als 50%). Damit gibt es in beiden Bereichen ein hohes Potenzial an Situationen mit Dominoeffekt, wenn die jeweils bereichseigenen



Probleme nicht gelöst werden, in den jeweils anderen Bereich hineinstrahlen und sich dort negativ auswirken.

Laut einer Auswertung des Fürstenberg-Institutes belasten vor allem Partnerschaftsprobleme Arbeitnehmende (Artikel „Kollegen in der Krise“ in der „Süddeutschen Zeitung“, 16. Juni 2016, Nr. 137, S. 20).

Handlungsempfehlung Nr. 19:

Sensibilisierung aller Beteiligten (Arbeitgeber, Gewerkschaften, Betriebsräte, Akteure, die mit den Eltern zu tun haben – Lehrer_innen, Erzieher_innen etc.) für die Zusammenhänge zwischen beruflichen und familiären Problemen, insbesondere wenn es keine adäquaten Problemlösungen gibt

Bei der Umsetzung dieser Handlungsempfehlung könnten Betriebe mit externen Beratungsstellen (z.B. Eheberatung, Schuldnerberatung) kooperieren.

Die Tabelle und die Abbildung zeigen auch, dass es im Bereich „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ nur einen Anteil von 36,4% konstruktiver Lösungen gab (viertschlechtester Anteilswert). Und mit 20,0% Kompromiss-/Teillösungen verzeichnet dieser Bereich den zweithöchsten Anteilswert. Da sich die Probleme in diesem Bereich fast ausschließlich darauf konzentrieren, den Arbeitsalltag mit der Betreuung der Kinder „unter einen Hut zu bringen“, ist dies ein weiterer Hinweis darauf, den Ausbau und die Verbesserung/Flexibilisierung der Betreuungsangebote im Landkreis (verstärkt) anzugehen.

Handlungsempfehlung Nr. 20:

Familienbewusstheit bei Arbeitgebern und familiengerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen fördern/erhöhen

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, bedarf es auf der anderen Seite auch familienfreundlicher Arbeitgeber, die sodann die familiengerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen erhöhen. Nur so kann auch in Zusammenhang mit demografischen Verschiebungen auftretenden Gefahren von Fachkräftemangel und sogenanntem „brain drain“ im Landkreis begegnet werden.

Nach den Ergebnissen des Familienatlas 2012 schnitt Lüchow-Dannenberg hier noch äußerst schlecht ab, da die Zahl der mit dem audit berufundfamilie¹⁴ zertifizierten Arbeitgeber je 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort bei 0,0 lag (vgl. www.prognos.com/familienatlas). In den angrenzenden Landkreisen sah die Situation schon deutlich besser aus: Uelzen schnitt mit 11,8 überdurchschnittlich, Lüneburg mit einem Wert von 2,0 durchschnittlich und der Landkreis Salzwedel mit einem Wert von 7,5 auch eher überdurchschnittlich ab. Insoweit gilt es zu überprüfen, ob und inwieweit es in Lüchow-Dannenberg seitdem positive Veränderungen gegeben hat bzw. im Landkreis ansässige Arbeitgeber für eine solche Auditierung gewonnen werden können.

Im Weiteren sollten regionale Unternehmen über die Vorteile familienfreundlicher Arbeitsplätze, konkrete Ansätze der betrieblichen Unterstützung bzw. Beteiligung an der Kinderbetreuung/Kinderbetreuungskosten etc. offensiver informiert und die Kooperationen zwischen Unternehmen, Kinderbetreuungseinrichtungen und dem Landkreis ausgeweitet werden. (vgl. auch Akteur Wirtschaftsförderung Lüchow-Dannenberg).

¹⁴ Das Audit unterstützt Arbeitgebende, eine familienbewusste Personalpolitik umzusetzen, indem Potenziale und individuelle Lösungen ermittelt werden. Im Rahmen der Auditierung, die in der Regel nach drei Monaten abgeschlossen ist und an deren Ende die Vergabe eines Zertifikats steht, werden konkrete Ziele und Maßnahmen erarbeitet. Deren praktische Umsetzung überprüft die berufundfamilie gGmbH - eine Initiative der gemeinnützigen Hertie-Stiftung - jährlich.



7 Handlungsempfehlungen im Handlungsfeld „Mobilität“

Einleitung

Beschäftigt man sich mit der Situation in ländlichen Regionen wie dem Landkreis Lüchow-Dannenberg und liest Berichte zu entsprechenden Tagungen, Kongressen etc., so wird immer wieder davon berichtet, dass das Thema „Mobilität“ ein schwieriges, aber zentrales Thema ist (u.a. 20. Dorfsymposium in Luisenthal/Thüringer Wald, 2016; Artikel „Wenn nur die Kirche im Dorf bleibt“, „Süddeutsche Zeitung“ vom 15. Juni 2016, Nr. 136, S. 6).

Und in der Tat ist Mobilität im ländlichen Raum ein wesentlicher Schlüssel und eine zentrale Voraussetzung für eine gelingende gesellschaftliche Teilhabe. Denn häufig ist der Wohnort der Haushalte in A, die Arbeit in B und die Kinderbetreuung/Grundschule in C. Dabei kann die notwendige Mobilität zum einen über einen entsprechend ausreichenden Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sichergestellt werden oder durch den Motorisierten Individualverkehr (MIV).

Ist die Situation durch unzureichende öffentliche Verkehrsmittel/-anbindung gekennzeichnet, so hängt die Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe in ländlichen Regionen oft vom Besitz eines PKWs ab. Und somit sind Bevölkerungsgruppen, die nicht über einen eigenen PKW verfügen, in Landkreisen (oft erheblich) benachteiligt. Es gilt somit - insbesondere für Bevölkerungsgruppen, die nicht über einen eigenen PKW verfügen -, eine Erreichbarkeitssicherung im ländlichen Raum herzustellen.

21	Umsetzung der Empfehlungen aus dem Nahverkehrsplan 2014-2018 Landkreis Lüchow-Dannenberg
22	Optimierung der Schülerbeförderung (z.B. Verkürzung der Zeit zwischen Ankunft der Busse und Unterrichtsbeginn, Ende des Unterrichtes und Abfahrt der Busse)
23	Analyse der bestehenden Mitfahrzentralen (inklusive Pendlerportal) und abhängig von der Analyse Weiterentwicklung des Angebotes oder Entwicklung alternativer Mitfahr-/Car-sharing-Angebote
24	Analyse der webbasierten Mitfahrzentrale „flinc“ und abhängig von der Analyse Überprüfung, ob die Entwicklung einer „Mitfahr-App“ für den Landkreis Lüchow-Dannenberg sinnvoll ist
25	Erhöhung der Fahrrad-Mobilität (Verbesserung der Radwege, Ausbau des Radwegenetzes)

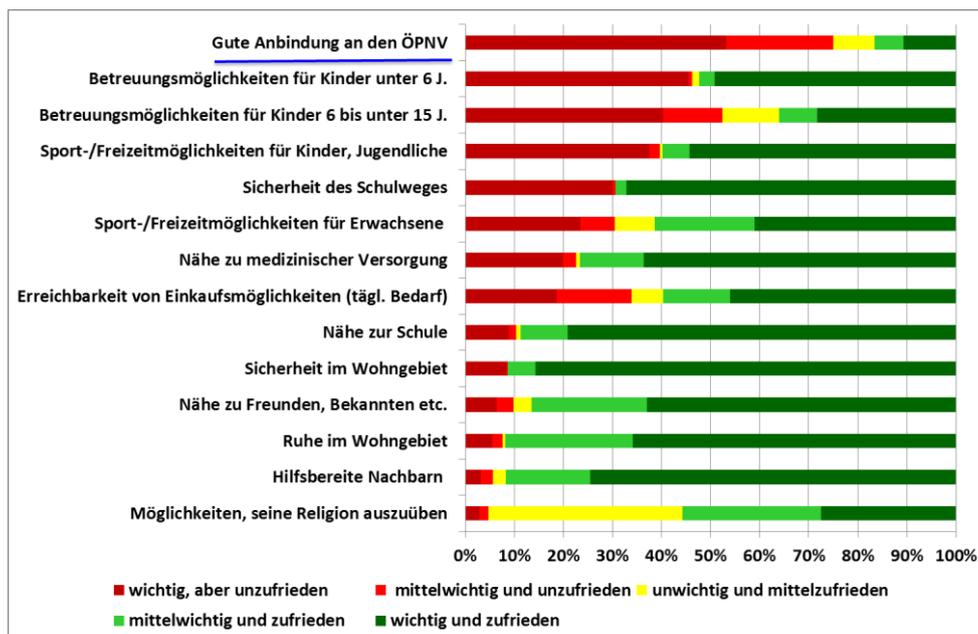
Ausgangssituation für die Handlungsempfehlungen Nr. 21 bis Nr. 25

Wichtigkeit und Zufriedenheit mit dem ÖPNV

Wir haben die Haushalte nach ihrer Zufriedenheit mit unterschiedlichen Aspekten gefragt, u.a. nach der Zufriedenheit mit einer guten Anbindung ihres Wohngebietes an den ÖPNV.

In die folgenden Auswertungsergebnisse gehen alle befragten Haushalte ein, die bezogen auf die einzelnen Aspekte die Fragen nach der Zufriedenheit (zufrieden, teils/teils, unzufrieden) und auch gleichzeitig die Fragen nach der Wichtigkeit (wichtig, teils/teils, unwichtig) beantwortet haben.

Abbildung 41: Zufriedenheit und Wichtigkeit zu unterschiedlichen Aspekten (Tabelle siehe S. 24)



Die Abbildung zeigt, dass über die Hälfte der Befragten (53,2%) eine gute Anbindung an den ÖPNV für wichtig halten, damit aber gleichzeitig unzufrieden sind. Dies ist der schlechteste Wert bezüglich aller abgefragten 14 Aspekte.

Addiert man zu diesem Anteilswert diejenigen hinzu, die eine gute Anbindung an den ÖPNV mittelwichtig finden und damit unzufrieden sind (21,9%), so fällt die Anbindung an den ÖPNV wiederum am stärksten negativ (75,1%) bei den abgefragten 14 Aspekten auf. So sind gut drei Viertel der Befragten mit dem ÖPNV, den sie wichtig und mittelwichtig finden, unzufrieden.

Anbindung des Wohngebiets an den ÖPNV

Im Rahmen der Mobilitätsfragen interessiert die Einschätzung der Befragten, wie gut ihr Wohngebiet durch den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erschlossen ist. Die Auswertung dieser Frage zeigt, dass über die Hälfte der Befragten sagen, dass ihr Wohngebiet schlecht erschlossen ist - sehr schlecht = 24,4% oder eher schlecht = 27,9%.

Abbildung 42: Anbindung des Wohngebiets an den ÖPNV nach Subgruppen

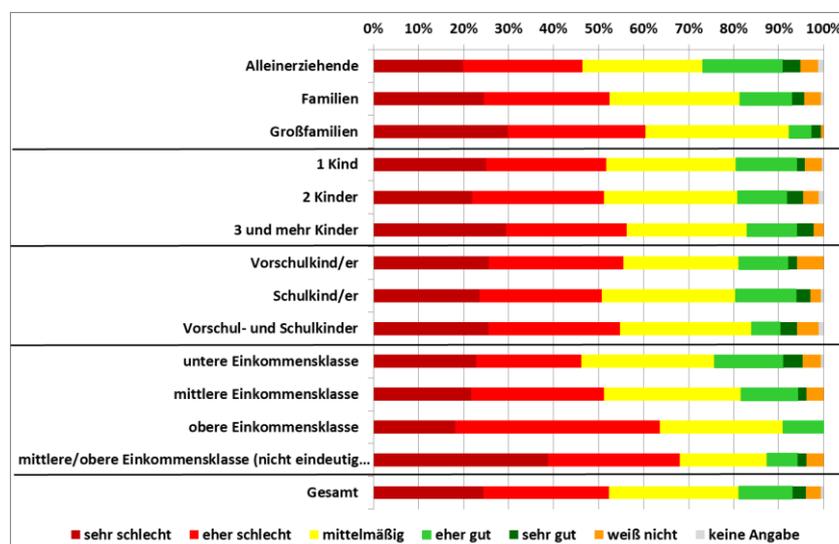




Tabelle 42: Anbindung des Wohngebiets an den ÖPNV nach Subgruppen

	sehr schlecht		eher schlecht		mittelmäßig		eher gut		sehr gut		weiß nicht		keine Angabe	
	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl	An-teil	An-zahl
Gesamt	24,4%	310	27,9%	354	28,9%	367	12%	152	2,9%	37	3,4%	43	0,6%	8
Alleinerziehende Familien	19,9%	46	26,4%	61	26,8%	62	17,7%	41	3,9%	9	3,9%	9	1,3%	3
Großfamilien	24,6%	218	27,8%	247	29,0%	257	11,6%	103	2,7%	24	3,7%	33	0,6%	5
1 Kind	25,0%	126	26,7%	135	28,9%	146	13,5%	68	1,8%	9	3,8%	19	0,4%	2
2 Kinder	21,9%	120	29,3%	161	29,7%	163	10,9%	60	3,6%	20	3,5%	19	1,1%	6
3 und mehr Kinder	29,5%	64	26,7%	58	26,7%	58	11,1%	24	3,7%	8	2,3%	5	0,0%	0
Vorschulkind/er	25,6%	65	29,9%	76	25,6%	65	11,0%	28	2,0%	5	5,9%	15	0,0%	0
Schulkind/er	23,5%	196	27,2%	227	29,6%	247	13,5%	113	3,1%	26	2,3%	19	0,7%	6
Vorschul- und Schulkinder	25,6%	43	29,2%	49	29,2%	49	6,5%	11	3,6%	6	4,8%	8	1,2%	2
untere Einkommensklasse	22,8%	106	23,4%	109	29,5%	137	15,3%	71	4,3%	20	4,1%	19	0,6%	3
mittlere Einkommensklasse	21,7%	102	29,5%	139	30,4%	143	12,7%	60	1,9%	9	3,8%	18	0,0%	0
obere Einkommensklasse	18,2%	4	45,5%	10	27,3%	6	9,1%	2	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0
mittlere/obere Einkommensklasse	38,8%	40	29,1%	30	19,4%	20	6,8%	7	1,9%	2	3,9%	4	0,0%	0

Wir haben die Haushalte zudem gefragt, wie sie sich persönlich fortbewegen und mit welcher Intensität sie dies tun. Die Abbildung 42 zeigt, dass die am häufigsten benutzte Mobilitätsart der eigene PKW ist, denn 61,7% der Befragten gaben an, den eigenen PKW täglich zu nutzen; 25,8% gaben an, den eigenen PKW mehrmals die Woche zu nutzen.

Abbildung 43: Art der persönlichen Fortbewegung

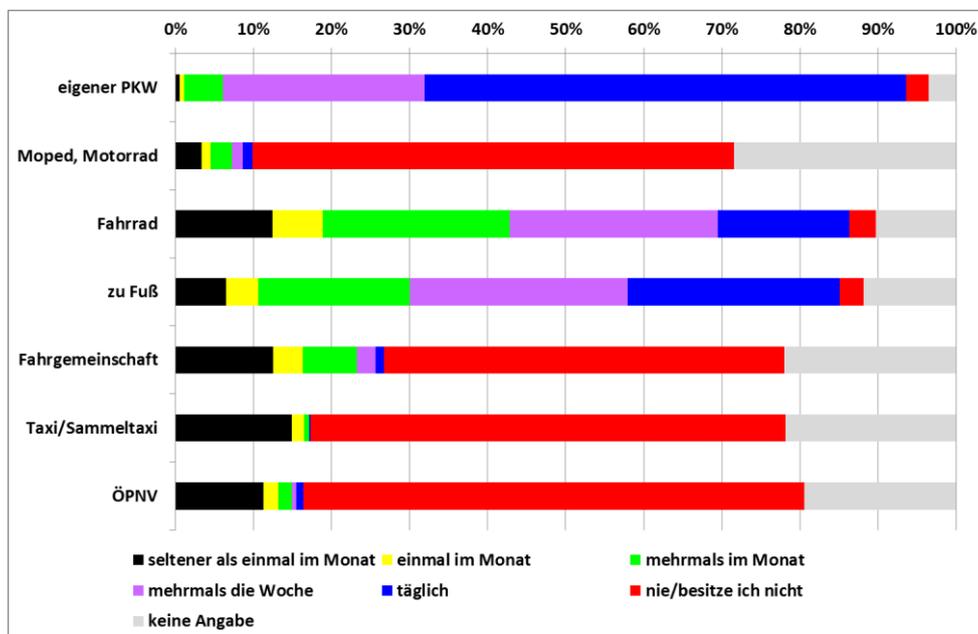




Tabelle 43: Mobilitätsart der Haushalte

	seltener als einmal im Monat		einmal im Monat		mehrmals im Monat		mehrmals die Woche		täglich		nie/besitze ich nicht		keine Angabe	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
eigener PKW	0,5%	6	0,6%	8	5,0%	63	25,8%	328	61,7%	784	2,9%	37	3,5%	45
Moped, Motorrad	3,3%	42	1,2%	15	2,7%	34	1,4%	18	1,3%	16	61,7%	784	28,5%	362
Fahrrad	12,4%	158	6,5%	82	24,0%	305	26,7%	339	16,8%	213	3,4%	43	10,3%	131
zu Fuß	6,5%	83	4,1%	52	19,4%	246	27,9%	355	27,1%	345	3,1%	40	11,8%	150
Fahrgemeinschaft	12,5%	159	3,8%	48	6,9%	88	2,4%	31	1,1%	14	51,3%	652	22,0%	279
Taxi, Sammeltaxi	14,9%	189	1,6%	20	0,6%	8	0,0%	0	0,2%	3	60,9%	774	21,8%	277
ÖPNV	11,3%	143	1,9%	24	1,7%	22	0,6%	7	0,9%	12	64,2%	816	19,4%	247

Dieses Ergebnis der Mobilitätsart und der Fortbewegung per PKW dürfte somit dem (suboptimalen) ÖPNV-Angebot und zum anderen der ländlichen Situation geschuldet sein.

Was die Nutzung des Fahrrades anbelangt, so gibt es einige Gemeinden, die erheblich über dem jeweiligen Durchschnittswert liegen. So liegt der durchschnittliche Anteilswert bei der täglichen Nutzung des Fahrrades bei 16,8%. Die Gemeinden Höhbeck (23,1%), Wustrow (24,1%) und Gartow (34,5%) liegen deutlich über dem Durchschnittswert. Und 26,7% aller Befragten sagten, dass sie mehrmals die Woche das Fahrrad nutzen. Wiederum gibt es einige Gemeinden, wie z.B. Damnatz (57,1%) die deutlich über diesem Anteilswert liegen.

Tabelle 44: Mobilitätsarten (Fahrrad) und Intensität nach Gemeinden

Fahrrad	Anzahl	seltener als einmal im Monat		einmal im Monat		mehrmals im Monat		mehrmals die Woche		täglich		nie/besitze ich nicht		keine Angabe	
		Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
Bergen an der Dumme	28	10,7%	3	7,1%	2	10,7%	3	25,0%	7	14,3%	4	10,7%	3	21,4%	6
Clenze	63	7,9%	5	4,8%	3	22,2%	14	31,7%	20	27,0%	17	4,8%	3	1,6%	1
Damnatz	7	0,0%	0	0,0%	0	14,3%	1	57,1%	4	14,3%	1	0,0%	0	14,3%	1
Dannenberg	229	11,8%	27	7,4%	17	26,2%	60	25,3%	58	18,3%	42	2,2%	5	8,7%	20
Gartow	31	3,2%	1	0,0%	0	25,8%	8	25,8%	8	35,5%	11	3,2%	1	6,5%	2
Göhrde	13	38,5%	5	7,7%	1	23,1%	3	15,4%	2	0,0%	0	0,0%	0	15,4%	2
Gorleben	14	7,1%	1	0,0%	0	35,7%	5	42,9%	6	14,3%	2	0,0%	0	0,0%	0
Gusborn	33	12,1%	4	6,1%	2	18,2%	6	33,3%	11	15,2%	5	3,0%	1	12,1%	4
Hitzacker	122	9,8%	12	10,7%	13	25,4%	31	26,2%	32	14,8%	18	4,9%	6	8,2%	10
Höhbeck	13	23,1%	3	0,0%	0	23,1%	3	15,4%	2	23,1%	3	0,0%	0	15,4%	2
Jameln	31	12,9%	4	6,5%	2	29,0%	9	35,5%	11	9,7%	3	3,2%	1	3,2%	1
Karwitz	24	16,7%	4	4,2%	1	25,0%	6	16,7%	4	0,0%	0	12,5%	3	25%	6
Küsten	40	12,5%	5	10,0%	4	27,5%	11	27,5%	11	12,5%	5	0,0%	0	10,0%	4
Langendorf	20	15,0%	3	20,0%	4	25,0%	5	25,0%	5	10,0%	2	5,0%	1	0,0%	0
Lemgow	42	7,1%	3	0,0%	0	38,1%	16	19,0%	8	16,7%	7	2,4%	1	16,7%	7
Lübbow	25	12,0%	3	8,0%	2	36,0%	9	32,0%	8	4,0%	1	0,0%	0	8,0%	2
Lüchow	222	12,6%	28	7,7%	17	20,3%	45	23,4%	52	19,4%	43	3,6%	8	13,1%	29
Luckau	24	16,7%	4	4,2%	1	33,3%	8	20,8%	5	12,5%	3	0,0%	0	12,5%	3
Neu Darchau	28	10,7%	3	7,1%	2	17,9%	5	21,4%	6	14,3%	4	7,1%	2	21,4%	6
Prezelle	12	0,0%	0	0,0%	0	8,3%	1	50,0%	6	25,0%	3	0,0%	0	16,7%	2
Schnackenburg	12	8,3%	1	8,3%	1	50,0%	6	33,3%	4	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0
Schnega	29	17,2%	5	6,9%	2	27,6%	8	27,6%	8	10,3%	3	0,0%	0	10,3%	3
Trebel	31	19,4%	6	9,7%	3	12,9%	4	29,0%	9	12,9%	4	3,2%	1	12,9%	4
Waddeweitz	25	16,0%	4	0,0%	0	24,0%	6	20,0%	5	12,0%	3	12,0%	3	16,0%	4
Woltersdorf	31	19,4%	6	6,5%	2	22,6%	7	16,1%	5	19,4%	6	0,0%	0	16,1%	5
Wustrow	83	10,8%	9	1,2%	1	19,3%	16	37,3%	31	24,1%	20	2,4%	2	4,8%	4
Zernien	35	25,7%	9	5,7%	2	20,0%	7	28,6%	10	8,6%	3	5,7%	2	5,7%	2
Gesamt	1.271	12,4%	158	6,5%	82	24,0%	305	26,7%	339	16,8%	213	3,4%	43	10,3%	131



„Elternfahrdienst“

Die Eltern wurden auch gefragt, wie häufig sie ihr Kind/ihre Kinder mit dem PKW

- zum Kindergarten/zur Kinderbetreuung,
- zur Schule,
- zu Freizeitaktivitäten (Sportverein, Reiten etc.) und
- zu Freunden fahren.

PKW-Fahrten zum Kindergarten/zur Kinderbetreuung des Kindes/der Kinder

In der folgenden Abbildung sind die Auswertungsergebnisse hinsichtlich der PKW-Fahrten zum Kindergarten/zur Kinderbetreuung dargestellt. Relevant sind die beiden Balken zu den Subgruppen „Vorschulkind“ und „Vorschul- und Schulkinder“. Die hohen Anteile bei den anderen Subgruppen bezüglich „keine Angabe“ erklären sich dadurch, dass es in diesen Haushalten keine Vorschul Kinder gab.

Wenn Vorschul Kinder in den Haushalten lebten, dann gaben über 80% der Eltern an, dass sie regelmäßig ihr Kind mit dem PKW zum Kindergarten oder zur Kinderbetreuung fahren.

Abbildung 44: PKW-Fahrten zum Kindergarten/zur Kinderbetreuung nach Subgruppen

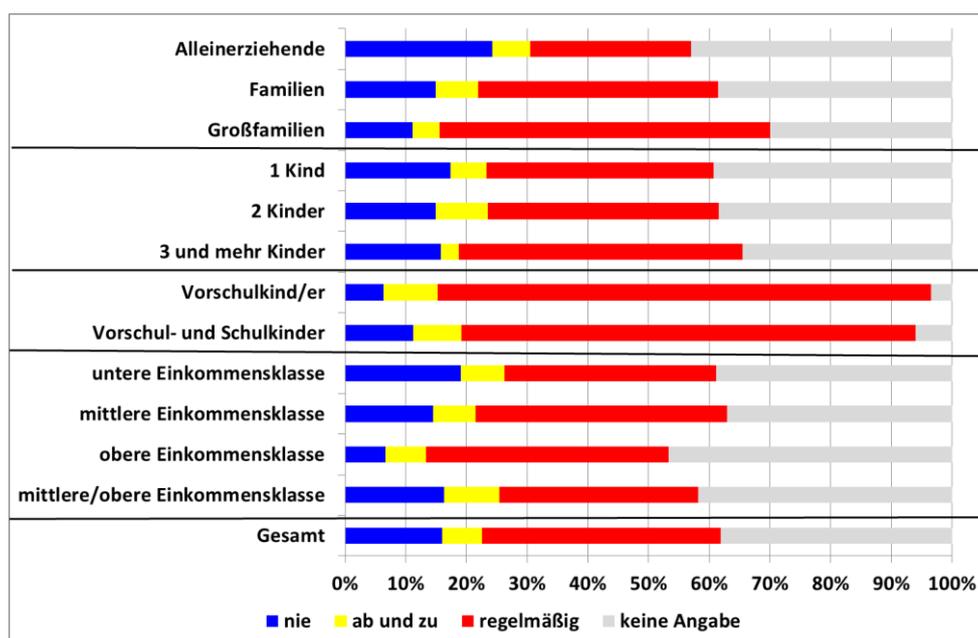


Tabelle 45: PKW-Fahrten zum Kindergarten/zur Kinderbetreuung

	nie		ab und zu		regelmäßig		keine Angabe		insgesamt Anzahl
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	
Vorschulkind/er	6,4%	13	8,9%	18	81,3%	165	3,4%	7	203
Vorschul- und Schulkinder	11,3%	17	7,9%	12	74,8%	113	6,0%	9	151



PKW-Fahrten zur Schule des Kindes/der Kinder

Die folgende Abbildung zeigt, dass trotz der eingesetzten Schulbusse immerhin noch 18,6% der Eltern regelmäßig ihre Kinder zur Schule fahren. Der größte Teil der Eltern (55,1%) fährt die Kinder ab und zu zur Schule.

Abbildung 45: PKW-Fahrten zur Schule nach Subgruppen

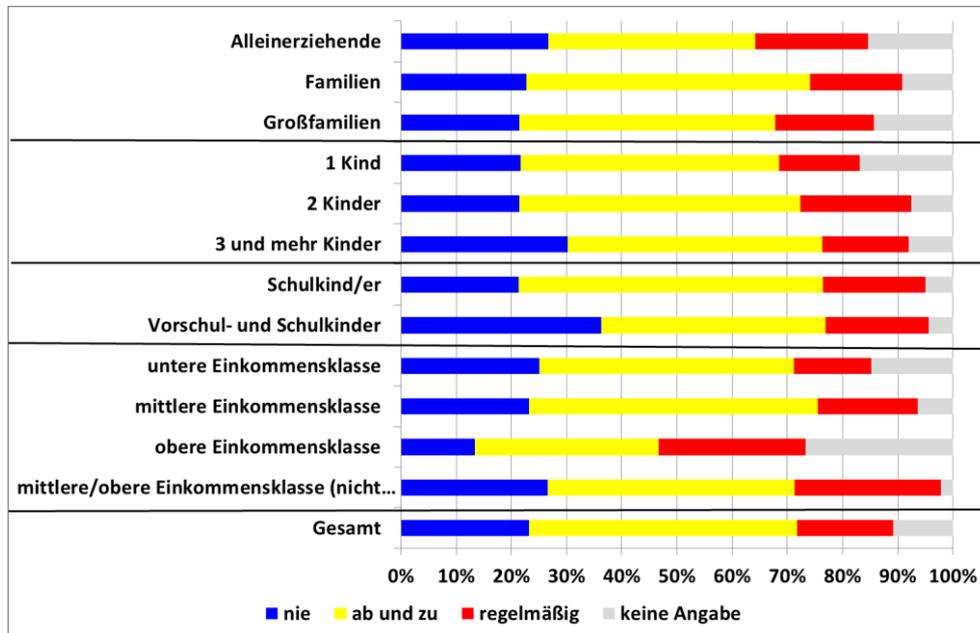


Tabelle 46: PKW-Fahrten zur Schule nach Subgruppen

	nie		ab und zu		regelmäßig		keine Angabe		insgesamt Anzahl
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	
Gesamt	23,2%	237	48,6%	496	17,3%	177	10,9%	111	1.021
Alleinerziehende	26,7%	47	37,5%	66	20,5%	36	15,3%	27	176
Familien	22,7%	165	51,4%	373	16,7%	121	9,2%	67	726
Großfamilien	21,4%	24	46,4%	52	17,9%	20	14,3%	16	112
1 Kind	21,6%	77	46,9%	167	14,6%	52	16,9%	60	356
2 Kinder	21,5%	100	50,9%	237	20,2%	94	7,5%	35	466
3 und mehr Kinder	30,2%	60	46,2%	92	15,6%	31	8,0%	16	199
Schulkind/er	21,4%	167	55,1%	430	18,6%	145	5,0%	39	781
Vorschul- und Schulkinder	36,3%	58	40,6%	65	18,8%	30	4,4%	7	160
untere Einkommensklasse	25,1%	93	46,1%	171	14,0%	52	14,8%	55	371
mittlere Einkommensklasse	23,2%	87	52,3%	196	18,1%	68	6,4%	24	375
obere Einkommensklasse	13,3%	2	33,3%	5	26,7%	4	26,7%	4	15
mittlere/obere Einkommensklasse	26,6%	25	44,7%	42	26,6%	25	2,1%	2	94



PKW-Fahrten zu den Freizeitaktivitäten des Kindes/der Kinder

Die Auswertung zur Frage nach den PKW-Fahrten der Eltern zu Freizeitaktivitäten der Kinder zeigt ein völlig anderes Bild als die Auswertung der PKW-Fahrten der Eltern zur Schule

Die folgende Abbildung zeigt, dass insgesamt über die Hälfte der Befragten (58,2%) ihr Kind/ihre Kinder regelmäßig zu Freizeitaktivitäten (Sportverein, Reiten etc.) mit dem PKW fahren. Dabei steigt hinsichtlich der Subgruppen dieser Anteilswert mit der Größe des Haushaltes kontinuierlich an. Das heißt, je größer der Haushalt desto größer ist der Anteilswert bezüglich der regelmäßigen Fahrten mit dem PKW zu Freizeitaktivitäten der Kinder. Mit fast 70,0% ist dieser Wert bei den Großfamilien am höchsten. Eine ähnliche Tendenz gibt es bei den Subgruppen nach der Anzahl der Kinder. Auch hier steigt mit der Anzahl der Kinder der Anteilswert hinsichtlich der regelmäßigen Fahrten.

Neben dem hohen Anteil an regelmäßigen Fahrten fahren insgesamt 23,7% der Eltern ihr Kind/ihre Kinder „ab und zu“ zu den Freizeitaktivitäten. Das bedeutet, dass nur insgesamt 7,2% der Eltern ihr Kind/ihre Kinder nie zu Freizeitaktivitäten fahren.

Abbildung 46: PKW-Fahrten der Haushalte zu den Freizeitaktivitäten der Kinder nach Subgruppen

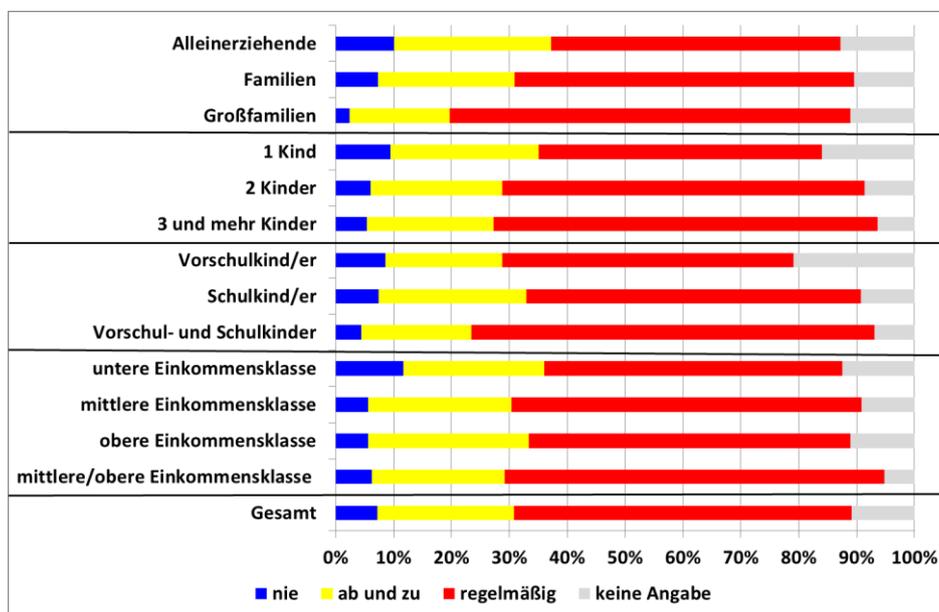


Tabelle 47: PKW-Fahrten der Haushalte zu den Freizeitaktivitäten der Kinder nach Subgruppen

	nie		ab und zu		regelmäßig		keine Angabe		insgesamt Anzahl
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	
Gesamt	7,2%	80	23,7%	265	58,2%	651	10,9%	122	1.118
Alleinerziehende	10,1%	19	27,1%	51	50,0%	94	12,8%	24	188
Familien	7,3%	58	23,6%	188	58,6%	466	10,4%	83	795
Großfamilien	2,4%	3	17,3%	22	69,3%	88	11,0%	14	127
1 Kind	9,4%	39	25,7%	106	48,9%	202	16,0%	66	413
2 Kinder	6,0%	30	22,8%	114	62,6%	313	8,6%	43	500
3 und mehr Kinder	5,4%	11	22,0%	45	66,3%	136	6,3%	13	205
Vorschulkind/er	8,6%	14	20,2%	33	50,3%	82	20,9%	34	163
Schulkind/er	7,4%	58	25,6%	201	57,7%	453	9,3%	73	785
Vorschul- und Schulkinder	4,4%	7	19,0%	30	69,6%	110	7,0%	11	158



	nie		ab und zu		regelmäßig		keine Angabe		insgesamt Anzahl
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	
untere Einkommensklasse	11,7%	46	24,4%	96	51,5%	203	12,4%	49	394
mittlere Einkommensklasse	5,6%	24	24,7%	105	60,5%	257	9,2%	39	425
obere Einkommensklasse	5,6%	1	27,8%	5	55,6%	10	11,1%	2	18
mittlere/obere Einkommensklasse	6,3%	6	22,9%	22	65,6%	63	5,2%	5	96

Die Auswertung auf der Gemeindeebene zeigt, dass sieben Gemeinden deutlich über dem Durchschnittsanteilswert von 58,2% der regelmäßigen PKW-Fahrten zu den Freizeitaktivitäten der Kinder liegen. Dies sind die Gemeinden Damnatz (100,0%), Gorleben (90,9%), Gohrde (83,3%), Trebel (82,8%), Waddewitz (81,0%), Gusborn (77,4%) und Höhbeck (76,9%). Angesichts der geringen Nennungen ist das Ergebnis hinsichtlich Damnatz eher defensiv zu interpretieren.

Abbildung 47: PKW-Fahrten der Haushalte zu den Freizeitaktivitäten der Kinder nach Gemeinden

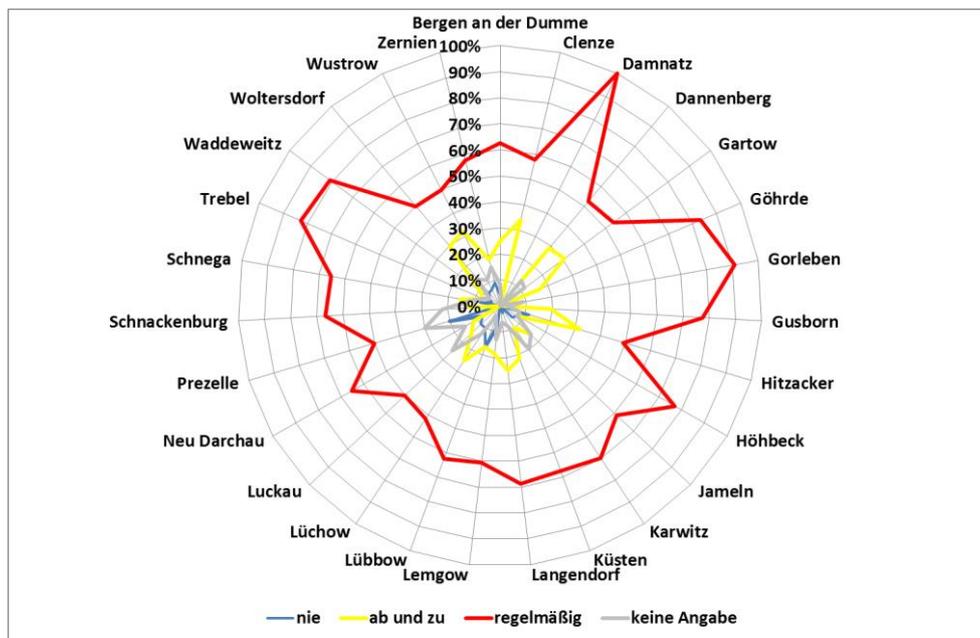


Tabelle 48: PKW-Fahrten der Haushalte zu den Freizeitaktivitäten der Kinder nach Gemeinden

	nie		ab und zu		regelmäßig		keine Angabe		insgesamt Anzahl
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	
Gesamt	7,2%	80	23,7%	265	58,2%	651	10,9%	122	
Bergen an der Dumme	4,2%	1	25,0%	6	62,5%	15	8,3%	2	24
Clenze	6,8%	4	33,9%	20	57,6%	34	1,7%	1	59
Damnatz	0,0%	0	0,0%	0	100,0%	6	0,0%	0	6
Dannenberg	5,7%	11	29,2%	56	52,6%	101	12,5%	24	192
Gartow	3,8%	1	30,8%	8	53,8%	14	11,5%	3	26
Gohrde	0,0%	0	16,7%	2	83,3%	10	0,0%	0	12
Gorleben	0,0%	0	0,0%	0	90,9%	10	9,1%	1	11
Gusborn	0,0%	0	19,4%	6	77,4%	24	3,2%	1	31
Hitzacker	11,5%	12	31,7%	33	49,0%	51	7,7%	8	104
Höhbeck	7,7%	1	7,7%	1	76,9%	10	7,7%	1	13



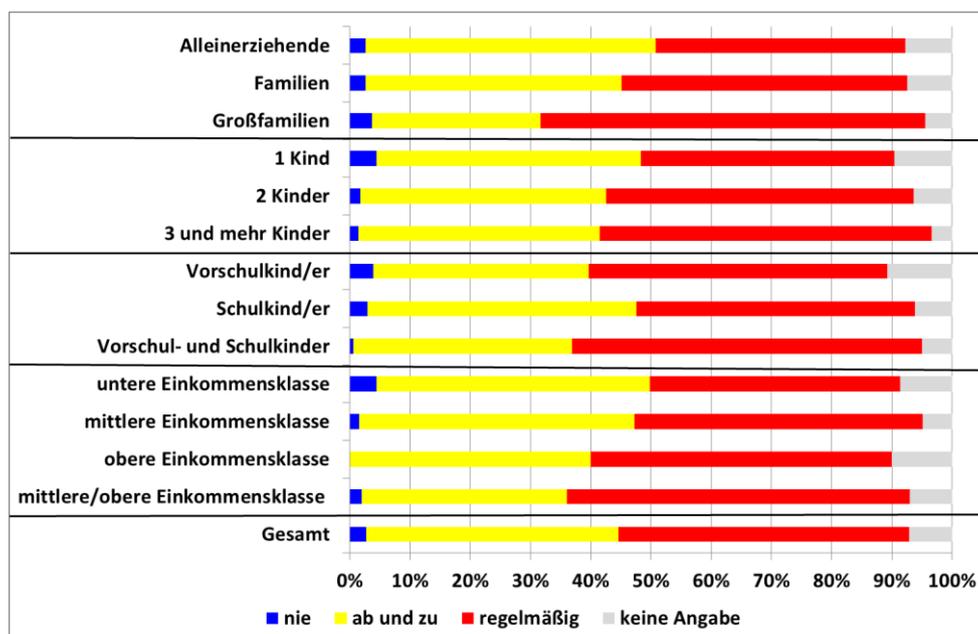
	nie		ab und zu		regelmäßig		keine Angabe		insgesamt
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anzahl
Gesamt	7,2%	80	23,7%	265	58,2%	651	10,9%	122	
Jameln	6,5%	2	16,1%	5	61,3%	19	16,1%	5	31
Karwitz	0,0%	0	10,0%	2	70,0%	14	20,0%	4	20
Küsten	2,7%	1	21,6%	8	67,6%	25	8,1%	3	37
Langendorf	0,0%	0	25,0%	4	68,8%	11	6,3%	1	16
Lemgow	7,9%	3	18,4%	7	60,5%	23	13,2%	5	38
Lübbow	16,7%	4	16,7%	4	62,5%	15	4,2%	1	24
Lüchow	10,3%	20	25,1%	49	51,8%	101	12,8%	25	195
Luckau	10,0%	2	15,0%	3	50,0%	10	25,0%	5	20
Neu Darchau	7,7%	2	11,5%	3	65,4%	17	15,4%	4	26
Prezelle	20,0%	2	0,0%	0	50,0%	5	30,0%	3	10
Schnackenburg	0,0%	0	11,1%	1	66,7%	6	22,2%	2	9
Schnega	7,7%	2	15,4%	4	65,4%	17	11,5%	3	26
Trebel	3,4%	1	6,9%	2	82,8%	24	6,9%	2	29
Waddeweitz	4,8%	1	9,5%	2	81,0%	17	4,8%	1	21
Woltersdorf	6,7%	2	30,0%	9	50,0%	15	13,3%	4	30
Wustrow	6,9%	5	31,9%	23	50,0%	36	11,1%	8	72
Zernien	9,1%	3	18,2%	6	57,6%	19	15,2%	5	33

PKW-Fahrten zu den Freunden des Kindes/der Kinder

Ähnlich wie bezüglich der Fahrten der Kinder zu den Freizeitaktivitäten ist das Verhalten der Eltern hinsichtlich der PKW-Fahrten zu den Freunden des Kindes/der Kinder. Auch hier steigt der Anteilswert bei den regelmäßigen Fahrten kontinuierlich mit der Größe des Haushaltes an. Das heißt, auch hier gilt: je größer der Haushalt, desto größer ist der Anteilswert bezüglich der regelmäßigen Fahrten mit dem PKW zu den Freunden der Kinder. Und mit 64,0% ist dieser Wert ebenfalls bei den Großfamilien am höchsten.

Im Vergleich zu den „ab und zu“-PKW-Fahrten der Kinder zu den Freizeitaktivitäten (23,7%) liegt der Anteil der „ab und zu“-PKW-Fahrten zu den Freunden deutlich höher (41,8%).

Abbildung 48: PKW-Fahrten der Haushalte zu Freunden der Kinder nach Subgruppen



**Tabelle 49: PKW-Fahrten der Haushalte zu Freunden der Kinder nach Subgruppen**

	nie		ab und zu		regelmäßig		keine Angabe		insgesamt
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anzahl
Gesamt	2,7%	32	41,8%	489	48,3%	565	7,1%	83	1169
Alleinerziehende	2,6%	5	48,2%	93	41,5%	80	7,8%	15	193
Familien	2,6%	22	42,5%	353	47,4%	394	7,5%	62	831
Großfamilien	3,7%	5	27,9%	38	64,0%	87	4,4%	6	136
1 Kind	4,5%	20	43,9%	197	42,1%	189	9,6%	43	449
2 Kinder	1,7%	9	40,8%	210	51,1%	263	6,4%	33	515
3 und mehr Kinder	1,5%	3	40,0%	82	55,1%	113	3,4%	7	205
Vorschulkind/er	3,9%	8	35,8%	73	49,5%	101	10,8%	22	204
Schulkind/er	2,9%	23	44,7%	354	46,2%	366	6,2%	49	792
Vorschul- und Schulkinder	0,6%	1	36,3%	58	58,1%	93	5,0%	8	160
untere Einkommensklasse	4,4%	18	45,5%	185	41,5%	169	8,6%	35	407
mittlere Einkommensklasse	1,6%	7	45,7%	204	47,8%	213	4,9%	22	446
obere Einkommensklasse	0,0%	0	40,0%	8	50,0%	10	10,0%	2	20
mittlere/obere Einkommensklasse	2,0%	2	34,0%	34	57,0%	57	7,0%	7	100

Betrachtet man die Ergebnisse auf der Gemeindeebene, so gibt es einige Gemeinden, die bei den regelmäßigen Fahrten weit über dem Durchschnittswert von 48,3% liegen. Dies sind die neun Gemeinden Trebel (80,6%), Schnackenburg (80,0%), Gorleben (71,4%), Damnatz (66,7%), Görde (66,7%), Gusborn (66,7%), Langendorf (63,2%), Lemgow (62,5%) und Prezelle (60,0%).

Unter diesen neun Gemeinden befinden sich fünf Gemeinden, die auch schon bei den regelmäßigen Fahrten zu den Freizeitaktivitäten unter den ersten acht Rangplätzen zu finden waren. Dies sind die Gemeinden Trebel, Gorleben, Damnatz, Görde und Gusborn.

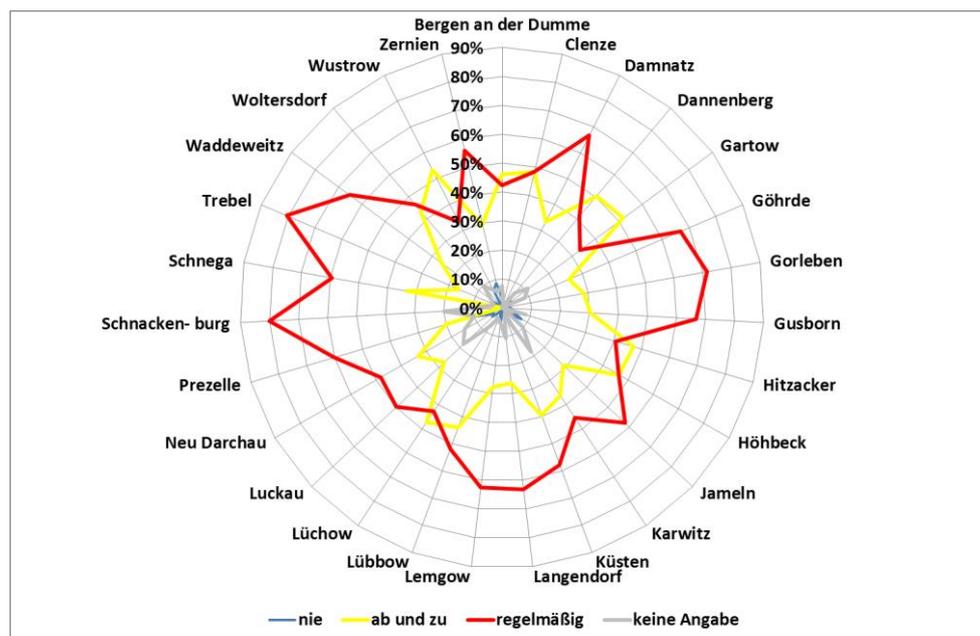
Abbildung 49: PKW-Fahrten der Haushalte zu Freunden der Kinder nach Gemeinden



Tabelle 50: PKW-Fahrten der Haushalte zu Freunden der Kinder nach Gemeinden

	nie		ab und zu		regelmäßig		keine Angabe		insgesamt
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anzahl
Gesamt	2,7%	32	41,8%	489	48,3%	565	7,1%	83	1.169
Bergen an der Dumme	3,8%	1	46,2%	12	42,3%	11	7,7%	2	26
Clenze	1,7%	1	48,3%	29	48,3%	29	1,7%	1	60
Damnatz	0,0%	0	33,3%	2	66,7%	4	0,0%	0	6
Dannenberg	1,5%	3	50,5%	103	41,2%	84	6,9%	14	204
Gartow	3,7%	1	51,9%	14	33,3%	9	11,1%	3	27
Göhrde	0,0%	0	25,0%	3	66,7%	8	8,3%	1	12
Gorleben	0,0%	0	28,6%	4	71,4%	10	0,0%	0	14
Gusborn	3,0%	1	30,3%	10	66,7%	22	0,0%	0	33
Hitzacker	3,8%	4	47,2%	50	40,6%	43	8,5%	9	106
Höhbeck	7,7%	1	46,2%	6	46,2%	6	0,0%	0	13
Jameln	3,2%	1	29,0%	9	58,1%	18	9,7%	3	31
Karwitz	0,0%	0	36,4%	8	45,5%	10	18,2%	4	22
Küsten	0,0%	0	39,5%	15	57,9%	22	2,6%	1	38
Langendorf	0,0%	0	26,3%	5	63,2%	12	10,5%	2	19
Lemgow	5,0%	2	27,5%	11	62,5%	25	5,0%	2	40
Lübbow	0,0%	0	44,0%	11	52,0%	13	4,0%	1	25
Lüchow	2,0%	4	47,3%	95	42,8%	86	8,0%	16	201
Luckau	4,5%	1	27,3%	6	50,0%	11	18,2%	4	22
Neu Darchau	3,7%	1	33,3%	9	48,1%	13	14,8%	4	27
Prezelle	10,0%	1	20,0%	2	60,0%	6	10,0%	1	10
Schnackenburg	0,0%	0	0,0%	0	80,0%	8	20,0%	2	10
Schnega	3,7%	1	33,3%	9	59,3%	16	3,7%	1	27
Trebel	0,0%	0	16,1%	5	80,6%	25	3,2%	1	31
Waddewitz	4,3%	1	26,1%	6	65,2%	15	4,3%	1	23
Woltersdorf	0,0%	0	43,3%	13	46,7%	14	10,0%	3	30
Wustrow	6,7%	5	53,3%	40	33,3%	25	6,7%	5	75
Zernien	8,8%	3	29,4%	10	55,9%	19	5,9%	2	34

Fazit zum Elternfahrdienst

Als Fazit der Auswertung zu den Fragen nach den PKW-Fahrten der Eltern zu Freunden und zu Freizeitaktivitäten des Kindes/der Kinder bleibt zum einen festzuhalten, dass ohne den (regelmäßigen) „Elternfahrdienst“ die Kinder von fast der Hälfte der Haushalte ihre sozialen Kontakte und Beziehungen zu Freunden nicht aufrechterhalten und pflegen könnten.

Und zum anderen ist zu konstatieren, dass ohne den (regelmäßigen) „Elternfahrdienst“ für die Kinder von über der Hälfte der Haushalte gesellschaftliche Teilhabe durch entsprechende Freizeitaktivitäten nicht möglich wäre.

Dies zeigt, wie groß für die Kinder in zwei zentralen gesellschaftlichen Bereichen - soziale Kontakte und Beziehungen sowie gesellschaftliche Teilhabe - die Abhängigkeit vom PKW ihrer Eltern ist. Gleichzeitig zeigt dies für die Eltern auch den großen Aufwand und einen entsprechenden Ressourcenverbrauch, um ihren Kindern soziale Kontakte und Beziehungen sowie gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Noch extremer - weil die Abhängigkeit vom PKW noch größer ist - ist die Situation bezüglich des Besuchs einer Tageseinrichtung für Kinder oder einer anderweitigen entsprechenden Kinderbetreuung. Denn wenn Vorschulkinder in den Haushalten lebten, gaben über 80% der Eltern an, dass sie regelmäßig ihr Kind mit dem Pkw zur Kinderbetreuung fahren.

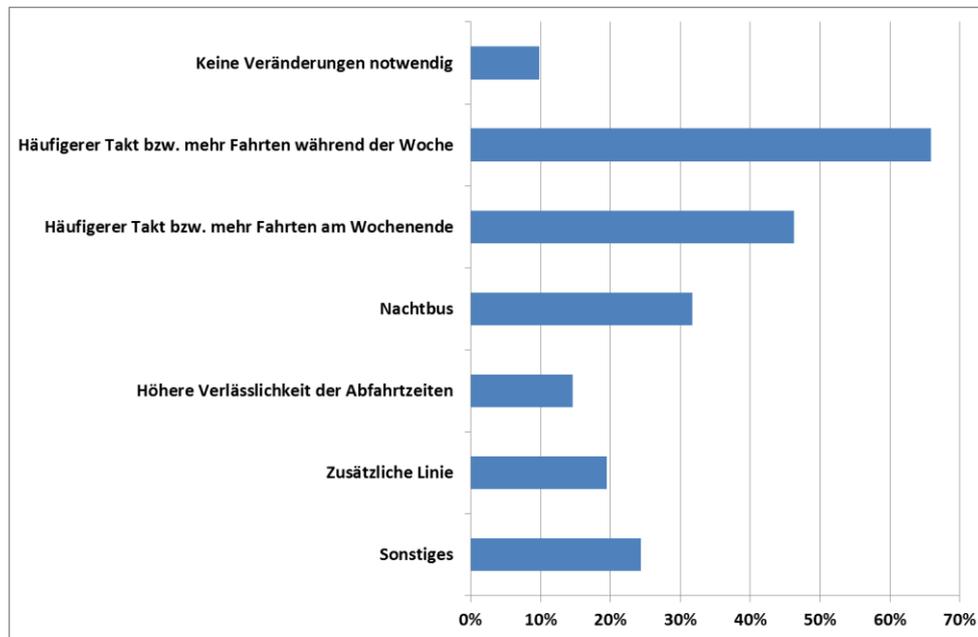
Möglicherweise ist deshalb der bereits vorhandene Kindergartenbus in der Gemeinde Gorleben ein Vorbild für andere Mitgliedsgemeinden des Landkreises.



Wünschenswerte Veränderungen am Angebot des ÖPNV

Die 41 Haushalte, die den ÖPNV mehrmals im Monat und häufiger benutzen, wurden gefragt, welche Veränderungen im Angebot des ÖPNV sie für wünschenswert halten. Mehrfachnennungen waren möglich. Prozentual am häufigsten wurde ein häufigerer Takt bzw. mehr Fahrten in der Woche (65,9%) und am Wochenende (46,3%) gewünscht.

Abbildung 50: Wünschenswerte Veränderungen am Angebot des ÖPNV



Auswertungsergebnisse der offenen Antworten

Die Auswertung der offenen Antworten zu den Vor- und Nachteilen der Gemeinden, in denen die befragten Haushalte leben, zeigen, dass die Situation bezüglich des ÖPNVs und die damit zusammenhängende Abhängigkeit vom PKW als ein großer und zentraler Nachteil gesehen wird. Dazu einige Zitate aus den offenen Antworten:

- Auf das Auto angewiesen fürs Einkaufen, Arzttermine, Fußballverein, Unternehmungen;
- Auf PKW angewiesen sein, es muss jemand da sein, der Zeit zum Fahren hat
- Ohne PKW fast nichts möglich, einkaufen, Ärzte weiter weg
- Schlechte ÖPNV-Anbindung, extreme Mobilitätsbeschränkung für Jugendliche; z.T. viel „Mama/Papa-Taxi“ nötig - Kinder müssen oft gefahren werden, um zu Freunden zu gelangen - Tägl. Autofahrten (durch verschiedene Hobbys auch mal 120 km/Tag) - Würden beide Elternteile Vollzeit arbeiten, keine Möglichkeit hier wegzukommen (schlechte Busverbindungen) - Die Kinder können von hier eigentlich gar nicht mit dem Bus zu Freunden oder zum Schwimmen nach Gartow fahren. Am Nachmittag fährt kein Bus mehr nach Lüchow, nach Gartow sowieso nie, dort haben die Kinder aber ihre Freunde usw.

Bezüglich der Abhängigkeit vom Auto werden auch immer wieder die damit verbundenen Kosten (für Benzin etc.) und die „verlorene“ Zeit für Eltern im Rahmen ihrer Fahrdienste angesprochen.

Alle Auswertungsergebnisse signalisieren somit erheblichen Handlungsbedarf hinsichtlich des Themas „Mobilität“.



Handlungsempfehlung Nr. 21:

Umsetzung der Empfehlungen aus dem Nahverkehrsplan 2014-2018, Landkreis Lüchow-Dannenberg

Generell ist zunächst der Aussage im Nahverkehrsplan 2014-2018 zu folgen, dass zukünftige Mobilitätskonzepte zeitlich und räumlich anpassungsfähig sein müssen (S. 22). Sodann gilt es, die Empfehlungen aus dem Nahverkehrsplan 2014-2018 umzusetzen. Zur Umsetzung gehören u.a.:

- Gestaffelte Anfangs- und Endzeiten zwischen den Schulstandorten (S. 22)
- Umsetzung alternativer Bedienungskonzepte (S. 23)
 - Rufbusse, Anruf-Sammeltaxis, ggf. Bürgerbusse (S. 23 und S. 97)
 - Event- und Mitnahmeverkehr - Theaterbusse, Event-Shuttle
 - Mitfahrzentrale bzw. Anlaufstellen
 - Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsmittel (Bus/Bahn, Bus/Fahrrad/Bus/MIV) (S. 23)
- Entwicklung von nachfrageorientierten Bedienungsangeboten im Rahmen eines landkreisweiten Gesamtkonzeptes (S. 103)

In diesen Empfehlungen spiegeln sich z.T. auch Anregungen der befragten Haushalte im Rahmen ihrer offenen Antworten wider (z.B. Rufbusse, Event-Shuttle).

Im Rahmen der Diskussion von zukünftigen Mobilitätskonzepten ist es aus unserer Sicht sinnvoll, das im Landkreis vorhandene kreative und soziale Potenzial dabei einzubinden, in dem z.B. der Landkreis den Gemeinden Bürgerbusse (inklusive Betriebskosten) zur Verfügung stellt und der Fahrdienst/-betrieb kostenneutral durch bürgerschaftliches Engagement organisiert und sichergestellt wird.

Handlungsempfehlung Nr. 22:

Optimierung der Schülerbeförderung (z.B. Verkürzung der Zeit zwischen Ankunft der Busse und Unterrichtsbeginn, Ende des Unterrichtes und Abfahrt der Busse)

Hinsichtlich der Schülerbeförderung sollten aufgrund der Auswertung der offenen Antworten zu den Vor- und Nachteilen der Gemeinden und sonstigen Anmerkungen folgenden Stichpunkte mit beachtet und diskutiert werden:

- überfüllte Schulbusse
- Verhalten der Busfahrer
- Kosten der Schülerbeförderung ab dem 11. Schuljahr

Was die Kosten der Schülerbeförderung ab dem 11. Schuljahr anbetrifft, haben wir dazu eine eigene Handlungsempfehlung im Rahmen des Vorschlags, eine regionale Bildungslandschaft zu etablieren, formuliert und begründet (Handlungsempfehlung Nr. 17.9: Übernahme der Kosten der Schulbeförderung auch ab Klasse 11)

Handlungsempfehlung Nr. 23:

Analyse der bestehenden Mitfahrzentralen (inklusive Pendlerportal) und abhängig von der Analyse Weiterentwicklung des Angebotes oder Entwicklung alternativer Mitfahr-/ Car-Sharing-Angebote

Wie die folgende Abbildung zeigt, sind ausreichend PKWs im Landkreis vorhanden, um u.a. Mitfahr-/ Car-Sharing-Angebote entwickeln und umsetzen zu können. So haben nur 3,5% der Haushalte kein Auto, aber über 60% der Haushalte zwei oder mehr PKWs.



Abbildung 51: Anzahl PKWs im Haushalt nach Subgruppen

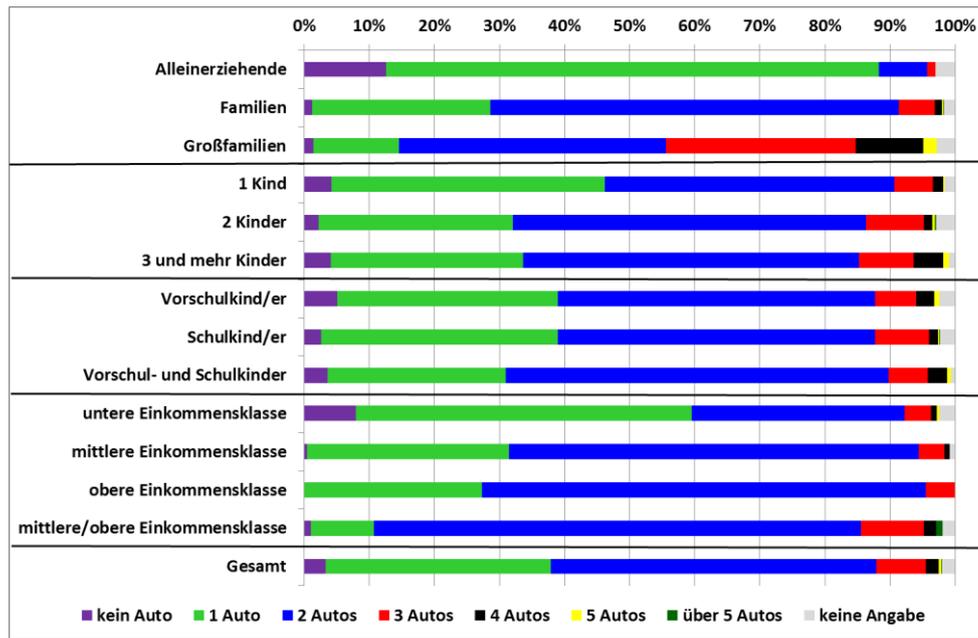


Tabelle 51: Anzahl PKWs im Haushalt nach Subgruppen

	kein Auto		1 Auto		2 Autos		3 Autos		4 Autos		5 Autos		über 5 Autos		keine Angabe	
	An- teil	An- zahl	An- teil	An- zahl	An- teil	An- zahl										
Gesamt	3,3%	42	34,6%	440	50,0%	635	7,6%	97	2,0%	25	0,4%	5	0,1%	1	2,0%	26
Alleinerziehende	12,6%	29	75,8%	175	7,4%	17	1,3%	3	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0	3,0%	7
Familien	1,2%	11	27,4%	243	62,7%	556	5,5%	49	1,1%	10	0,2%	2	0,1%	1	1,7%	15
Großfamilien	1,4%	2	13,2%	19	41,0%	59	29,2%	42	10,4%	15	2,1%	3	0,0%	0	2,8%	4
1 Kind	4,2%	21	42,0%	212	44,6%	225	5,9%	30	1,6%	8	0,2%	1	0,0%	0	1,6%	8
2 Kinder	2,2%	12	29,9%	164	54,3%	298	8,9%	49	1,3%	7	0,4%	2	0,2%	1	2,9%	16
3 und mehr Kinder	4,1%	9	29,5%	64	51,6%	112	8,3%	18	4,6%	10	0,9%	2	0,0%	0	0,9%	2
Vorschulkind/er	5,1%	13	33,9%	86	48,8%	124	6,3%	16	2,8%	7	0,8%	2	0,0%	0	2,4%	6
Schulkind/er	2,6%	22	36,3%	303	48,7%	406	8,3%	69	1,4%	12	0,2%	2	0,1%	1	2,3%	19
Vorschul- und Schulkinder	3,6%	6	27,4%	46	58,9%	99	6,0%	10	3,0%	5	0,6%	1	0,0%	0	0,6%	1
untere Einkommensklasse	8,0%	37	51,6%	240	32,7%	152	4,1%	19	0,9%	4	0,4%	2	0,0%	0	2,4%	11
mittlere Einkommensklasse	0,4%	2	31,0%	146	62,8%	296	4,0%	19	0,8%	4	0,0%	0	0,0%	0	0,8%	4
obere Einkommensklasse	0,0%	0	27,3%	6	68,2%	15	4,5%	1	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0
mittlere/obere Einkommensklasse	1,0%	1	9,7%	10	74,8%	77	9,7%	10	1,9%	2	0,0%	0	1%	1	1,9%	2

Umsetzung der Handlungsempfehlung

Die Empfehlungen aus dem Nahverkehrsplan 2014-2018 sehen u.a. die Etablierung einer Mitfahrzentrale bzw. Anlaufstellen (siehe S. 113). Dabei stellt sich häufig die Frage, wer diese Mitfahrzentralen bzw. Anlaufstellen einrichten und betreiben soll. Aus unserer Sicht wäre zu prüfen, ob im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes Personen gewonnen werden könnten, die sodann (nach einer entsprechenden Anleitung) die Vermittlungen der Fahrten organisieren könnten. Zu prüfen wäre zudem, ob z.B. zentral für die einzelnen Gemeinden (oder Samtgemeinden) Mitfahrzentralen bzw. Anlaufstel-



len für die im jeweiligen Gebiet befindlichen Tageseinrichtungen für Kinder umgesetzt werden könnten.

Des Weiteren könnten Kirchengemeinden und Sportvereine Einsatzstellen für Personen im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes sein, um entsprechende Mitfahrgelegenheiten zu organisieren.

Möglicherweise gibt es im Landkreis bereits Ansätze oder Initiativen, die in diese Richtung arbeiten. Dann böten sich Kooperationen im obigen Sinne mit diesen Ansätzen/Initiativen an.

Da zudem die großen Automobilkonzerne sich verstärkt im Car-Sharing engagieren, sollte auch diese Möglichkeit geprüft werden. So plant laut „Süddeutsche Zeitung“ vom 17. Juni 2016/Nr. 138 (Seite 1) VW Milliardeninvestitionen u.a. im Bereich Car-Sharing. Und warum sollte nicht der Landkreis Lüchow-Dannenberg versuchen, den niedersächsischen Konzern für ein Pilotprojekt zu gewinnen?

In diesen Kontext gehört auch, Überlegungen anzustellen oder zu prüfen, ob und wie die alternative Energiegewinnung im Landkreis für den Einsatz von Elektroautos im Rahmen von Car-Sharing genutzt werden kann.

Handlungsempfehlung Nr. 24:

Analyse der webbasierten Mitfahrzentrale „flinc“ und abhängig von der Analyse Überprüfung, ob die Entwicklung einer „Mitfahr-App“ für den Landkreis Lüchow-Dannenberg sinnvoll ist

Laut Internet gibt es bereits Initiativen im Landkreis Lüchow-Dannenberg, die „Mobilität“ im Landkreis anbieten. Dazu gehören z.B. die Gruppe Wendland mobil e.V. im Zusammenhang mit der webbasierten Mitfahrzentrale „flinc“ oder ZeMo Zernien Mobil e.V.

In den offenen Antworten z.B. zu den Vor- und Nachteilen der Gemeinden wurden von niemandem beide oder eines dieser beiden Angebote erwähnt. Möglicherweise lässt sich daraus auf eine geringe Bekanntheit und/oder Akzeptanz bzw. Bedarfsangemessenheit der Angebote schließen. Somit wäre es sinnvoll, Informationen über die Bekanntheit und/oder Akzeptanz bzw. Bedarfsangemessenheit zu gewinnen, um daraus weitere Schlüsse (möglicherweise mit entsprechenden Modifizierungen) ziehen zu können.

Diese Informationen sind sicherlich nützlich, um z.B. bei der Etablierung von Fahrgemeinschaften nicht die gleichen Fehler zu machen.

Überlegungen dieser Art gehören mit in ein entsprechendes Kreisentwicklungskonzept.

Handlungsempfehlung Nr. 25:

Erhöhung der Fahrrad-Mobilität (Verbesserung der Radwege, Ausbau des Radwegenetzes)

Zum einen enthält der Nahverkehrsplan 2014-2018 bereits Vorschläge und Empfehlungen zur Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsmittel (Bus/Bahn, Bus/Fahrrad/Bus/MIV). Zum anderen fanden sich in vielen offenen Antworten Anregungen und Hinweise, Radwege zu bauen oder das Radwegenetz auszubauen.

Dadurch wäre eine höhere eigene Mobilität z.B. bei Jugendlichen gegeben und sie wären unabhängig vom ÖPNV. Zudem würde dies die Sicherheit im Straßenverkehr erhöhen.



Wir empfehlen somit einerseits, die Qualität und Sicherheit der bestehenden Radwege zu überprüfen. Dabei könnten z.B. Kinder und Jugendliche eingebunden/beteiligt werden, um deren spezielle Sicht als Verkehrsteilnehmer_innen zu erfassen.

Darüber hinaus ist zu überprüfen, wo und inwieweit das Radwegenetz weiter ausgebaut werden kann. Ein gut bzw. weiter ausgebautes Radwegenetz könnte zum Pull-Faktor für touristische Radtouren im Landkreis werden.

Was die Nutzung des Fahrrades anbetrifft, so gibt es einige Gemeinden, die über den jeweiligen Durchschnittswerten liegen (siehe Tabelle Nr.44). Die Gemeinden Hühbeck (23,1%), Wustrow (24,1%), Prezelle (25,0%), Clenze (27,0%) und Gartow (34,5%) liegen deutlich über dem Durchschnittswert.

Und 26,7% aller Befragten sagten, dass sie mehrmals die Woche das Fahrrad nutzen. Wiederum gibt es einige Gemeinden, wie z.B. Damnitz (57,1%), die deutlich über diesem Anteilswert liegen.

Somit ist bei diesen Gemeinden dem Sicherheitsaspekt hinsichtlich der Nutzung des Fahrrades (Fahrradwege) eine entsprechende Beachtung zu schenken.



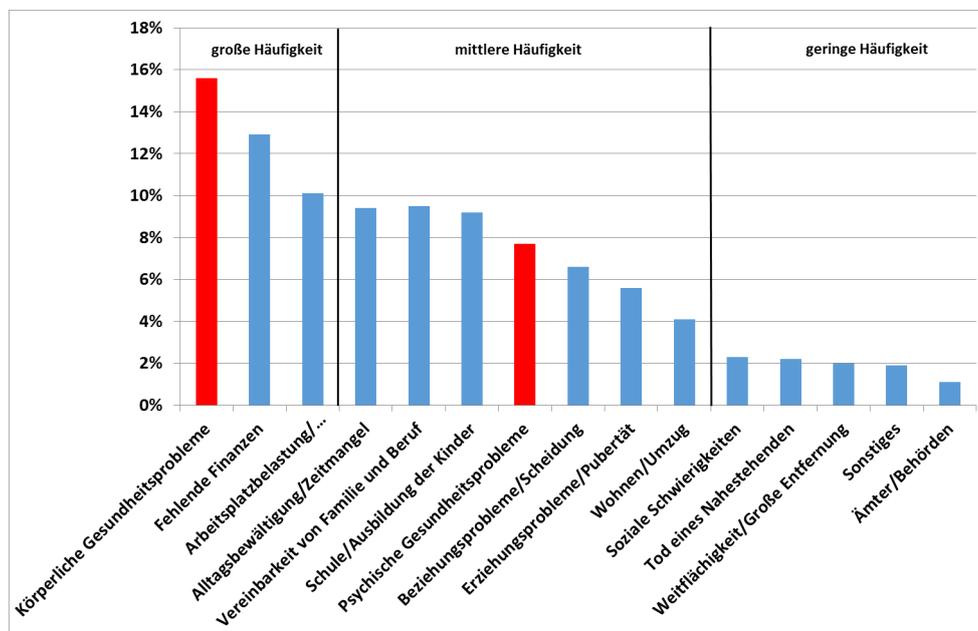
8 Handlungsempfehlungen im Handlungsfeld „Einkommen/Wirtschaften“

- 26** Einrichtung eines Kompetenzzentrums „Wirtschaften“
- 27** Offensive Unterstützung bei der Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)
- 28** Etablierung eines „Lüchow-Dannenger Kinderfonds“
- 29** Etablierung eines „Lüchow-Dannenberg-Passes“ (LüDaPass)

Ausgangssituation für die Handlungsempfehlungen Nr. 26 bis Nr. 29

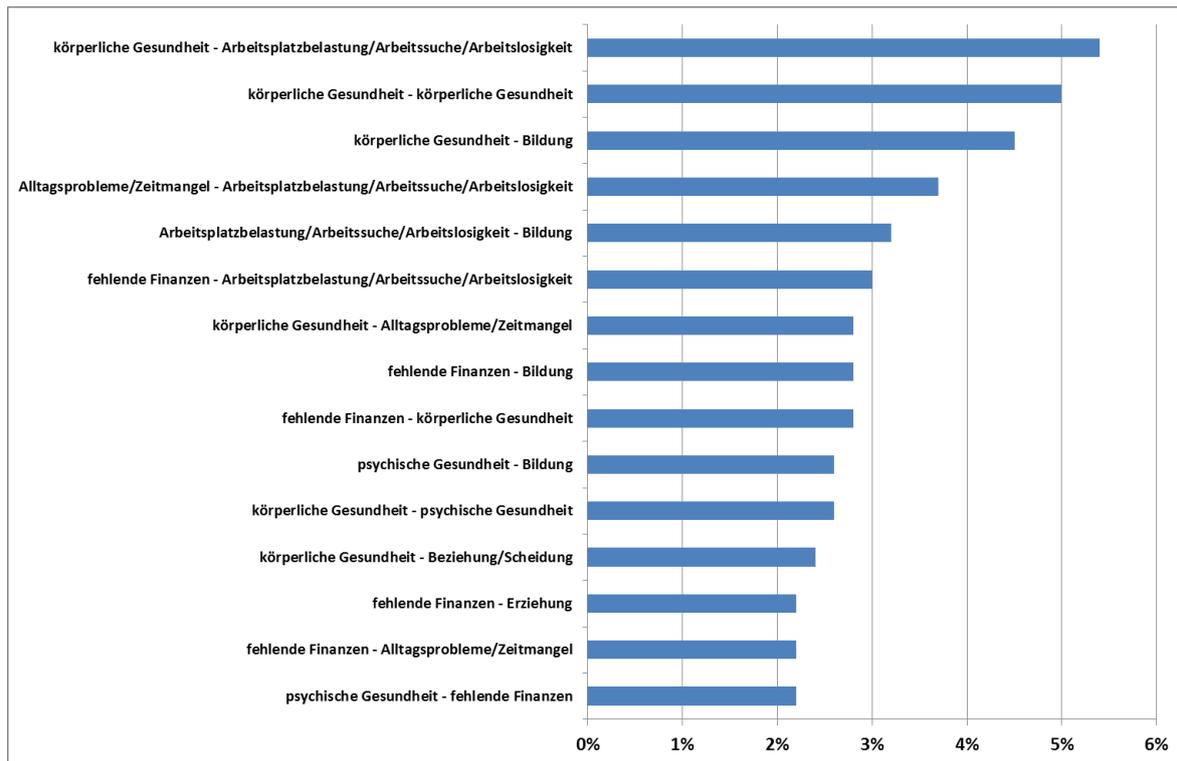
Die Auswertung der Antworten auf die offene Frage nach den größten Problemen zeigt, dass auf dem zweiten Rang der Problembereich „Fehlende Finanzen“ mit 12,9% aller Nennungen liegt.

Abbildung 52: Kategorien und Anteil der Problemnennungen (Tabelle siehe S. 16/17)



Die Auswertung der offenen Antworten zeigt zudem, dass die genannten Probleme zusammenhängen, sich häufig gegenseitig beeinflussen und dadurch die problembeladene Situation der Haushalte (weiter) verschärfen (Dominoeffekte).

Dabei stehen häufig das (geringe) Einkommen der Haushalte im Zentrum der Problembündel und entsprechende Auswirkungen auf andere Bereiche (Gesundheit, Bildung) sowie hinsichtlich der gesellschaftlichen Teilhabe.

**Abbildung 53: Anteil der Problempaare in den jeweils betroffenen Problemkategorien****Tabelle 52: Anzahl und Anteil der Problempaare in den jeweils betroffenen Problemkategorien**

Problemkategorie	Anzahl	Anteil
körperliche Gesundheit - Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit	25	5,4%
körperliche Gesundheit - körperliche Gesundheit ¹⁵	23	5,0%
körperliche Gesundheit - Bildung	21	4,5%
Alltagsprobleme/Zeitmangel - Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit	17	3,7%
Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit - Bildung	15	3,2%
fehlende Finanzen - Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit	14	3,0%
fehlende Finanzen - körperliche Gesundheit	13	2,8%
fehlende Finanzen - Bildung	13	2,8%
körperliche Gesundheit - Alltagsprobleme/Zeitmangel	13	2,8%
körperliche Gesundheit - psychische Gesundheit	12	2,6%
psychische Gesundheit - Bildung	12	2,6%
körperliche Gesundheit - Beziehung/Scheidung	11	2,4%
psychische Gesundheit - fehlende Finanzen	10	2,2%
fehlende Finanzen - Alltagsprobleme/Zeitmangel	10	2,2%
fehlende Finanzen - Erziehung	10	2,2%
Zentrale Problempaare insgesamt (zehnmal oder häufiger genannt)	219	

Neben der Frage nach den größten Problemen haben wir auch gefragt, wie die Problemlösungen aussahen.

In der folgenden Abbildung und Tabelle sind im Zusammenhang mit den Fragen zu den großen Problemen in den letzten sechs Monaten vor der Befragung und den Problemlösungen die entsprechenden Antworten bezüglich der 15 Problemkategorien dargestellt. Die Rangfolge der Problemkategorien ergibt sich aufgrund der Anzahl der genannten Probleme. Das heißt, die Kategorie mit den meisten Problemen steht auf dem ersten und die Kategorie mit den wenigsten Problemen auf dem letzten Rangplatz.

¹⁵ Die Kombination „körperliche Gesundheit - körperliche Gesundheit“ bedeutet, dass z.B. von gesundheitlichen körperlichen Problemen der befragten Person und gleichzeitig von gesundheitlichen körperlichen Problemen beim Kind berichtet wurde.

Abbildung 54: Problemkategorien und Problemlösungen

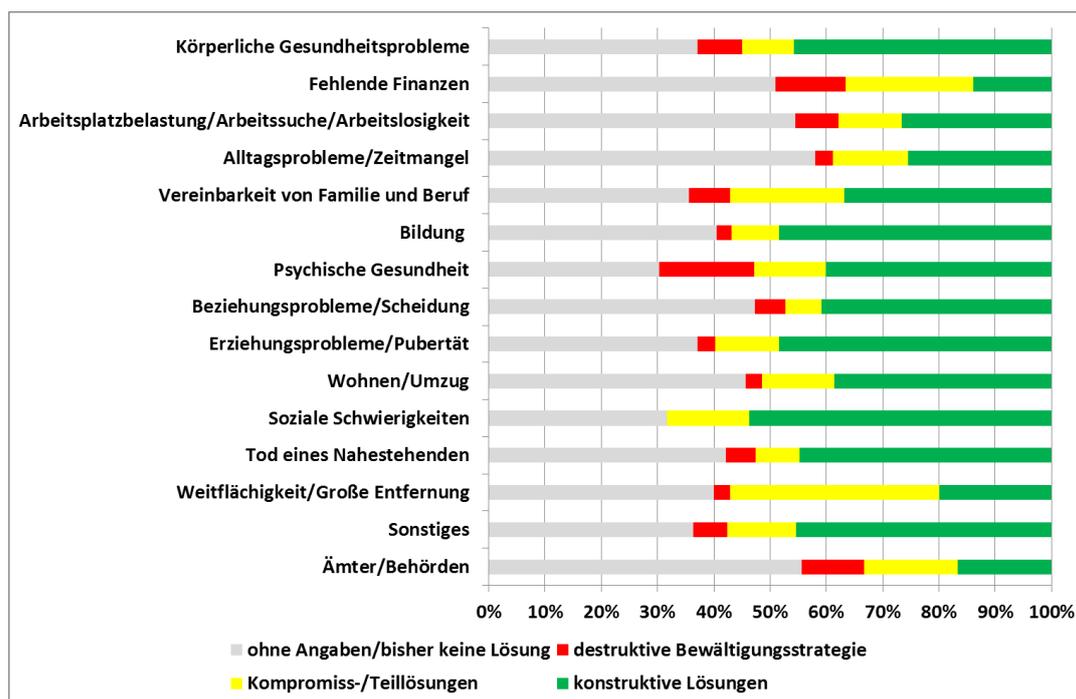


Tabelle 53: Problemkategorien und Problemlösungen

	genannte Probleme	Problemlösungen	ohne Angaben/bisher keine Lösung	destruktive Bewältigungsstrategie	Kompromiss-/Teillösungen	konstruktive Lösung
	Anzahl		Anteil			
Körperliche Gesundheitsprobleme	261	280	37,1%	7,9%	9,3%	45,7%
Fehlende Finanzen	215	216	50,9%	12,5%	22,7%	13,9%
Arbeitsplatzbelastung/Arbeitsuche/Arbeitslosigkeit	168	169	54,4%	7,7%	11,2%	26,6%
Alltagsprobleme/Zeitmangel	157	157	58,0%	3,2%	13,4%	25,5%
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	158	163	35,6%	7,4%	20,2%	36,8%
Bildung	153	153	40,5%	2,6%	8,5%	48,4%
Psychische Gesundheitsprobleme	128	142	30,3%	16,9%	12,7%	40,1%
Beziehungsprobleme/ Scheidung	110	110	47,3%	5,5%	6,4%	40,9%
Erziehungsprobleme/Pubertät	93	97	37,1%	3,1%	11,3%	48,5%
Wohnen/Umzug	68	70	45,7%	2,9%	12,9%	38,6%
Soziale Schwierigkeiten	38	41	31,7%	0,0%	14,6%	53,7%
Tod eines Nahestehenden	37	38	42,1%	5,3%	7,9%	44,7%
Weitflächigkeit/Große Entfernung	34	35	40,0%	2,9%	37,1%	20,0%
Sonstiges	31	33	36,4%	6,1%	12,1%	45,5%
Ämter/Behörden	18	18	55,6%	11,1%	16,7%	16,7%
Angaben insgesamt	1.669	1.723				

Wie die Abbildung und die Tabelle zeigen, ist der Anteil an konstruktiven Lösungen mit 13,9% im Bereich „Fehlende Finanzen“ am geringsten. Dementsprechend ist der Anteil an destruktiven Bewältigungsstrategien mit 12,5% in diesem Bereich am zweithöchsten. Und am drittgrößten ist in diesem Problembereich der Anteil „ohne Angaben/bisher keine Lösung“ mit 50,9% (ohne den Bereich „Ämter/Behörden“ auf Grund zu geringer Fallzahlen).

Wird zum einen unsere Annahme geteilt, dass das Ausbleiben einer Antwort auf die Frage, wie die Probleme gelöst wurden, als Fehlen einer adäquaten Lösung für die entsprechenden Probleme interpretiert werden kann, und zum anderen unsere Ansicht, dass, wenn Probleme nicht adäquat gelöst werden, diese ungelösten Probleme einen Dominoeffekt auslösen und andere Lebensbereiche negativ beeinflussen können, dann besteht in einigen Bereichen erheblicher Handlungsbedarf.



Diesen Handlungsbedarf sehen wir am stärksten in den Bereichen „Fehlende Finanzen“, „Alltagsprobleme/Zeitmangel“ und „Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit“. Einerseits weil in diesen drei Bereichen die Anteilswerte für die Kategorie „ohne Angaben/bisher keine Lösung“ mit 50,4%, 58,0% und 54,4% extrem hoch und der Anteil konstruktiver Lösungen mit 13,9% („Fehlende Finanzen“), 25,5% („Alltagsprobleme/Zeitmangel“) und 26,6% („Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit“) - im Vergleich zu den anderen Problemkategorien - sehr niedrig sind. Ergänzend kommt hinzu, dass in der Kategorie „Fehlende Finanzen“ der Anteil an destruktiven Bewältigungsstrategien mit 12,4% am höchsten ist.

Angesichts dieser Auswertungsergebnisse stellt sich die Frage, warum z.B. professionelle Hilfe und Unterstützung nicht häufiger In Anspruch genommen wurde. Die Inanspruchnahme von professioneller Hilfe und Unterstützung setzt voraus, dass es entsprechende Angebote gibt und diese den Hilfesuchenden bekannt sind.

Bis auf die Schuldnerberatung und den Gesundheitsbereich gibt es aufgrund der Befragung dazu kaum Erkenntnisse. So ist die Schuldnerberatung 51,8% der befragten Haushalte bekannt und 42,9% ist die Schuldnerberatung nicht bekannt. 3,9% der 1.271 Haushalte (49) haben die Schuldnerberatung auch bereits in Anspruch genommen. Und von diesen 49 Haushalten gaben 42,9% an, dass das Angebot sehr hilfreich war, und weitere 26,5% sagten, dass das Angebot eher hilfreich war. Hinsichtlich der insgesamt 20 abgefragten Angebote/Dienste lag der höchste Anteilswert für die Bewertung „sehr hilfreich“ bei 57,5% und der geringste Wert bei 25,0%. Die 42,9% für die Schuldnerberatung sind somit der siebtbeste Wert.

Hinsichtlich der Haushalte mit minderjährigen Kindern ist es nicht nur wichtig zu wissen, wie viel Geld den Haushalten im Monat zur Verfügung steht und aus welchen Einkommensarten sich das Einkommen zusammensetzt, sondern auch, ob und in welchen Bereichen sich Haushalte einschränken (müssen), wenn das Geld nicht reicht. Die entsprechende Frage haben wir in Bezug auf die Bedarfe der Erwachsenen und in Bezug auf die Bedarfe der Kinder gestellt.

Bezüglich der **Bedarfe der Erwachsenen** lautete die Frage: Wo und wie haben Sie sich in den letzten 12 Monaten in Bezug auf Ihren Bedarf (Bedarf der Erwachsenen) eingeschränkt, wenn das Geld mal nicht ausreichte?

Die folgende Abbildung zeigt, dass sich insgesamt 23,4% der Haushalte nicht einschränken mussten, weil das Geld immer ausreichte. Demgegenüber gaben 74,4% - also fast drei Viertel der Befragten - an, dass sie sich einschränken mussten, weil das Geld nicht ausreichte.

Betrachtet man die einzelnen Subgruppen, so gibt es große Unterschiede. Nur 10,0% der Alleinerziehenden sagten, dass sie sich nicht einschränken mussten, weil das Geld reichte. Damit liegt dieser Anteilswert deutlich unter dem durchschnittlichen Anteilswert von 23,3%. Entsprechend hoch ist mit 87,9% der Anteil derjenigen Alleinerziehenden, die angaben, sich eingeschränkt zu haben. Bezogen auf die Familienform sind es die Großfamilien, bei denen die Situation am positivsten ist, da der Anteil derjenigen, die sich einschränken mussten, mit 67,4% am geringsten ist.

Interessant ist die Situation hinsichtlich der Zusammensetzung der Familien. Denn es sind die Haushalte mit Vorschulkindern, die am häufigsten angaben, sich einschränken zu müssen (78,7%).

Dass die Daten „rund“ und in sich schlüssig sind, zeigt die Auswertung nach Einkommen. In der Subgruppe „untere Einkommensklasse“ finden sich prozentual am wenigsten Haushalte, die angaben, sich nicht einschränken zu müssen, weil das Geld immer reichte (9,2%). Mit steigendem Einkommen erhöht sich dieser Anteilswert.



Abbildung 55: Einschränkungen bei den Bedarfen der Erwachsenen, wenn das Geld nicht ausreichte nach Subgruppen

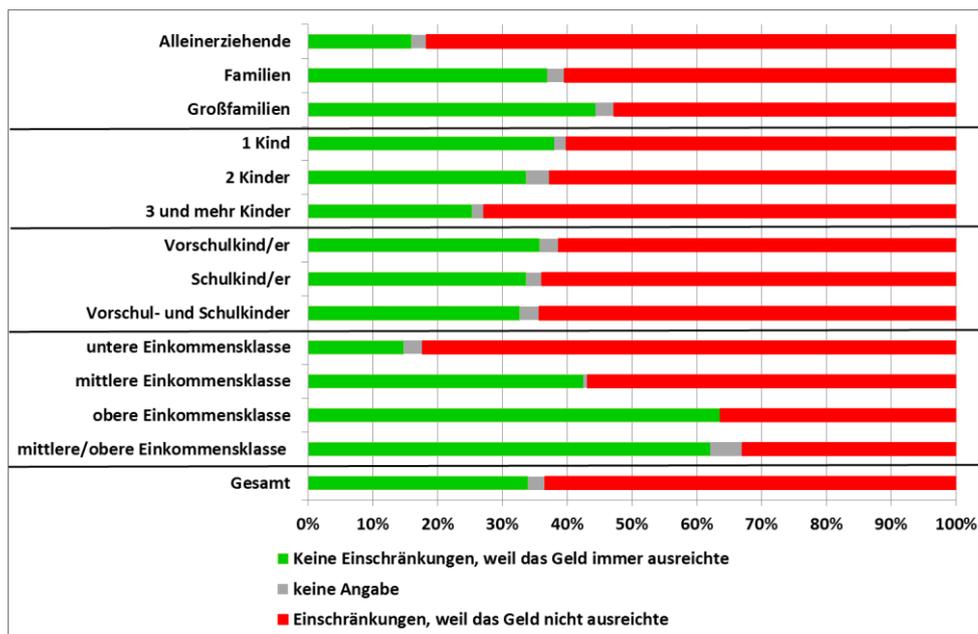


Tabelle 54: Einschränkungen bei den Bedarfen der Erwachsenen, wenn das Geld nicht ausreichte nach Subgruppen

	Wir mussten uns bisher nicht einschränken, weil das Geld immer ausreichte		Wir mussten uns einschränken, weil das Geld nicht ausreichte		keine Angabe		Summe	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
Gesamt	23,4%	297	74,4%	945	2,3%	29	100,0%	1.271
Alleinerziehende	10,0%	23	87,9%	203	2,2%	5	100,0%	231
Familien	25,8%	229	72,0%	639	2,1%	19	100,0%	887
Großfamilien	29,2%	42	67,4%	97	3,5%	5	100,0%	144
1 Kind	23,4%	118	75,2%	380	1,4%	7	100,0%	505
2 Kinder	25,5%	140	71,0%	390	3,5%	19	100,0%	549
3 und mehr Kinder	18,0%	39	80,6%	175	1,4%	3	100,0%	217
Vorschulkind/er	19,7%	50	78,7%	200	1,6%	4	100,0%	254
Schulkind/er	24,0%	200	73,4%	612	2,6%	22	100,0%	834
Vorschul- und Schulkinder	25,6%	43	72,6%	122	1,8%	3	100,0%	168
untere Einkommensklasse	9,2%	43	88,8%	413	1,9%	9	100,0%	465
mittlere Einkommensklasse	28,0%	132	71,3%	336	0,6%	3	100,0%	471
obere Einkommensklasse	54,5%	12	45,5%	10	0,0%	0	100,0%	22
mittlere/obere Einkommensklasse	55,3%	57	41,7%	43	2,9%	3	100,0%	103

Wir haben die Frage nach der Einschränkung mit elf Bedarfen hinterlegt und zu jedem Bedarf gefragt, ob sich, wenn sich die Haushalte einschränken, sie sich „ganz“, „teilweise“ oder „gar nicht“ einschränken.



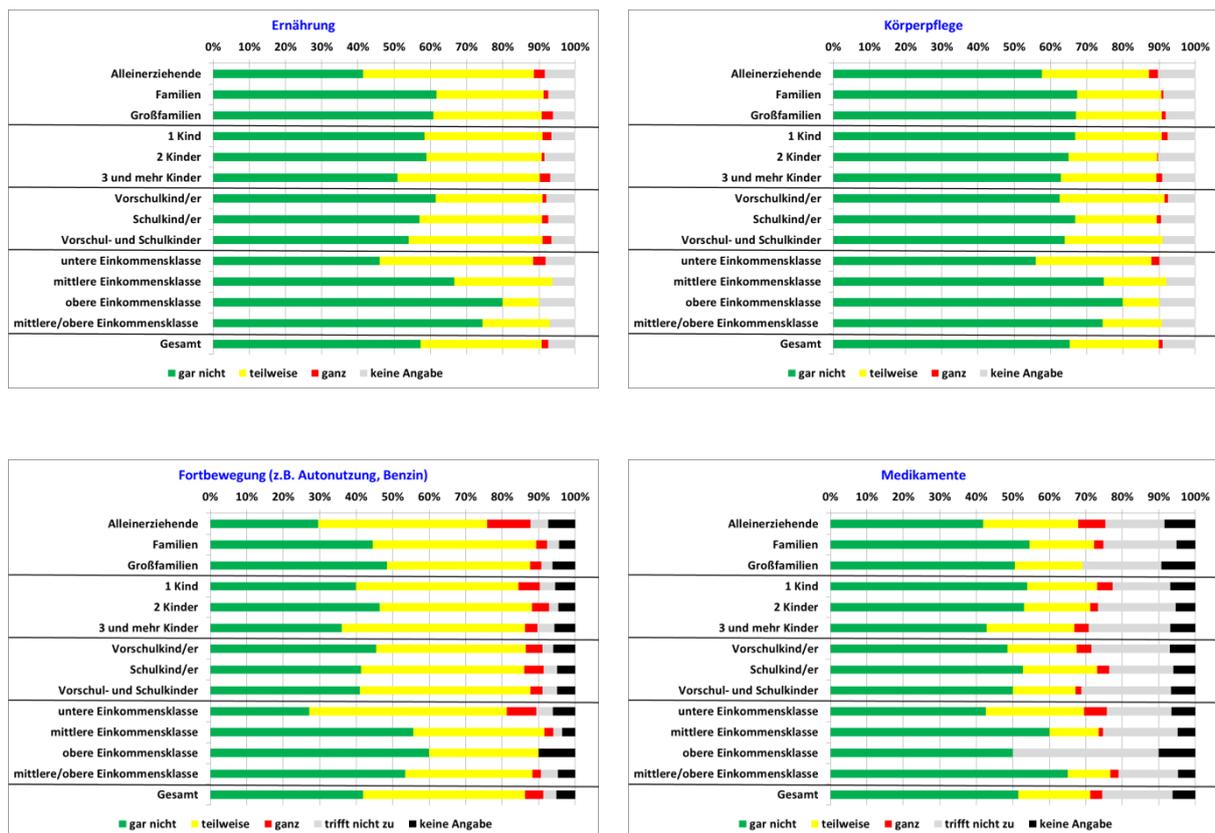
Bei der Betrachtung der acht Abbildungen insgesamt fällt zunächst auf, dass es Bedarfe gibt, bei denen es (fast) keine Einschränkungen gibt - Ernährung und Körperpflege - und Bedarfe, bei denen es hohe Anteilswerte bezüglich einer kompletten Einschränkung gibt, z.B. die Bedarfe Urlaub und Ausgehen/Ausflüge.

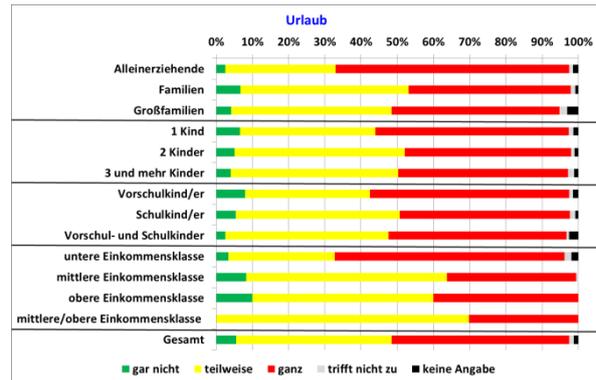
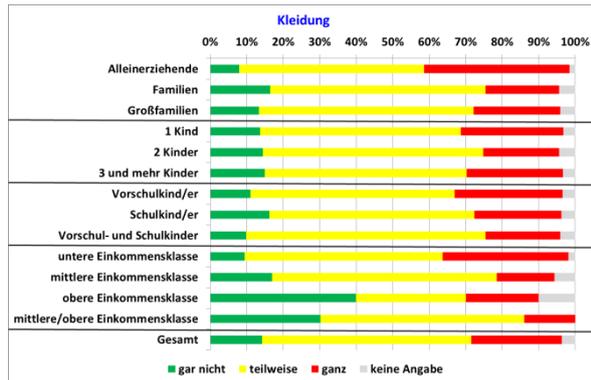
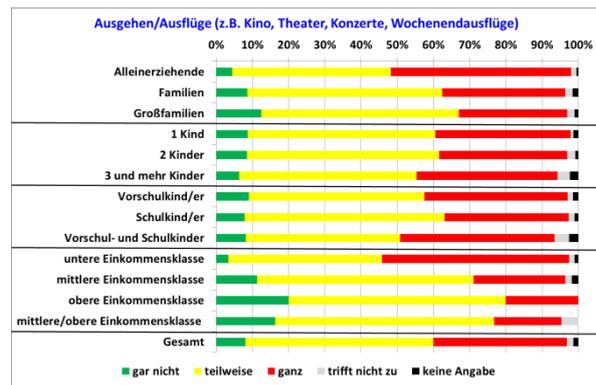
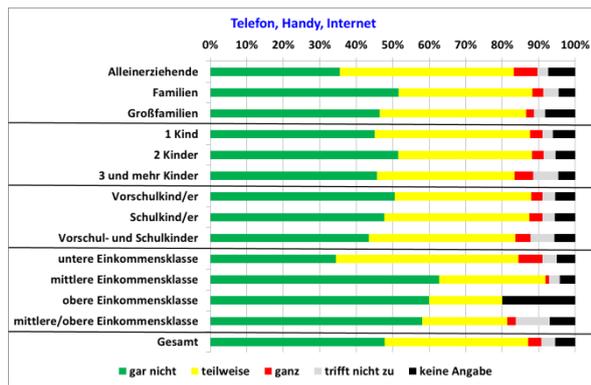
Positiv ist sicherlich, dass die basalen Bereiche „Ernährung“ und „Körperpflege“ grundsätzlich im „grünen Bereich“ sind. Aber hinsichtlich der Ernährung gibt es durchschnittlich 33,5% der Befragten, die gesagt haben, dass sie sich teilweise einschränken, wenn das Geld nicht reicht. Aufgrund vorheriger GOE-Studien ist davon auszugehen, dass ein Teil dieser Gruppe zeitweise hungert.

In der Regel ist es die Subgruppe der Alleinerziehenden und der unteren Einkommensklasse, bei denen die Anteilswerte hinsichtlich einer kompletten Einschränkung (erheblich) höher sind als bei den anderen Subgruppen.

Dabei gibt es Bedarfe, bei denen die entsprechenden Anteilswerte doppelt so hoch sind wie die durchschnittlichen Anteilswerte. Dies betrifft z.B. die Bedarfe Ernährung, Körperpflege, Fortbewegung und Medikamente. Dabei handelt es sich zwar um geringe Anteilswerte, aber sie verdeutlichen nochmals die benachteiligte und benachteiligende Situation dieser beiden Gruppen.

Abbildung 56: Einschränkungen, wenn das Geld nicht ausreichte - nach Subgruppen und Bedarfen der Erwachsenen





Es gilt, dass die Benachteiligungen und Konsequenzen, die sich aufgrund geringerer finanzieller Ressourcen für Haushalte mit minderjährigen Kindern ergeben, besonders Alleinerziehende und Angehörige der unteren Einkommensklasse treffen - wobei es Überschneidungen dieser beiden Gruppen gibt. Alleinerziehende der unteren Einkommensklasse sind dabei von einer doppelten Benachteiligung betroffen - zum einen aufgrund des geringeren Einkommens und zum anderen aufgrund eines kleineren (familiären) Netzwerkes.

Neben der Frage, ob das Geld reicht bzw. ob sich die Erwachsenen bei ihren Bedarfen einschränken, haben wir auch nach Einschränkungen in Bezug auf die Bedarfe der Kinder gefragt: Wo und wie haben Sie sich in den letzten 12 Monaten in Bezug auf den **Bedarf der Kinder** eingeschränkt, wenn das Geld mal nicht ausreichte?

Wie die folgende Abbildung zeigt, gaben 34,0% aller Befragten an, dass sie sich bisher bei den Bedarfen der Kinder nicht einschränken mussten, weil das Geld immer ausreichte. Und 63,5% aller Befragten gaben an, dass sie sich bei den Bedarfen der Kinder einschränken mussten.

Im Vergleich zu den Einschränkungen bei den Erwachsenen-Bedarfen ist positiv, dass weniger Haushalte sagten, sich bei den Bedarfen der Kinder einzuschränken, weil das Geld nicht ausreicht (63,5%), als bei den Bedarfen der Erwachsenen (74,4%). Daraus kann gefolgert werden, dass die Erwachsenen eher bei sich sparen, wenn das Geld nicht ausreicht, als bei den Kindern. Auch dies ist ein Ergebnis, welches wir in anderen GOE-Studien fanden.

Betrachtet man die einzelnen Subgruppen, so ähnelt das Auswertungsmuster sehr den Auswertungen bezüglich der Bedarfe der Erwachsenen. Es sind wiederum die Alleinerziehenden und die Haushalte der unteren Einkommensklasse, die prozentual häufiger als die anderen Subgruppen angaben, sich bei den Bedarfen der Kinder einzuschränken, weil das Geld nicht ausreicht.



Abbildung 57: Einschränkungen bei den Bedarfen der Kinder, wenn das Geld nicht ausreichte nach Subgruppen

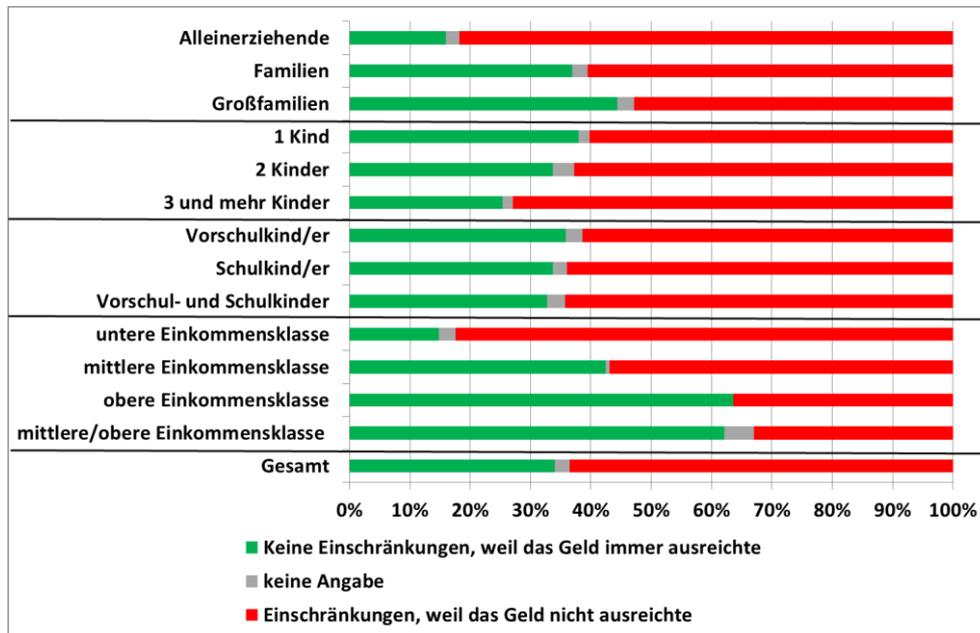


Tabelle 55: Einschränkungen bei den Bedarfen der Kinder, wenn das Geld nicht ausreichte nach Subgruppen

	Wir mussten uns bisher nicht einschränken, weil das Geld immer ausreichte		Wir mussten uns einschränken, weil das Geld nicht ausreichte		keine Angabe		insgesamt	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
Gesamt	34,0%	432	63,5%	807	2,5%	32	100,0%	1.271
Alleinerziehende	16,0%	37	81,8%	189	2,2%	5	100,0%	231
Familien	36,9%	327	60,5%	537	2,6%	23	100,0%	887
Großfamilien	44,4%	64	52,8%	76	2,8%	4	100,0%	144
1 Kind	38,0%	192	60,2%	304	1,8%	9	100,0%	505
2 Kinder	33,7%	185	62,8%	345	3,5%	19	100,0%	549
3 und mehr Kinder	25,3%	55	72,8%	158	1,8%	4	100,0%	217
Vorschulkind/er	35,8%	91	61,4%	156	2,8%	7	100,0%	254
Schulkind/er	33,7%	281	63,9%	533	2,4%	20	100,0%	834
Vorschul- und Schulkinder	32,7%	55	64,3%	108	3,0%	5	100,0%	168
untere Einkommensklasse	14,8%	69	82,4%	383	2,8%	13	100,0%	465
mittlere Einkommensklasse	42,5%	200	56,9%	268	0,6%	3	100,0%	471
obere Einkommensklasse	63,6%	14	36,4%	8	0,0%	0	100,0%	22
mittlere/obere Einkommensklasse	62,1%	64	33,0%	34	4,9%	5	100,0%	103

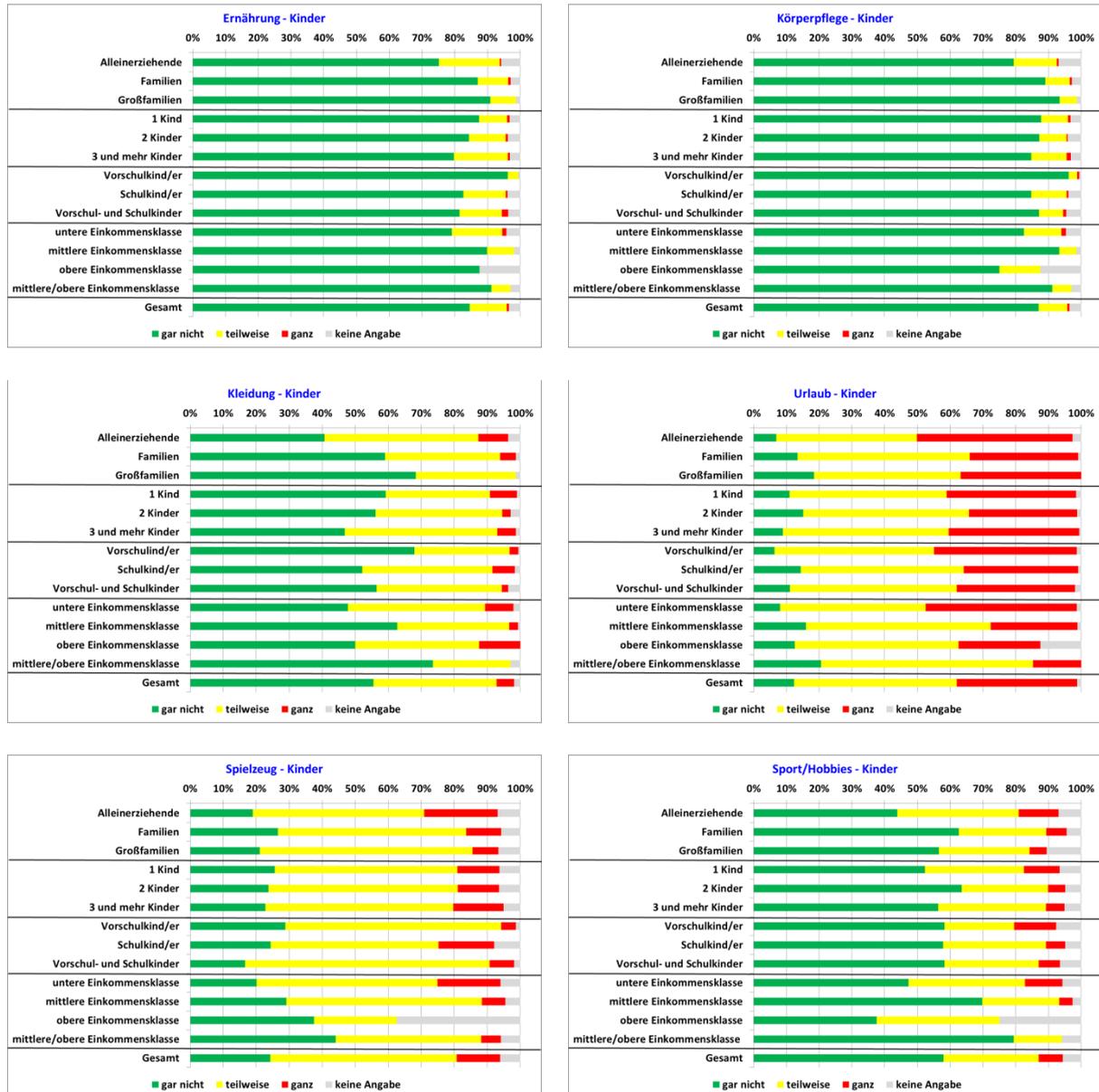
Wir haben wiederum die Frage nach der Einschränkung mit zehn Bedarfen hinterlegt und zu jedem Bedarf gefragt, ob, wenn sich die Haushalte bei den Bedarfen der Kinder einschränken, sie sich „ganz“, „teilweise“ oder „gar nicht“ einschränken.

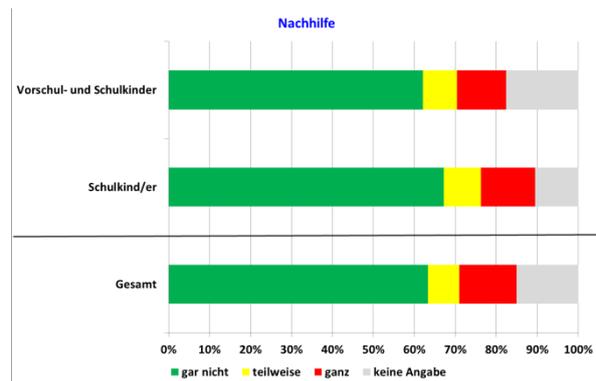
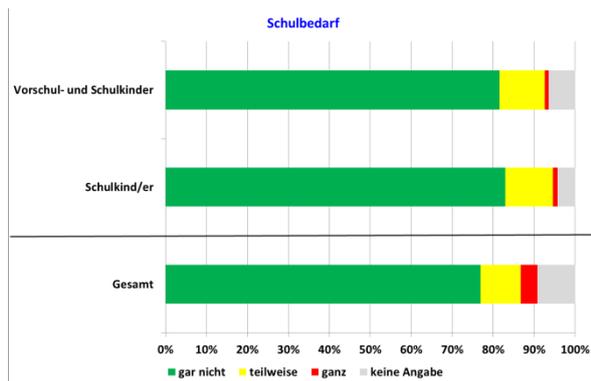
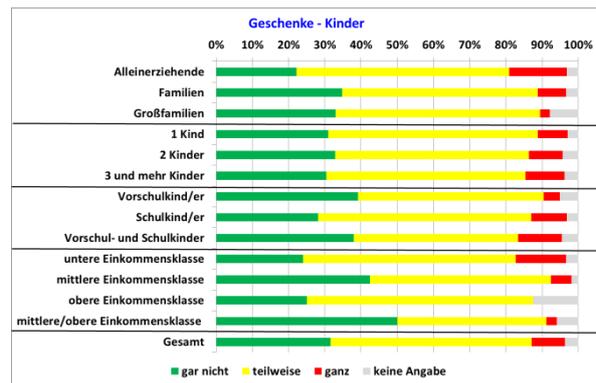
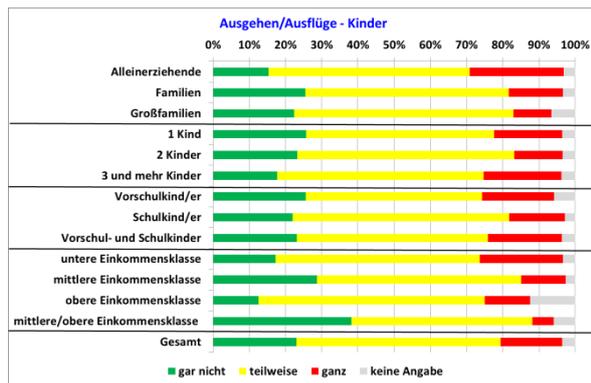


Bei der Betrachtung der zehn Abbildungen fällt zunächst positiv auf, dass es Bedarfe gibt, bei denen es (fast) keine Einschränkungen gibt - Ernährung und Körperpflege -, und Bedarfe, bei denen es hohe Anteilswerte gibt bezüglich einer kompletten Einschränkung, z.B. beim Urlaub.

Andererseits gibt es aber z.B. den Bedarf „Ernährung“, bezüglich dessen z.B. 18,5% der Alleinerziehenden, 16,5% der Haushalte mit drei und mehr Kindern und 15,4% der Haushalte in der unteren Einkommensklasse sagten, dass sie sich teilweise einschränken, wenn das Geld nicht reicht. Aufgrund vorheriger GOE-Studien ist nicht auszuschließen, dass ein Teil dieser Gruppe zeitweise hungert.

Abbildung 58: Einschränkungen bei den Bedarfen der Kinder, wenn das Geld nicht ausreichte - nach Subgruppen und Bedarfen





Ausgehend von der beschriebenen Ausgangssituation empfehlen wir die Einrichtung eines Kompetenzzentrums „Wirtschaften“.

Handlungsempfehlung Nr. 26: Einrichtung eines Kompetenzzentrums „Wirtschaften“

An dieser Stelle geht es zunächst um die Beschreibung der Funktionen, die mit diesem Angebot verbunden sind. Wer letztendlich Träger dieser Einrichtung sein kann, ist vor Ort zu entscheiden.

Dieses Angebot kann neu aufgebaut werden oder bestehende Einrichtungen, wie z.B. die Schuldnerberatung, sind entsprechend auszuweiten. Es kämen aber auch andere Einrichtungen, wie z.B. die Verbraucherberatung oder Familienbildungsstätten, in Betracht. Entscheidende Kriterien für die Wahl des Trägers sind dabei die bereits vorhandenen Kompetenzen sowie die Qualität und Wirkung der bisherigen Leistungen.

Zu einem Kompetenzzentrum „Wirtschaften“ gehören mindestens folgende Angebote:

- Einkommensberatung inklusive
 - Erschließen weiterer Ressourcen wie Wohngeld, Kinderzuschlag etc. und Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket sowie aus dem „Lüchow-Dannenger Kinderfonds“ (siehe Handlungsempfehlung Nr. 28)
 - Nutzen von Steuervergünstigungen und sonstigen Vergünstigungen (z.B. GEZ) inklusive Erarbeiten und Erstellen einer Liste aller relevanten in Frage kommenden Vergünstigungen - einschließlich der Voraussetzungen für eine Inanspruchnahme - wie auch (in Kooperation mit der Steuerberaterkammer Niedersachsen) eine Aufzählung von Zuwendungen, die nicht versteuert werden müssen
- Einrichten eines Treuhandkontos samt Geldverwaltung - auf Wunsch der Hilfesuchenden
- Unterstützung beim Erstellen und Ausfüllen entsprechender Anträge
- Energieberatung - Strom sparen, um Stromsperren zu verhindern



- Schuldnerberatung, Schuldenregulierung inklusive der Übernahme der Kosten für eine Schuldnerberatung durch die Jobcenter in dem Fall, dass der Verlust des Arbeitsplatzes aufgrund von Schulden droht (Entscheidung Landessozialgericht NRW)
- Einkaufsmanagement, Vorratshaltung
- Ernährungsberatung, Kochkurse etc.
- Kontoführungsmanagement
- Aufklärung über kostenlose Angebote und Leistungen im Gesundheitsbereich sowie Vorhalten einer Liste mit kostenlosen Angeboten im Gesundheitsbereich wie auch einer Liste aller sonstigen kostenlosen Angebote (einschließlich der Voraussetzungen für eine Inanspruchnahme)
- Enge Kooperation mit den Akteuren im Gesundheitsbereich bis hin zu regelmäßigen Austausch- und Informationsrunden

Dass der Bedarf bei Haushalten mit geringem Einkommen für eine Einkommensberatung zudem generell gesehen wird, hat auch der Gesetzgeber erkannt, der im SGB XII von „Budgetberatung“ spricht (§ 11). Somit gäbe es eine entsprechende gesetzliche Grundlage für die Einrichtung eines Kompetenzzentrums „Wirtschaften“.

Aber die Angebote des Kompetenzzentrums „Wirtschaften“ sollten sich selbstverständlich nicht nur an Haushalte mit geringem Einkommen wenden. Es sollte allen Interessierten offenstehen.

Eine zusätzliche Anmerkung sei zum Thema „Wohnkosten und SGB II-Bezug“ gegeben: Bei den Beziehern von SGB II-Leistungen sollten in den Beratungsgesprächen die bestehenden Wohnkosten ebenfalls thematisiert werden. Damit soll erreicht werden, dass bei den Haushalten ausreichend Geld zur Deckung des laufenden Bedarfs vorhanden ist - insbesondere in den Fällen, in denen die Kosten der Unterkunft über dem anerkannten Satz liegen und die Betroffenen deshalb die Differenz aus dem Personen-Regelsatz kompensieren.

Eine kompetentere Haushaltsführung beinhaltet zugleich das Einüben und Praktizieren von entsprechenden Strategien, den Alltag zu bewältigen. Dazu gehört auch ein angepasstes, aber angemessenes Konsumverhalten mit entsprechendem Verzicht. Da das Einkommen u.a. auch deswegen nicht ausreichen kann, weil das Geld eher nicht für die entsprechenden notwendigen Dinge ausgegeben wird, sondern zum Teil für Statussymbole, um Anerkennung zu bekommen und das Selbstbewusstsein zu stärken, müssen effektive Strategien sich auch auf die emotionale Ebene beziehen, wie z.B. Selbstkontrolle, Selbstwirksamkeitssteigerung und kognitive Restrukturierung.

Handlungsempfehlung Nr. 27:

Offensive Unterstützung bei der Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)

Es ist nicht davon auszugehen, dass durch das Bildungs- und Teilhabepaket dem Karlsruher Urteil Genüge getan wird, gesellschaftliche Teilhabe von Kindern zu realisieren, oder dass 120 € pro Jahr für jedes Kind dafür ausreichen.

Durch die Inanspruchnahme von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket können u.a. Mitgliedschaften in Vereinen finanziert werden.

In der Regel gibt es nur eine geringe Inanspruchnahmequote, die Optimierungsbedarf signalisiert. Dieser Optimierungsbedarf besteht zunächst in der Aufklärung über die Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket und sodann sicherlich auch bei der Unterstützung, den Antrag auszufüllen.



Handlungsempfehlung Nr. 28: Etablierung eines „Lüchow-Dannenger Kinderfonds“

Aus anderen Aufträgen/Befragungen ist uns bekannt, dass SGB II-Bedarfsgemeinschaften wissen, dass es z.B. nicht mit Vereinsmitgliedsbeiträgen getan ist, sondern dass weitere Kosten für Fußballschuhe, Tennisschläger, Musikinstrumente, für Fahrten zum Training etc. entstehen, die die Bedarfsgemeinschaften aber nicht decken können. Somit unterbleibt womöglich die Anmeldung in einem Verein.

Zudem scheinen sich Familien trotz der Möglichkeit, finanzielle Unterstützung durch das Bildungs- und Teilhabepaket für die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung in Schulen und Tageseinrichtungen für Kinder zu erhalten, diese nicht leisten zu können. Auch in dieser Situation könnte der Kinderfonds hilfreich sein.

Der Lüchow-Dannenger Kinderfonds könnte für Kinder von Eltern mit geringem Einkommen individuell die Kosten für Fußballschuhe, Tennisschläger, Musikinstrumente etc. übernehmen. Anfallende Transport- und Fahrtkosten zu den entsprechenden Angeboten könnten ebenfalls übernommen werden. Da für Eltern mit geringem Einkommen ein Urlaub in der Regel ein unerfüllbarer Traum ist, könnte das Angebot eines Kinderfonds auch Urlaubsreisen beinhalten.

Das Geld des Kinderfonds könnte aus Spenden von Bürger_innen oder von Sponsoren stammen. Zudem suchen Firmen, Arztpraxen etc. häufig verlässliche Organisationen, denen sie Gelder, die beim Betriebsfest oder bei der Weihnachtsfeier gesammelt worden sind, spenden können. Dazu gehören auch Unternehmen wie z.B. Stadtwerke oder Kreisverwaltungen, deren Mitarbeitende bei ihrer Gehaltsabrechnung auf die Auszahlung der Centbeträge hinter dem Komma verzichten. Auch diese könnten eine Geldquelle für den Kinderfonds sein. Um keine zusätzliche Organisation aufzubauen, könnte der Kinderfonds z.B. einer bestehenden Stiftung angegliedert werden.

Möglicherweise gibt es bereits Geldtöpfe im Landkreis, die im Sinne eines Kinderfonds Gelder bereitstellen. Zu überlegen wäre sodann, ob es sinnvoll ist, diese Ressourcen in einem zentralen Kinderfonds - der dann auch so heißen sollte, um die inhaltliche Ausrichtung über den Namen zu „transportieren“ - zu bündeln, um so die Wirksamkeit zu erhöhen, das Bewerben dieses Fonds zu erleichtern etc.

Dieser Fonds sollte zudem nur auf der individuellen Ebene helfen und keine Projekte oder Maßnahmen fördern. Eine derartige Förderung sollte anderen Organisationen wie Stiftungen etc. vorbehalten bleiben.

Handlungsempfehlung Nr. 29: Etablierung eines „Lüchow-Dannenberg-Passes (LüDaPass)“

In vielen Städten gibt es für eine definierte Zielgruppe mit geringem Einkommen (Bezieher_innen von SGB II-Leistungen, Wohngeld, Kinderzuschlag etc.) die Möglichkeit, einen Pass zu erhalten, der bei bestimmten Angeboten (Bücherei, Freibad etc.) zu Vergünstigungen/ermäßigtem Eintritt berechtigt.

Zu prüfen wäre, für wen und zu welchen Konditionen der Landkreis Lüchow-Dannenberg solch einen Pass einführen könnte, um dadurch z.B. für den entsprechenden Personenkreis eine bessere gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.



9 Handlungsempfehlungen für das Handlungsfeld „Partnerschaft/Trennung“

Ausgangssituation

Die folgende Abbildung und Tabelle zeigen, dass es bezüglich der Beziehungsprobleme einen hohen Anteil von Antworten gab, die besagen, dass es bisher noch keine Lösung für das Problem gab, oder überhaupt keine Angaben zu diesem Bereich vorlagen.

Abbildung 59: Problemkategorien und Problemlösungen – die neun Problembereiche mit den häufigsten Problemnennungen

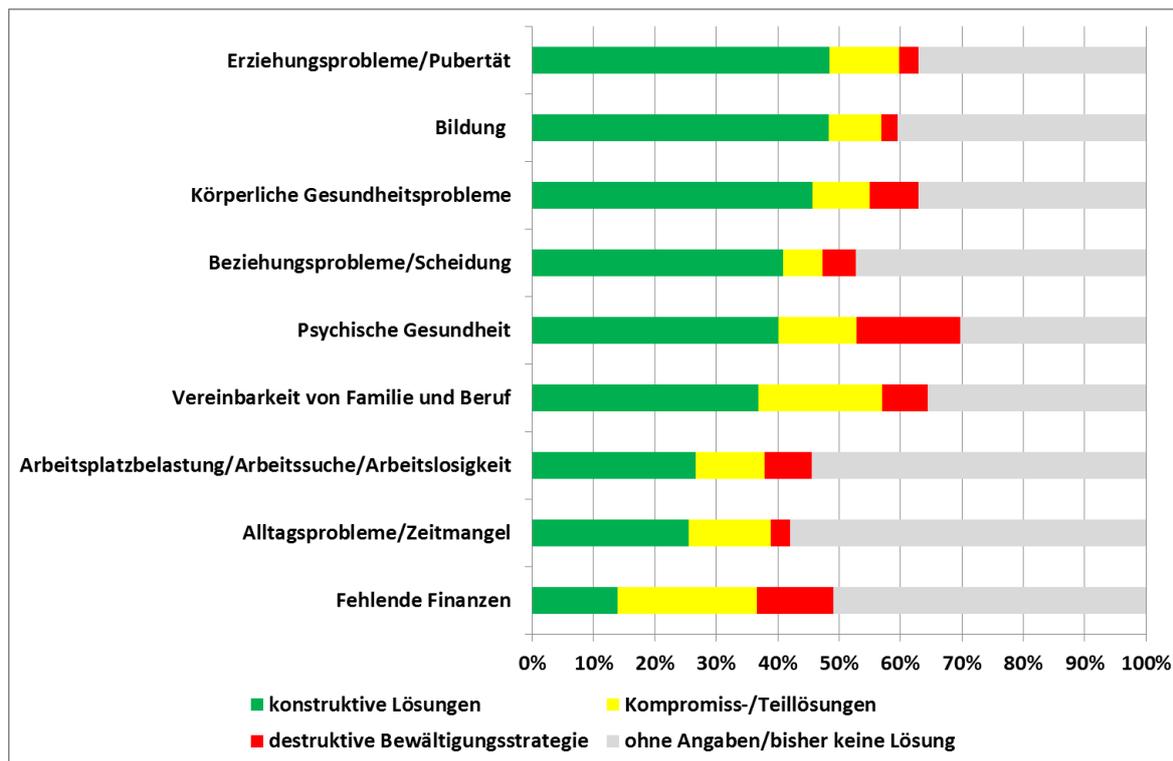


Tabelle 56: Problemkategorien und Problemlösungen – die neun Problembereiche mit den häufigsten Problemnennungen

genannte Probleme	Problem-lösungen	kon-struktive Lösung	Kompro-miss-/Teil-lösungen	destruktive Bewältigungs-strategie	ohne Anga-ben/bisher keine Lö-sung	
Anzahl		Anteil				
Erziehungsprobleme/Pubertät	92	97	48,5%	11,3%	3,1%	37,1%
Bildung	153	153	48,4%	8,5%	2,6%	40,5%
Körperliche Gesundheitsprobleme	261	280	45,7%	9,3%	7,9%	37,1%
Beziehungsprobleme/Scheidung	110	110	40,9%	6,4%	5,5%	47,3%
Psychische Gesundheitsprobleme	128	142	40,1%	12,7%	16,9%	30,3%
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	158	163	36,8%	20,2%	7,4%	35,6%
Arbeitsplatzbelastung/Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit	168	169	26,6%	11,2%	7,7%	54,4%
Alltagsprobleme/Zeitmangel	157	157	25,5%	13,4%	3,2%	58,0%
Fehlende Finanzen	215	216	13,9%	22,7%	12,5%	50,9%

**30 Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes „Auszeit-Wohnungen“ für Krisensituationen**

Um bei Streit und Stress in der Familie und der innerfamiliären Beziehung (zwischen Paaren untereinander und zwischen Eltern und ihren Kindern) Übergangslösungen zu finden, ohne gleich in ein Hotel, in eine Einrichtung der Jugendhilfe oder in ein Frauenhaus zu ziehen oder gar wohnungslos zu werden, bieten sich eine „Auszeit-Wohnungen“ für Krisensituationen an. Diese „Auszeit-Wohnungen“ könnten bei größeren Wohnungsunternehmen/Vermietern geschaffen und tageweise vermietet werden.

31 Entwicklung und Etablierung von interdisziplinären Angeboten für Kinder in Trennungs- und Scheidungssituationen

Die Alleinerziehenden berichten von erhöhten gesundheitlichen Beschwerden und Beeinträchtigungen bei Kindern als Folgeerscheinungen von Trennungen/Scheidungen. Gezielte (Gruppen-)Angebote für Kinder in Scheidungs- und Trennungssituationen sollten rechtzeitig an die Erziehungsberechtigten und Kinder herangetragen werden, sodass die Bewahrung und Förderung der seelischen und körperlichen Gesundheit des Kindes früh in den Blickpunkt rückt und negative Folgeentwicklungen abgeschwächt werden (Identitätsentwicklung, Gesundheit, Verhaltensauffälligkeiten). Diese Angebote können sozialtherapeutische, sozialpädagogische, freizeitpädagogische oder sportliche Schwerpunkte haben.

32 Ausbau der Angebote für Mütter und Väter in Trennungs- und Scheidungssituationen

Die Auswertungsergebnisse legen nahe, dass es einen hohen Bedarf an psychologischen Gesprächen zur Entlastung und Verarbeitung der Trennung bei den Alleinerziehenden gibt. Allerdings scheint dieser Unterstützungsbereich auch mit besonders vielen „Hürden“ für die Alleinerziehenden versehen zu sein. Dazu gehören häufig das fehlende Vertrauen in das Hilfesystem, depressiver Fatalismus und ebenso häufig fehlende Therapieplätze.

Auch die Krankenkassen sollten aufgrund der wachsenden Problematik, bei fehlender frühzeitiger Auseinandersetzung mit der Trennungserfahrung und der Doppelbelastung als Erziehungsberechtigte entsprechende Angebote nach der Trennung bereitstellen.

Auch im Rahmen von Tageseinrichtungen für Kinder und Familienzentren sowie Angeboten der Gesundheitsberatung sollten interdisziplinäre Hilfeangebote für Mütter/Väter und ihre Kinder in Scheidungs- und Trennungssituationen eingerichtet werden.



10 Handlungsempfehlungen im Handlungsfeld „Demografie“

33**Umsetzung entsprechender Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen „Bildung“ und „Gesundheit“**

Alle von uns betrachteten Daten und Berichte gehen von einem Bevölkerungsrückgang im Landkreis Lüchow-Dannenberg in den nächsten Jahren aus (verwendete Daten im Nahverkehrsplan 2014-2016 für den Landkreis Lüchow-Dannenberg; Daten vom Landesamt für Statistik Niedersachsen).

Somit kommt es zunächst darauf an, die Abwanderung von Haushalten mit minderjährigen Kindern aus dem Landkreis möglichst zu verhindern.

Die Voraussetzungen dafür sind gut. Denn 84,3% der befragten Haushalte möchten so lange wie möglich in der Gemeinde bleiben, in der sie zum Zeitpunkt der Befragung lebten. Nur 2,5% möchte so schnell wie möglich wegziehen. Damit ist die Bindung an die jeweilige Gemeinde (und damit an den Landkreis) sehr hoch.

Dabei liegen die (jungen) Haushalte mit jungen Kindern (Kinder im Vorschulalter) über den Durchschnittswerten und Haushalte mit älteren Kindern (Schulkindern) unter den Durchschnittswerten. Das heißt, die (jungen) Haushalte mit Vorschulkindern haben eine höhere Bindung an die Gemeinde als Haushalte mit älteren Kindern (Schulkindern). Demnach sinkt die Bindung der Haushalte (wenn auch nicht dramatisch), wenn die Kinder älter sind und zur Schule gehen.

Somit gilt es, - so unsere Annahme - positive Grundstimmung der jüngeren Haushalte mit Kindern im Vorschulalter zu erhalten, sodass die bereits hohe Bindung hoch bleibt, wenn die Vorschulkinder zur Schule gehen. Das wiederum spricht unserer Meinung nach dafür, im Bildungsbereich aktiv zu werden und diesen Bereich zu einem Alleinstellungsmerkmal des Landkreises Lüchow-Dannenberg zu entwickeln. Und das wiederum könnte durch die Etablierung einer regionalen Bildungslandschaft Lüchow-Dannenberg in Kombination mit den bereits gegebenen Vorteilen des Landkreises erreicht werden (siehe Handlungsempfehlung Nr. 17: Entwicklung und Etablierung einer regionalen Bildungslandschaft „Lüchow-Dannenberg“).

Dieses Alleinstellungsmerkmal würde mit einer großen Wahrscheinlichkeit die Abwanderung von Haushalten mit minderjährigen Kindern verhindern helfen und andererseits eine hohe Anziehungskraft auf Haushalte mit minderjährigen Kindern von außerhalb des Landkreises ausüben, sodass dieses (verstärkt) in den Landkreis Lüchow-Dannenberg ziehen.

Wenn zudem die Handlungsempfehlung Nr. 8 Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes Familienfreundlicher Landkreis Lüchow-Dannenberg und die neu ausgerichtete Familienpolitik greifen würden, könnte dies ein Anreiz sein, mehr Kinder zu bekommen und dadurch auch den Bevölkerungsrückgang zu verlangsamen.

Inwieweit die Bevölkerungsprognosen durch die Auswirkungen der Flüchtlingszuwanderung über „den Haufen geworfen“ werden, lässt sich jetzt noch nicht sagen.

Aus unserer Sicht bedeutet das aber nicht, mit den Bemühungen und den Umsetzungen von Maßnahmen nachzulassen, um Abwanderung zu verhindern, den Rückgang der (alt-)eingesessenen Bevölkerung zu verlangsamen und Familien von außerhalb des Landkreises zu motivieren, in den Landkreis Lüchow-Dannenberg zu ziehen.



11 Handlungsempfehlungen für bestimmte Zielgruppen - Alleinerziehende und Haushalte mit geringem Einkommen

34 Alleinerziehende und Haushalte mit geringem Einkommen als verstärkt unterstützungsbedürftige Zielgruppe in den Blick nehmen und entsprechend handeln

Ausgangssituation

Zur Ausgangssituation gehört zunächst, dass es Überschneidungen bei den beiden Subgruppen gibt. So befinden sich gut 70% der Alleinerziehenden ebenfalls in der Gruppe der Haushalte in der unteren Einkommensklasse. Von Unterstützungen und Hilfen für die Haushalte in der unteren Einkommensklasse profitieren somit in erheblichem Masse Alleinerziehende.

Zur Ausgangssituation gehört des Weiteren, dass Alleinerziehende stärker von gleichzeitig auftretenden großen Problemen betroffen sind als andere Subgruppen. So ist in der folgenden Abbildung erkennbar, dass Alleinerziehende bei vier der fünf Problemkonstellationen deutlich über dem durchschnittlichen Anteilswert liegen.

Am größten ist der Unterschied bei der gravierendsten Problemkonstellation: dem Fünfer-Problem-bündel. Hier ist der Unterschied mehr als doppelt so hoch (6,9% gegenüber 2,8%), Das heißt, Alleinerziehende sind von fünf gleichzeitig auftretenden Problemen fast 2,5mal so häufig betroffen wie die Haushalte im Durchschnitt insgesamt.

Abbildung 60: Problemkonstellation der Haushalte nach Familienform und Anzahl der Kinder

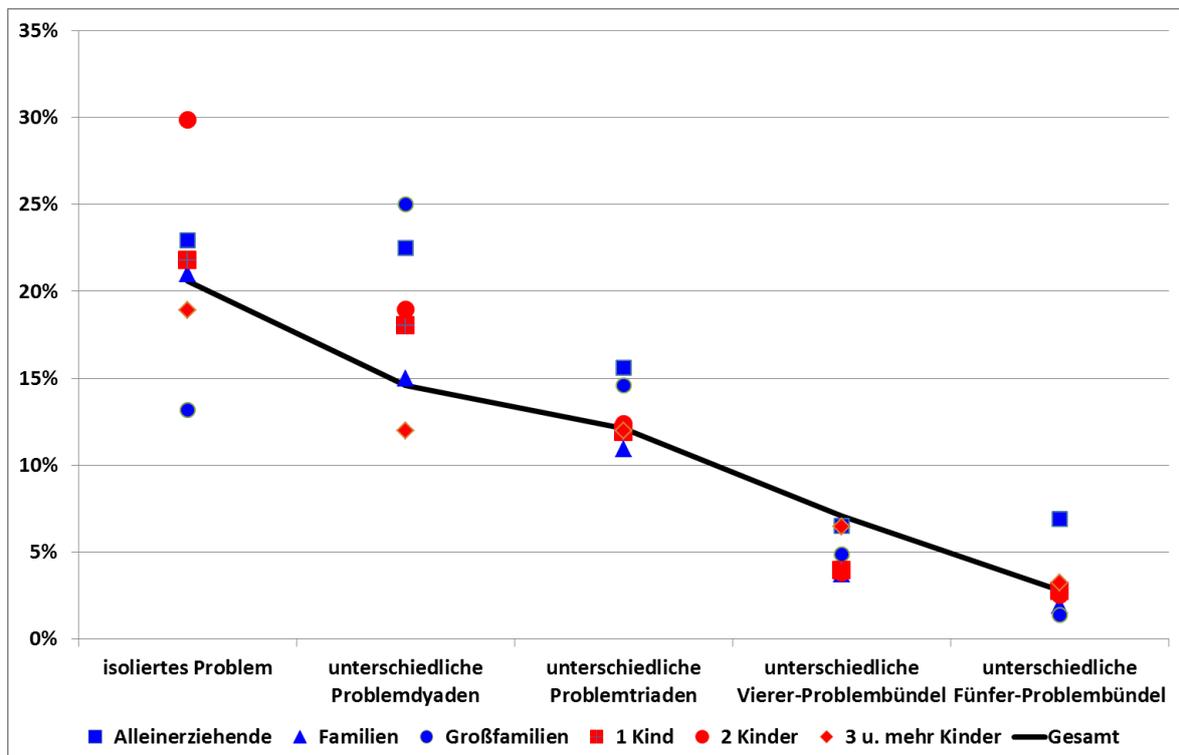




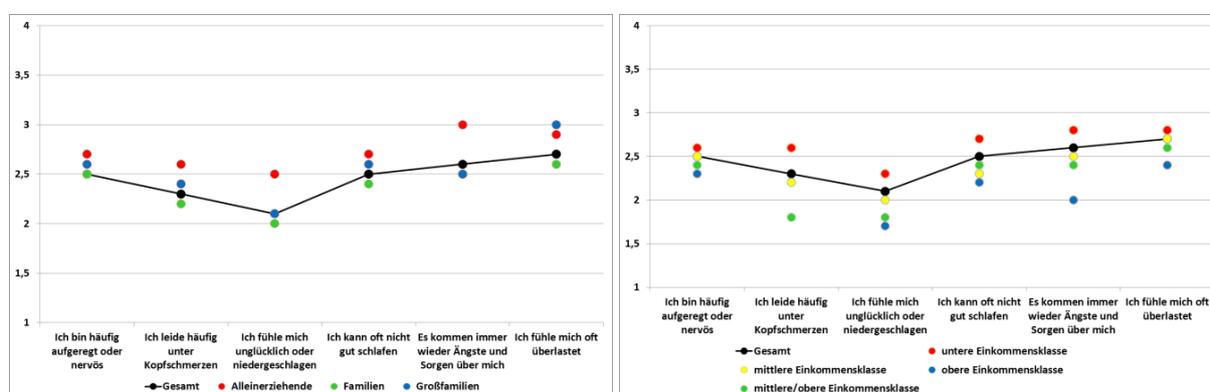
Tabelle 57: Problemkonstellation der Haushalte nach Subgruppen

Haushalte insgesamt	Haushalte mit ...									
	einem isolierten Problem		unterschiedlichen Problemdyaden		unterschiedlichen Problemtriaden		unterschiedlichen Vierer-Problembündel		unterschiedlichen Fünfer-Problembündel	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Gesamt	1.271	262 20,6%	185 14,6%	154 12,1%	90 7,1%	35 2,8%				
Alleinerziehende	231	53 22,9%	52 22,5%	36 15,6%	15 6,5%	16 6,9%				
Familie	887	186 21,0%	133 15,0%	97 10,9%	33 3,7%	17 1,9%				
Großfamilie	144	19 13,2%	36 25,0%	21 14,6%	7 4,9%	2 1,4%				
1 Kind	505	110 21,8%	91 18,0%	60 11,9%	20 4,0%	14 2,8%				
2 Kinder	549	164 29,9%	104 18,9%	68 12,4%	21 3,8%	14 2,6%				
3 u. mehr Kinder	217	41 18,9%	26 12,0%	26 12,0%	14 6,5%	7 3,2%				
Vorschulkind	254	52 20,5%	53 20,9%	33 13,0%	10 3,9%	3 1,2%				
Schulkind	834	170 20,4%	142 17,0%	94 11,3%	38 4,6%	26 3,1%				
Vorschul- u. Schulkinder	168	33 19,6%	19 11,3%	26 15,5%	7 4,2%	6 3,6%				
untere Einkommensklasse	465	99 21,3%	71 15,3%	60 12,9%	25 5,4%	17 3,7%				
mittlere Einkommensklasse	471	100 21,2%	88 18,7%	52 11,0%	16 3,4%	10 2,1%				
obere Einkommensklasse	22	4 18,2%	4 18,2%	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%				
mittlere/obere Einkommensklasse	103	20 19,4%	13 12,6%	11 10,7%	3 2,9%	4 3,9%				

Auch die anderen vielfältigen Auswertungsergebnisse zeigten immer wieder, dass Alleinerziehende und Haushalte mit geringem Einkommen¹⁶, im Vergleich zu den anderen Subgruppen überdurchschnittlich von größeren Belastungen betroffen waren, was wiederum mit einem entsprechenden höheren Unterstützungsbedarf einhergeht.

Und bezüglich des Erlebens psychischer Belastungen im Alltag schneiden Alleinerziehende und Haushalte mit geringem Einkommen im Subgruppenvergleich fast durchgängig am schlechtesten ab.

Abbildung 61: Beurteilung der eigenen Situation nach Subgruppen – Familienform und Einkommen



¹⁶ So geht auch aus der Analyse der prozessproduzierten Daten für den Landkreis Lüchow-Dannenberg hervor, dass Alleinerziehende im Vergleich zu Paarhaushalten mit Kind(ern) deutlich häufiger im SGB II-Bezug sind (Sozialraumanalyse des Landkreises Lüchow-Dannenberg, Teil I - Auswertung kleinräumiger Daten/Datenreader).



Nicht zuletzt weisen die Subgruppen der Alleinerziehenden und der Haushalte der unteren Einkommensklasse in fast allen abgefragten Unterstützungsbereichen überdurchschnittlich häufig Unterstützungswünsche bzw. ungedeckte Hilfebedarfe auf. Dies wird im Folgenden noch mal beispielhaft anhand einiger abgefragter Unterstützungsbereiche verdeutlicht.

Tabelle 58: Erhaltene Hilfe/Unterstützung im Bereich „Gesundheit und Krankheit“ (befragte erwachsene Person selbst) nach Subgruppen

	nein, ich bekomme keine Unterstützung, obwohl ich welche benötigen würde		ja, ich bekomme Unterstützung		nein, weil ich in dem Bereich keine Unterstützung benötige		keine Angabe		insgesamt	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
Gesamt	10,8%	137	16,2%	206	70,3%	893	2,8%	35	100,0%	1271
Alleinerziehende	18,6%	43	19,9%	46	56,3%	130	5,2%	12	100,0%	231
Familien	8,3%	74	16,0%	142	73,6%	653	2,0%	18	100,0%	887
Großfamilien	13,9%	20	11,1%	16	72,2%	104	2,8%	4	100,0%	144
1 Kind	10,5%	53	16,8%	85	70,7%	357	2,0%	10	100,0%	505
2 Kinder	10,4%	57	15,3%	84	70,9%	389	3,5%	19	100,0%	549
3 und mehr Kinder	12,4%	27	17,1%	37	67,7%	147	2,8%	6	100,0%	217
Vorschulkind/er	8,3%	21	9,4%	24	79,1%	201	3,1%	8	100,0%	254
Schulkind/er	11,2%	93	19,2%	160	67,0%	559	2,6%	22	100,0%	834
Vorschul- und Schulkinder	13,1%	22	12,5%	21	71,4%	120	3,0%	5	100,0%	168
untere Einkommensklasse	14,8%	69	16,8%	78	64,5%	300	3,9%	18	100,0%	465
mittlere Einkommensklasse	7,2%	34	17,4%	82	74,5%	351	0,8%	4	100,0%	471
obere Einkommensklasse	4,5%	1	4,5%	1	86,4%	19	4,5%	1	100,0%	22
mittlere/obere Einkommensklasse	7,8%	8	12,6%	13	79,6%	82	0,0%	0	100,0%	103

Tabelle 59: Hilfe/Unterstützung bei schulischen Problemen nach Subgruppen

	nein, weil unser Kind keine schulischen Probleme hat		nein, weil wir keine externe Unterstützung für die schulischen Probleme unseres Kindes/unserer Kinder brauchen (wir regeln das selbst)		nein, obwohl es schulische Probleme unseres Kindes gibt, für die wir externe Unterstützung gebrauchen könnten		ja, wir bekommen externe Unterstützung für die schulischen Probleme unseres Kindes		keine Angabe		insgesamt	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
Gesamt	48,8%	505	24,1%	249	5,8%	60	15,7%	162	5,7%	59	100,0%	1.035
Alleinerziehende	40,3%	79	22,4%	44	8,7%	17	21,4%	42	7,1%	14	100,0%	196
Familien	50,3%	365	24,4%	177	5,4%	39	14,3%	104	5,5%	40	100,0%	725
Großfamilien	51,9%	56	25,9%	28	3,7%	4	14,8%	16	3,7%	4	100,0%	108
1 Kind	48,8%	157	24,8%	80	5,9%	19	11,2%	36	9,3%	30	100,0%	322
2 Kinder	50,0%	247	23,5%	116	4,9%	24	17,4%	86	4,3%	21	100,0%	494
3 und mehr Kinder	46,1%	101	24,2%	53	7,8%	17	18,3%	40	3,7%	8	100,0%	219
Schulkind/er	47,9%	414	25,1%	217	5,9%	51	15,5%	134	5,6%	48	100,0%	864
Vorschul- und Schulkinder	53,2%	91	18,7%	32	5,3%	9	16,4%	28	6,4%	11	100,0%	171
untere Einkommensklasse	42,4%	163	24,5%	94	8,9%	34	16,4%	63	7,8%	30	100,0%	384
mittlere Einkommensklasse	52,8%	195	24,7%	91	4,1%	15	14,6%	54	3,8%	14	100,0%	369
obere Einkommensklasse	58,3%	7	25,0%	3	0,0%	0	16,7%	2	0,0%	0	100,0%	12
mittlere/obere Einkommensklasse	53,0%	53	22,0%	22	4,0%	4	17,0%	17	4,0%	4	100,0%	100



Tabelle 60: Wunsch nach Hilfe/Unterstützung bzw. noch mehr Hilfe und Unterstützung im Bereich „Gesundheit und Krankheit“ – „ja, ich weiß aber nicht, wo es diese Unterstützung gibt“ (Alleinerziehende, untere Einkommensklasse und Gesamt im Vergleich)

	Gesamt (N = 343)		nur Subgruppe Alleinerziehende (N = 89)		nur Subgruppe Untere Einkommensklasse (N = 147)	
	ja, ich weiß aber nicht, wo es diese Unterstützung gibt		ja, ich weiß aber nicht, wo es diese Unterstützung gibt		ja, ich weiß aber nicht, wo es diese Unterstützung gibt	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
Entspannungskurse	27,1%	93	36,0%	32	30,6%	45
Umgang mit/Akzeptanz von chronischer Erkrankung	21,3%	73	24,7%	22	26,5%	39
Umgang mit Krankenkasse (z.B. zusätzliche Behandlungskosten/Eigenanteil, Kurantrag)	19,8%	68	22,5%	20	25,9%	38
Kosten für Medikamente	19,5%	67	20,2%	18	22,4%	33
Motivation zur Teilnahme an Sportangeboten	17,5%	60	20,2%	18	17,7%	26
Ernährungsberatung, Übergewicht/Abnehmen	13,7%	47	19,1%	17	14,3%	21
bei Behinderung (Hilfsmittel, Behindertenausweis, persönliche Hilfen)	9,0%	31	9,0%	8	9,5%	14
mit dem Rauchen aufhören	7,0%	24	7,9%	7	8,8%	13
Vorsorgetermine machen/wahrnehmen (z.B. Krebsvorsorge, Zahnarzt, Check-up)	6,4%	22	6,7%	6	7,5%	11
Schwangerschaftsberatung, Sexualberatung	1,7%	6	4,5%	4	1,4%	2
Begleitung zum Arzt	1,5%	5	1,1%	1	1,4%	2
Alkohol/Drogenkonsum	0,9%	3	1,1%	1	0,0%	0

Tabelle 61: Gewünschte Hilfe/Unterstützung in sonstigen Bereichen – beim Umgang mit Ämtern/Behörden

	ja, ich weiß aber nicht, wo ich diese Unterstützung bekommen kann		ja, und ich weiß, wo ich diese Unterstützung bekommen kann		nein		keine Angabe		insgesamt	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
Gesamt	7,6%	97	9,4%	119	78,4%	996	4,6%	59	100,0%	1.271
Alleinerziehende	11,7%	27	13,0%	30	68,0%	157	7,4%	17	100,0%	231
Familien	6,9%	61	7,7%	68	81,4%	722	4,1%	36	100,0%	887
Großfamilien	6,3%	9	13,2%	19	76,4%	110	4,2%	6	100,0%	144
1 Kind	7,9%	40	9,1%	46	78,2%	395	4,8%	24	100,0%	505
2 Kinder	7,1%	39	8,4%	46	79,4%	436	5,1%	28	100,0%	549
3 und mehr Kinder	8,3%	18	12,4%	27	76,0%	165	3,2%	7	100,0%	217
Vorschulkind/er	8,3%	21	9,4%	24	78,7%	200	3,5%	9	100,0%	254
Schulkind/er	7,2%	60	9,0%	75	78,7%	656	5,2%	43	100,0%	834
Vorschul- und Schulkinder	9,5%	16	8,9%	15	78,0%	131	3,6%	6	100,0%	168
untere Einkommensklasse	11,0%	51	14,2%	66	68,4%	318	6,5%	30	100,0%	465
mittlere Einkommensklasse	5,1%	24	5,7%	27	86,8%	409	2,3%	11	100,0%	471
obere Einkommensklasse	9,1%	2	4,5%	1	81,8%	18	4,5%	1	100,0%	22
mittlere/obere Einkommensklasse	5,8%	6	1,0%	1	90,3%	93	2,9%	3	100,0%	103

Alleinerziehende und Haushalte der unteren Einkommensklasse geben außerdem überdurchschnittlich häufig an, dass sich ihr Lebensstandard in den letzten fünf Jahren verschlechtert habe. Sie nehmen also eine Abwärtsentwicklung in Bezug auf ihre Lebenssituation wahr.



Tabelle 62: Veränderung des Lebensstandards in den letzten fünf Jahren nach Subgruppen

	stark verschlechtert		etwas verschlechtert		nicht verändert		etwas verbessert		stark verbessert		insgesamt	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
Gesamt	4,6%	59	16,5%	210	33,9%	431	31,7%	403	11,3%	144	100%	1.271
Alleinerziehende	13,0%	30	25,5%	59	28,1%	65	22,9%	53	9,1%	21	100%	231
Familien	2,7%	24	13,8%	122	34,7%	308	34,6%	307	12,2%	108	100%	887
Großfamilien	3,5%	5	18,1%	26	38,9%	56	27,8%	40	9,7%	14	100%	144
1 Kind	5,9%	30	17,6%	89	34,1%	172	28,5%	144	12,9%	65	100%	505
2 Kinder	3,1%	17	16,0%	88	34,2%	188	34,6%	190	9,5%	52	100%	549
3 und mehr Kinder	5,5%	12	15,2%	33	32,7%	71	31,8%	69	12,4%	27	100%	217
Vorschulkind/er	5,1%	13	22,4%	57	28,3%	72	26,0%	66	16,9%	43	100%	254
Schulkind/er	4,9%	41	15,1%	126	36,3%	303	32,6%	272	9,2%	77	100%	834
Vorschul- und Schulkinder	2,4%	4	13,1%	22	29,8%	50	38,1%	64	13,1%	22	100%	168
untere Einkommensklasse	9,5%	44	22,8%	106	31,8%	148	28,6%	133	5,6%	26	100%	465
mittlere Einkommensklasse	1,9%	9	12,5%	59	35,0%	165	34,6%	163	15,1%	71	100%	471
obere Einkommensklasse	0,0%	0	9,1%	2	13,6%	3	45,5%	10	31,8%	7	100%	22
mittlere/obere Einkommensklasse	0,0%	0	3,9%	4	26,2%	27	44,7%	46	23,3%	24	100%	103

Hinzu kommt, dass nach Ansicht der befragten Akteure im Landkreis einkommensschwache Haushalte über geringere Selbsthilfekräfte verfügen bzw. geringere Ressourcen zur Bewältigung ihrer Lebenssituation einsetzen (können) als nichteinkommensschwache Haushalte.

Tabelle 63: Einschätzung der Selbsthilfekräfte der Haushalte mit Kind(ern) zur Bewältigung ihrer Lebenssituation durch die Akteure in ihrem Tätigkeitsbereich

	Haushalte mit Kind(ern) generell	Anteil	einkommensschwache Haushalte mit Kind(ern)	Anteil	nichteinkommensschwache Haushalte mit Kind(ern)	Anteil
sehr hoch	0	0,0%	1	4,8%	1	5,0%
eher hoch	3	23,1%	1	4,8%	13	65,0%
mittel	5	38,5%	2	9,5%	4	20,0%
eher niedrig	2	15,4%	12	57,1%	0	0,0%
sehr niedrig	1	7,7%	3	14,3%	0	0,0%
weiß nicht	2	15,4%	2	9,5%	2	10,0%
Mittelwert	2,9		2,2		3,8	
Insgesamt	13	100,0%	21	100,0%	20	100,0%

Insofern weisen die unterschiedlichsten Auswertungsergebnisse der Sozialraumanalyse darauf hin, dass Alleinerziehenden und Haushalten mit geringem Einkommen erhöhte Aufmerksamkeit entgegengebracht werden sollte.



Aus dieser Handlungsempfehlung folgt eine weitere Handlungsempfehlung.

35	Analyse der einzelnen Unterstützungsbereiche hinsichtlich vorhandener Angebote/Hilfen, ihrer Bekanntheit und möglicher Zugangsbarrieren für Alleinerziehende und Haushalte mit geringem Einkommen
-----------	--

Die Haushaltsbefragung hat ergeben, dass Alleinerziehende und Haushalte mit Kind(ern) mit geringem Einkommen oft noch deutlich häufiger als die anderen Subgruppen Unterstützungswünsche haben und gleichzeitig nicht wissen, wer hierfür Ansprechpartner ist bzw. wo sie diese Unterstützung bekommen können.

Insofern sollte allgemein wie auch bezogen auf spezielle Angebote geprüft und diskutiert werden, inwieweit die Bekanntheit der Hilfen speziell für diese Zielgruppen noch verbessert werden könnte und welche Hemmschwellen und Zugangsbarrieren für die Zielgruppen der Alleinerziehenden und der einkommensschwachen Haushalte bestehen (Erreichbarkeit, Öffnungszeiten, aber auch vergangene Erfahrungen mit Ämtern/Behörden sowie Scham/Ängste).

Insbesondere bei Alleinerziehenden sollten die Lebenslage und ihre spezielle Lebenssituation bei der Analyse und der Entwicklung von Unterstützungsangeboten berücksichtigt werden. Dies reicht so dann von der ganzheitlichen Betrachtungs- und Angehensweise der Alleinerziehenden-Problem-bündel bis hin zu den Öffnungszeiten der (Unterstützungs-)Angebote.

Zu beachten ist dabei auch, dass, wenn vorhandene Angebote als nicht wirksam angesehen werden und es hierzu keine alternativen Angebote gibt, für die Hilfesuchenden die Situation besteht, gar keine Hilfen zur Verfügung zu haben. Dies verweist wiederum auf die Bedeutung der Handlungsempfehlung Nr. 9, die Wirkung der angebotenen Hilfen zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern.

Ergänzend sei noch darauf hingewiesen, dass nicht nur Befragte, die sich Hilfe wünschen, ohne zu wissen, wo man diese bekommen kann, Handlungsbedarf anzeigen. Denn wenn Befragte angeben, sich eine bestimmte Hilfe/Unterstützung zu wünschen, und auch wissen, wo sie diese bekommen können, stellt sich doch die Frage, warum sie diese bisher (noch) nicht in Anspruch genommen haben. Zu klären wäre also, was die Gründe dafür sind, dass vorhandene Angebote trotz eines Hilfebedarfs bzw. Unterstützungswunsches nicht in Anspruch genommen werden. Auf dieser Basis lassen sich vermutlich weitere Hürden und Hindernisse für die Inanspruchnahme abbauen, was eine wesentliche Voraussetzung ist, um wirkungsorientierte Hilfen anzubieten.

36	Durchführung eines Fachtages „Hilfen für Alleinerziehende und armutsgefährdete Familien“ in Lüchow-Dannenberg
-----------	--

Um die sozialen Akteure in Lüchow-Dannenberg für die Lebenslage Alleinerziehender und einkommensschwacher Haushalte noch mehr zu sensibilisieren und miteinander zu vernetzen, schlagen wir vor, einen Fachtag „Hilfen für Alleinerziehende und armutsgefährdete Familien“ durchzuführen. An einem solchen Fachtag sollten alle Sozialen Dienste und Träger teilnehmen. Der Fachtag sollte Raum für den gegenseitigen Austausch von Erfahrungen und die Diskussion über Möglichkeiten der Verbesserung der vorhandenen Strukturen/Angebote sowie die Notwendigkeit der Etablierung neuer Angebote geben. Thema eines solchen Fachtages könnte dann insbesondere auch sein, die Inanspruchnahmevoraussetzungen der Hilfen zu klären und damit im Sinne des oben angesprochenen Problems der Inanspruchnahmehürden gemeinsam vorhandene Hemmschwellen und Zugangsbarrieren zu identifizieren.

**37 Etablierung eines Netzwerkes „Alleinerziehende“**

Angesichts der Komplexität, die die Alltagsbewältigung von (einkommensschwachen) Alleinerziehenden ausmacht und damit auch die Bandbreite potenzieller Dienste, ist es sinnvoll, in diesem Rahmen auch auf die (dauerhafte) Vernetzung der bereits bestehenden Dienste und Träger hinzuwirken; das heißt, der Fachtag könnte auch dafür genutzt werden, um ein Netzwerk „Alleinerziehende“ zu initiieren.

Aufgabe des Netzwerkes sollte es sein, gemeinsame Zielsetzungen - einschließlich entsprechender Handlungsstrategien und Umsetzungsmaßnahmen zur Zielerreichung - in Bezug auf verbesserte Hilfen für Alleinerziehende im Landkreis zu entwickeln.

Dabei ist in der Phase der Netzwerkvorbereitung ein wichtiger Arbeitsschritt, die Motivation der Akteure zur Netzwerkteilnahme zu klären. Warum wollen die Beteiligten sich im Netzwerk engagieren? und welchen Nutzen haben die Teilnehmenden als Netzwerketeiligte?

38 Alleinerziehende als dezidierte Zielgruppe der Vermittlungsarbeit der Jobcenter definieren**Ausgangssituation**

Aus der Haushaltsbefragung ist bekannt, dass für gut 37% der befragten Alleinerziehenden die Vereinbarkeit von Beruf/Arbeit und Familie eher oder sogar sehr schwierig ist.

Tabelle 64: Vereinbarkeit von Beruf/Arbeit und Familie nach Subgruppen

	sehr schwierig		eher schwierig		teils/teils		eher leicht		sehr leicht		trifft nicht zu, weil nicht erwerbstätig		keine Angabe		insgesamt	
	An- teil	An- zahl	An- teil	An- zahl	An- teil	An- zahl	An- teil	An- zahl	An- teil	An- zahl	An- teil	An- zahl	An- teil	An- zahl	An- teil	An- zahl
Gesamt	7,6%	97	19,0%	242	35,8%	455	27,9%	354	4,3%	55	4,5%	57	0,9%	11	100,0%	1.271
Alleinerziehende	13,4%	31	23,8%	55	33,3%	77	19,5%	45	2,6%	6	6,9%	16	0,4%	1	100,0%	231
Familien	6,3%	56	17,8%	158	35,9%	318	30,6%	271	4,8%	43	3,6%	32	1,0%	9	100,0%	887
Großfamilien	6,9%	10	20,1%	29	38,9%	56	22,9%	33	4,2%	6	6,3%	9	0,7%	1	100,0%	144
1 Kind	7,1%	36	21,6%	109	34,5%	174	27,1%	137	3,8%	19	5,5%	28	0,4%	2	100,0%	505
2 Kinder	6,0%	33	17,1%	94	38,4%	211	29,7%	163	4,9%	27	2,4%	13	1,5%	8	100,0%	549
3 und mehr Kinder	12,9%	28	18,0%	39	32,3%	70	24,9%	54	4,1%	9	7,4%	16	0,5%	1	100,0%	217
Vorschulkind/er	8,7%	22	26,8%	68	34,3%	87	23,2%	59	2,8%	7	4,3%	11	0,0%	0	100,0%	254
Schulkind/er	7,1%	59	15,8%	132	36,7%	306	30,0%	250	4,9%	41	4,3%	36	1,2%	10	100,0%	834
Vorschul- und Schul- kinder	9,5%	16	23,8%	40	34,5%	58	22,0%	37	4,2%	7	5,4%	9	0,6%	1	100,0%	168
untere Einkommens- klasse	9,9%	46	19,1%	89	35,9%	167	22,8%	106	4,7%	22	6,9%	32	0,6%	3	100,0%	465
mittlere Einkommens- klasse	6,2%	29	18,9%	89	35,5%	167	31,8%	150	4,2%	20	3,0%	14	0,4%	2	100,0%	471
obere Einkommens- klasse	4,5%	1	13,6%	3	40,9%	9	40,9%	9	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0	100,0%	22
mittlere/ obere Einkommens- klasse	5,8%	6	23,3%	24	29,1%	30	37,9%	39	2,9%	3	1,0%	1	0,0%	0	100,0%	103



Hinweise auf die erhöhten Unterstützungsbedarfe im Bereich „Arbeitsintegration“ zeigen sich auch darin, dass der Anteilswert der Befragten in der Kategorie „berufliche Ausbildung ohne Abschluss abgebrochen oder ausgesetzt“ unter den Alleinerziehenden im Vergleich zu den anderen Subgruppen am höchsten ausfällt. Gleiches gilt für den Bereich „noch keine berufliche Ausbildung angefangen“.

Tabelle 65: Höchster beruflicher Abschluss nach Subgruppen

	gehe noch zur Schule		noch keine berufliche Ausbildung angefangen		berufliche Ausbildung ohne Abschluss abgebrochen oder ausgesetzt		noch in beruflicher Ausbildung	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
Gesamt	0,2%	2	2,2%	28	3,6%	46	0,6%	7
Alleinerziehende	0,4%	1	5,2%	12	6,5%	15	1,3%	3
Familien	0,0%	0	1,4%	12	3,3%	29	0,2%	2
Großfamilien	0,0%	0	2,8%	4	1,4%	2	1,4%	2
1 Kind	0,0%	0	2,2%	11	3,8%	19	0,4%	2
2 Kinder	0,4%	2	1,5%	8	3,3%	18	0,7%	4
3 und mehr Kinder	0,0%	0	4,1%	9	4,1%	9	0,5%	1
Vorschulkind/er	0,0%	0	2,0%	5	3,9%	10	0,8%	2
Schulkind/er	0,1%	1	2,2%	18	3,6%	30	0,5%	4
Vorschul- und Schulkinder	0,6%	1	3,0%	5	3,0%	5	0,6%	1
untere Einkommensklasse	0,2%	1	4,7%	22	7,3%	34	0,9%	4
mittlere Einkommensklasse	0,0%	0	0,4%	2	1,7%	8	0,0%	0
obere Einkommensklasse	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0
mittlere/obere Einkommensklasse	0,0%	0	0,0%	0	1,0%	1	0,0%	0

Fast ein Drittel der befragten Alleinerziehenden ist laut Angaben zu den Einkommensarten zudem bereits im SGB II-Bezug, also „Kundin“ des Jobcenters.

Alle diese Daten verweisen darauf, dass für die Gruppe der Alleinerziehenden besondere Unterstützungsstrukturen und Hilfeangebote in Bezug auf die Arbeitsmarktintegration geschaffen werden sollten.

Um die Aussichten der erwerbslosen Alleinerziehenden zu erhöhen, einen auskömmlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz zu erhalten, sollten die Träger der Jobcenter - analog der Zielgruppe der unter 25-jährigen Erwerbslosen - obige Personengruppe als eine Zielgruppe ihrer Vermittlungsbemühungen definieren. Das bedeutet, dass verstärkt Ressourcen in die Vermittlung dieser Personengruppe fließen und (angemessene) Vermittlungserfolge seitens des Fallmanagements entsprechend anerkannt werden sollten, um zu verhindern, dass die Ressourcen in der Regel eher in die Vermittlung alleinstehender Erwerbsloser fließen, weil es leichter ist, diese Personengruppe in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln.

Neben der Definition von Alleinerziehenden als dezidierte Zielgruppe der Vermittlungsarbeit ist dieses Vorhaben offensiv über zu erreichende Integrationsziele (einschließlich entsprechender Zielwerte) abzusichern. In diesem Zusammenhang sollte auch eine entsprechende „Alleinerziehendenquote“ thematisiert werden, wonach zum einen ein entsprechender Anteil der vermittelten Arbeitsstellen mit Alleinerziehenden zu besetzen ist.

Zum anderen sollte thematisiert werden, ob nicht ein entsprechender Anteil der bestehenden Beschäftigungsverhältnisse mit Alleinerziehenden zu besetzen ist. Vorreiter könnten dabei das Jobcenter und die Kreisverwaltung sein.



Gegebenenfalls ließen sich Quoten für Alleinerziehende in Betrieben einführen bzw. abbilden und die Betriebe/Firmen könnten im Rahmen der Förderung des Familienbewusstseins für diese Zielgruppe noch einmal besonders sensibilisiert werden.

39 Etablierung eines Teams/speziellen Fallmanagements „Alleinerziehende“ im Jobcenter

Um die Arbeit des Jobcenters zu verbessern und gleichzeitig Handlungsempfehlungen umzusetzen, lautet eine weitere Handlungsempfehlung, im Jobcenter - sofern es dieses noch nicht gibt - ein **Team „Alleinerziehende“** mit mehreren Mitarbeitenden zu etablieren, in dem zudem die aktiven und passiven Leistungen zusammengeführt werden.

Der ganzheitliche Blick - mit einer veränderten Wahrnehmung der Lebenssituation von Alleinerziehenden - dürfte auch die Kommunikation zwischen Jobcenter und Alleinerziehenden verbessern. Ein weiterer Vorteil wäre, dass es wahrscheinlich auch weniger wechselnde Ansprechpartner_innen für die Alleinerziehenden gäbe.

Aufgrund der Problembündel der Alleinerziehenden sind vom Team „Alleinerziehende“ entsprechende Kooperationen mit anderen Akteuren in den relevanten Handlungsfeldern, wie z.B. Gesundheit, Kinderbetreuung, aufzubauen und Netzwerke zu etablieren, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Aktivitäten aller zu einer erfolgreichen Arbeitsaufnahme führen bzw. die Alltagsbewältigung der Alleinerziehenden verbessert wird.

Generell ist der Gesundheitsbereich in der Beratung und Begleitung der Alleinerziehenden immer mitzudenken.

Gelingt es, z.B. Aufstocker_innen in Vollzeitstellen und/oder in Stellen mit einem höheren Verdienst zu vermitteln, die sie unabhängig machen vom SGB II, so spart der Landkreis die Kosten der Unterkunft. Die frei werdenden Mittel könnten z.B. genutzt werden, um das Angebot „Alltagsbewältigung“ einzuführen, im Rahmen dessen sodann z.B. ehemaligen Aufstocker_innen anderen Bedarfsgemeinschaften bei der Bewältigung des Alltags und der Reduzierung psychischer Belastungen helfen können.



12 Sonstige Handlungsempfehlungen

40

Analyse der Verkehrssicherheit (Geschwindigkeit, Überquerungshilfen, Beleuchtung etc.) und abhängig von der Analyse Initiierung entsprechender Maßnahmen

Ausgangssituation

In den Auswertungen der offenen Frage zu den Vor- und Nachteilen der Gemeinden und den sonstigen Anmerkungen (Was Sie der Gemeinde-/Kreisverwaltung, der Schule, dem Kindergarten, dem Sportverein etc. schon immer mal sagen wollten – egal ob Lob, Tadel oder konkrete Verbesserungsvorschläge) taucht immer wieder das Thema „Sicherheit“ auf.

Die folgenden Aspekte erscheinen dabei den Haushalten besonders wichtig:

- Geschwindigkeitsbeschränkung, -kontrollen, Tempolimit vor Schulen, Kindergärten
- Überquerungshilfen, Zebrastreifen, Fußgängerampeln
- (schlechte) Beleuchtung

In dem Buch „Kinder. Armut. Familie.“ beschreiben Sabine Andresen und Danijela Galic¹⁷ unter dem Aspekt Fürsorge als „eine zentrale Kategorie, über die vor allem Mütter ihre Verantwortung zur Sprache bringen“ (S. 104) und „an dem Eltern Fürsorge festmachen“, „die *Sicherheit* auf dem Schulweg“ (S. 105).

Auch unter diesem Aspekt empfehlen wir, die Verkehrssicherheit im Landkreis unter Beteiligung von Eltern und Kindern zu analysieren. So könnten z.B. Kinder Karten mit Gefahrenstellen erstellen. Abhängig von der Analyse wären dann entsprechende Maßnahmen zu initiieren.

41

Entwicklung einer Breitbandstrategie für den Landkreis und Realisierung des Breitbandausbaus

Ein schnelles und verlässliches Internet ist heutzutage z.B. Voraussetzung für den beruflichen Alltag von vielen Menschen.

Die Auswertung der offenen Frage zu den Vor- und Nachteilen der Gemeinden und den sonstigen Anmerkungen ergab ebenfalls, dass diesbezüglich erheblicher Handlungsbedarf im Landkreis besteht und die obige Handlungsempfehlung ein Ergebnis dieses Handlungsbedarfes ist.

¹⁷ Kinder. Armut. Familie. Alltagsbewältigung und Wege zu wirksamer Unterstützung, Bertelsmann Stiftung Gütersloh, 2015



13 Zusammenstellung aller Empfehlungen

Handlungsfeld	Empfehlung
Handlungsfeldübergreifende Handlungsempfehlungen	1 Erhöhung des Bekanntheitsgrades und der Nutzung der vorhandenen Angebote/Einrichtungen
	2 Aktualisierung/Neuaufgabe des Wegweisers zu den Einrichtungen und Hilfen
	3 Intransparenz und/oder Lücken im Hilfesystem beseitigen und niedrigschwellige Zugänge herstellen und ermöglichen
	4 Etablierung einer integrierten Sozialplanung im Landkreis Lüchow-Dannenberg inklusive Aufbau, Ausbau und Weiterentwicklung eines kommunalen, kleinräumigen Monitoringsystems
	5 Veränderung der Wahrnehmung und der Haltung der Akteure des Hilfesystems - letztendlich Veränderung des Hilfesystems
	6 Etablierung eines Angebotes „Alltagsbewältigung“
	6.1 Etablierung eines Angebotes „Ich begleite Dich“
	7 Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes mobiler Dienste in den Bereichen „Gesundheit“ und „Offene Kinder- und Jugendarbeit“ in Kombination mit der Nutzung von multifunktionalen Räumlichkeiten
	8 Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes „Familienfreundlicher Landkreis Lüchow-Dannenberg“
	9 Wirkung als konstituierendes Merkmal des Hilfesystems etablieren
	10 Entwicklung und Umsetzung eines Programms „Kreispolitik des sozialen Ausgleichs“ inklusive der Entwicklung von integrierten Handlungskonzepten
	11 Durchführung von Gemeinde-Entwicklungskonferenzen auf Grundlage der GOE-Ergebnisse
	12 Einrichten und Durchführen von Handlungskonferenzen für die Handlungsfelder „Bildung“, „Mobilität“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“
	13 Ausbau der Betreuungsangebote/Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 6 Jahre und Verbesserung/Flexibilisierung der Betreuungsangebote
14 Ausbau der Betreuungsangebote/Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von 6 bis unter 15 Jahre und Verbesserung/Flexibilisierung der Betreuungsangebote	
Handlungsfeld „Wohnen“	15 Überprüfung der Handlungsschwerpunkte aus dem Kreisentwicklungs- und Wachstumskonzept für den Landkreis Lüchow-Dannenberg (2009) auf Relevanz und Aktualität
	16 Analyse der Spielplatzsituation in den Gemeinden und abhängig vom Ergebnis Entwicklung und Umsetzung entsprechender Konzepte/Maßnahmen
Handlungsfeld „Bildung“	17 Entwicklung und Etablierung einer regionalen Bildungslandschaft „Lüchow-Dannenberg“
	17.1 Vernetzung aller Bildungsakteure im Landkreis befördern
	17.2 Einbeziehung der Eltern in die Überlegungen zur Etablierung einer regionalen Bildungslandschaft „Lüchow-Dannenberg“
	17.3 Umsetzung des Mottos vom „schulfähigen Kind“ zur „kindfähigen Schule“
	17.4 Verlagerung des letzten Besuchsjahres einer Tageseinrichtung für Kinder in die Grundschule/Verbesserung des Übergangs Tageseinrichtung für Kinder - Grundschule



Handlungsfeld „Bildung“	17.5	Weiterentwicklung und Qualifizierung der vorschulischen Betreuung – von der Tageseinrichtung für Kinder zum „Early Excellence Center/Judy Center“
	17.6	Regelmäßige Schülerbefragungen als festes Beteiligungs-/Partizipationselement einführen
	17.7	Erhalt der Schulstandorte
	17.8	Qualifiziertes Personal gewinnen, um Unterrichtsausfall zu minimieren
	17.9	Übernahme der Kosten der Schulbeförderung auch ab Klasse 11
	17.10	Ausbau und entsprechende Ausstattung der Ganztagschule
	17.11	Etablierung eines individuellen Übergangsmagements von der Grundschule für den Besuch der weiterführenden Schule, sodass kein Kind entsprechend der Grundschulempfehlung „verloren geht“ und kein Kind von einkommensschwachen Eltern aufgrund von finanziellen Problemen eine niedrigere Schulform wählen muss
	17.12	Entwicklung von einheitlichen Konzepten für alle Schulformen z.B. zum Umgang mit/bei Schulabbruch/Schulschwierigkeiten/Mobbing, zur Kommunikationsstruktur/-kultur zwischen Lehrerschaft-Eltern, zur Elternbeteiligung
	17.13	Durchführung eines jährlichen Projektes „Lern Sommer“ (analog zu den US-amerikanischen „summer schools“)
	17.14	Stabilisierung und Verbesserung des Übergangs Schule – berufliche Ausbildung durch verfestigte Kooperationen mit Unternehmen im Landkreis und außerhalb des Landkreises
	17.15	Lebenslanges Lernen, Erwachsenenbildung (VHS, Fort-/Weiterbildungen)
	17.16	Innovativer Umgang mit den „Bildungsgebäuden“, Entwicklung von Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen zu sozialen Orten – „Schule als Lebensraum“
	17.17	Die stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen des Kreises in die regionale Bildungslandschaft integrieren

Handlungsfeld „Gesundheit“	18	Entwicklung eines integrierten Gesundheitsförderungskonzeptes für den Landkreis Lüchow-Dannenberg
	18.1	Abbau/Reduzierung der (geringen) Wahrnehmung des Gesundheitsbereichs aufseiten der Akteure/des professionellen Hilfesystems – stärkere Sensibilisierung der Akteure für die gesundheitlichen Probleme der Haushalte und den Zusammenhang zwischen Gesundheit und anderen Bereichen (Dominoeffekte)
	18.2	Zugang zu bzw. Erreichbarkeit von Gesundheitsangeboten und ärztlicher Versorgung sicherstellen/verbessern
	18.3	Information über bzw. Bekanntheit der Unterstützungsangebote im Bereich „Gesundheit und Krankheit“ verbessern
	18.4	Einrichten einer Patient_innenstelle (unabhängige Patientenberatung)
	18.5	Einrichten eines Gesundheitsfonds
	18.6	Gesundheitsberichterstattung/Gesundheitsmonitoring im Bereich Kindergesundheit starten (Schuleingangsuntersuchungen)
	18.7	Resilienz/Selbstwirksamkeit von Eltern/Alleinerziehenden durch Resilienzförderprogramme in allen Bildungsphasen (Tageseinrichtung für Kinder, Grundschulen, weiterführende Schulen) unterstützen und fördern
	18.8	Spaß an Bewegung und Begegnung beim Sport fördern
	18.9	„Frei-Zeiten“ für Eltern und Familien ermöglichen



Handlungsfeld „Gesundheit“	18.10 Durchführung eines Fachtag3s „Arbeit und Gesundheit im Landkreis Lüchow-Dannenberg“
	18.11 Gesundheitsförderungsmaßnahmen für Arbeitslose erschließen
	18.12 Steigerung der Wirksamkeit der Gesundheitsangebote
Handlungsfeld „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“	19 Sensibilisierung aller Beteiligten (Arbeitgeber, Gewerkschaften, Betriebsräte, Akteure, die mit den Eltern zu tun haben – Lehrer_innen, Erzieher_innen etc.) für die Zusammenhänge zwischen beruflichen und familiären Problemen, insbesondere wenn es keine adäquaten Problemlösungen gib.
	20 Familienbewusstheit bei Arbeitgebern und familiengerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen fördern/erhöhen
Handlungsfeld „Mobilität“	21 Umsetzung der Empfehlungen aus dem Nahverkehrsplan 2014-2018 Landkreis Lüchow-Dannenberg
	22 Optimierung der Schülerbeförderung (z.B. Verkürzung der Zeit zwischen Ankunft der Busse und Unterrichtsbeginn, Ende des Unterrichtes und Abfahrt der Busse)
	23 Analyse der bestehenden Mitfahrzentralen (inklusive Pendlerportal) und abhängig von der Analyse Weiterentwicklung des Angebotes oder Entwicklung alternativer Mitfahr-/Car-Sharing-Angebote
	24 Analyse der webbasierten Mitfahrzentrale „flinc“ und abhängig von der Analyse Überprüfung, ob die Entwicklung einer „Mitfahr-App“ für den Landkreis Lüchow-Dannenberg sinnvoll ist
	25 Erhöhung der Fahrrad-Mobilität (Verbesserung der Radwege, Ausbau des Radwegenetzes)
Handlungsfeld „Einkommen/Wirtschaften“	26 Einrichtung eines Kompetenzzentrums „Wirtschaften“
	27 Offensive Unterstützung bei der Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)
	28 Etablierung eines „Lüchow-Dannenger Kinderfonds“
	29 Etablierung eines „Lüchow-Dannenberg-Passes“ (LüDaPass)
Handlungsfeld „Partnerschaft/Trennung“	30 Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes „Auszeit-Wohnungen“ für Krisensituationen
	31 Entwicklung und Etablierung von interdisziplinären Angeboten für Kinder in Trennungs- und Scheidungssituationen
	32 Ausbau der Angebote für Mütter und Väter in Trennungs- und Scheidungssituationen
Handlungsfeld „Demografie“	33 Umsetzung entsprechender Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen „Bildung“ und „Gesundheit“



Handlungsempfehlungen für bestimmte Zielgruppen – Alleinerziehende und Haushalte mit geringem Einkommen	34	Alleinerziehende und Haushalte mit geringem Einkommen als verstärkt unterstützungsbedürftige Zielgruppe in den Blick nehmen und entsprechend handeln
	35	Analyse der einzelnen Unterstützungsbereiche hinsichtlich vorhandener Angebote/Hilfen, ihrer Bekanntheit und möglicher Zugangsbarrieren für Alleinerziehende und Haushalte mit geringem Einkommen
	36	Durchführung eines Fachtages „Hilfen für Alleinerziehende und arbeitsgefährdete Familien“ in Lüchow-Dannenberg
	37	Etablierung eines Netzwerkes „Alleinerziehende“
	38	Alleinerziehende als dezidierte Zielgruppe der Vermittlungsarbeit der Jobcenter definieren
	39	Etablierung eines Teams/speziellen Fallmanagements „Alleinerziehende“ im Jobcenter
Sonstige Handlungsempfehlungen	40	Analyse der Verkehrssicherheit (Geschwindigkeit, Überquerungshilfen, Beleuchtung etc.) und abhängig von der Analyse Initiierung entsprechender Maßnahmen
	41	Entwicklung einer Breitbandstrategie für den Landkreis und Realisierung des Breitbandausbaus